



universität
wien

MAGISTERARBEIT

Titel der Magisterarbeit

„Verständigungsorientierung in der politischen
Kommunikation

– eine inhaltsanalytische Untersuchung der
öffentlichen Debatte zum Bundesfinanzgesetz 2011“

Verfasserin:

Katja Henschl, Bakk.phil.

angestrebter akademischer Grad:

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, im Juni.2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 066 841

Matrikelnummer: 0600576

Studienrichtung lt. Studienblatt: Magisterstudium Publizistik- und
Kommunikationswissenschaft

Betreuer: Ao.Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Roland Burkart

Danksagung

Vorweg möchte ich mich bei meinen Eltern bedanken, welche mir mein Studium erst ermöglicht und mir im Zuge dessen stets beigestanden haben. Meiner Schwester danke ich insbesondere dafür, dass sie mein vertrautester Ankerpunkt ist – sowohl im Unileben als auch darüber hinaus.

Ein ganz besonderes Dankeschön gilt ich außerdem meinem Betreuer, Prof. Roland Burkart, welcher mir die Möglichkeit gab, zumindest indirekt in ein aktuelles, großes, österreichisches Forschungsprojekt involviert zu werden.

Zu guter Letzt richte ich ein Danke an meine Studien- und ArbeitskollegInnen sowie an meine langjährigen Freundinnen, welche mich während meiner Studienzeit begleitet und unterstützt haben.

Inhaltsverzeichnis

INHALTSVERZEICHNIS	1
1 EINLEITUNG UND UNTERSUCHUNGSINTERESSE	7
1.1 Gesellschaftspolitische Relevanz und persönliche Motivation	8
I. THEORETISCHE GRUNDLAGEN.....	11
2 POLITISCHE KOMMUNIKATION: BEGRIFFSVERSTÄNDNIS UND ABGRENZUNGSVERSUCHE	12
2.1 Öffentliche politische Kommunikation und das Verhältnis von politischem Journalismus und politischer PR	16
2.2 (Massenmediale)Politische Kommunikation und Politik.....	21
2.3 Vier Phasen der politischen Kommunikation.....	27
2.4 Akteure der politischen Kommunikation	29
2.4.1 Die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP	31
2.4.2 Die Oppositionsparteien FPÖ, Grüne, BZÖ	32
2.4.3 Ergänzende Besonderheiten des österreichischen Parteiensystems	33
3 DIE DELIBERATIVE THEORIE DER DEMOKRATIE	34
3.1 Die Theorie des kommunikativen Handelns als Grundlage der Diskursethik.....	37
3.2 Die Bedeutung der Öffentlichkeit und der öffentlichen Meinung	40
3.3 Besondere Rolle des Parlaments im Meinungsbildungsprozess	42
3.4 Kritik an der Deliberationstheorie und der Theorie-Empirie-Konflikt	43
4 WEITERENTWICKLUNGEN DER DELIBERATIONSTHEORIE UND DELIBERATIONSTHEORETISCH FUNDIERTE KONZEPTE	47
4.1 Verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit.....	47

4.2	Diskursiver Journalismus	49
5	DIE POLITISCHE KOMMUNIKATION ALS UNTERSUCHUNGSGEGENSTAND	
	51	
5.1	Systematisierung der Deliberationsstudien	52
5.2	Weitere Systematisierungskriterien	54
5.3	Tradition von Steenbergen et al (2003): A Discourse Quality Index	55
5.3.1	Weiterentwicklungen	57
5.4	Einfluss der Rahmenbedingungen	60
5.5	Forschungsprojekt „Qualität des öffentlichen politischen Diskurses in der Wahlkampfkommunikation über vier Jahrzehnte (1966-2008)“ (Burkart/ Rußmann 2010a)	62
5.5.1	Index für Verständigungsorientierung (VOI-Index)	64
5.5.2	Erste Ergebnisse	70
5.5.2.1	Substudie 1: „Journalism, Democracy and the Role of Doubts: An Analysis of Political Campaign Communication in Austria“ (Burkart/Rußmann 2010b)	70
5.5.2.2	Substudie 2: „Wie verständigungsorientiert ist Journalismus? Ein Qualitätsindex am Beispiel der Berichterstattung über Europa im Österreichischen Nationalratswahlkampf 2008“ (Burkart/Rußmann/Grimm 2010)	72
5.6	Übersicht der Qualitätsindikatoren	74
5.7	Potentielle Restriktionen von VOI und DQI	76
II.	EMPIRISCHER TEIL	79
6	UNTERSUCHUNGSDESIGN	80
6.1	Erhebungsmethode	80
6.2	Der Untersuchungsgegenstand: Die öffentliche Debatte zum Bundesfinanzgesetz 2011	82
6.2.1	Boulevard- versus Qualitätszeitungen	85
6.2.2	Regierung versus Opposition	87
6.3	Forschungsfragen und Hypothesen	90
6.3.1	Subuntersuchung zur Stimulationsfunktion des Zweifels	94

6.4 Stichprobe, Stichprobenziehung und Aufgreifkriterium	97
6.4.1 Zusätzliche Erhebung zur Beantwortung der Forschungsfrage 3.....	99
6.5 Analyseeinheiten.....	100
6.6 Analysekategorien und Kategorienausprägungen.....	101
6.6.1 Öffentliche politische Kommunikation und ihre Erscheinungsformen Presseaussendungen und Berichterstattung	102
6.6.2 Regierungs- und Oppositionsparteien in Österreich.....	103
6.6.3 Verständigungsorientierung und die Indikatoren Begründungsniveau, Lösungsorientierung, Respektniveau und Zweifel	104
6.6.4 Anschlussberichterstattung	104
6.7 Operationalisierung des VOI (nach Burkart et al 2010)	105
6.8 Durchführungsdokumentation	109
6.8.1 Pretest.....	109
6.8.2 Gütekriterien: Validität und Reliabilität	111
7 AUSWERTUNG	113
7.1 Forschungsfragen 1 und 2.....	114
7.1.1 Undimensionalität der Qualitätsindikatoren	116
7.1.2 Allgemeine deskriptive Statistik.....	117
7.1.3 VOI (Gesamtindex) in der politischen Kommunikation.....	118
7.1.4 Begründungen	120
7.1.4.1 Hypothesentest: Begründungsniveau	123
7.1.5 Lösungsvorschläge	124
7.1.5.1 Hypothesentesten: Lösungsorientierung	127
7.1.6 Respekt	128
7.1.6.1 Hypothesentest: Respektindikator	132
7.1.7 Zweifel.....	135
7.1.7.1 Hypothesentesten: Zweifelhäufigkeit.....	138
7.1.8 Ergebnisinterpretation	140
7.2 Forschungsfrage 3: Substudie zur Stimulationsfunktion des Zweifelns.....	147
7.2.1 Ergebnisse, kritische Reflexion und Anregungen	149
7.3 Komprimierte Beantwortung der Forschungsfragen und Hypothesen	152

8	REFLEXION DES FORSCHUNGSPROZESSES & FORSCHUNGSANREGUNGEN	
	157	
8.1	Kritische Anmerkungen zum Forschungsdesign und Forschungsprozess	157
8.2	Anregung für weitere Forschung.....	159
9	RESÜMEE	161
10	VERZEICHNISSE.....	163
10.1	Literaturverzeichnis.....	163
10.2	Diagrammverzeichnis	176
10.3	Abbildungsverzeichnis.....	177
10.4	Tabellenverzeichnis	177
10.5	Abkürzungsverzeichnis	179
11	ABSTRACT	181
12	ANHANG	I
A	LEBENS LAUF	II
B	CODEBUCH PRESSAUSSENDUNGEN	III
C	CODEBUCH BERICHTERSTATTUNG.....	XVII
D	CODEBUCHERERGÄNZUNGEN ZUR STIMULATIONSFUNKTION DES ZWEIFELNS	XXXIII
13	SPSS-OUTPUTTABELLEN.....	FEHLER! TEXTMARKE NICHT DEFINIERT.

1 Einleitung und Untersuchungsinteresse

Die öffentliche Debatte zum Bundesfinanzgesetz 2011 ist beispielhaft für die gegenwärtige öffentliche politische Kommunikationskultur in Österreich: hitzig, polemisch und kaum dialogorientiert, fern von diskursivem Austausch und öffentlichem Raisonement, geprägt von einer weitgehenden Ignoranz der öffentlichen Meinungen, Einwände und Vorschläge. Schlussendlich resultieren daraus ein insuffizientes Verständnis und eine mangelhafte Nachvollziehbarkeit der politischen Entscheidungen von Seiten der Bürger. Schlagworte wie Politikverdrossenheit, Vertrauensverlust in die Politik, Annahme einer Ohnmacht gegenüber Politikern und geringe Wahlbeteiligung stehen in Zusammenhang mit ebendieser defizitären politischen Kommunikationskultur. Darüber hinaus gefährdet sie den Geltungsanspruch der demokratischen politischen Herrschaft, welche auf der Zustimmung und Legitimitätsanerkennung der machtgewährenden Bürger basiert. (vgl.z.B. Sarcinelli 2009, S.85ff)

Um diese Defizite zu bekämpfen und damit einen Beitrag zu einer funktionierenden Demokratie zu liefern, ist eine wissenschaftliche, durch empirische Daten belegte Erforschung der für die Qualität der politischen Kommunikation kritischen Einflussfaktoren vonnöten. In der vorliegenden Arbeit wird davon ausgegangen, dass die Verständigungsorientierung in der politischen Kommunikation das zentrale ausschlaggebende Qualitätskriterium für ebendiese und in weiterer Folge für die demokratischen Politikprozesse sowie die Legitimation politischer Entscheidungen darstellt. Um verständigungsorientiert zu debattieren, bedarf es eines diskursiven Austauschs, welcher auf argumentativer Begründung der vertretenen Positionen, aktiver Unterbreitung von Vorschlägen zur Problemlösung, gegenseitigem Respekt der interagierenden Akteure sowie der Artikulation von bestehenden Zweifeln basiert. Letztere betreffen die Habermas'schen Geltungsansprüche als Universalvoraussetzung jeder Kommunikation. Ihnen wird eine besondere Bedeutung für die Qualität der politischen Kommunikation zugeschrieben, da sie nicht nur reflektiertes Denken, sondern auch einen rationalen Diskurs und damit andere Qualitätsindikatoren katalysieren. (vgl. Burkart et al 2010, S.259ff; und: vgl. Rußmann 2010, S.176ff)

Das Untersuchungsproblem wird prozessual anhand der öffentlichen politischen Debatte zum Bundesfinanzgesetz 2011 untersucht. Es geht demgemäß weniger darum, die politischen Ergebnisse zu analysieren, sondern um den Prozess des Entstehens. Die Zugangsweise ist entsprechend der deliberativ-diskursiven und nicht der rational-choice-Tradition zuzuordnen. Zentrales Operationalisierungskonstrukt stellt dabei der im Rahmen eines Langzeitforschungsprojektes „Qualität des öffentlichen politischen Diskurses in der Wahlkampfkommunikation über vier Jahrzehnte (1966-2008)“ von Burkart und Rußmann (2010a) entwickelte Index für Verständigungsorientierung (VOI) dar, welcher aufbauend auf den vier Indikatoren Begründungsniveau, Lösungsorientierung, Respektniveau und Zweifelhäufigkeit das Ausmaß der Qualität politischer Kommunikation zu einem numerischen Wert zusammenfasst. (vgl. Burkart et al 2010) Der VOI ist zudem auf verschiedene Kommunikatformen (hier: Presseaussendungen und Zeitungsartikel) anwendbar und bietet die Möglichkeit, diese direkt miteinander zu vergleichen.

Vorweg ist anzumerken, dass der Leserfreundlichkeit halber auf genderspezifische Bezeichnungen weitgehend verzichtet wurde. Außerdem erfolgt die Nennung der politischen Parteien grundsätzlich in der Reihenfolge ihres parlamentarischen Stimmengewichts (SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne, BZÖ).

1.1 Gesellschaftspolitische Relevanz und persönliche Motivation

„Jede Forschung beantwortet eine Frage, die in Bezug auf die zu gewinnende Erkenntnis eine konkrete Handlungs- oder Planungsgrundlage liefert oder aber ein theoretisches Problem löst.“ (Früh 2004, S.75) Das vorliegende Untersuchungsproblem behandelt die Qualität demokratischer Politik, betrifft daher die Ausgestaltung des Gemeinwohls (vgl. z.B. Kleinsteuber 2001, S.39) und folglich jeden Bürger. Die Verfassung verpflichtet durch das Prinzip der Demokratie Politiker in ihren Amtshandlungen gegenüber dem Volk:

„Artikel 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes (B-VG) bestimmt, dass Österreich eine demokratische Republik ist, in der das Recht vom Volk ausgeht. Das demokratische Prinzip hat zwei wesentliche Inhalte:

Einrichtungen und AmtsträgerInnen des Staates müssen jede ihrer Entscheidungen und Handlungen gegenüber allen BürgerInnen verantworten. Die politische Freiheit aller BürgerInnen soll verwirklicht und gesichert werden. Alle BürgerInnen sollen sich frei an der politischen Meinungsbildung und an Wahlen beteiligen können, jedeR soll die Möglichkeit haben, auch selbst politisch aktiv zu werden.“ (Parlament der Republik Österreich 2011a, o.S.)

Dieser Auszug rekurriert auf die Legitimität als Kriterium für die Anerkennungswürdigkeit und (Qualitäts-)Beurteilung politischer Herrschaft (vgl. Sarcinelli 2009, S.85). Politik ist zu weiten Teilen Kommunikation, wobei die Verbindung zu den Legitimitätsgewährenden, den Bürgern, fast ausschließlich massenmedial erfolgt. Entsprechend erfolgt die Beurteilung der Qualität von politischen Entscheidungen als Grundlage für deren Anerkennung ebenfalls über die massenmediale politische Kommunikation, wobei diese wiederum von anderen Formen öffentlicher Kommunikation (insbesondere von politischen Presseaussendungen, aber auch von öffentlichen Parlamentsdebatten) beeinflusst wird. Daher muss die öffentliche politische Kommunikation qualitativ hochwertig sein, wobei hierfür neben den politischen Akteuren insbesondere politische Journalisten verantwortlich sind. Letztere werden in diesem Kontext auch als „Anwälte des öffentlichen Diskurses“ (Burkart et al 2010, S.256) bezeichnet, welche nicht nur zur Vermittlung, sondern gleichzeitig zur aktiv-kritischen und reflektierenden Kommentierung politischer Sachverhalte und Standpunkte aufgefordert sind (siehe hierzu Kapitel 4.2).

Somit ist zu festzuhalten, dass die Qualität, die Anerkennung, die Nachvollziehbarkeit und die Legitimität von Politik bzw. politischen Entscheidungen in der öffentlichen, insbesondere massenmedialen politischen Kommunikation fußt. Eine qualitativ hochwertige Kommunikationskultur stellt entsprechend gleichzeitig die Grundlage zur Bekämpfung von aus demokratischer Sicht bedenklichen Entwicklungen wie die zunehmende Politikverdrossenheit in der Bevölkerung, der Vertrauensverlust in die Politik sowie darauf aufbauend die sinkende Wahlbeteiligung dar. Es ist „ein wechselseitiges Desiderat, dass Politiker [...ebenso wie politische Journalisten, Anm. d. Verf.] sich Zeit nehmen und auf den Rat von Wissenschaftlern hören“ (Kleinsteuber 2001, S.39). Dabei ist es Aufgabe der Wissenschaft, systematisch die

ausschlaggebenden Faktoren zu erforschen und infolgedessen Implikationen für die Praxis zu liefern. In diesem Sinne geht Haeckl einen Schritt weiter und bezeichnet „Medienforschung als Anwalt der Öffentlichkeit“ (Haeckl 2001, S.62).

Meine persönliche Motivation zum gewählten Untersuchungsgegenstand ist eng mit der gesellschaftspolitischen Relevanz verbunden, da letztendlich auch ich Bürgerin bin. Entsprechend prägen mich persönliche Erfahrungen zu dieser Thematik wie beispielsweise ein zunehmendes Unverständnis für Politik oder eine sinkende Rezeption von politischen Nachrichten, wobei ich wiederum insbesondere aufgrund meines Publizistik- und Kommunikationswissenschaftsstudiums eine erhöhte Sensibilität für derartige, aus demokratischer Sicht dysfunktionale Entwicklungen habe.

Schlussendlich erhoffe ich mir – aus persönlicher wie auch aus allgemeingesellschaftlicher Perspektive – einen Beitrag zum Verständnis und darauf aufbauend zur Förderung von öffentlicher politischer Kommunikation bzw. des öffentlichen politischen Diskurses zu liefern. Im Rahmen einer Magisterarbeit kann zwar nicht die Welt bewegt werden, aber womöglich ein kleiner Schritt zur Verbesserung der politischen Kommunikationskultur und darauf aufbauend ein größeres Verständnis, eine bessere Nachvollziehbarkeit sowie eine erhöhte Akzeptanz von politischen Entscheidungen in der Bevölkerung gesetzt werden. Die Voraussetzungen dafür sind gut, da die vorliegende Arbeit auf dem Design des Langzeitforschungsprojektes „Qualität des öffentlichen politischen Diskurses in der Wahlkampfkommunikation über vier Jahrzehnte (1966-2008)“ beruht, welches unter der Leitung meines Betreuers, Roland Burkart, und seiner Kollegin Uta Rußmann von 2006 bis 2010 als Teil eines FWF-Großprojekts durchgeführt wurde (vgl. Burkart/Rußmann 2010a), wodurch sich eine direkte Vergleichbarkeit zu dieser Großstudie ergibt.

I. THEORETISCHE GRUNDLAGEN

2 Politische Kommunikation: Begriffsverständnis und Abgrenzungsversuche

Das Verständnis von politischer Kommunikation „ist abhängig von der konkreten historischen Situation, in der es formuliert wird, von den jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, der politischen Kultur, von normativen Vorstellungen über das Wesen von Politik und auch von jeweils konkreten Interessen.“

(Jarren/Donges 2006, S.20) Überdies ist die politische Kommunikation ein interdisziplinäres Forschungsfeld und wird aus unterschiedlichen disziplinären Sichtweisen definiert. So ist sie nicht nur Gegenstand der begriffsinhärennten Politologie und Kommunikationswissenschaft, sondern unter anderem auch der Philosophie, Psychologie und Ökonomie. Diese vielfältigen Betrachtungszugänge bestehen nicht nur für die politische Kommunikation als solche, sondern auch für ihre konstituierenden (Begriffs-)Elemente Politik und Kommunikation, was die Definitionssituation zusätzlich facettiert (vgl. Saxer 1998, S.21). „Jeder Versuch, politische Kommunikation zu definieren [...], ist also mit deren Grenzenlosigkeit und Hyperkomplexität konfrontiert.“ (Saxer 1998, S.22) Entsprechend viele Definitionen und Definitionsversuche liegen vor. Eine umfassende Abhandlung der verschiedenen Definitionen würde den Umfang und den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen, daher kann sie hier nur rudimentär erfolgen. Die Kommunikationswissenschaftler Jarren und Donges (2006, S.22) treffen zunächst die für die Sozialwissenschaft typische Unterscheidung von Mikro-, Meso-, und Makroebene von politischer Kommunikation: Die Mikroebene betrifft die Ebene der sozialen Handlungen von Individuen bzw. Kleingruppen, die Mesoebene betrachtet die Handlungsebene von Organisationen als Ergebnis sozialer Handlungen von zugehörigen Individuen, auf der gesamtgesellschaftlichen Makroebene stehen soziale Zusammenhänge im Blickpunkt. Dabei nimmt die empirische Zugänglichkeit mit aufsteigender Ebene ab: Während die Analyseeinheiten der Mikroebene wie beispielweise politische Einstellungen, Kommunikationsverhalten oder Werthaltungen von Individuen relativ leicht untersucht(z.B. erfragt) werden können, gestaltet sich der Zugang zu Organisationsebene schwieriger, da hier mit indirekten (z.B. Befragung von Repräsentanten) und subjektiveren (z.B. Beobachtung) Methoden gearbeitet werden

muss. Die Makroebene ist überhaupt nur partiell in Ausschnitten erfassbar. (vgl. Jarren/Donges 2006, S.22)

Überdies differenzieren Jarren und Donges (2006, S.20ff) zwischen politischer Kommunikation als Prozess sowie als Raum: Aus **prozessualer Sichtweise** meint politische Kommunikation den „process by which a nation’s leadership, media und citizenry exchange and confer meaning upon messages that relate to the conduct of public policy“ (Perloff 1998, S.8). Im Rahmen des politischen Kommunikationsprozesses tauschen sich demnach die beteiligten Akteure (Politiker, Medien und Bevölkerung) über politische Handlungen aus. Auch Wolton (1990, S.21, zit. nach Jarren/ Donges 2006, S.21) konstatiert ähnliche Akteure der politischen Kommunikation wie Perloff (Journalisten, Politiker und öffentliche Meinung), vertritt jedoch eine **räumliche Betrachtungsweise**: Politische Kommunikation ist für ihn ein bestimmter Raum, „in which contradictory discourse is exchanged between three actors with the legitimate right to express themselves in public on politics, namely politicians, journalists and public opinion by means of opinion polls“ (Wolton 1990, S.12, zit. nach Jarren/Donges 2006, S.21). Daneben bestehen für ihn zwei weitere politische Kommunikationsräume: Im Rahmen von politischen Debatten kommunizieren Politiker untereinander, die öffentliche Arena inkludiert wiederum das gesamte Kommunikationsspektrum in der Öffentlichkeit. (vgl. Wolton 1990. S.21, zit. nach Jarren/Donges 2006, S.21) Die Definitionen sind inhaltlich sehr ähnlich, alternativ könnten der Raum und der Prozess als zwei Facetten eines gemeinsamen Phänomens interpretiert werden. Auch Sarcinelli vereint in Anlehnung an Habermas die Differenzierung von Kommunikation als Prozess und Raum (vgl. Sarcinelli 2009, S.338). Auffällig ist zudem, dass in der spärlichen Literatur, die sich auf diese Trennung beruft (vgl. Jarren/Donges 2006, S.20f; oder: vgl. Volli 2003, S.2924; oder: vgl. Geise 2011, S.111), sich die angeführten Beispielvertreter auf Perloff und Wolton beschränken und dass die Differenzierung in der Regel nur ohne weiteren Ausführungen angeführt wird. Jarren und Donges betrachten Perloffs und Woltons Definitionen aus einem anderen Grund kritisch: Sie enthalten implizit die Annahme, dass Politik und politische Kommunikation zwei getrennte Phänomene sind, wohingegen die beiden Autoren von einem untrennbaren Verhältnis ausgehen (vgl. Jarren/Donges 2006, S.20f) (Die Abgrenzung von politischer Kommunikation und Politik

wird in Subkapitel 2.2 ausführlich behandelt) :

„Politische Kommunikation ist der zentrale Mechanismus bei der Formulierung, Aggregation, Herstellung und Durchsetzung kollektiv bindender Entscheidungen. Insofern ist politische Kommunikation nicht nur Mittel der Politik. Sie ist selbst auch Politik.“ (Jarren/Donges 2006, S.22)

Ein ähnliches Verständnis vertreten Graber und Smith bei ihrem interdisziplinären Definitionsversuch (vgl. Sarcinelli 2009, S.19):

Politische Kommunikation „encompasses the construction, sending, receiving, and processing of messages that potentially have a significant direct or indirect impact on politics. The message senders or message receivers may be politicians, journalists, members of interest groups, or private, unorganized citizens.“ (Graber/Smith 2005, S.479) “The key element is that the message has a significant political effect on the thinking, beliefs, and behaviors of individuals, groups, institutions, and whole societies and the environments in which they exist“ (Graber 1993, S. 305, zit. nach Graber/Smith 2005, S.479).

Graber und Smith unterscheiden wie Perloff und Wolton die drei Akteurschaften Politiker, Journalisten und Bürger, welche sie überdies durch die explizite Erwähnung der Interessensgruppen ergänzen. Ebenso finden sich diese in der systemtheoretischen Perspektive, wonach im politischen Kommunikationsbereich viererlei interagierende Subsysteme zusammentreffen: „1. politische[] Organisationen mit ihren Kommunikationsaktivitäten, 2. Medienorganisationen mit ihren politisch relevanten Aktivitäten, 3. Bürger[] bzw. Publika in verschiedenen politischen Rollen und 4. kommunikationsrelevante[] Aspekte[] der politischen Kultur“ (Schulz 2008, S.16). Eine weitere Möglichkeit, sich dem Phänomen „politische Kommunikation“ zu nähern, ist der akteurbasierte Zugang. Schulz (2008, S. 16) definiert aus dieser Sichtweise politische Kommunikation als jene Kommunikation, „die von politischen Akteuren ausgeübt wird, die an sie gerichtet ist, oder die politische Akteure, ihr Handeln und ihre Kognitionen beinhaltet“ und befindet somit den politischen Akteursbezug als ausschlaggebendes Kriterium zur Klassifizierung einer Kommunikation als politisch. Ein similäres Begriffsverständnis hat Bentele (1998, S.130) und versteht unter politischer Kommunikation jenen „Teil menschlicher Kommunikation [...], der sich entweder thematisch oder aufgrund der Beteiligung von Akteuren des politischen Systems der Politik zurechnen lässt.“ Diese beiden Definitionen sind weniger abstrakt und konkreter als die oben genannten, sorgen für ein eindeutigeres und leichteres

Verständnis und eignen sich besser zur Anwendung (beispielsweise als Aufgreifkriterium bei Inhaltsanalysen). Dabei ist anzumerken, dass eine stärkere Komplexitätsreduzierung auch immer eine stärkere Ausgrenzung bedeutet. Konkludierend kann politische Kommunikation als Überbegriff betrachtet werden, welcher sowohl öffentliche als auch geschlossene politische Kommunikation auf verschiedenen Leveln (Mikro-, Meso-, Makroebene) umfasst, wie Abbildung 1 visualisiert.

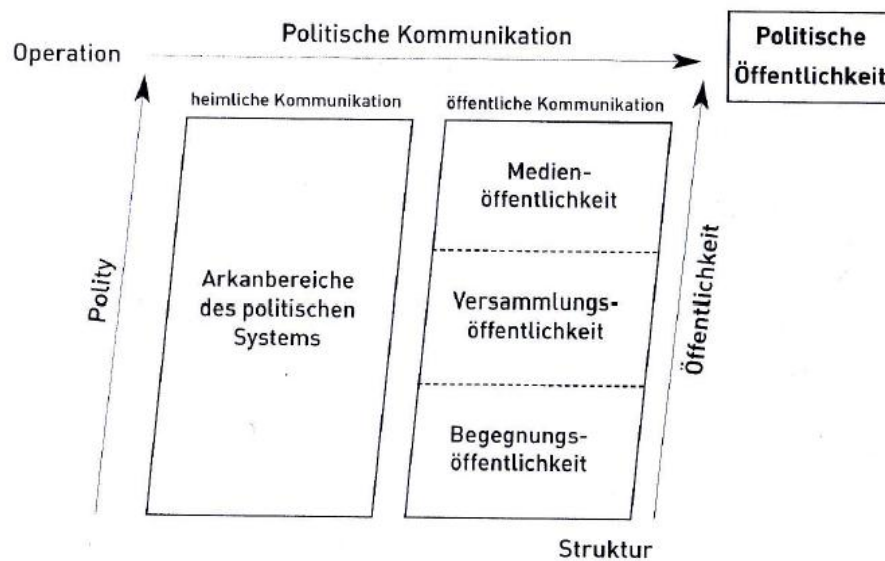


Abbildung 1: Politische Kommunikation als Überbegriff (Marcinkowski 2001, S.246)

Auch Kambeck (2004, S.3) begreift in seinem Unterscheidungsversuch von politischer Kommunikation, politischer PR, politischer Berichterstattung, Politikvermittlung und politische Nachrichtenrezeption politische Kommunikation als „weiteste[n] Begriff, der alle Beteiligten des Kommunikationsprozesses, jedes Medium und jede Kommunikationsrichtung einschließt“. Ein ähnlich umfassendes Verständnis haben Rosumek und Ackermann (2007, S.32):

„Politische Kommunikation ist jede Art von Kommunikation – sei es in Wort, Schrift, durch Bilder, Zeichen oder symbolhafte Handlungen –, die in irgendeiner Art zur Sphäre des Politischen zählt [...] Die Bandbreite reicht vom politischen Werbespot über die Rede des Bundeskanzlers bis zu den Hoheitssymbolen eines Staates, von der politischen Berichterstattung in den Medien bis zur Propagandaflugschrift [...sowie] die politische Kommunikation im Gespräch mit Kollegen und Familienangehörigen.“

Anschließend wird auf die massenmedialen Formen politischer Kommunikation näher eingegangen.

2.1 Öffentliche politische Kommunikation und das Verhältnis von politischem Journalismus und politischer PR

Während in der wissenschaftlichen Literatur zahlreiche Definitionsansätze von politischer Kommunikation vorliegen, finden sich nur selten Unterscheidungen zwischen **politischer Kommunikation** und **massenmedialer** oder **öffentlicher politischer Kommunikation**. Stattdessen wird aufgrund der Dominanz der Medien in der Mediendemokratie politische Kommunikation häufig auf ihre massenmedialen Formen reduziert (vgl. z.B. Schulz 2008, S.259), obwohl diese nur Teilerscheinungen politischer Kommunikation sind (siehe hierzu auch die obige Abbildung 1 bzw. zugehörige Definitionsansätze und Erläuterungen). Zunächst sei innerhalb der politischen Kommunikation die öffentliche politische Kommunikation fokussiert, welcher das zentrale Charakteristikum „öffentlich“ im Sinne „ohne begrenzte[r] oder personell definierte[r] Empfängerschaft“ (Maletzke 1963, S.32) inhärent ist. Zweifelsohne sind die Massenmedien das wichtigste Forum der öffentlichen Kommunikation, da sie das größte Publikum (die größte Galerie) und die größte Arena (gemessen an der Anzahl der beteiligten Akteure) besitzen (vgl. Gerhards 2004, S.300). Massenkommunikation wird als massenmedial vermittelte, indirekte, einseitige, öffentliche Kommunikation definiert, die sich an ein disperses Publikum richtet (vgl. Maletzke 1963, S.32). Sie ist somit öffentliche Kommunikation, aber umgekehrt ist nicht jede öffentliche Kommunikation massenmedial. Die öffentliche Kommunikation umfasst auch andere Kommunikationsformen und -foren, die öffentlich und frei zugänglich sind, insbesondere sind im politischen Zusammenhang Parlamentsdebatten und politische Presseaussendungen als zentrales Instrument politischer PR zu nennen. (vgl. Marcinkowski 2001, S.245) Der Bezug zum Politischen der Kommunikation ergibt sich dabei daraus, dass „Angelegenheiten von allgemeinem Belang (öffentliche Angelegenheiten) verhandelt werden“ (Marcinkowski 2001, S.246). Innerhalb der massenmedialen politischen Kommunikation können ebenfalls verschiedene Formen differenziert werden, insbesondere die politische Berichterstattung, die Wahlwerbung und die politische PR (vgl. Kambeck 2004, S.3).

Prinzipiell weist die massenmediale Politikvermittlung nach Schulz (2008, S.76)

folgende Prozesse auf:

- „Medien sammeln und **selektieren** nach medienspezifischen Aufmerksamkeitsregeln politische Informationen und **verbreiten** diese an ein großes, prinzipiell unbegrenztes Publikum;
- Medien **interpretieren** und bewerten in einer medienspezifischen Weise das politische Geschehen – und zwar neben den Ereignissen, Problemen und Akteuren z. B. auch die Ansprüche der Bürger und die Entscheidungen der Politiker – und strukturieren damit den Input und den Output des politischen Systems;
- Medien **interagieren** bei der Berichterstattung mit dem berichteten Geschehen, u[n]ter a[n]derem indem sie Folgeereignisse hervorrufen und ‚Pseudo-Ereignisse‘ stimulieren, die die Berichterstattung antizipieren, so dass es zu einer Rückkopplung von Medien und Politik kommt;
- Medien entscheiden nach medienspezifischen Relevanzgesichtspunkten über den **Zugang politischer Akteure zur Öffentlichkeit** und bestimmen auf diese Weise deren Handlungs- und Einflussmöglichkeiten;
- Medien bieten oft die ausschließliche **Handlungsbasis für Bürger und die politische Elite** und zugleich die Voraussetzung für das Entstehen einer politischen **Öffentlichkeit**.“

Schulz scheint den Begriff „mediale Politikvermittlung“ mit „politischer Berichterstattung“ gleichzusetzen, wobei die Massenmedien dafür sorgen „dass das politische System sich selbst und seine Umwelt beobachten kann [...]. Ohne sie ist die Gewährleistung eines stetigen kommunikativen Austauschprozesses zwischen dem Volk und der politischen Führung, aber auch zwischen den Führungseliten in modernen Systemen nicht zu organisieren“ (Sarcinelli 2009, S.116). Gleichzeitig ist der politischen Berichterstattung neben der Austauschleistung ein aktives Moment inhärent: Journalisten nehmen nicht nur eine vermittelnde Mediator-, sondern auch eine kritisch-hinterfragende Kommunikatorrolle ein (siehe Kapitel 4.2). Durch die Dominanz bzw. Exklusivität der massenmedialen Politikvermittlung spielen Massenmedien gleichzeitig eine zentrale Rolle bei der Legitimationsbeschaffung (vgl. Sarcinelli 2009, S.116). Die mediale Informationsmacht ist den Journalisten ebenso bewusst wie den politischen PR-Spezialisten (vgl. z.B. Rußmann 2010, S.178): Politische Akteure sind auf die massenmediale Berichterstattung angewiesen, um Zustimmung für ihr Handeln bzw. ihre Positionen und in weiterer Folge Macht zu erhalten. Da die Parteipresse in der öffentlichen Kommunikation kaum mehr eine Rolle spielt, müssen die Parteien zu anderen Mitteln greifen, um die Medien in ihrem Sinne zu lenken und

um sie für ihre Wahlziele zu instrumentalisieren. Hier beginnt der Tätigkeitsbereich der politischen PR- bzw. Kommunikationsmanager: Diese sorgen für professionelle Politikvermittlung, vor allem für professionelles Themen- und Nachrichtenmanagement, und versuchen, die politische Berichterstattung zu beeinflussen, sodass der jeweilige politische Akteur möglichst häufig und im gewünschten Licht in den Medien präsentiert wird. (vgl. Plasser 2004, S.23f.) Die steigende Bedeutung der politischen PR hängt nicht nur mit der zunehmenden Medialisierung der Realität, sondern auch mit dem Parteipressesterben, der medialen Angebotszunahme, der Wettbewerbsverschärfung und der Informationsflut zusammen. Letztere drei Aspekte begründen einen starken Druck auf die politischen Journalisten, welche mit gleichen Ressourcen ein Vielfaches an Output im Wettbewerb um öffentliche Aufmerksamkeit und Quoten erzielen sollen. Dies wirkt sich folglich auf den Stil sowie die Arbeitsweise der Journalisten aus: Sie greifen vermehrt und ohne zusätzliche Recherche auf Pressemitteilungen und Verlautbarungen der politischen Akteure zurück, welche umgekehrt auf die Selektionskriterien des Mediensystems (insbesondere Nachrichtenfaktoren) abgestimmt werden, damit sie die „Nachrichtenbarriere“ überschreiten und Teil der Berichterstattung werden. (vgl. Plasser 2004, S.22; und: vgl. Rosumek/Ackermann 2007, S.41)

Politische PR und politische Berichterstattung sind also eng miteinander verbunden und bilden Subbereiche politischer Kommunikation. Die enge Verschränkung von Medien und PR kommt auch in den folgenden Definition zum Ausdruck: Nach Kambeck (2004, S.3) ist politische PR ein „akteurzentrierter Begriff der überwiegend medialen politischen Kommunikation, [welche] meist monodirektional von der Politik zu den Bürgern [verläuft] – ohne politische Werbung“. Nach Jarren und Donges (2006, S.37) versuchen politische Akteure durch politische PR „ihre Themen und Deutungen in die öffentliche Kommunikation zu bringen und durchzusetzen.“ Sie implizierten dabei auch die strategische Komponente der PR, welche noch deutlicher bei Rosumek und Ackermann (2007, S.34) zum Ausdruck kommt:

„Politische PR ist ein ganz bestimmter Typ politischer Kommunikation. Sie dient vor allem als eine Technik des Machterhalts und Machterwerbs. Solche Kommunikationstypen – hierzu zählen auch politische Propaganda und politische Werbung – werden ausschließlich vom politischen System selbst betrieben oder initiiert. [...] Politische Öffentlichkeitsarbeit ist in modernen

demokratischen Gesellschaften vor allem eine Strategie der konkurrierenden Parteien des politischen Systems zur öffentlichen Darstellung ihrer Funktionsträger, Themen und Programme gegenüber dem Rest der Gesellschaft. Politische PR verfolgt die Absicht, Einstellungen und Verhalten der Umwelt zum eigenen Nutzen und zur Maximierung politischer Unterstützung für die eigene Partei zu beeinflussen.[...] In modernen Mediengesellschaften sind Medien als zentrale Vermittler [...] die Zielgruppe Nummer eins.“

Politische PR ist demnach ein Versuch der Beeinflussung der politischen Kommunikation bzw. der Mitwirkung an derselben im gewünschten Sinn. Insbesondere zielt sie dabei auf die politische Berichterstattung als Ausgangspunkt für interpersonelle politische Gespräche und in weiterer Folge für Kognitions-, Emotions- und Handlungsbeeinflussungen.

Die Intensivierung politischer PR ist für Habermas bedenklich, da „Verständigungsprozesse durch den professionellen Einsatz manipulativer Instrumente gefährdet bzw. unterdrückt werden“ (Pavlova 2010, S.200) (zur Bedeutung von Verständigungsorientierung in der Habermas'schen Tradition siehe insbesondere Kapitel 3). Die Behauptung, dass PR einen einseitig-linear-direkten Einfluss auf die Berichterstattung hat, wäre aber zu vereinfachend – obwohl diese Sichtweise unter Wissenschaftler lange Zeit dominant war. Ausschlaggebend war hierfür die von Barbara Bears begründete Determinationsthese, welche behauptet, dass „Öffentlichkeitsarbeit [...] sowohl die Themen als auch das Timing der Medienberichterstattung unter Kontrolle [hat]“ (Burkart 2002, S.295).

Bezüglich des Verhältnisses von Medien und PR können verschiedene Paradigmata unterschieden werden, wobei politische PR zum Teil explizit und/oder implizit der Politik zuzuordnen ist und daher die Paradigmata zum Verhältnis von PR und Medien und jene zum Verhältnis von Politik und Medien (siehe Kapitel 2.2) oft nicht eindeutig zu trennen sind. Spezifisch für PR sind insbesondere zwei Paradigmen zu nennen, in Kapitel 2.2 erfolgt eine allgemeinere bzw. ergänzende Paradigmatadarlegung zur Beziehung von Politik und Medien, die zu weiten Teilen auch für PR und Medien gilt: Die bereits angeführte **Determinationsthese** markiert das erste Paradigma, nach welchem eine einseitige Beeinflussung der Berichterstattung durch die politische PR erfolgt. Kritisch merken Jarren und Donges (2006, S.280) dazu an, dass die Determinationsthese auf einer Sammlung von Fallstudien beruht, welche

intervenierende oder sogar bestimmende Faktoren wie die situativen Bedingungen und den journalistischen Berichterstattungsprozess vernachlässigen. Als Indiz führen sie an, dass die Determinationsthese zum Teil empirisch repliziert werden konnte, zum Teil jedoch nicht, was eine Zufälligkeit vermuten lässt und die Notwendigkeit der Berücksichtigung beeinflussender Variablen impliziert. Als einflussreichen situativen Faktor identifizierten Barth und Donsbach (1992, o.S., zit. nach Jarren/Donges 2006, S.280) die Strittigkeit eines Themas: Je umstrittener ein Thema, desto stärker betreiben Journalisten Eigenrecherche und desto kritischer hinterfragen sie die PR-Mitteilungen. Andere Autoren wie Saffarina (1993, o.S., zit. nach Jarren/Donges 2006, S.280) zeigten beispielsweise die unterschiedlichen journalistischen Arbeitsweisen in unterschiedlichen Medien, differenziert nach mehreren Kriterien (Qualitäts- versus Boulevardmedien, regionale versus nationale Medien, usw.). Außerdem hängt die Eigenständigkeit der Berichterstattung davon ab, ob alternative (PR-)Quellen zu einer Thematik verfügbar sind (vgl. Saffarina 1993, S.84, zit. nach Burkart 2002, S.298). Jarren und Donges (2006, S.281) resümieren: „Eine vollständige Determination kann es unter Konkurrenzbedingungen in pluralen Gesellschaften nicht geben. [...] Denn: Würde PR den Journalismus weitgehend oder gar vollständig determinieren, so gäbe es zwischen PR und Journalismus keinen Unterschied“.

Einen wesentlichen Beitrag zur nicht-einseitigen Beeinflussung bzw. zur Eigenständigkeit der Berichterstattung liefert der kritische, diskursive Journalismus. Der im Habermas' Denkansatz postuliert idealtypische demokratische Öffentlichkeit, welche sich durch Partizipationsfreiheit und Pluralismus auszeichnet und in der die Legitimation politischen Handelns auf der Zustimmung aller Betroffenen beruht, ist ein Realtyp gegenüberzustellen, in welchem Bürger nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten der Partizipation sowie der Artikulation ihrer Interessen und Meinungen haben. Dadurch müsste die Legitimation unvollständig bleiben und folglich würde politisches Handeln demokratischen Prinzipien widerlaufen. In dieser Unvollkommenheit sorgt der diskursiv handelnde Journalist für einen demokratienotwendigen Ausgleich ebendieser Defizite, welcher in Kapitel 3.4 ausführlich behandelt wird. (vgl. Pavlova 2010, S.200)

2.2 (Massenmediale)Politische Kommunikation und Politik

Politik hat ihre Wurzeln in der griechischen Polis und betrifft Angelegenheiten des Gemeinwohls. (vgl. Kleinsteuber 2001, S.39) In der Politikwissenschaft wird Politik in folgende drei Bereiche geteilt, welche alle in engem Zusammenhang mit politischer Kommunikation stehen (vgl. Kleinsteuber 2001, S.41; und: vgl. Jarren/Donges 2006, S.23f):

- **Polity** bezeichnet den gesamten formalen politischen Ordnungsrahmen. Hierzu zählen politische Institutionen wie beispielsweise das Parlament oder die Regierung ebenso wie Gesetze und Normen.
- **Politics** ist der politische Input-dominierte Prozess, welcher geprägt ist von Versuchen der Interessensdurchsetzungen und Machtkämpfen zwischen den politischen Akteuren. Aus kommunikativer Sicht ist hier insbesondere die kommunikative Kompetenz der Beteiligten interessant, welche die Machtkonstellationen und Einflussmöglichkeiten entscheidend prägt.
- Die politischen Inhalte, die Problemlösungen bzw. die Outputs des politischen Prozesses bilden die **Policy** (Policies). Eine Untersuchung von politischer Kommunikation befasst sich hier vor allem mit der Darstellung und der Kommunikation ebendieser Policies in den Medien.

Für Mediendemokratien ist charakteristisch, dass Bürger politische Kommunikation fast ausschließlich über (Massen-)Medien wahrnehmen können. Massenmedien sind nicht nur der Spiegel der Gesellschaft, sie sind ein dynamischer Faktor für Gesellschaft und Politik.(vgl. Sarcinelli 2000, S.25) Eine besondere Verbundenheit erfahren Politik und massenmediale Politikvermittlung in demokratischen Herrschaftsformen, da in diesen das Handeln der „Herrschenden“ eine Zustimmung von Seiten der „Beherrschten“ bedarf, was in Mediendemokratien primär über massenmediale Vermittlungs- und Kommunikationsleistung erfolgt. Entsprechend wird die potentielle Abgrenzung zunehmend uneindeutiger, wobei die Richtung der Einflussnahme bzw. das Verhältnis von Medien und Politikern (inklusive deren politischen Kommunikationsspezialisten) unterschiedlich interpretiert wird:

Das **Gewaltenteilungsparadigma** betrachtet Medien als Vierte Gewalt, welche als autonome, politisch unabhängige Institutionen eine die Politik kontrollierende Öffentlichkeit bildet. Die Macht der Medien wird dabei unterschiedlich stark eingeschätzt und auch die zugeschriebene Rolle reicht von Journalisten als neutrale Vermittler zwischen Bürger und Politiker bis hin zu eigenständigen, kritisch-hinterfragenden Funktion ebendieser. (vgl. Sarcinelli 2009, S.118) Letztere Position rekurriert auf das Konzept des „diskursiven Journalisten“, welches in Kapitel 4.2 näher behandelt wird und für diese Arbeit eine zentrale theoretische Grundlage darstellt.

Das **Instrumentalisierungsparadigma** geht von einer einseitigen Einflussdominanz entweder im Sinne der Instrumentalisierung der Medien durch die Politik oder umgekehrt aus. (vgl. Sarcinelli 2009, S.118) In diese Tradition ist die bereits angeführte Determinationsthese von Barbara Bearns einzuordnen sowie die These der „Mediendependenz der Politik [... wonach] durch die Medialisierung [...] die Politik in die Abhängigkeit der Massenmedien geraten [ist].“ (Schulz 2008, S.46) Die direkte Beeinflussung der Medien durch die Politik wird jedoch heute kaum noch vertreten, wohingegen der starke Einfluss der Medien auf Politik nach wie vor prominente Anhänger findet. (vgl. Kepplinger 1998, o.S., zit. nach Sarcinelli 2009, S.119).

Im **Symbiose-Paradigma** werden Medien und Politik in ein interaktives Verhältnis gesetzt, geprägt von gegenseitiger Beeinflussung und Abhängigkeit. Grundlage bildet der Tausch von (idealerweise exklusiver) Information gegen Publizität. (vgl. Sarcinelli 2009, S.119f) Sarcinelli (1997, S.221, zit. nach Rußmann 2010, S.178) konstatiert bereits in den 1980er Jahren ein „in hohem Maße symbiotische[s] Verhältnis[.]“ von Politik und Medien. Ein interaktives Verhältnis wird auch im Intereffikationsmodell von Bentele angenommen (vgl. Bentele/Liebert/Seeling 1997, zit. nach Burkart 2002, S.299). Aktuell wird von der Mehrheit der Scientific Community von einem symbiotischen, gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis ausgegangen. (vgl. z.B. Sarcinelli 2009, S.30; oder: vgl. Schulz 2011, S.48f)

Tabelle 1 fasst die drei Paradigmata zusammen:

<i>Paradigmen</i>	<i>Dominanter Beziehungsmodus</i>	<i>Medien im politischen Prozess</i>
<i>Gewaltenteilung</i>	<i>Autonomie</i>	<i>Neutralität Kritik und Kontrolle, Gegenmacht</i>
<i>Instrumentalisierung</i>	<i>Steuerung</i>	a) <i>Politik als Steuerungsobjekt der Medien</i> b) <i>Medien als Steuerungsobjekt der Politik</i>
<i>Symbiose/ Interdependenz</i>	<i>Interaktion</i>	<i>Tauschbeziehung</i>

Tabelle 1: Zum Verhältnis von Politik und Kommunikation (Sarcinelli 2009, S. 120)

Während bisher das Beeinflussungsverhältnis zwischen Massenmedien und Politik im Vordergrund stand, soll nun die potentielle Abgrenzung von Politik und politischer Kommunikation betrachtet werden. Sarcinelli (2009, S.18) definiert Politik als „Regelungssystem für die Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen“ und spricht dabei insbesondere die Polity- und Policy-Dimension an. Jarren und Donges (2006, S.21) verstehen darunter „die sozialen Interaktionen, die auf die Selektion, Durchführung und Durchsetzung kollektiv bindender Entscheidungen ausgerichtet sind“ und fokussieren dabei stärker die Politics-Dimension, durch welche politische Outputs (Policy) generiert werden. Schlüsselkriterium scheint das Treffen und Realisieren politischer Entscheidungen zu sein. Auffällig ist dabei die Ähnlichkeit ebendieser Definitionen zu jenen von politischer Kommunikation, welche zu Beginn des Kapitels angeführt wurden und hier der Leserfreundlichkeit halber wiederholt werden: Sarcinelli vertritt beispielsweise Grabers Definition (vgl. Sarcinelli 2008, S.19), wonach politische Kommunikation „encompasses the construction, sending, receiving, and processing of messages that potentially have a significant direct or indirect impact on politics.“ (Graber/Smith 2005, S.479) Jarren und Donges (2006, S.22) sehen das Naheverhältnis von Politik und politischer Kommunikation noch enger: „Politische Kommunikation ist der zentrale Mechanismus bei der Formulierung, Aggregation, Herstellung und Durchsetzung kollektiv bindender Entscheidungen. Insofern ist

politische Kommunikation nicht nur Mittel der Politik. Sie ist selbst auch Politik.“ (Jarren/Donges 2006, S.22) Auch Marcinkowski konstatiert ein enges, schwierig abzugrenzendes Verhältnis, wenn er politische „Kommunikation als zentrale[n] Operationsmodus des Politischen“ (Marcinkowski 2001, S.238) betrachtet. Allerdings ist politische Kommunikation zwar „eine notwendige, keineswegs aber hinreichende Bedingung von Politik. [...] Politik erschöpft sich nicht in Kommunikation“ (Sarcinelli 2009, S.18). Sarcinelli (2009, S.18f) unterscheidet dabei Phasen mit mehr und weniger Zentralität der politischen Kommunikation:

„In weiten Teilen der Routinepolitik [...], der politischen Problembearbeitung und internen Entscheidungsvorbereitung spielt das Kommunikative, jedenfalls die auf massenmediale Resonanz zielende Kommunikation, eine eher untergeordnete Rolle. Wo Politik aber öffentlich wird, vor allem in Phasen der Problemartikulation und [...] der Politikentscheidung, wird Kommunikation dominant [...] und entscheidet [...] darüber, ob ein Thema auf die Tagesordnung kommt oder ob eine politische Entscheidung auf Akzeptanz stößt. In solchen Phasen verschmelzen Kommunikation und Politik zu einer ‚Legierung‘, deren ‚Grundstoffe‘ nicht immer ‚sauber‘ zu trennen sind.“ (Sarcinelli 2009, S.18f)

Darauf aufbauend unterscheidet er zwischen dem politischen Entscheidungsprozess als Herstellung von Politik und dem Vermittlungsprozess als Politikdarstellung, kurz: Entscheidungspolitik und Darstellungspolitik (Sarcinelli 2009, S.116f). Anhand folgender Dimensionen versucht er eine Systematisierung der Unterschiede zwischen medialer Politikdarstellung und politischer Entscheidungsprozesse:

- „1. *Die Strukturdimension*: Welche spezifischen Systemfaktoren stellen die jeweils wesentlichen Rahmenbedingungen dar?
2. *Die Akteursdimension*: Welche Rolle spielen auf der Entscheidungs- und Darstellungsebene institutionelle und personelle Faktoren?
3. *Die Kompetenzdimension*: Welche Bedeutung haben Kompetenz und Professionalität in Politik und Medien?
4. *Die Zeitdimension*: Welchen Einfluss hat der Faktor Zeit im Entscheidungs- und Vermittlungsprozess?
5. *Die Relevanzdimension*: Welche Faktoren sind für Gewichtung bzw. Bedeutungseinschätzungen jeweils zentral?“ (Sarcinelli 2009, S.123)

Diese Dimensionen müssen stets in Interaktion zueinander betrachtet werden. Zur **Strukturdimension** zählen unter anderem der Wandel gesellschaftlicher Strukturen inklusive veränderter Wertanschauungen sowie Globalisierungstendenzen von Politik bzw. politischen Entscheidungen, wobei diese insbesondere die politische

Entscheidungsrealität betreffen. Hingegen stehen in der (medialen) „Darstellungspolitik“ die Realität sichtbar machende Momentaufnahmen im Vordergrund. (vgl. Sarcinelli 2009, S.123f) „[...] Aushandlungsprozesse, Verfahrensabläufe, institutionelle und organisatorische Faktoren politischer Entscheidungsprozesse bleiben dabei ausgeblendet. Rechercheintensiv [...] und in der Regel unspektakulär, finden diese erst dann Interesse, wenn Konflikte zwischen identifizierbaren und wichtigen politischen Akteuren oder Institutionen [...] ‚sichtbar‘ gemacht werden.“ (Sarcinelli 2009, S.124)

Die Legitimitätszuweisung der politischen **Akteure** bzw. ihrer Handlungen erfolgt politikintern anders als politikextern: Während die interne „apparate- und eliteninternen Absicherung“ (Sarcinelli 2009, S.125) insbesondere diverse Entscheidungsverfahren mit unterschiedlichen Entscheidungsregeln und Risiken betrifft (vgl. Sarcinelli 2009, S.125), steht extern die „Verknüpfung von politischen Programmen mit zentralen politischen Rolleninhabern („Personalisierung““ (Sarcinelli 2009, S.126) im Vordergrund. Die Akteure wiederum können verschiedene Arten von **Kompetenzen** besitzen, welche in der Entscheidungs- und Darstellungspolitik unterschiedliche Relevanz und Gültigkeit besitzen. Das Mediensystem ist durch enormen und immer stärker werdenden **Zeitdruck** gekennzeichnet, während im politischen System in der Regel längerfristige Rahmen und Deadlines vorherrschen. Außerdem besitzen die Systeme verschiedene **Relevanzkriterien**, wobei die Darstellungspolitik insbesondere vom Publikumsgeschmack bestimmt wird (Stichwort Nachrichtenfaktoren). (vgl. Sarcinelli 2009, S.127ff)

Die zentralen Ergebnisse dieses Differenzierungsansatzes fasst folgende Tabelle zusammen:

<i>Dominante Merkmale von Politik und Spannungsverhältnisse zwischen:</i>		
<i>Dimensionen</i>	<i>„Entscheidungspolitik“</i>	<i>„Darstellungspolitik“</i>
<i>Strukturen</i>	<i>Verhandlungs- und Aushandlungsdemokratie</i>	<i>Konflikt- und Wettbewerbsdemokratie</i>
<i>Akteure</i>	<i>Legitimation durch Verfahren</i>	<i>Legitimation durch Personalisierung</i>
<i>Kompetenzen</i>	<i>Fach- und Organisationskompetenz</i>	<i>Darstellungs- und Vermittlungskompetenz</i>
<i>Zeit</i>	<i>Problem- und verfahrensbedingter Zeitbedarf</i>	<i>aktualitätsbedingte Zeitknappheit</i>
<i>Relevanz</i>	<i>Problemlösungsdruck durch Sachzwänge</i>	<i>mediendramaturgische ‚Umwertung‘</i>

Tabelle 2: politisches Handeln und Politikvermittlung (Sarcinelli 2009, S.130)

Die Nähe von politischer Kommunikation und Politik ist unbestritten, das Verhältnis und die Abgrenzung der beiden jedoch nicht eindeutig – nicht zuletzt aufgrund der vielfältigen Begriffsauffassungen. Begreift man beispielsweise politische Kommunikation als sehr breites Phänomen (wie in der vorliegenden Arbeit), welche die massenmediale Berichterstattung ebenso wie die Kommunikation in Plenarausschüssen inkludiert, so scheint der Standpunkt von Marcinkowski (2001, S.238), nach welchem politische Kommunikation den zentralen politischen Steuerungsprozess darstellt (siehe oben) sehr plausibel, während eine Reduktion der politischen Kommunikation auf die massenmediale Kommunikation hierfür zu kurz greifen würde. Der Abgrenzungsversuch verweist schlussendlich wieder auf die zu Beginn des Kapitels angeführte Unterteilung der Politik in „Polity“, „Politics“ und „Policy“: Die Polity beeinflusst die politische Kommunikation, ist selbst – fasst man Kommunikation als „symbolisch vermittelte Interaktion“ (Burkart 2002, S.46) auf – jedoch keine¹. Insbesondere massenmediale Kommunikationsformen kommunizieren die Policy und beeinflussen dadurch deren Rezeption sowie Interpretation, initiieren

¹ Auch dies wird mit Vorbehalt konstatiert, da beispielsweise das Recht eines Landes auch nationale Ansichten zu diversen (politischen) Thematiken wie Meinungsfreiheit, Menschenrechte und dergleichen kommuniziert.

aber womöglich auch folgende Politics-Prozesse zu deren Revidierung und werden somit Teil der Politics, wo der kommunikative Fokus der Politik liegt. Politische Kommunikation ist somit sowohl an der Herstellung als auch an der Darstellung von Politik beteiligt und zwar in verschiedenen politischen Bereichen und Phasen mit unterschiedlicher Intensität. Politik ist jedoch nicht ausschließlich Kommunikation (vgl. auch Sarcinelli 2009, S.18+116f)

2.3 Vier Phasen der politischen Kommunikation

Im vorangegangenen Kapitel wurde deutlich, dass die Kommunikation von politischen Akteuren und den Bürgern in der Mediendemokratie primär massenmedial verläuft:

„Politische Realität ist in einer Mediengesellschaft zum überwiegenden Teil massenmedial konstruierte und vermittelte Realität. Politikbild und politische Urteilsfähigkeit der Staatsbürger sind von Qualität und Dichte der massenmedialen Informationsangebote abhängig.“ (Plasser 2004, S.22) In diesem Zusammenhang wird auch von der „Plebiszitarisierung der Politik“ gesprochen (vgl. Sarcinelli 2009, S.170) , welche „meint [...], dass politische Akteure mehr und mehr die Medien zur direkten Bürgeransprache [...] nutzen, [...wodurch] die intermediären Institutionen der Willensbildung und Interessensvermittlung [...] umgangen werden.“ (Sarcinelli 2009, S.170).

Die chronologische Entwicklung hin zu einer massenmedial dominierten politischen Kommunikation wird im „**Drei-Phasen-Modell politischer Kommunikation**“ von Blumler und Kavanagh (2001, S.209-230, zit. nach Plasser 2004, S.39ff) deutlich: Die Autoren unterscheiden seit dem Zweiten Weltkrieg drei Phasen politischer Kommunikation in westlichen Demokratien: Die erste, *parteien-dominierte* Phase zeichnet sich durch klare programmatische Unterschiede zwischen den Parteien, eine parteigebundene Wählerschaft sowie eine Vorherrschaft der Parteipresse aus. Der politische Journalismus konzentrierte sich auf die Vermittlung parteilicher Themen und Standpunkte, die Kommunikation der Politiker mit den Wählern basierte auf Ansprachen, Reden sowie schriftliche Presseerklärungen. Die „*TV-zentrierte Phase*“ wird in den Sechziger Jahren durch die Ausbreitung des Fernsehens als dominantes

Medium politischer Kommunikation eingeleitet. Das Fernsehen verlangte eine neue, personalisierte Medienlogik, die die Kommunikations- und Selbstdarstellungsfähigkeit der Spitzenpolitiker und die kameragerechte Inszenierung ihrer Auftritte implizierte. Weiters eroberten parteiunabhängige Printmedien den Pressemarkt, wodurch Parteien nun untereinander um mediale Präsenz wetteifern mussten und dadurch abhängig von den journalistischen Selektionskriterien wurden. In den Neunziger Jahren begann eine neue Ära, die sich „durch Fragmentierung der Fernsehkanäle, Programmangebote wie Nutzungsgewohnheiten des Publikums aus[zeichnet].“ (Plasser 2004, S.40) Der Wettbewerb wird einerseits durch die große Anzahl an Nachrichten- und Informationsangeboten, andererseits durch die geänderte Wählerschaft verschärft, welche nun differenzierter und flexibler ist. (vgl. Sarcinelli 2000, S.24f)

Das Drei-Phasen-Modell zeigt auf, dass sich die Rahmenbedingungen für Politik und die mediale Politikvermittlung stark verändert haben, wobei den Medien nach wie vor eine besondere Rolle zukommt. Aktuell kann womöglich von einer *vierten Phase* gesprochen werden, welche – wie die anderen drei Phasen – von einem Medienwandel eingeleitet wurde bzw. geprägt ist: dem Web 2.0. Das Internet sorgt für eine weitere mediale Fragmentierung und Differenzierung durch Internet-Auftritte von bestehenden Massenmedien und von anderen, eher als „klassisch“ einzustufenden Medien (z.B. Internetzeitungen) sowie für eine raum-zeitliche Entgrenzung der Kommunikation. Es bringt überdies auch völlig neue Trends mit sich, welche allgemein dem Web 2.0 zuzuordnen sind, wie beispielsweise Blogs und soziale Online-Netzwerke. Blogs und soziale Netzwerke besitzen ein neues dialogisches Potential, im Rahmen dessen Politiker mit Wählern in Interaktion treten können – zwar durch ein technisches Medium vermittelt und im Gegensatz zur face-to-face-Kommunikation zeitlich versetzt, dennoch findet sich hier kein journalistischer Vermittler als Gatekeeper. Zum aktuellen Zeitpunkt zeigt ein Blick auf die Nutzung dieser Plattformen von österreichischen Politikern allerdings, dass diese kaum zum dialogischen Zwecke, sondern primär als zusätzliche verlautbarende Kanäle genutzt werden. Diese einseitige Form der politischen PR ist nicht als verständigungsorientiert zu klassifizieren und steht im Gegensatz zum Interaktionsfokus des Web 2.0. Die Gründe und Auswirkungen für diesen Umstand können hier aus themen- und ressourcenspezifischen Gründen nicht

analysiert werden, womöglich könnte jedoch der Umstand eine Rolle spielen, dass einzelne Bürger (im Gegensatz zur organisierten Journalisten- bzw. Massenmedienschaft) kaum Sanktionsmacht besitzen.

Neben dem Auftritt des Internet sind die Liberalisierung und Kommerzialisierung des Medienmarktes, das Verschwimmen der Grenzen zwischen Individual- und Massenkommunikation, die voranschreitende Globalisierung sowie Multimedialität weitere auf die politische Kommunikation(sform) einflussnehmende Rahmenbedingungen. (vgl. u.a.Sarcinelli 2009, S.303) Überdies sorgt die gelockerte Parteien- und Verbandbindung für eine steigende Anzahl an Wechselwählern (was wiederum die Zentralität der medialen politischen Kommunikation fördert). (vgl. Sarcinelli 2009, S.305)

2.4 Akteure der politischen Kommunikation

Der Begriff „Akteur“ umfasst Individuen (wie Politiker) ebenso wie Kollektive (z.B. Parteien, Verbände,...) (vgl. Schulz 2008, S.16). An der politischen Kommunikation sind insbesondere die drei Akteurgruppen Politiker (inklusive ihrer Kommunikationsexperten), Journalisten bzw. Medien sowie die allgemeine Zivilgesellschaft beteiligt. Dabei bestehen verschiedene Verbindungen zwischen den drei Akteurschaften: Unter anderem sind ein Großteil der Politiker von Bürgern gewählte Repräsentanten und Vertreter ihrer Interessen, Journalisten können als Anwälte der (Anliegen der) Bürger gelten (siehe Kapitel 4.2), überdies sind die Personen Politiker und Journalisten in einer anderen gesellschaftlichen Rolle ebenfalls Bürger. In der vorliegenden Arbeit werden insbesondere Politiker, Journalisten (bzw. Medien) und zum Teil deren Verhältnisse zu den Bürgern fokussiert. Für theoretische Ausführungen und empirische Erkenntnisse zur Diskursqualität und Deliberation in der Bürgerschaft siehe beispielsweise Bächtiger und Tschentscher (2007, S.115ff).

Massenmedien fungieren als eine Art Gegengewicht zu Politikern und Parteien im politischen Kommunikationsprozess. Von ihnen wird die Erfüllung politischer Funktionen erwartet – insbesondere die Information der Bevölkerung, die Herstellung von Öffentlichkeit, die Artikulation verschiedener Interessen und Meinungen, die

politische Sozialisation und Bildung sowie die Herrschaftskritik und –kontrolle (vgl. Burkart 2002, S.382+390ff). Ausgehend von diesen zugeschrieben politischen

Funktionen charakterisiert Schulz (2008, S. 17) **politisch relevante Medien** wie folgt:

„Als politisch relevante Medien werden solche Medien verstanden, die [...] eine öffentliche Aufgabe wahrnehmen, also: Information, Kritik und Kontrolle sowie Mitwirkung an der Meinungsbildung [...]. Das trifft nicht nur auf die herkömmlichen publizistischen Medien Presse, Film, Radio, Fernsehen zu, sondern im Prinzip auch auf Inhalte und Dienste im Internet [...] sowie auf Offline-Medien wie Plakate, Bild- und Tonträger. Die Betrachtung ist also nicht grundsätzlich auf Inhalte beschränkt, die nach unserem Alltagsverständnis als politisch angesehen werden, auch [...] Medieninhalte, die dem Unterhaltungsgenre zugerechnet werden, können politische Reaktionen oder Folgen nach sich ziehen.“

Die Prozesse des politischen Systems werden erst durch die mediale Darstellung beobachtbar– sowohl für die Bürger als auch für die Politiker selbst (vgl. Sarcinelli 2009, S.116) Daher kommt Journalisten eine besondere Rolle zu, im Rahmen derer sie stellvertretend für die Bürger mit politischen Akteuren kommunizieren, bei Unstimmigkeiten mit ihnen in einen diskursiven Austausch treten und im Rahmen dessen auftretende Zweifel an den Geltungsansprüchen äußern sollen (vgl. Burkart/Rußmann 2010b, S.12+15). (siehe Kapitel 3.4)

Politische Akteure zeichnet aus, dass sie „in einer politischen Rolle handeln, [...und aufgrunddessen] daran beteiligt sind, allgemein verbindliche Entscheidungen über die Verteilung von Macht oder Ressourcen herbeizuführen oder durchzusetzen“ (Schulz 2008, S.16). Die zentralsten kollektiven Akteure sind die Parteien als „Träger und Organisationseinheiten der parlamentarischen Demokratie“ (Pelinka/Rosenberger 2000, S.136). Ausschlaggebend für eine Parteiengründung sind Interessenskonflikte. Historisch gesehen divergierten Parteien insbesondere in ihren Ansichten und Schwerpunkten in Hinblick auf gesellschaftliche Klassen, Religion, regionalem Fokus und nationaler Identität. Die modernen Anschauungsdifferenzen umfassen vor allem Materialismus versus Postmaterialismus, Ausländer, Individuum und Bürgerrechte. (vgl. Pelinka/Rosenberger 2000, S.136) Im Jahr 2010 gibt es in Österreich fünf Parlamentsparteien, wovon die zwei traditionellen Großparteien ÖVP und SPÖ die Koalitionsregierung stellen und sich die Opposition aus den rechtspopulistischen Parteien FPÖ und BZÖ sowie den im politischen Spektrum links anzusiedelnden Grünen

zusammensetzt. Die folgenden Subkapitel gehen auf Grundzüge der Entstehung und Ideologien der Parlamentsparteien ein.

2.4.1 Die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP

Der Vorläufer der SPÖ (Sozialdemokratische Partei Österreichs) war die 1874 gegründete „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“. Sie wurde 1945 als „Sozialistische Partei Österreichs“ wiedergegründet. Ebenfalls 1945 wurde die ÖVP (Österreichische Volkspartei) als Nachfolgerpartei der Christlich-Sozialen Partei von Bauern-, Wirtschafts- und Arbeitnehmerbund ins Leben gerufen. Traditionell waren die ArbeiterInnen SPÖ-Wähler, die Bauern und Gewerbetreibenden ÖVP-Wähler. Außerdem hat die ÖVP katholische Wurzeln und war traditionell in den Ländern stärker, wohingegen Wien SPÖ-Gebiet ist. (vgl. Pelinka/Rosenberger 2000, S.136ff)

Pelinka und Rosenberger (2000, S.133) klassifizieren SPÖ und ÖVP als Volksparteien:

„Volksparteien wollen nicht nur eine sozio-ökonomische Gruppe integrieren, sondern die diversen Gruppen einer sozio-ökonomisch differenzierten WählerInnenschaft sind potentiell einzuschließen (Integrationspartei). Charakteristisch für Volksparteien ist, da[ss] der ideologisch-programmatische Anspruch zugunsten des Ziels der Stimmmaximierung zurücktritt und die Interessen kumulativ eingebracht werden“ (Pelinka/Rosenberger 2000, S.133)

Demgemäß werden die beiden Großparteien auch in der Mitte des politischen Links-Rechts-Kontinuums angesiedelt, wobei die SPÖ tendenziell links und die ÖVP eher rechts verortet wird (vgl. Plasser/Ullrich 2006, S.366f). SPÖ und ÖVP sind außerdem Mitgliederparteien, welche charakterisiert, dass viele Wähler Parteimitglieder sind (im Jahr 1994 bei der SPÖ 32% und bei der ÖVP 34%, wohingegen die Mitgliedswähler bei der FPÖ beispielsweise nur etwa 4% ausmachen).

Mitgliederparteien führen weniger harte Wahlkämpfe, da sie um weniger Wähler kämpfen müssen. (vgl. Pelinka/Rosenberger 2000, S.133f)

Charakteristisch für die Parteienlandschaft der Zweiten Republik ist die sehr hohe Parteienkonzentration der SPÖ und ÖVP von bis zu über 90 Prozent. Die Parteienkonzentration ist das Verhältnis zwischen Stimmanteil der Parteien und Gesamtstimmenanzahl. Dadurch erreichten die beiden traditionellen Großparteien

lange Zeit stets mehr als die Zwei-Drittel-Mehrheit und konnten entsprechend sogar Verfassungsgesetze im Alleingang verabschieden. (vgl. Pelinka/Rosenberger 2000, S.135) Plasser und Ulram (2006, S.357) sprechen in diesem Zusammenhang von einer „Hyperstabilität des österreichischen Parteiensystems“. Ab Mitte der 1980er Jahr begann diese Konzentration langsam zu sinken und erreichte 1999 60 Prozent, 2008 50 Prozent. Durch die Dekonzentration sowie den Verlust der Zwei-Drittel-Mehrheit ist eine Wiederbelebung des interparteilichen Parlamentdiskurses zu erwarten. (vgl. Pelinka/Rosenberger 2000, S.135; und: vgl. Bundesministerium für Inneres 2011, o.S.)

2.4.2 Die Oppositionsparteien FPÖ, Grüne, BZÖ

Die FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) war erstmals 1957 im Nationalrat. Sie wurde 1955 als Nachfolgerin der VDU (Verband der Unabhängigen) gegründet. Als Vorläuferpartei des 19.Jahrhunderts gilt die Deutsch-Nationale Partei, Verbindung besteht außerdem zur NSDAP. Ihre rechten Wurzeln äußern sich in Xenophobie, Rassismus, radikaler Ausländerpolitik und starkem Fokus (mit gleichzeitiger Anti-EU-Position) auf den eigenen Staat. (vgl. Pelinka 2002, S.281+284f; und: vgl. Pelinka/Rosenberger 2000, S.135ff) Dies drückt sich auch in ihrer initialen Ideologie aus: „Als dem Deutschtum verpflichtete, dem Parteienfilz widerstrebende und daher politisch marginalisierte Außenseiter Österreichs, denen es galt, u.a. den für letzteres maßgeblich verantwortlichen Proporz der Großparteien abzuschaffen“ (Luther 2006, S.376). Neben ihrer rechten Ausrichtung gilt sie als populistische Partei. „Populistische Parteien agieren mittels eines ‚Wir‘ und im Namen der ‚kleinen Leute‘. Ein imaginäres Bündnis zwischen der Parteispitze und dem ‚Volk‘ wird gegen etablierte, staatliche Einrichtungen eingesetzt. Rhetorik und Marketing zählen zu den erfolgreichen Mobilisierungsstrategien.“ (Pelinka/Rosenberger 2000, S.134) Das Wählerprofil der FPÖ sind tendenziell jüngere, männliche Arbeiter. Im internationalen Vergleich rechtsaffiner Parteien weist die FPÖ eine einzigartige Erfolgsgeschichte auf. (vgl. Pelinka 2002, S.281+286).

Das BZÖ (Bündnis Zukunft Österreich) wurde 2005 infolge der Spaltung der FPÖ gegründet. BZÖ und FPÖ haben einen gemeinsamen historischen Ursprung,

entsprechend ähnlich sind die Wähler bzw. Wahlmotive (insbesondere der Protest zu Regierungsparteien und die Ausländer-/Migrationspolitik) der beiden rechtspopulistischen Parteien, wobei das BZÖ in seinem Stimmanteil deutlich hinter der FPÖ liegt. (vgl. Sommer 2006, S.13f; und: vgl. Reichmann et al 2006, S.34+36; und: vgl. Luther 2006, S.364)

Unter dem Namen „Grüne Alternative“ kandidierte erstmals 1986 ein Sammelsensurium von Initiativen, Bewegungen und grünen Parteien auf einer gemeinsamen Liste und schafften den Nationalratseinzug. (vgl. Pelinka/Rosenberger 2000, S.137) Die Grünen starteten als Umwelt- und Ökologiepartei, welche die postmoderne Wirtschaft kritisch hinterfragte und dadurch einen Wertewandel markierte. Gleichzeitig bildeten sie die erste Partei, die keiner traditionellen Wertanschauungen zugeordnet werden konnte. (vgl. Dachs 2006, S.389f+400) Die Grünen-Wähler sind tendenziell als urban, jung, gut gebildet und weiblich zu klassifizieren (vgl. Plasser et al 1996, S.177f). Die Grünen positionieren sich heute im linksideologischen Flügel und nehmen gerne eine Antithese zu den rechtspopulistischen Parteien FPÖ und BZÖ ein, insbesondere bei den Themen Soziales und Migration. Typische weitere Schwerpunkte sind die Umwelt- und Frauenpolitik. (vgl. Reichmann et al 2006, S.34) Überdies ist es ein Anliegen der Grünen, Machtkonzentrationen in der Politik zu bekämpfen, insbesondere die Verflechtungen in Wirtschaft und Sozialpartnerschaften, sowie die Stärkung von Demokratie, Gewaltenteilung und der Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Toleranz und Solidarität. (vgl. Dachs 2006, S.379f)

2.4.3 Ergänzende Besonderheiten des österreichischen Parteiensystems

Österreich gilt als vom SPÖ-ÖPV-Proporz geprägter „Parteienstaat“ infolge der „enge[n] Verflechtung von Parteien und Gesellschaft, von Parteien und Wirtschaft sowie von Parteien und Staat. [...] [Insbesondere] jene[] beiden politischen Parteien, die die Zweite Republik aufgrund ihrer Stärke und Funktionen dominiert haben, SPÖ und ÖVP [...], regulierten auch den Zugang zu gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Positionen.“ (Pelinka/Rosenberger 2000, S.146) Außerdem zeichnen Österreich starke

Wirtschaftsverbände und Sozialpartnerschaften aus, welche mit den Parteien stark verbunden sind und entsprechenden Einfluss auf die Politik nehmen. Beispiele sind die Kammern Österreichische Hochschülerschaft (Parteivorsitz variiert, lange ÖVP-dominiert), der Österreichische Gewerkschaftsbund (SPÖ-dominiert) oder der Österreichische Wirtschaftsbund (ÖVP). (vgl. Pelinka/Rosenberger 2000, S.167ff)

3 Die deliberative Theorie der Demokratie

Die Theorie der deliberativen Demokratie fokussiert den **Politikprozess**, im Rahmen dessen die Deliberation die Grundlage für das Treffen von legitimen bzw. von allen Betroffenen legitimierten politischen Entscheidungen darstellt:

„[P]olitical decision-making is or should be **talk-centric**‘ [...]. Thus, decision-making is [...] a process in which political actors listen to each other, reasonably justify their positions [...] and are willing to re-evaluate and eventually revise their initial preferences through a process of discourse [...]“ (Steenbergen et al. 2003, S.21)

Die Grundidee einer deliberativen Demokratie ist die „[f]reie, zwanglose und öffentliche Deliberation als Basis legitimer Politik“ (Dingwerth et al 2011, S.56). Sie setzt „auf die Überzeugungskraft systematischer Erwägungen und Schlussfolgerungen in öff[entlichen] Debatte[n] und auf verständigungsorientiertes, kommunikatives Handeln“ (Schultze 2010, S.133). Das deliberative Demokratiemodell rekurriert somit auf Qualitätsanforderungen des politischen Prozesses, aus welchem sich die Legitimität von politischen Entscheidungen ableitet (vgl. Habermas 1994, S.166+169, zit. nach Dingwerth et al 2011, S.57).

Deliberation bedeutet „Beratschlagung, Überlegung“ (Dudenredaktion 1983, S.90) und wird nach Chambers (2003, S.309) definiert als

„debate and discussion aimed at producing reasonable, well-informed opinions in which participants are willing to revise preferences in light of discussion, new information, and claims made by fellow participants. Although consensus need[s] not to be the ultimate aim of deliberation, and participants are expected to pursue their interests, an overarching interest in the legitimacy of outcomes (understood as justification to all affected) ideally characterizes deliberation.“

Während ausgehend von der ökonomischen Betrachtungsweisen der Demokratie die individuellen Präferenzen vorher fixiert sind und unabhängig voneinander in der Regel durch den Mechanismus des Wählens aggregiert werden, gehen Deliberationstheoretiker davon aus, dass Präferenzen im Rahmen von deliberativen Kommunikationsprozessen angeglichen werden können (vgl. Chambers 2003, S.308) und dass „deliberation induces citizens to abstract from their individual interests and base decisions on judgments about the common good“ (Landwehr 2010, S.103). Diese Abstraktion zu Gunsten des **Allgemeinwohls** stellt aus normativ-idealer Sicht einen der Beiträge zur Qualitätsverbesserung politischer Kommunikation und Entscheidungen dar. Weitere normative Anforderungen an die Deliberationsprozesse werden vielfach aus der Habermas'schen Diskursethik abgeleitet. Im Zentrum der normativen Anforderungen der Diskurs-Deliberationstradition steht der vernünftige, auf **begründeten Argumenten basierende Diskurs** (vgl. Bächtiger et al 2010, S.193f. und: vgl. Landwehr 2010, S.101. und: vgl. Bächtiger/Tschentscher 2007, S.99). Für Habermas ist der Diskurs „die durch Argumentation gekennzeichnete Form der Interaktion [...], in der problematisch gewordene Geltungsansprüche zum Thema gemacht und auf ihre Berechtigung hin untersucht werden. [...] [H]ier tauschen wir keine Informationen aus, sondern Argumente, die der Begründung [...] problematisierter Geltungsansprüche dienen.“ (Habermas 1971, S.130f, zit. nach Horster 1995, S.42) Er stellt damit eine Art Reparaturmechanismus dar, durch welchen die gestörte Alltagskommunikation wieder fortgesetzt werden kann (vgl. Burkart et al 2010, S.264). Diskurs bedeutet „Verhandlung“ (Dudenredaktion 1983, S.101), im Habermas'schen Modell meint er eine kommunikative Verhandlung, im Rahmen derer durch Argumente die (Wieder-)Gültigkeit angezweifelter Geltungsansprüche verhandelt wird. Er stellt für deliberative Diskurstheoretiker eine „notwendige Bedingung [dar], um in modernen und pluralistischen Gesellschaften, die über keinen gemeinsamen religiösen oder moralischen Referenzrahmen mehr verfügen, zu legitimen Entscheidungen zu gelangen.“ (Bächtiger et al 2010, S.194). Dabei wird davon ausgegangen, dass die Intensivierung des diskursiven Elements zu einer Qualitätsverbesserung der Politik führt. (vgl. Bächtiger et al 2010, S.194) Der Diskurs ist per Definitionem nicht auf Politik oder Demokratien beschränkt, in deren Kontext wird er jedoch im Rahmen der

vorliegenden Arbeit betrachtet. Über die Abgrenzung der beiden Bezeichnungen diskursive und deliberative Demokratie werden in der politischen Philosophie unterschiedliche Positionen vertreten (vgl. Spörndli 2004, S.13): „Ob man sich nun einer deliberativen, einer diskursiven oder einer kommunikativen Demokratie verschreibt, ist für manche eine klare theoretische Verortung, während andere diese Begriffe synonym verwenden.“ (Spörndli 2004, S.13) In der Habermas'schen Deliberationstradition wird von „deliberativer Demokratie“ und „diskursiver Demokratie“ weitgehend synonym gesprochen. (vgl. Dryzek 1990, S.19ff, zit. nach Bächtiger/Tschentscher 2007, S.99). Auch Steiner et al (2004, S.16) setzen „deliberative politics“ und „discursive politics“ und Dingwerth et al (2011, S.56) bessere Diskurse mit mehr Deliberation gleich. Spörndli (2004, S.14) konstatiert nach aktuellem Forschungsstand die primären Differenzen zwischen Diskurs und Deliberation „zum einen im Anspruch an gesellschaftliche Veränderungen, zum anderen im Stellenwert der Kommunikation“:

„Der Begriff der deliberativen Demokratie findet in erster Linie im liberalen Konstitutionalismus seinen Platz. In diesem Sinne [...werden] ganze bestehende politische Systeme mittels deliberativer Prinzipien [interpretiert]. Deliberation beinhaltet dann nicht unbedingt einen Dialog, sondern kann auch durch die vernünftigen Abwägungen einer einzelnen, isolierten Person zustande kommen.[...] Es kann also gesagt werden, dass Konzeptionen deliberativer Prozesse [...] diskursive Prozesse umfassen, sich aber nicht unbedingt allein darauf konzentrieren.“ (Spörndli 2004, S.14)

Als Vertreter dieser deliberativen Demokratiesichtweise führt er Rawls (1971 bzw. 1999), Sunstein (1997) oder Luskin und Fishkin (2002) an. Die Position der diskursiven Demokratietheoretiker beurteilt er hingegen als „radikaler“ (vgl. Spörndli 2004, S.14): „Sie suchen eine Verwirklichung nicht unbedingt in bestehenden politischen Strukturen, sondern zielen [...] auf gesellschaftliche Veränderungen ab.“ (Spörndli 2004, S.14). Spörndli selbst betrachtet den Diskurs als unabdingbares Moment von Deliberation und präferiert aus diesem Grund den Diskursbegriff, wobei er nicht von ganzen diskursiven Demokratiesystemen, sondern von diskursiven Politikmomenten innerhalb liberaler Demokratiesystemen ausgeht. (vgl. Spörndli 2004, S.14f) Kersting (2010, S.181) hingegen betrachtet die Habermas'sche Diskurstheorie als Grundidee, die von der deliberativen Demokratietheorie übernommen und auf die Real-Situation angewendet wurde. Ähnlich gehen Bächtiger und Tschentscher (2007, S.99f+102)

davon aus, dass die Grundsätze bzw. Ideale der deliberativen Demokratietradition den Diskursregeln entsprechen, wobei sie folgende Grundprinzipien anführen:

„(1) die freie und kontinuierliche Zusammenkunft, (2) die Schlüsselrolle des Deliberationsprozesses bei Begründung und Bestand der demokratischen Struktur, (3) die Anerkennung eines Werte- und Zielpluralismus, (4) die Anerkennung des Deliberationsprozesses als Legitimationsquelle des Rechts und (5) die gegenseitige Anerkennung der Bürger als Akteure der Deliberation“ (Cohen 1989, S.17ff, zit. nach Bächtiger/ Tschentscher 2007, S.102) .

Sie verwenden die Begriffe diskursive und deliberative Demokratie gleichwertig (vgl. Bächtiger/Tschentscher 2007, S.99). Basierend auf dieser kurzen Abhandlung zur Gegenüberstellung von diskursiver und deliberativer Demokratie stellt das von Spörndli (2004, S.14) primäre Argument gegen deren synonyme Verwendung einerseits die Inklusion des abwägenden Monologs im deliberativen Demokratiekonzept, was aber beispielsweise nicht konform zur oben angeführten Definition von Chambers (2003, S.309) ist und außerdem von Gottschalk-Mazouz (2000, S.18) auch für den Diskurs postuliert wird. Er betrachtet sodann die deliberative Demokratie als Ausprägungsform ganzer politischer Systeme, welche von Momenten diskursiver Politik geprägt ist (vgl. Spörndli 2004, S.14f), wodurch er schlussendlich eine hierarchische Differenzierung trifft, die jedoch tatsächlich nicht der Gleichsetzbarkeit der Begriffe „deliberative Demokratie“ und „diskursive Demokratie“ widerspricht. Darauf aufbauend werden die Begriffe in der vorliegenden Arbeit synonym verwendet.

3.1 Die Theorie des kommunikativen Handelns als Grundlage der Diskursethik

Die Habermas'sche Diskursethik steht in engem Zusammenhang mit seiner Theorie des kommunikativen Handelns, wonach Verständigung als grundsätzlicher Telos jeder Kommunikation nur dann auftreten kann, wenn folgende vier universale Voraussetzungen Gültigkeit besitzen (vgl. Burkart 2005, S.224f, und: vgl. Horster 1995, S.33ff):

- Verständlichkeit: Die Kommunikationspartner müssen eine gemeinsame Sprache beherrschen, um verständlich miteinander kommunizieren zu können.

- Wahrheit: Sie müssen davon ausgehen, „dass sie Aussagen über Wirklichkeiten machen, deren Existenz auch der jeweils Andere anerkennt“. (Burkart 2005, S.225)
- Wahrhaftigkeit: Dieser Geltungsanspruch drückt das Vertrauensverhältnis zwischen den Kommunikationspartnern aus, welches nur entstehen kann, wenn sie ihren Gegenüber nicht täuschen wollen und ihre wahren Absichten offenlegen.
- (normative) Richtigkeit: Die Richtigkeit betrifft die Legitimität der jeweiligen Interessen und Ziele, welche mit allgemein gültigen Werten und Normen konform und entsprechend auch für den jeweils anderen akzeptabel sind.

Diese **Geltungsansprüche** werden in der „normalen“ Kommunikations*handlung* als gültig vorausgesetzt. Wird einer davon verletzt, so muss – will man Verständigung erzielen – auf die Ebene des kommunikativen Diskurses gewechselt werden. Im Rahmen des Diskurses werden die Geltungsansprüche selbst thematisiert und ihre Gültigkeit durch Begründung wiederhergestellt. Voll diskursfähig sind die Geltungsansprüche Richtigkeit (Legitimität) und Wahrheit: Ersterer kann im praktischen Diskurs durch Rechtfertigungen, letzterer im theoretischen Diskurs durch Erklärungen wieder Gültigkeit erlangen. Der Geltungsanspruch der Verständlichkeit ist nur eingeschränkt diskursfähig, da Verständlichkeit gleichzeitig die Voraussetzung für das Gelingen einer Kommunikation ist. Im explorativen Diskurs kann jedoch durch Fragen wie „Wie meinst du das?“ und darauf folgende Antworten versucht werden, Verständlichkeit zu schaffen. Der Geltungsanspruch der Wahrhaftigkeit kann nicht diskursiv eingelöst werden, die Wahrhaftigkeit des Gegenübers ist durch die Beobachtung seiner Handlungen zu prüfen. (vgl. Burkart 2005, S.226; und: vgl. Horster 1995, S.42f)

Bei der Übertragung der Diskursethik in den politischen Bereich streicht Habermas den praktischen Diskurs und somit den Geltungsanspruch der Legitimität hervor und stellt ihn hierarchisch über die anderen Diskursarten (vgl. Habermas 1994, o.S., zit. nach Becker et al. 2009, S.294f). In der Habermas'schen Tradition weisen auch andere Autoren dem praktischen Diskurs im gesellschaftspolitischen Feld eine besondere Rolle zu: So meint Brosda (2008, S.314), dass der praktische Diskurs von besonderem

Interesse „für eine gesellschaftstheoretisch ambitionierte Diskurskonzeption“ ist. Tomberg betont ein starkes Ähnlichkeitsverhältnis von Politik und praktischem Diskurs wenn er festhält, dass „[d]ie Prinzipien und Normen des praktischen Diskurses [...], wenn wir Habermas folgen, keine wesentlich anderen [sind], als die, die der Politik zugrunde liegen müssen, wenn sie demokratisch heißen soll“ (Tomberg 2003, S.283). Ronnebergers Konzept der „Legitimation durch Kommunikation“, nach welchem „demokratische Politik begründungs- und zustimmungspflichtig ist, politische Entscheidungen also [...] öffentlicher Rechtfertigung bedürfen“ (Sarcinelli 2009, S.115f) rekurriert ebenfalls auf den Geltungsanspruch der Legitimität und den zugehörigen praktischen Diskurs.

Damit ein Diskurs überhaupt möglich ist, müssen verschiedene Voraussetzungen gegeben sein. Die Vernünftigkeit der Diskursteilnehmer ist nach Habermas eine dieser Voraussetzungen, ihre Gültigkeit kann allerdings gleichzeitig erst im Rahmen des Diskurses abgeschätzt werden (vgl. Horster 1995, S.43f): „Die kommunikative Vernunft findet ihre Maßstäbe an den argumentativen Verfahren der [...] Einlösung von Ansprüchen auf propositionale Wahrheit, normative Richtigkeit, subjektive Wahrhaftigkeit und ästhetische Stimmigkeit.“ (Habermas 1985, S.366, zit. nach Debatin 1995, S.72) **Kommunikative Rationalität** wird nach Habermas von den Diskursteilnehmern gemeinsam hergestellt: „[...] überzeugt von ihrer Erfahrung, durch argumentative Rede Konsens herstellen zu können“ (Möres 2006, S.66) können die Teilnehmer „ihre zunächst nur subjektiven Auffassungen überwinden und sich dank der Gemeinsamkeit vernünftig motivierter Überzeugungen gleichzeitig der Einheit der objektiven Welt und der Intersubjektivität ihres Lebenszusammenhangs vergewissern.“ (Habermas 1981, S.28, zit. nach Reijen 1995, S.81) Die kommunikative Rationalität stellt ein „unter Beteiligten erzieltes rational motiviertes Einverständnis“ (Habermas 1981, S.114, zit. nach Reijen 1995, S.82) betreffend der Gültigkeit der Geltungsansprüche dar und begründet somit die Verständigung (vgl. Reijen 1995, S.82). Formale Voraussetzungskriterien des Diskurses sind in der **idealen Sprechsituation** zusammengefasst, welche sich insbesondere durch die von inneren und äußeren Zwängen befreite Kraft des besseren Arguments, gleiche Kommunikationsmöglichkeiten der Diskursbeteiligten sowie eine Ergebnisoffenheit des

Diskurses auszeichnet. Sie stellt einen Idealtypus dar, welcher in der Realität kaum vollständig erreichbar ist, jedoch bestmöglich angenähert werden soll. (vgl. Röttger 2010, S.37) Umgelegt auf die demokratische Politik bedeutet dies, dass politische Entscheidungsprozesse die Erfüllung dieser normativen Forderungen anstreben sollen. Das Modell fokussiert demgemäß die „realen Meinungs- und Willensbildungsprozesse in einer diskutierenden Öffentlichkeit“ (Reese-Schäfer 1991, S.10). Die Bürgergesellschaft soll in diese Prozesse eingebunden werden, was jedoch keine Substitution des Regierungshandelns bedeutet, sondern eine Förderung von Rationalität und Qualität der politischen Entscheidungen. (vgl. Reese-Schäfer 1991, S.10f)

3.2 Die Bedeutung der Öffentlichkeit und der öffentlichen Meinung

Der Begriff Öffentlichkeit kam im deutschen Sprachraum im 18. Jahrhundert als Reaktion auf die geheimen Tätigkeiten des absolutistischen Staates auf. (vgl. Jarren/Donges 2006, S.95ff) Öffentlichkeit stellt eine „regulative Idee kommunikativer politischer Machtentfaltung“ (Brosda 2008, S.307) dar. Diesen normativen Idealzustand zeichnen prinzipielle Offenheit für alle Gesellschaftsgruppen, Themen und Meinungen sowie ein auf rationalen, gegenseitig beziehbaren Argumenten basierender diskursiver Austausch aus. Dadurch erzeugt die öffentliche Kommunikation von den Beteiligten akzeptierte öffentliche Meinungen zu den gesellschaftsrelevanten Themen. (vgl. Neidhardt 1994, S.8f, zit. nach Jarren/Donges 2006, S.98) Diese sind wiederum handlungsleitend für politische Entscheidungen. Sarcinelli (2009, S.300ff) betont dabei im Sinne der „Legitimation durch Kommunikation“ die Wichtigkeit der Öffentlichkeit für die Demokratie: Es besteht „weder ein Wahrheitsmonopol noch ein[] homogene[r] Volkswillen. Deshalb darf der Vorgang der politischen Willensbildung nicht im Dunkeln der Abmachungen oder Entschlüsse von unkontrollierten Mächten erfolgen.“ (Sarcinelli 2009, S.301) Überdies hat „politische Kommunikation mit der Durchsetzung einer bestimmten Sicht von Welt, mit Macht und Herrschaft also zu tun [...], daher sind Fragen politischer Kommunikation immer auch von öffentlichem Interesse.“ (Sarcinelli 2009, S.17). Im deliberativen Demokratieverständnis multipliziert sich die

grundlegende und zentrale Stellung der Öffentlichkeit, da hier Politik explizit auf diskursivem Austausch der Teilnehmer basiert (vgl. Gerhards et al 1998, S.31f.). Heute wird insbesondere den Medien die zentrale Rolle zur Herstellung von Öffentlichkeit zugewiesen, da sie in modernen Demokratien die primäre Verbindung zwischen Politikern und Zivilgesellschaft darstellen. Diese Öffentlichkeitsaufgabe ist auch verfassungsrechtlich verankert (vgl. z.B. Brosda 2008, S.187). Jedoch dient die politische Berichterstattung nicht nur der Beobachtung der Politik(er) seitens der Zivilgesellschaft, auch die politischen Akteure und Medien beobachten Politik über Medien, wodurch man in Metaebenen der Beobachtung gelangt und eine mediale politische Realität entsteht.

Für Landwehr und Holzinger (2010, S.376) ist die Publizität sogar eine Voraussetzung, um Kommunikation als diskursiv zu definieren. Dahinter steht der Gedanke, dass dadurch das Allgemeinwohl eine stärkere Berücksichtigung findet, ein größerer Begründungsdruck herrscht und vermehrt auf Gegenargumente eingegangen wird. (vgl. Thompson 2008, S.510) Die mediale Öffentlichkeit dient entsprechend – neben der öffentlichen Meinungsgenerierung bzw. -identifikation und dem diskursiven Austausch – auch der Themenpriorisierung, der Identifikation der gesellschaftspolitischen Themenrelevanz sowie der politischen Entscheidungsfindung, -vorbereitung und -begründung (vgl. Jarren/Donges 2006, S.98f).

Neben den Medien bestehen auch andere Foren der öffentlichen Kommunikation, ausschlaggebend ist der prinzipiell offene Zugang und die Kommunikation muss auf diese potentielle Teilnahme von Außenstehenden ausgerichtet sein. (vgl.

Landwehr/Holzinger 2010, S.376) Orientiert an der Umsetzbarkeit und politischen Realität modifiziert Gerhards (1998, S.272) das normative Kriterium der Zugangsoffenheit zur Öffentlichkeit als „repräsentative Offenheit“, da die unmittelbare Beteiligung der Bürger in der Realität nur schwer umsetzbar ist und überdies dysfunktional sein kann: „Öffentlich artikulierte Themen und Meinungen müssen letztendlich in kollektiv verbindliche Entscheidungen transformiert werden. Eine Überladung des Entscheidungssystems mit dauerhaft wechselnden Themen und Meinungen kann zu einer Lähmung des Entscheidungssystems führen.“ (Gerhards 1998, S.272) Neben der machtfreien, gleichverteilten Zugangsmöglichkeit zur

Öffentlichkeit gilt auch die Charakterisierung der Demokratie als Herrschaftsform der öffentlichen Meinung als normativ überzogen bzw. überholt (vgl. z.B. Fraenkel 1991, S.232, zit. nach Sarcinelli 2009, S.115). Besonders ist die zugrundliegende Annahme, „in der öffentlichen Meinung manifestiere sich jeweils der Gemeinwille, dessen Realisierung den Wesensgehalt der Politik ausmache“ (Sarcinelli 2009, S.115) nicht haltbar. Denn: In der öffentlichen Meinung werden nicht automatisch alle Positionen abgebildet, vielmehr ist die Öffentlichkeit „wesentlich auch ein Produkt aktiver Meinungspflege solcher Interessen, die über Kompetenz und Kapazität zur Beeinflussung [...] verfügen. [...] Politische Öffentlichkeit ist selbst Teil [...] eines Gesamtprozesses, in dem Politik hergestellt und dargestellt, politische Entscheidungen durchgesetzt und begründet werden“ (Sarcinelli 2009, S.115). Die politische Öffentlichkeit und die öffentliche Meinung sind demgemäß geprägt von den strategischen Kommunikationen professionalisierter Kommunikatoren. Überdies besteht eine zunehmende Kluft zwischen der Darstellung und der Herstellung von Politik, wodurch den Bürgern ein politisches Trugbild vermittelt wird, was wiederum abträglich für die Erfüllung der demokratischen Funktionen der Öffentlichkeit ist. (vgl. Sarcinelli 2009, S.115ff) Sowohl zur Kompensation der nicht bis kaum vorhandenen Zugangsmöglichkeiten einzelner Bürger bzw. bestimmter Interessensgruppen im Sinne einer interessenausgleichenden Einflussnahme auf die öffentliche Meinung als auch zur Überbrückung der Kluft zwischen hergestellter und dargestellter Politik bedarf es einer aktiven Einflussnahme professionalisierter Experten, was wiederum auf die Rolle der Journalisten als aktive Kommunikatoren bzw. Diskursanwälte verweist (siehe Kapitel 4.2). Die Theorietradition des diskursiven Journalismus' bezieht sich nicht nur auf das Bestehen des gesellschaftlichen Raumes Öffentlichkeit, sondern stellt auch qualitative Anforderung an diesen und betont die Aufgabe der Journalisten bei der Erhaltung und Förderung der Qualität. (vgl. Brosda 2008, S.308)

3.3 Besondere Rolle des Parlaments im Meinungsbildungsprozess

Das Parlament besteht in Österreich aus dem machtstärkeren Nationalrat, der direkt durch das Volk gewählt wird, und dem deutlich weniger einflussreichem Bundestag,

dessen Mitglieder von den Bundesländern entsandt werden. Durch die bürgerliche Wahl des Nationalrats erhält das Parlament den Status des „formal konkurrenzlose[n] Legitimationsorgan politischer Herrschaft“ (Oberreuter 1988, S.500, zit. nach Sarcinelli 2009, S.239): „Zumindest konstitutionell gilt im demokratischen Verfassungsstaat das Parlament als der klassische Ort, an dem die gebotene Öffentlichkeit der Politik ihren sichtbaren Ausdruck finden soll: das Parlament [...] als Forum, auf dem die Interessen und Alternativen des politischen Gemeinwesens artikuliert und Politik schließlich verbindlich für alle entschieden wird.“ (Sarcinelli 2009, S.239) Ihm kommt somit „die Funktion einer Schlüsselinstitution demokratischer Willensbildung und Entscheidungsfindung zu.“ (Sarcinelli 2009, S.310)

Bächtiger und Tschentscher (2007, S.101) versuchen eine realitätsnahe Systematisierung der rechtspolitischen Arten von Verfahren, die sich überhaupt dem diskursethischen Idealen annähern können, und befinden ebenfalls das Parlament als Vorreiter. Der ideale Diskurs wird dabei von mehreren –zum Teil rechtlich festgelegten– pragmatischen Regeln eingeschränkt, wie beispielsweise die begrenzte Redezeit. (vgl. Bächtiger/Tschentscher 2007, S.102) Dabei postulieren die Autoren, dass jene Parlamentsdebatten einen Vorteil haben, „die nicht von vornherein entlang von Fraktionslinien geführt werden und darum der strategischen Ausrichtung der Alltagspolitik enthoben sind.“ (Bächtiger/Tschentscher 2007, S.104)

In der Realität wird das Parlament jedoch den zugeschriebenen Funktionen nicht gerecht, insbesondere, da es als von der Regierung dominiert und kaum als Legitimationsprozess betrachtet wird. (vgl. Sarcinelli 2009, S.310f)

3.4 Kritik an der Deliberationstheorie und der Theorie-Empirie-Konflikt

Thompson (2008, S.498ff) versucht eine Systematisierung der häufigsten Problematisierungen der Deliberationstheorie. Als erste Problematik legt er die zum Teil unterschiedlichen Interpretationen (**analytisches Problem**) der einzelnen Deliberationskriterien von Seiten der Deliberationstheoretiker fest. So besteht zwar allgemein Übereinkunft darüber, dass die Begründung der Standpunkte sowie die Berücksichtigung der begründeten Einwände anderer ein zentrales Element der

deliberativen Demokratie darstellt, jedoch besteht beispielsweise Uneinigkeit darüber, was eine angemessene Begründung charakterisiert. Überdies widersprechen sich einzelne deliberationstheoretische Forderungen bzw. reagieren gegenläufig unter unterschiedlichen Rahmenbedingungen. Während ein Aspekt von gewissen Kontextfaktoren gefördert wird, kann also gleichzeitig ein anderer von ihnen behindert werden (**Problem der internalen Konflikte**). Beispielsweise gibt es nach Thompson (2008, S.513) Hinweise darauf, dass gleiche Partizipationsmöglichkeiten und Publizität die Qualität der deliberativen Argumentation vermindern oder dass die Kontextbedingung eines konsensualen politischen Systems zwar generell die Deliberation als kompetitive System fördert, jedoch auf Kosten einer geringeren Transparenz des politischen Prozesses. Weiters weist Thompson (2008, S.498ff) auf ein **Theoretiker-Empiriker-Problem (strukturelles Problem)** hin. Er führt an, dass einige deliberationstheoretische Ansprüche kaum empirisch zugänglich sind, betont in diesem Theorie-Empirie-Konflikt jedoch primär die mangelhafte theoretische Fundierung der empirischen Untersuchungen. Die ersten empirischen Versuche stammen von den Theoretikern selbst und orientierten sich entsprechend stark an den normativ-theoretischen Annahmen. Nach der deliberationstheoretischen Wende kamen zahlreiche Untersuchungen politikwissenschaftlicher Empiriker hinzu, welche nach Thompson stark vereinfachend und isolierend vorgehen:

„The extract from isolated passages in various theoretical writings a simplified statement about one or more benefits of deliberative democracy, compress it into a testable hypothesis, find or (more often) artificially create a site in which people talk about politics, and conclude that deliberation does not produce the benefits the theory promised and may even be counterproductive.“ (Thompson 2008, S.498f)

Thompson (2008, S.499) sieht den Grund für das mangelhafte Theorie-Empirie-Zusammenwirken in den restriktiven Fragestellungen sowie stark simplifizierten Bedingungen von empirischen Untersuchungen und betont, dass „[d]eliberative democracy is more than a sum of deliberative moments“ (Thompson 2008, S.513). Kritisch ist diesbezüglich anzumerken, dass in der Natur von empirischen Untersuchungen liegt, einen Fokus zu setzen und Exkludierungen vorzunehmen, da die Realität in ihrer Gesamtheit zu komplex und empirisch nicht zugänglich ist. Diesem Postulat ist auch der konstruktivistische Gedanke inhärent, dass *die* Realität im Sinne

einer für alle gleichen, objektiven Realität nicht existiert. Aus Ressourcengründen wird an dieser Stelle nicht näher darauf eingegangen.² Es ist jedoch eine Gradwanderung zwischen den Extremata „Realität“ und „komplett isoliertes Einzelereignis“ möglich. Für Thompson als Theoretiker (vgl. Mutz 2008, S.522) ist eine gute empirische Untersuchung eher am komplexen, realitätsähnlichen Ende anzusiedeln und wird der Deliberationstheorie mit all ihren Facetten und interaktiven Einflüssen ihrer Komponenten so weit wie möglich gerecht. Hingegen stehen für viele Empiriker die von nicht-kontrollierten Einflüssen freien und daher relativ isolierten Variablen im Vordergrund. Auch die Debatte unterschiedlicher Zugangsweisen wird hier aus ressourcentechnischen Gründen kurz gehalten werden. Festzuhalten ist jedenfalls, dass eine gegenseitige Ignoranz von Theorie und Empirie keinen erkenntnistheoretischen Fortschritt ermöglicht und dass eine gegenseitige Berücksichtigung zur Weiterentwicklung der Deliberationstradition essentiell ist. Die Nichtberücksichtigung von begründeten Einwänden widerspricht außerdem der Deliberationstheorie. Wichtig wären unter anderem eine größere Einigung von Theoretikern bei der Interpretation der Deliberationstheorie und ihrer Merkmale bzw. eine Systematisierung der verschiedenen Interpretationen. Denn um zu erreichen, dass Empiriker der Theorie umfassender gerecht werden, ist die Theorie empiriefreundlicher zu gestalten. Damit eine Theorie aus empirischer Sicht brauchbar ist, muss sie falsifizierbar sein, also die Möglichkeit bestehen, dass den postulierten Annahmen durch die Prüfung an der Erfahrung widersprochen werden kann. (vgl. Mutz 2008, S.524) Umgekehrt bedarf es von Seiten der Empiriker stärkerer Anstrengungen, das Theoriekonzept ganzheitlicher zu operationalisieren und überdies entsprechende Rückschlüsse auf die Theorie zu machen.

Darüber hinaus werden einzelne deliberationstheoretische Annahmen hinterfragt, beispielsweise die **Abstraktion vom individuellen zugunsten des allgemeinen Interesses** im Rahmen deliberativer Kommunikationsprozesse: Eigeninteressen können vom Allgemeinwohl weder von Politikern noch von Journalisten einfach getrennt werden. Bächtiger et al (2010, S.194) gehen daher weniger von einer Unterordnung

² Interessierte finden beispielsweise im Einführungssammelwerk „Die Wirklichkeit der Medien“ von Merten, Schmidt und Weischenberg (1994) weiterführende Informationen.

des Eigeninteresses unter das Allgemeinwohl aus, sondern davon, dass Deliberation in der Politik für eine Präferenzverschiebung der am Diskurs Beteiligten in Richtung Allgemeinwohl sorgt. Jedoch ist diesbezüglich wiederum kritisch anzumerken, dass die Klassifizierung der besten Alternative für das Allgemeinwohl nicht immer eindeutig ist. Zur Veranschaulichung führt Landwehr (2010, S.103f) ein Beispiel aus der Budgetverteilung im Gesundheitsbereich an und zwar die Entscheidung, ob ein gegebenes Budget zur Herceptin-Behandlung von 75 Personen mit Brustkrebs im frühen Stadium oder zur Behandlung von 208 Krebspatienten im fortgeschrittenem Stadium mit palliativer Chemotherapie eingesetzt werden soll.

Häufig hinterfragt werden außerdem die Realitätstreue der in Habermas' **idealen Sprechsituation** vorausgesetzten gleichen Partizipations- und Artikulationsmöglichkeit. Auch Habermas selbst betont deren Kontrafaktizität (vgl. Habermas 1995, S.125): Die *ideale* Sprechsituation stellt eine *Ideal*bedingungen dar, deren Annäherung in der Realität versucht werden soll, welche jedoch nicht vollständig erreicht werden kann. Sie ist als normative Vorgabe ein orientierungsgebender Soll- bzw. Ziel-Zustand.

Ein weiterer Angriffspunkt für Kritik ist die Annahme der Entscheidung durch das bessere Argument (**kommunikative Rationalität**): Die Deliberation im Sinne einer Meinungsänderungen aufgrund begründeter Argumente unterliegt in der Politik den Restriktionen der vorab festgelegten Parteien- und Positionszugehörigkeiten der Politiker, welche die Basis für ihre Wahl von bestimmten Bürgern zu ihren Interessensvertretern darstellt (vgl. Bächtiger/Tschentscher 2007, S.106). Eine fundamentale Präferenz- und/oder Meinungsänderung der Politiker ist entsprechend unwahrscheinlich – zumindest innerhalb eines kurzen Zeitraumes wie beispielsweise den Verhandlungen zum Bundesbudget. Realiter kann Deliberation in diesem Zusammenhang einen breiter unterstützten Kompromiss, gegenseitigen Respekt und gegenseitiges Verständnis fördern sowie unvorhergesehene Auswirkungen von politischen Entscheidungen und Handlungsweisen verdeutlichen. (vgl. Bächtiger/Tschentscher 2007, S.106f)

4 Weiterentwicklungen der Deliberationstheorie und deliberationstheoretisch fundierte Konzepte

Eine Weiterentwicklung der Deliberationstheorie der Demokratie ist jene der **verteilten Deliberation** (vgl. Goodin 2005, o.S., zit. nach Thompson 2008, S.514). Diese legt für unterschiedliche Institutionen verschiedene deliberative Standards bzw. Funktionen fest. Als problematisch ist hier insbesondere die mangelnde Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu betrachten. (vgl. Thompson 2008, S.514) Im Gegensatz dazu differenziert die Modifikation der **dezentralisierten Deliberation** nicht nach Institutionen, sondern nach Deliberatoren. (vgl. Thompson 2008, S.514) Die **iterative Deliberationstheorie** geht von einem Rückkoppelungsprozess aus, im Rahmen dessen durch gegenseitige Korrekturen der Interaktionspartner eine Annäherung an das deliberationstheoretische Ideal erfolgt, welcher also für Selbstregulation sorgt.(vgl. Thompson 2008, S.515)

Neben diesen Weiterentwicklungen der Deliberationstheorie fungiert sie an anderer Stelle als Basis für neue Konzepte, von welchen für die vorliegende Arbeit insbesondere jenes der „Verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit“ und des „Diskurs-Anwaltes“ – beide von Burkart – von Relevanz sind. Diese werden in den folgenden beiden Unterkapiteln vorgestellt.

4.1 *Verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit*

Das Erzielen von wechselseitiger Verständigung ist das inhärente Ziel menschlicher Kommunikation. Auch Öffentlichkeitsarbeit stellt eine Form menschlicher Kommunikation dar und ist entsprechend auf Verständigung auszulegen. (vgl. Burkart 2005, S.224) Verständigung als übergeordneter Telos ist jedoch „nicht bloßer Selbstzweck von Kommunikation, sondern [...] ein Mittel zum Zweck der Realisierung von Interessen“ (Burkart 2005, S.227). Sie ist „der Mechanismus zur Handlungskordinierung, der die Handlungspläne und Zwecktätigkeiten der Beteiligten [...] zusammenfügt“ (Habermas 1981, S. 143, zit. nach Burkart 2005, S.227), wobei Habermas hierbei die wechselseitige Abstimmung bzw. Annäherung im Gegensatz zum

unidirektionalen Handlungszwang betont (vgl. Habermas 1981, S. 385, zit. nach Burkart 2005, S.227). Verständigung stellt demgemäß einerseits die Grundlage des Erfolgs (im Sinne einer Interessensrealisierung) von PR dar, impliziert gleichzeitig aber auch Pflichten, wie beispielsweise eine Anhörpflicht der betroffenen Interessensgruppen von Seiten des Unternehmens, der Regierung oder anderen verantwortlichen Kommunikatoren. (vgl. Burkart 2005, S.224) Burkart plädiert daher für eine „Verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit“, um einen „möglichst ‚störungsfrei‘ ablaufenden Kommunikationsprozess[] zwischen dem PR-Auftraggeber und den relevanten Teilöffentlichkeiten [zu gewährleisten].“ (Burkart 2005, S.229f.). Ausgehend von Habermas’ Theorie des kommunikativen Handelns (1981, zit. nach Burkart S.224ff) stellt die Gültigkeit von bestimmten, elementaren Geltungsansprüchen die Voraussetzung für Verständigung dar: Zunächst muss Einigkeit über den thematisierten Sachverhalt, das „Was?“ herrschen, welche dem Habermas’schen Wahrheitsanspruch der Aussagen entspricht. Dieser rekurriert auf die „objektive Welt“ der Gegenstände und ist entsprechend intersubjektiv zugänglich bzw. überprüfbar. Objektive Materialien sind in der politischen Kommunikation beispielsweise Statistiken, umgesetzte Projekte, politische Akteure, Lösungsvorschläge oder politische Entscheidungen. Der Wahrhaftigkeits- bzw. Vertrauensanspruch („Wer?“) betrifft den Kommunikator, welcher im vorliegenden Fall insbesondere die Parlamentsparteien sind. Die tatsächlichen Meinungen und Empfindungen einer Person oder potentielle Täuschungsabsichten sind unmittelbar nur der betreffenden Person selbst zugänglich (subjektive Welt) und daher nur bedingt durch Beobachtung der Konsistenz oder Divergenz von Behauptungen und Handlungen, von verschiedenen Handlungen und von verschiedenen Aussagen beurteilbar. Schließlich ist das „Warum?“ entscheidend für eine Verständigung zwischen den Parteien, die artikulierten Interessen und Ziele müssen nachvollziehbar und im Sinne der vorgegebenen normativen Rahmenbedingungen (=soziale Welt) richtig und legitim sein. (vgl. Burkart 2005, S.225+230)

Folgende Abbildung zeigt die drei Kommunikationsebenen grafisch auf:

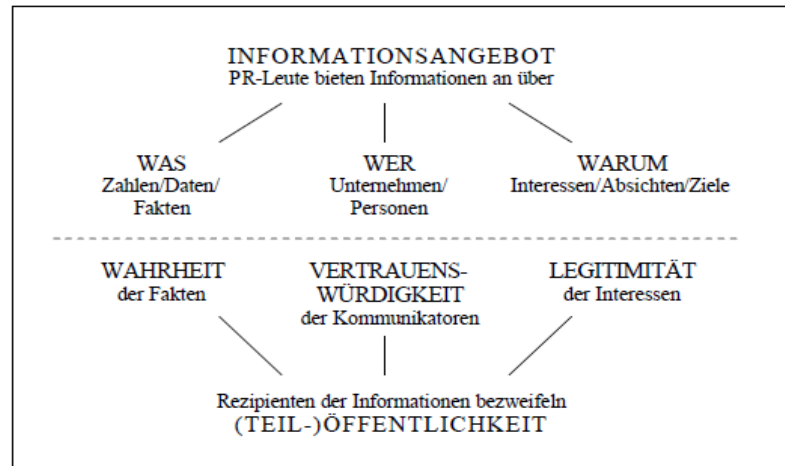


Abbildung 2: PR-Kommunikation aus der VÖA-Perspektive (Burkart 2005, S.230)

Auch politische Akteure (Regierung, Parteien, Politiker,...) sind entsprechend angehalten, ihre Öffentlichkeitsarbeit verständigungsorientiert auszulegen. Zusätzlich haben die Regierungsakteure einer repräsentativen Demokratie eine Verständigungsorientierungspflicht insbesondere gegenüber dem Volk, von welchem sie durch Wahlen zu dessen Repräsentation und Staatswillensbildung legitimiert wurden (vgl. Bammer 2000, S.10). Diesem müssen sie entsprechend ihre Handlungen und Positionen verständlich machen und begründen sowie ihre Integrität und Vertrauenswürdigkeit beweisen. Überdies stellt die wechselseitige Verständigung eine Art Immunisierung gegenüber potentiellen Angriffen von politischen Gegnern sowie über Vertrauen-, Akzeptanz- und Legitimitätszuschreibungen erhöhte Wahl- und damit Machtchancen dar, wobei Macht schlussendlich das Ziel jedes politischen Akteurs ist (vgl. Kleinsteuber 2001, S.40).

4.2 Diskursiver Journalismus

Das „journalistische Pendant der verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit [...] zeigt sich im Burkart'schen Konzept des Journalisten als Diskurs-Anwalt der ‚stummen‘ Bürger“ (Pavlova 2010, S.194). Das Konzept des Diskurs-Anwalts ist in die Tradition des diskursiven Journalismus einzuordnen, welche wiederum auf zwei historisch gewachsene idealtypischen Vorstellungen von Journalismus basiert:

„Während die normative Publizistikwissenschaft aus dem Idealtypus des

Räsonnements das Rollenmuster des publizistischen Kommunikators [...] ableitet, knüpft[t] die klassische Zeitungswissenschaft [...] an dem Idealtypus der Vermittlung (Referat) an, um daraus eine sehr reduzierte Vermittlungstätigkeit zu deduzieren, die journalistisches Handeln weitgehend seiner Eigenständigkeit entkleidet. Das Ergebnis ist eine normativ scharf begründete Dichotomie journalistischer Idealtypen, die unvereinbar scheinen, obwohl sie doch [...] je nur Facetten journalistischen Handelns beschreiben.“ (Brosda 2008, S.32)

Als Mediator agiert der Journalist eher passiv, vermittelnd und informierend, als Kommunikator hingegen nimmt er eine aktive Rolle ein, im Rahmen derer er kritisch hinterfragt und interpretiert. Insbesondere die aktiv-reflektierende Skepsis ist grundlegend für die demokratische Funktion von politischem Journalismus als diskursiven Advokaten (vgl. Burkart/Rußmann 2010b, S.23; und: vgl. Burkart et al 2010, S.260) und hat „für die Meinungs- und Willensbildung der Bürger eine stimulierende und zugleich orientierende Kraft“ (Burkart et al 2010, S.257+274). Den diskursiven Journalismus zeichnet aus, dass er „sich unter Bedingungen eines hohen Grades mediensystemischer Ausdifferenzierung eine große journalistisch-kommunikative Eigenständigkeit bewahrt und eine gesellschaftliche Rolle als Anwalt gesellschaftlicher Diskurse annimmt und erfüllt.“ (Brosda 2008, S.32)

Die Rolle des Journalisten als Diskurs-Anwalts hat zunächst eine Ausgleichsfunktion der zwischen Wähler und politischen Entscheidungsträgern vorliegenden asymmetrischen Kommunikationssituation“ (vgl. Pavlova 2010, S.195) bzw. die Funktion einer „pluralistischen Kompensation, indem er die kommunikative Relevanz von Gruppeninteressen, [...] deren Zugangschancen zur öffentlichen Kommunikation unter Umständen erschwert sind, mit zusätzlicher Artikulationskraft ausstattet“ (Pavlova 2010, S.198): Der Journalist tritt stellvertretend für den Bürger bzw. Wähler mit den politischen Entscheidungsträgern in Diskurs, im Rahmen dessen er die Habermas'schem Geltungsansprüche Wahrheit, Wahrhaftigkeit, Verständlichkeit und Legitimität ihres kommunikativen Handelns kritisch und reflektiert hinterfragt, Zweifel vorwegnimmt und diese Diskursofferte öffentlich macht. Er nutzt dabei seine Kompetenz, beruflichen Möglichkeiten sowie sein Feingefühl zur Entdeckung und Kompensation von Dissonanzen zwischen den Handlungen und Entscheidungen politischer Akteure und den Interessen der Bevölkerung. Dabei wäre es realitätsfremd davon auszugehen, dass sämtliche Entscheidungen und Vorhaben der politischen

Repräsentanten öffentlich angezweifelt und entsprechend diskursiv thematisiert werden. Dies würde unter anderem politische Prozesse behindern, mit dem Prinzip der repräsentativen Demokratie kollidieren sowie das Vertrauen in die Kompetenz bzw. Entschlusskraft der politischen Akteure bzw. der zugehörigen Parteien schwächen. (vgl. Pavlova 2010, S.194f.+200) Stattdessen steht eine „Sensibilisierung für die Erkennung diskussionsbedürftiger Themen und Gegenstände, die u[nter] U[mständen] die Legitimitäts- und Durchsetzungskapazität der Politik behindern könnten (Lokalisation und Diagnose)“ (Pavlova 2010, S.194) im Vordergrund. Pavlova (2010, S.195) betont darüber hinaus die journalistische Funktion der Aktivierung des Rezipienten zu kritisch-reflexivem Hinterfragen und Zweifeln. Entscheidend ist dabei die Qualität des professionellen Zweifels des Journalisten, welche sich insbesondere darin auszeichnet, dass er seine Zweifel begründet und somit für die Rezipienten nachvollziehbar macht (vgl. Pavlova 2005, S.83ff+118ff, zit. nach Pavlova 2010, S.203). Dies insbesondere deshalb, da er zum einen keine neutrale Vermittlung von Tatsachen betreibt, sondern seine Zweifel (Meinungen) kommuniziert. Darüber hinaus ist es kaum möglich, alle relevanten Meinungen vollständig und gleichermaßen abzubilden und seine Zweifel werden stets auch von subjektiven Einflussfaktoren wie die persönliche Weltanschauungen oder politischen Einstellungen bestimmt, deren Ausprägungen für den Rezipienten nur beschränkt ersichtlich sind. (vgl. Pavlova 2010, S.203f.) Diese Begründungspflicht verweist auf die Ausbreitung des Konzepts der Legitimation durch Kommunikation auf sämtliche gesellschaftlichen Akteure, die legitimen Einfluss auf politische (oder andere gesellschaftliche) Prozesse wollen. (vgl. Sarcinelli 2009, S.302)

5 Die politische Kommunikation als Untersuchungsgegenstand

Lange Zeit wurde die politische Kommunikation primär ergebnisorientiert und in der ökonomisch verwurzelten Rational-Choice-Tradition untersucht (vgl. Bächtiger et al 2010, S.193). Nach dem Rational-Choice-Modell fußen menschliche Handlungen bzw. Entscheidungen in rationalen Kosten-Nutzen-Kalkülen. (vgl. Weißler 1998, S.656) Die

Vernachlässigung der politischen Prozesse stellt jedoch ein großes Manko dar: „Es ist zu vermuten, dass Prozessdynamiken eine Eigenwirkung entfalten können, die das Politikergebnis entscheidend beeinflussen können.“ (Bächtiger et al 2010, S.193) Demgemäß ist es in den letzten zwei Jahrzehnten in der politischen Sozialwissenschaft und Philosophie zu einer deliberationstheoretischen Wende gekommen, welche den Politikprozess fokussiert und normative, meist aus der Diskursethik abgeleitete Qualitätsanforderungen an diesen stellt. (vgl. z.B. Bächtiger/Tschentscher 2007, S.99).

5.1 Systematisierung der Deliberationsstudien

Innerhalb der empirischen Untersuchungen von politischer Kommunikation in der deliberativen Theorietradition können – angelehnt an die aktuelle Literatur (vgl. z.B. Bächtiger et al. 2010, Steenbergen et al 2003 oder: vgl. Burkart/Rußmann 2010b) – zwei Ansätze unterschieden werden:

Der erste Zugang basiert auf der **Sprechakttheorie**, welche im Gegensatz zur traditionellen Linguistik nicht die schriftliche Sprache, sondern das Gesprochene fokussiert. Die kleinste Einheit bilden Sprechakte. (vgl. Schäfer 2005, S.32f) Ein Sprechakt besteht aus folgenden Komponenten (vgl. Searle 1969, o.S., zit. nach Holzinger 2001, S.425): dem lokutionären Akt (reine Zeichenäußerung), dem Akt des Verweisens und der Prädikation (diese ergeben gemeinsam den propositionalen Gehalt der Äußerung), dem illokutionären Akt (Handlung des Sprechers durch seine Äußerung) und zum Teil einem perlokutionären Akt (das beim Adressaten Bewirkte).

Als deutschsprachiges Protobeispiel dieser Zugangsweise gilt die empirische Untersuchung des Mediationsverfahrens im Rahmen eines Abfallwirtschaftskonflikts in Deutschland von Katharina Holzinger im Jahr 2001, welche auf Basis der Sprechakttheorie eine Analyseverfahren von Kommunikationsprozessen entwickelte. Im Fokus stand dabei die in der politikwissenschaftlichen Literatur häufige Dichotomisierung von Argumentieren und Verhandeln – zwei Kommunikationsmodi zur Konfliktlösung. Dabei wird ersteres als Synonym von Begründung verstanden, in die Tradition der Diskursethik gesetzt und als verständigungsorientiertes, im eigentlichen Sinn kommunikatives Handeln betrachtet, wohingegen Verhandeln als strategisches

Handeln im Sinne eines „Feilschen um etwas“ klassifiziert wird. Verhandeln wird dabei der ökonomischen Rational-Choice-Tradition (insbesondere der Spieltheorie), Argumentieren der sozialwissenschaftlichen Diskursethik zugeordnet. (vgl. Holzinger 2001, S.414-419) Holzinger wählte Sprechakte als Analyseeinheiten, da sich „Verhandeln und Argumentieren [...] empirisch nur auf der Ebene einzelner Äußerungen, der Sprechakte, sauber trennen [lassen].“ (Holzinger 2001, S.415) Prittwitz (1996, S.135, zit. nach Holzinger 2001, S.416) kritisiert dabei, dass hier Äpfel mit Birnen verglichen werden: Während die Spieltheorie analytisch (bzw. deskriptiv nach der oben angeführten Unterscheidung, Anm. d. Verf.) ist, ist die Diskursethik normativ. Außerdem befassen sie sich mit unterschiedlichen Objekten (Gütertausch versus Normbegründungen). (vgl. Holzinger 2001, S.416) Elster (1986, o.S., zit. nach Holzinger S.416f) weist dem Verhandeln außerdem die Marktmetapher zu, während das Argumentieren den Modi des Forums, welches typisch für Politik ist, darstellt. Holzingers Sprechaktanalyse (SAA) zeigt, dass diese exkludierende Betrachtungsweise nur eine geringe Entsprechung in der Realität hat, dass also Argumentieren und Verhandeln kaum getrennt voneinander auftreten (vgl. Holzinger 2001, S.414f): „Wenn es um den Ausgleich von Interessen geht, ist die Konfliktlösung ohne Verhandeln nicht möglich. Andererseits ist Verhandeln ohne argumentative Begründungen kaum denkbar.“ (Holzinger 2001, S.441) Stattdessen „verhält sich bei Interessenskonflikten Argumentieren instrumentell, nicht oppositionell, zum Verhandeln“ (Holzinger 2001, S.414). In anderen Worten: Argumentieren dient in der Regel strategischen Zwecken, also dem Verhandeln, da damit Ziele verfolgt werden, die –zumindest indirekt– einem spezifischen Interesse (der Partei, des Politikers, ...) dienen. (vgl. Holzinger 2001, S.415+442) Die Dichotomisierung von Verhandeln und Argumentieren ist also nicht haltbar. Diese Erkenntnis lässt sich auch semantisch ableiten: Während Verhandeln als „in einer potenziell konflikthaften Situation durch Reden eine Einigung erzielen über den Tausch von Gütern oder anderen subjektiven Werten oder über andere konflikthafte Gegenstände“ (Holzinger 2001, S.419) verstanden werden kann, meint Argumentieren „Herstellung von Übereinstimmung durch Reden“ (Holzinger 2001, S.419). Beide sind demnach Kommunikationsmodi zur Herstellung von Konsens bzw. Kompromiss, wobei Verhandeln eher in einem ökonomischen Sinn eine Angleichung

durch Nachgeben und Verzicht darstellt während Argumentieren insbesondere auf die Überzeugung (durch Argumente) und Einsicht abzielt. (vgl. Holzinger 2001, S.419f) Die Untersuchung zeigt, dass im zeitlichen Verlauf zunächst die Konflikte auf Werte-, Normen- und Tatsachenebene argumentativ aufgelöst werden, bevor der Interessenskonflikt durch Verhandeln beseitigt wird. Die Autorin betont dabei die Situationsspezifität dieser sequenziellen Makrostruktur: ein Mediationsverfahren zur Klärung von Sachfragen. (vgl. Holzinger 2001, S.415, 438+442)

Der zweite Ansatz wird durch Steenbergen, Bächtiger, Spörndli und Steiner (2003) begründet, welche einen Diskursindex (**Discourse Quality Index, DQI**) zur Messung der diskursiven Qualität von politischen Debatten entwickelten. Er enthält die Kriterien Partizipationsfreiheit, Begründungsniveau, Inhalt der Begründungen (im Sinne einer Gültigkeit für die Allgemeinheit oder für spezifische Gruppen), Respekt gegenüber anderen Politikern, Gruppen und Positionen sowie konstruktive Politik im Sinne der Bereitschaft zur Konsensbildung. Der Index wurde bereits in mehreren Studien angewandt (siehe Kapiteln 5.3 und 5.4) und auch von Habermas (2005, zit. nach Bächtiger et al 2010, S.194) selbst anerkannt. Aufgrund seiner Zentralität für die vorliegende Arbeit wird ihm ein eigenes Kapitel gewidmet (Kapitel 5.3).

5.2 Weitere Systematisierungskriterien

Neben der prinzipiellen Zugangsweise über die Sprachakttheorie oder den DQI können die jeweiligen Charakteristika der unterschiedlichen **Untersuchungsgegenstände** unterschieden werden, welche bei der Untersuchung ihres Deliberationsgehalts berücksichtigt werden müssen. Beispielsweise weist die Analyse von Parlamentsdebatten eine Face-to-Face-Komponente und damit eine andere Art von Interaktivität auf als die in der vorliegenden Arbeit zur Anwendung kommenden Inhaltsanalyse von Zeitungsartikeln oder Pressaussendungen, welche nur indirekt responsiv sein können und außerdem stärkeren Gatekeepereinflüssen unterliegen. Weiters kann der **Akteurschwerpunkt** (Politiker, Journalisten und Bürger) unterschieden werden, wobei in der vorliegenden Arbeit Politiker und Journalisten fokussiert werden.

Nach Thompson (2008, S.501) lassen sich empirische Untersuchungen außerdem anhand ihrer **evaluativen Standards** systematisieren. Evaluative Standards „specify what counts as good (or better) deliberation“ (Thompson 2008, S.501). Sie stellen aus der Theorie abgeleitete Ideale dar, welche so gut wie möglich erreicht werden sollten. (vgl. Thompson 2008, S.505f) Die Festlegung der evaluativen Standards sowie deren Operationalisierung wird wiederum stark vom gewählten Zugang beeinflusst, wobei sich die vorliegende Arbeit am Zugang von Steenbergen et al (2003) orientiert. Dieser ist Thema des folgenden Kapitels.

5.3 Tradition von Steenbergen et al (2003): A Discourse Quality Index

Steenbergen, Bächtiger, Spörndli und Steiner (2003) untersuchen in ihrer Studie „Measuring Political Deliberation: A Discourse Quality Index“ die Diskursqualität von Parlamentsreden zu Frauenangelegenheiten in Großbritannien. Sie unterscheiden – ausgehend von Habermas’ Diskursethik – folgende Qualitätskriterien (vgl. Steenbergen et al 2003, S.21+27ff):

- 1) Die **Partizipation** im Sinne einer uneingeschränkten Teilnahme des Sprechers am Diskurs. Gemessen wird diese anhand von Unterbrechungen durch andere Parlamentarier.
- 2) Das **Begründungsniveau** der thematisierten Ansprüche wird in vier Ausprägungen erhoben: keine Begründung, inferiore Begründung (der Anspruch wird zwar begründet, jedoch werden Anspruch und Grund nicht verbunden), qualifizierte Begründung (eine einzige Verbindung zwischen Anspruch und Grund) und sophistische Begründung (mindestens zwei Verbindungen zwischen Anspruch und Grund).
- 3) Im Rahmen des „**Inhalts der Begründungen**“ wird analysiert, ob das Allgemeinwohl oder das Interesse von Kleingruppen oder beides vertreten wird – ebenfalls mit vier Abstufungen: explizite Aussagen zu Gruppeninteressen, keine expliziten Aussagen zu Interessen von Gruppen oder der Allgemeinheit (neutral statement), explizite Aussagen zum Allgemeinwohl in utilitaristischer Weise oder explizite Aussagen zum

Allgemeinwohl im Sinne des Differenzprinzips³.

- 4) Die Autoren unterschieden drei Arten von Respekt:
- a) Der **Respekt gegenüber den** beteiligten **Gruppen** wird dreistufig codiert: kein Respekt (die Rede enthält ausschließlich negative Aussagen gegenüber den betroffenen Gruppen), impliziter Respekt (weder explizit negative noch explizit positive Aussagen) und expliziter Respekt (mindestens eine positive Äußerung gegenüber den betroffenen Gruppen).
 - b) Das **Respektmaß gegenüber Positionen** wird mit den gleichen Ausprägungen erhoben.
 - c) Der **Respekt gegenüber Gegenargumenten** enthält vier Abstufungen: Ignorieren der Gegenargumente, Abwertung der Gegenargumente (durch negative Äußerungen gegenüber dem Argument oder gegenüber dem/den Verfechter desselben), neutrale Berücksichtigung der Gegenargumente (keine explizit positive oder negative Bewertung) sowie Wertschätzung des Gegenarguments.
- 5) Unter „**Konstruktiver Politik**“ verstehen die Autoren die Konsensbildung. Bei diesem Qualitätsmerkmal werden drei Ausprägungen unterschieden: Verharren auf der eigenen Position, alternativer Vorschlag (vermittelnder Vorschlag, der sich jedoch auf eine andere Agenda bezieht) und vermittelnder Vorschlag betreffend der aktuellen Agenda.

Die Stichprobe umfasst 56 relevante Reden. Ähnlich wie in der Substudie 2 von Burkart et al 2010 (siehe Kapitel 5.5.2) fällt auch hier das Respektmaß aus der Reihe und zwar das Submaß „Respekt gegenüber anderen Positionen“, welches eine negative Korrelation mit den anderen Komponenten aufweist und somit aufgrund mangelnder Unidimensionalität nicht zum gemeinsamen Index gezählt wird. Mutmaßungen der Autoren betreffen die kompetitive Ausprägungsform des britischen politischen Systems oder auch den Zeitpunkt der Erhebung nach Wahlen, welche die Konservativen die

³ Während der Utilitarismus nach dem Prinzip agiert, dass dem größtmöglichen Teil der Bevölkerung geholfen werden soll basiert das Differenzprinzip auf der Annahme, dass der Wohlstand der Allgemeinheit vom Wohl der in der Gesellschaft am schlechtesten Gestellten abhängt. (vgl. Steenbergen et al 2003, S.26)

Macht entzogen und in die Opposition gedrängt haben, und während welchem die Abgrenzung der Parteien voneinander zentral wurde. Darüber hinaus zeigen die Kriterien Partizipation, Begründungsinhalt für spezifische Gruppen und konstruktive Politik kaum Variation. (Steenbergen et al 2003, S.39ff) Leider liegen für diese initiale, indexkreatierende Studie keine statistischen Ergebnisdaten vor.

Eine weitere Studie von Spörndli (2004, o.S., zit. nach Bächtiger/Tschentscher, S.114) unterscheidet formal zweierlei Arten von Auswirkungen von qualitative gehaltvollen Diskursen: Die formale Ergebnisdimension beschreibt eine der klassisch-deliberationstheoretisch postulierten Auswirkungen und zwar die Förderung von Konsens. Die diesbezüglichen Ergebnisse sind unterschiedlich: Während beispielsweise Shapiro (1999, o.S.) oder Sunstein (2003, o.S.) (beide zit. nach Bächtiger/Tschentscher 2007, S.114) den meinungspolarisierenden Effekt von Deliberation betonen, zeigt Spörndli (2004, o.S., zit. nach Bächtiger/Tschentscher, S.114) basierend auf dem DQI Gegenteiliges auf. Überdies kann er auf die zweite, substantielle Ergebnisdimension, welche die Gerechtigkeit der getroffenen Fragen entsprechend dem differentiellen Prinzip (siehe Fußnote 3) betrifft, keinen Einfluss der Diskursqualität feststellen. Dies zeigt, „dass Interessen und Macht nicht so einfach durch Deliberation zu konterkarieren sind.“ (Bächtiger/Tschentscher 2007, S.15)

5.3.1 Weiterentwicklungen

Von den Weiterentwicklungen des Discourse Quality Index' sind in Hinblick auf das vorliegende Forschungsinteresses insbesondere zwei zu nennen:

1. Bächtiger et al (2010, S.195ff) haben die ursprünglichen Kriterien des DQI in einer überarbeiteten Form zu den „Typ 1“-Standards zusammengefasst, mit deren Hilfe die rationale Kommunikation erfasst werden soll. Von der rationalen Kommunikation unterscheiden sie die alternativen Kommunikationsformen „story-telling“ (im Sinne einer Begründung von Positionen durch persönliche Geschichten) und „bargaining“ (insbesondere Drohungen oder Versprechungen), welche die „Typ 2-Standards“ bilden. Hintergrund dieser Weiterentwicklung waren

folgende Kritikpunkte am ursprünglichen Konzept von Steenbergen et al (2003): Zunächst basiert der DQI auf dem Habermas'schen Deliberationskonzept, welches Deliberation auf den rationalen Diskurs reduziert. Überdies fehlen den Autoren im DQI Schwellenwerte zur Beurteilung der Deliberationsgüte und sie hinterfragen die Unidimensionalität des DQI. Es gibt auch empirische Belege für diese Annahme, beispielsweise ergab eine Re-Analyse von Parlamentsdebatten in Mitteleuropa und den USA, dass auf individueller Ebene die DQI-Komponenten im Durchschnitt nur zu zwölf Prozent miteinander korrelieren, auf der Ebene der gesamten Debatten finden sich ebenfalls zum Teil sehr schwache Korrelationen. Um das Problem der Multidimensionalität der Deliberation in den Griff zu bekommen, unterscheiden die Autoren – angelehnt an Rosenberg (2007) – fünf Diskurstypen (Proto-Diskurs, konventioneller Diskurs, kooperativer Diskurs, kollaborativer bzw. rationaler Diskurs und kompetitiver Diskurs), welchen unterschiedliche kommunikative Handlungserwartungen zugeordnet werden: Der Proto-Diskurs umfasst die Alltagskommunikation, im konventionellen Diskurs stehen die Definition und Lösung eines Problems im Vordergrund, der kooperative Diskurs zielt auf die Übereinkunft aller Teilnehmenden, wohingegen im kompetitiven Diskurs nicht die Problem- und Verständigungsorientierung an erster Stelle steht, sondern der Gewinn der eigenen Rhetorik, und der rationale Diskurs repräsentiert den deliberationstheoretisch idealen Diskurs. Tabelle 3 gibt eine Übersicht der den einzelnen Diskurstypen zugewiesenen Ausprägungen der Qualitätskomponenten. Die Budgetdebatte ist nach dieser Klassifizierung zwischen dem „kompetitivem Diskurs“ und dem „kooperativen Diskurs“ anzusiedeln.

	Rationaler Diskurs	Kooperati- ver Diskurs	Kompetiti- ver Diskurs	Konventio- neller Diskurs	Proto- Diskurs
Partizipa- tionsgleich- heit	gegeben	gegeben	teilweise gegeben	teilweise gegeben	teilweise gegeben
Begrün- dungsratio- nalität	mittel bis hoch	mittel bis hoch	tief oder hoch*	tief bis mittel	tief
Gemeiwoh- lorientie- rung	sehr hoch	hoch	hoch	mittel	tief bis mittel
Respekt	sehr hoch	hoch	tief oder mittel*	mittel	mittel
Zustimmung	sehr hoch	hoch	tief	mittel	mittel
Interaktiv- tät	sehr hoch	hoch	mittel	tief bis mittel	tief
Konstrukti- vität	sehr hoch	hoch	tief	mittel	tief
„Story- telling“	tief	mittel	mittel	hoch	hoch
„Bar- gaining	kommt nicht vor	kommt vor (Verspre- chungen, aber wenig Drohun- gen)	kommt vor (Verspre- chungen und Dro- hungen)	kommt vor (Verspre- chungen und Dro- hungen)	kommt selten vor

Tabelle 3: Ausprägungen der Qualitätskomponenten der einzelnen Diskurstypen (Bächtiger et al 2010, S.208)

Außerdem plädieren die Autoren für eine Sequenzialisierung der zu untersuchenden Kommunikationsprozesse, da kaum ganze Debatten durchwegs diskursiv sein können. (vgl. Bächtiger et al 2010, S.196ff)

Bächtiger et al (2010, S.212ff) illustrierten die Anwendung ihres überarbeiteten DQI anhand zwei schweizer Parlamentsdebatten: Die acht Sitzungen zur Revision des Sprachenartikels stuften die Autoren als konventionell, kooperativ oder rational ein, die Sitzungen zur Revision des Arbeitsgesetzes als konventionell oder kompetitiv. Die Ausprägung der deliberativen Komponenten in den in verschiedene Diskurstypen eingeteilten Sitzungen entsprach den Erwartungen.

2. Burkart et al (2010) entwickelten – ebenfalls an Habermas orientiert – den VOI (Verständigungsorientierungsindex). Die Kriterien des DQI wurden dafür überarbeitet und ergänzt. Schlussendlich besteht der konstruierte VOI aus den Kriterien Begründungsniveau, Ausmaß der Lösungsorientierung, Respektniveau und Zweifelartikulation (an den Geltungsansprüchen). Weiters divergieren die Verrechnungsweisen der beiden Indizes: Während Steenbergen et al (2003, S.41)

eine einfache Summation der Indikatoren vornehmen, wird bei Burkart et al (2010) stärker die Standardisierung fokussiert. Diese Weiterentwicklung zum VOI stellt die Grundlage für das in dieser Arbeit verwendete Forschungsdesign dar und wird ausführlich in den Kapiteln 5.5 und 6.7 behandelt.

5.4 Einfluss der Rahmenbedingungen

Thompson (2008, S.500) betont die Wichtigkeit der Identifikation jener Rahmenbedingungen, unter welchen eine deliberative Demokratie funktioniert. Ähnliches postuliert auch Landwehr (2010, S.103): „I assume that the discursive and coordinative qualities of interaction are determined by contextual factors“. Beeinflussende Kontextfaktoren können verschiedener Art sein, unter anderem können soziale und ökonomische Gegebenheiten ebenso wie die Demokratieform oder der Gesetzgebungsmechanismus prägend sein.

Im Rahmen eines Forschungsprojekts befassten sich mehrere Studien (vgl. Steiner et al. 2004; vgl. Bächtiger 2005; vgl. Spörndli 2004, alle zit. nach Bächtiger/Tschentscher 2007, S.107) mit der Diskursqualität in unterschiedlichen Ländern. Untersucht wurde der Einfluss der sechs Kontextfaktoren Konsens- versus Wettbewerbssysteme, Vetomacht, Parteibindung versus präsidentielle Systeme, das Vorhandensein von Zweitkammern, Nicht-Öffentlichkeit versus Öffentlichkeit der Debatten sowie eine tiefe versus eine geringe Themenpolarisierung (vgl. Bächtiger/Tschentscher 2007, S.107ff):

- **Konsensuale versus kompetitive politische Systeme** (Wettbewerbssysteme): Für Konsenssysteme sind große Koalitionen typisch, welche laut Bächtiger und Tschentscher (2007, S.107f) insbesondere dreierlei im Sinne der Deliberationstheorie positive Auswirkungen haben: Zunächst stehen die Politiker unter einem Verhandlungsdruck, da sie zu einem „Miteinander“ gezwungen werden. Überdies ist die Verantwortlichkeit für politische Entscheidungen für die Bürger nicht eindeutig erkennbar. Ein weiterer Vorteil ist die geringere Wahlkonkurrenz. In Wettbewerbssystemen sind Regierung und Opposition Gegner, wobei die Opposition keinen bis wenig Einfluss auf die Regierungspolitik hat,

Minderheitenmeinungen somit ignoriert werden können und die Konkurrenz um Macht im Vordergrund steht. Ein konstruktiver Diskurs miteinander bietet hier nicht nur keinen Anreiz, sondern kann überdies dysfunktional sein – für die Opposition, da politische Erfolge primär der Regierung zugeschrieben werden, und für die Regierung, da sie dies ihre Macht kosten könnte. Somit findet primär eine kompetitive Kommunikation statt. (vgl. Bächtiger/Tschentscher 2007, S.107f)

- **Präsidentiellen versus parlamentarische politische Systeme:** In parlamentarischen Systemen ist die Regierung Teil des Parlaments, wodurch eine starke Parteiendisziplin bzw. ein starker Parteienzwang herrscht. Entsprechend verweist eine Meinungsänderung in diesem Fall auf eine Instabilität der Regierung, was im Fall von präsidentiellen politischen Systemen aufgrund der klaren Trennung von Regierung und Parlament nicht der Fall ist. (vgl. Bächtiger/Tschentscher 2007, S.109)
- **Vetomacht der Opposition versus keine Vetomacht:** Der Großteil der Forscher geht davon aus, dass die Vetomacht einen Zwang zur Einstimmigkeit ausübt und daher deliberationsförderlich ist. (vgl. Bächtiger/Tschentscher 2007, S.108)
- **Zweikammern- versus Einkammersysteme:** Zweikammern stellen Orte der Reflexion dar, wodurch ein Zweikammersystem per se ein Deliberationsplus erhält. Überdies bestehen innerhalb der Zweikammern Deliberationsverstärkungen, da sie eine geringere Mitgliederzahl als Erstkammern haben und die Mitglieder in der Regel über mehr politische Erfahrung verfügen.
- **Öffentlichkeit versus Nichtöffentlichkeit der Debatten:** Idealtypisch stellt die Öffentlichkeit von Diskursen eine zentrale Deliberationsvoraussetzung dar. Empirisch konnte gezeigt werden, dass diese zwar die Begründungsrationalität und die Gemeinwohlorientierung fördert, jedoch wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit meist ernsthafter, respektvoller und verständnisvoller interagiert. (vgl. Elsters 1998, o.S., zit. nach Bächtiger/Tschentscher 2007, S.110).
- **Tief bis nicht polarisierte Themen:** Es erscheint plausibel, dass bei weniger polarisierten Themen einfacher, verständnisvoller und besser diskutiert werden kann. Dies widerspricht jedoch der Habermas'schen Neutralitätsprämisse gegenüber der Diskursfähigkeit aller Themen. (vgl. Bächtiger/Tschentscher 2007,

S.110f)

Die Auswirkungen dieser sechs Faktoren wurden anhand von Parlamentsdebatten von Deutschland, der Schweiz, den USA, und Großbritannien auf die DQI-Subkomponenten (Discourse Quality Index, siehe Kapitel 5) untersucht. Die Faktoren wirken insbesondere auf das Respektmaß der Debatten, wobei sich hier eine Konsensdemokratie, das Vorhandensein einer Zweitkammer, ein präsidentielles System, eine vorhandene Vetomacht, eine schwache Themenpolarisierung sowie die Nichtöffentlichkeit der Debatten als förderlich herausstellten. Ein Konsenssystem sowie eine schwache Themenpolarisierung begünstigen außerdem die Zustimmungstendenz zu Gegenargumenten sowie die Begründungsrationalität. Die Unterschiede in den einzelnen Diskursqualitätsfaktoren sind jedoch eher subtil. Deutliche Differenzen ergibt erst die Kombination von begünstigenden Faktoren, wobei die idealste Kombination nichtöffentliche Parlamentsdebatten mit schwacher Themenpolarisierung in der Schweiz sind. (vgl. Bächtiger/Tschentscher 2007, S.111ff) Risse und Müller (2001, o.S., zit. nach Bächtiger/Tschentscher 2007, S.113f) untermauern in Ihrer internationalen Deliberationsstudie in der Politik außerdem einen großen Einfluss des Sprechers bzw. dessen Glaubwürdigkeit. Die Wirkung kultureller Faktoren wurde bislang empirisch insuffizient beleuchtet, erscheint jedoch insbesondere auf der Werteebene plausibel. (vgl. Thompson 2008, S.511)

5.5 Forschungsprojekt „Qualität des öffentlichen politischen Diskurses in der Wahlkampfkommunikation über vier Jahrzehnte (1966-2008)“ (Burkart/ Rußmann 2010a)

Das neueste und für die vorliegende Untersuchung beispielgebende Forschungsprojekt wurde unter der Leitung von Burkart und Rußmann an der Universität Wien von Oktober 2007 bis September 2010 unter dem Titel „Qualität des öffentlichen politischen Diskurses in der Wahlkampfkommunikation über vier Jahrzehnte (1966-2008)“ durchgeführt. Es ist Teil des Großprojekts "Continuity and Change in

Campaign Communication in Austria, 1966-2006" der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. (vgl. Burkart/Rußmann 2010a, o.S.)

Im Rahmen der Diskursuntersuchung wird folgenden Forschungsfragen nachgegangen:

- „1. Liefern die politischen Akteure für die von ihnen vertretenen Positionen auch entsprechende Begründungen?
2. Machen die politischen Akteure Vorschläge zur Lösung strittiger Probleme?
3. Begegnen die politischen Akteure einander respektvoll?
4. Äußern die politischen Akteure Zweifel an vertretenen Positionen sowie an involvierten Akteuren?
5. Stimulieren die geäußerten Zweifel den weiteren (themenspezifischen) öffentlichen Diskurs?“ (Burkart/Rußmann 2010a, o.S.)

Diese Fragestellungen werden mittels einer Inhaltsanalyse untersucht. Das Untersuchungsmaterial bilden die Pressemeldungen von APA-OTS der wahlwerbenden politischen Parteien und die mediale Berichterstattung (vgl. Burkart/Rußmann 2010a) als die zwei zentralen Formen „beobachtbarer politischer Kommunikation“ (Rußmann 2010, S.177). Die Verrechnung erfolgt mit einem eigens entwickelten Index für Verständigungsorientierung (VOI), dessen Wurzeln im DQI liegen. Ausgehend von Burkarts Konzept der Verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit (siehe Kapitel 4.1) bzw. des damit verwandte Konzepts des Diskus-Anwalts (siehe Kapitel 4.2) wurden die Kriterien des DQI überarbeitet und ergänzt – insbesondere wurden die im DQI vernachlässigten Habermas'schen Zweifel an den vier universalen Geltungsansprüchen hinzugefügt. Ein verständigungsorientierter Diskurs in der öffentlichen politischen Kommunikation erschöpft sich im vorliegenden Forschungskontext nicht allein in der Äußerung von Zweifel, weitere Qualitätsmerkmale sind die Begründung der Aussagen, der gegenseitige Respekt der Akteure sowie die Kommunikation von Problemlösungs- und/oder Vermittlungsvorschlägen zur Annäherung der verschiedenen Positionen. Schlussendlich fasst der VOI die Merkmale Zweifelhäufigkeit, Respektintensität, Lösungsorientierung und Begründungsintensität (in) der politischen Kommunikation zu einem Wert zusammen, welcher das Ausmaß an Verständigungsorientierung ausdrückt. Die Verständigungsorientierung wiederum bestimmt die Qualität und kann daher synonym verwendet werden, einhergehend wird auch von Qualitätsmerkmalen gesprochen.

Neben der Kriterienzusammensetzung gibt es zwischen dem VOI und DQI Unterschiede bei der Kriterienverrechnung zum Index: Während Steenbergen et al (2003, S.41) eine einfache Summation der Indikatoren vornahmen, wird bei Burkart et al (2010) die Standardisierung und somit Vergleichbarkeit der Subindizes ebenso wie des Gesamtindex‘ stärker fokussiert.

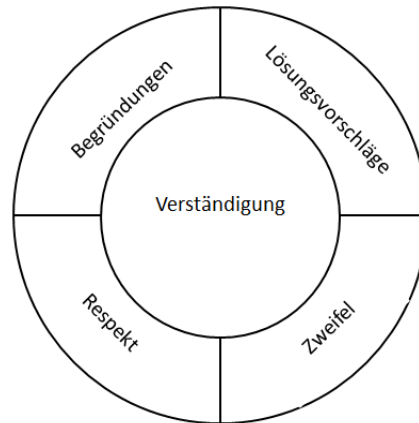


Abbildung 3: Die VOI-Qualitätsindikatoren (in Anlehnung an die Abbildung von Burkart et al 2010, S.266)

Der VOI wird auch für die vorliegende Untersuchung mit einzelnen Anpassungen herangezogen und folglich detailliert beschrieben.

5.5.1 Index für Verständigungsorientierung (VOI-Index)

Der VOI-Index orientiert sich am von Steenbergen, Bächtiger, Spörndli und Steiner (2003) entwickeltem Discourse Quality Index als Maß für die Diskursivität der politischen Debatte (siehe Kapitel 5.3). Ein Index ist eine Skala, die von mehreren Indikatoren gebildet wird (vgl. Friedrichs 1990, S.100). Der VOI wird additiv aus den vier Subindizes zu jeweiligen Merkmalen Zweifel, Respekt, Lösungsorientierung und Begründungsniveau gebildet. Die additive Verrechnung impliziert die Annahme, dass auch bei Absenz einer der Komponenten ein relativ hohes Maß an Verständigungsorientierung vorhanden sein kann, was bei multiplikativer Verknüpfung nicht der Fall ist. Die vier Subindizes gehen mit gleichem Gewicht in den VOI ein, was wiederum postuliert, dass jeder der vier gleich wichtig für und gleich stark auf die Verständigungsorientierung der politischen Kommunikation ist bzw. wirkt. Aufgrund der dem VOI und seinen Indikatoren inhärenten Standardisierung ist die

Vergleichbarkeit von Werten über diverse Substichproben gegeben. Bei der Berechnung bzw. Anwendung eines Index müssen eine Reihe von Implikationen berücksichtigt werden, insbesondere:

1. „Indizes reduzieren den Merkmalsraum. Differenzierte Beschreibungen einzelner Indikatoren gehen verloren.
2. Der Index ist die Summe aller gemessenen Merkmale und darin selbst ein neues Merkmal.
3. Der Index muss den Merkmalsraum, sprich die Indikatoren eines theoretischen Konstruktes, vollständig und eindimensional abbilden.
4. Der Index selbst hat das Niveau einer Intervallskala, auch wenn die in ihm steckenden Indikatoren nominal (ja/nein) oder ordinal erhoben wurden.
5. Die Messungen, die in den Index eingehen, sollten alle dasselbe Messniveau aufweisen, also z.B. nominale, dichotome Skalen.“ (Brosius et al 2009, S.59)

Das Intervallskalenniveau von Indizes ist für die anwendbaren Auswertungsmethoden von großer Zentralität, außerdem wird die Unidimensionalität mittels Korrelationen und Faktorenanalyse überprüft (siehe Auswertung, Kapitel 7.1.1). Folglich werden die vier Indikatoren des VOI erläutert.

1. Qualitätsmerkmal: Begründungsniveau

Akteure der politischen Kommunikation versuchen, Zustimmung für ihre artikulierten Positionen zu erhalten. Dafür müssen diese als rational vernünftig betrachtet werden, was wiederum einer Begründung der dargebrachten Ziele, Meinungen und Handlungen bedarf. (vgl. Burkart et al 2010, S.261) Begründungen geben eine Antwort auf die Frage „Warum?“ Sie liefern Erklärungen für Verhaltensweisen, vertretene Standpunkte, Ideen etc., welche die Grundlage für die Bewertung ebendieser bzw. deren Befürwortung darstellen. (vgl. Burkart/Rußmann 2010d, S.10) Man kann also von einer Legitimation des politischen Handelns, der politischen Entscheidungen und der vertretenden Standpunkte durch Begründung (vgl. Kuhlmann 1999, S.16, zit. nach Burkart et al 2010, S.261) sprechen. Auf Begründungen kann wiederum rational begründet reagiert werden – entweder durch weitere (begründete) Kritik oder durch Annahme aufgrund mangelnder Widerlegbarkeit der Argumente. (vgl. Spörndli 2004, S.146+177, zit. nach Rußmann 2010, S.177f) Begründung ermöglicht demnach vernünftiges, rationales Handeln. Definiert wird das Begründungsniveau von Burkart et

al (2010, S.267) als „Anzahl und Ausprägung von Begründungen innerhalb einer thematisch abgegrenzten medialen Berichterstattung. Je mehr Begründungen vorhanden und je elaborierter sie einzustufen sind, desto höher ist das Begründungsniveau“, wobei die Begründungselaboriertheit (Begründungsspezifität) anhand von vier Ausprägungen (keine, pauschale, einfache und spezifische Begründung) erhoben wird⁴. (vgl. Burkart et al 2010, S.261f.)

2. Qualitätsmerkmal: Lösungsorientierung

In der politischen Kommunikation treffen verschiedene Positionen und Interessen aufeinander, sie ist also in ihren Grundzügen konfliktär. Politisches Handeln ist jedoch nur durch gewisse Kompromisse möglich. Eine Annäherung der Positionen ist also notwendig, um politische Entscheidungen treffen zu können. Überdies bedarf es an Vorschlägen, um auftretende politische Unstimmigkeiten und/oder Probleme überhaupt lösen zu können. Eine qualitativ hochwertige politische Kommunikation soll entsprechend Lösungs- bzw. Vermittlungsvorschläge enthalten. (vgl. Burkart et al 2010, S.262) Äquivalent zum Begründungsniveau definiert sich die Lösungsorientierung durch die „Anzahl und Konkretisierungsgrad von Lösungs- und/oder Vermittlungsvorschlägen.“ (Burkart et al 2010, S.268) Die Spezifik der Lösungsvorschläge wird dreistufig erhoben (kein, vager, konkreter Lösungsvorschlag). (vgl. Burkart et al 2010, S.262f.)

3. Qualitätsmerkmal: Respekt

Respekt meint die „Achtung gegenüber dem Anderen“ (Burkart et al 2010, S.263). Gegenseitiger Respekt ist die Voraussetzung, um überhaupt rational diskutieren zu können, „da [...] Feindseligkeiten [...] die Suche nach dem besseren Argument [...] verunmöglichen“ (Spörndli 2004, S.31, zit. nach Burkart et al 2010, S.263) und da sich ansonsten die Kommunikation nicht primär auf die problematischen Sachverhalte konzentrieren kann (vgl. Spörndli 2004, S.31, zit. nach Burkart et al 2010, S.262). Respekt bedeutet jedoch nicht Kritiklosigkeit, da Kritik auch respektvoll geäußert

⁴ Die Autoren orientieren sich bei diesen Ausprägungen an jenen des DQI (vgl. Burkart et al 2010, S.261).

werden kann. Auch das Respektniveau ergibt sich aus der Anzahl und der Ausprägung der Respektäußerungen. Die Respektäußerungen können vier Ausprägungen annehmen (explizit respektlos, keine Respektäußerung, implizit respektvoll, und explizit respektvoll). Durch die Inklusion respektvoller ebenso wie respektloser Äußerungen kann eine Kritik oder Herabwürdigung durch eine respektvolle Äußerung ausgeglichen werden (siehe hierzu auch die Verrechnung des VOI, Kapitel 6.7). (vgl. Burkart et al 2010, S.263f.)

4. Qualitätsmerkmal: Zweifel

Dieses Qualitätsmerkmal umfasst die Geltungsansprüche Habermas' (Wahrheit, Wahrhaftigkeit, Legitimität und Verständlichkeit) als Kernkriterien des Verständigungsbegriffes im Burkart'schen Konzept der „Verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit“. Eine ungestörte Kommunikation setzt voraus, dass die Geltungsansprüche anerkannt und nicht angezweifelt werden. Sollten jedoch Zweifel daran aufkommen, müssen diese im Diskurs auf einer Metaebene thematisiert und die Gültigkeit der Geltungsansprüche durch begründete Argumente wiederhergestellt wird. So können sowohl von Seiten politischer Akteure, von Seiten der Journalisten, aber insbesondere auch von Seiten der allgemeinen Bevölkerung Zweifel an der Wahrhaftigkeit anderer politischer Akteure, an der Legitimität der von ihnen vertretenen Normen, der Wahrheit ihrer dargebrachten Inhalte und der Verständlichkeit ihrer Aussagen bestehen. (vgl. Burkart et al 2010, S.264f) Da in Mediendemokratien einfache Bürger kaum Möglichkeit haben, Zweifel zu äußern, sollten Journalisten als Sprachrohre der Bevölkerung fungieren und stellvertretend für diese die Aussagen der politischen Akteure kritisch hinterfragen. Dabei geäußerten Zweifel in der Berichterstattung bedürfen dabei einer zweiseitigen Betrachtung: Ausgehend von der in Kapitel 4.2 angeführten Differenzierung zwischen der Mediator- und Kommunikatorrolle können Journalisten die von Politikern geäußerten Zweifeln einfach vermitteln („politische Perspektive“) oder als Anwälte der Bevölkerung selbstständig Zweifel („journalistische Perspektive“) artikulieren. Demgemäß ist bei der Materialanalyse der Berichterstattung zu unterscheiden, ob Journalisten die Zweifel der politischen Akteure lediglich aufgreifen oder ob sie eigenständige Kritik äußern.

(vgl. Rußmann 2010, S.175f)

Da die Artikulation aufgetretener Zweifel an den Geltungsansprüchen nicht nur verständigungsförderlich sondern auch -notwendig ist, wird dies als Qualitätskriterium (Indikator) einer verständigungsorientierten Kommunikation begriffen. Der Zweifelindikator ergibt sich durch die Zweifelanzahl. Außerdem wird für jeden Zweifel die Zweifelart im Sinne des angezweifelten Geltungsanspruchs codiert (vgl. Burkart et al 2010, S.268f.):

- **“Intelligibility** [Verständlichkeit]: Doubts on “intelligibility” are expressed if political actors or journalists question whether the statement of a participant is formulated in such a way that the members of the addressed public will be able to understand it (e.g., he/she uses too many technical terms; he/she doesn’t use the proper grammar; the expressions he/she uses are too complex).
- **Truth** [Wahrheit]: Doubts on “truth” are expressed if political actors or journalists question whether a statement pertaining to a specific circumstance (e.g., situation, fact, occurrence) of a political actor is a proven fact (e.g., the facts and figures are wrong; it didn’t happen that way; the situation was totally different from the one described).
- **Truthfulness** [Wahrhaftigkeit]: Doubts on “truthfulness” are expressed if political actors or journalists claim that a political actor is not trustworthy. For example, they allege that someone has lied and/or political actors are accused of lacking honesty or integrity (e.g., he/she is lying to us; he/she is bluffing; he/she is not acting according to his/her promise).
- **Legitimacy** [Legitimität]: Doubts on “legitimacy” are expressed if political actors or journalists question the appropriateness of political actors’ actions and their behavior (e.g., acting like this is wrong; this is something you just can’t do; he/she is not acting in accordance to mutually accepted values and norms).”
(Burkart/Rußmann 2010b, S.19)

Der Indikator „Zweifel“ erfährt im Forschungsprojekt von Burkart und Rußmann neben seiner Indikatorfunktion als Teil des VOI einer zusätzlichen, besonderen Betrachtung: Es wird davon ausgegangen, dass eine Kultur des Zweifelns die

Verständigungsorientierung der politischen Kommunikation insgesamt stimuliert: „Wird das Tun von Politikern und Parteien durch den politischen Gegner und insbesondere durch Journalisten angezweifelt, dann ist der jeweilige Sprecher in der Verantwortung, sein Verhalten und Handeln darzulegen und verständlich zu machen.“ (Rußmann 2010, S.176) Zweifel provozieren – so die Annahme – beim Betroffenen argumentative Begründung und sollten entsprechend die Diskursqualität steigern. (vgl. Rußmann 2010, S.177) Der Zweifel wird somit zu einer Voraussagevariable, welche politische Outputs vorhersagt (vgl. Steenbergen et al. 2003, S.42). Dabei bestehen zwischen den vier Zweifelarten Qualitätsunterschiede in Hinblick auf ihren Beitrag zur Verständigungsorientierung. Wahrhaftigkeitszweifel nehmen eine besondere Stellung ein: Die Wahrhaftigkeit ist der personalen Beziehungsebene bzw. subjektiven (Innen-)Welt zuzuordnen, weshalb sie nach Habermas nicht diskurs- bzw. begründungsfähig und entsprechend nicht rational diskutierbar ist: „So werden wir denjenigen nicht rational nennen, der begründet, was sich nicht begründen läßt [...].“ (Kuhlmann 1999, S.33) Selbst der Habermas'sche Vorschlag, "in der Konsequenz seiner [des Sprechers, Anm.d.Verf.] Handlungen [zu] beweisen, ob er das Gesagte auch tatsächlich gemeint hat" (Habermas 1981, 69, zit. nach Kuhlmann 1999, S.40), mangelt es an Belegkraft, da das früher Gemeinte zum Zeitpunkt der späteren Handlung bereits eine Änderung erfahren hätte können (vgl. Kuhlmann 1999, S.40). Die Verständlichkeit betrachtet Habermas zum Teil als Bedingung der Kommunikationshandlung und nicht als Geltungsanspruch (vgl. Habermas 1984a, S.139, zit. nach Kuhlmann 1999, S.41), entsprechend ist sie nur eingeschränkt diskursfähig (vgl. Horster 1995, S.42f). Wahrheit und Legitimität werden häufig als die zentralen Geltungsansprüche betrachtet, „weil es hier um die wahre Beschreibung der Realität und das richtige Handeln geht“ (Kuhlmann 1999, S.41) bzw. da nur diese beiden voll diskursfähig sind (vgl.z.B. Horster 1995, S.42f). Kuhlmann hebt für die politische Kommunikation die Legitimität zusätzlich hervor: „Im engeren Sinne meint kommunikative Rationalität die Einlösung des Geltungsanspruchs der Richtigkeit durch Angabe von Gründen. [...Dieser enge Rationalitätsbegriff trifft] die Probleme der politischen Kommunikation wesentlich genauer: Die Wahrheit von Feststellungen, die Wahrhaftigkeit von Expressionen und die Verständlichkeit von Äußerungen sind in der politischen Auseinandersetzung

nahezu unbedeutend im Vergleich zu der praktischen Frage ‚Was tun?‘.“ (Kuhlmann 1999, S.46f)

Basierend darauf kann ein verständigungsförderlicher Einfluss insbesondere von Legitimitätszweifeln vermutet werden, gefolgt von Wahrheit und Verständlichkeit, wohingegen Wahrhaftigkeitszweifeln sogar ein negativer Einfluss auf die Qualität der politischen Kommunikation zugeschrieben werden könnte.

5.5.2 Erste Ergebnisse

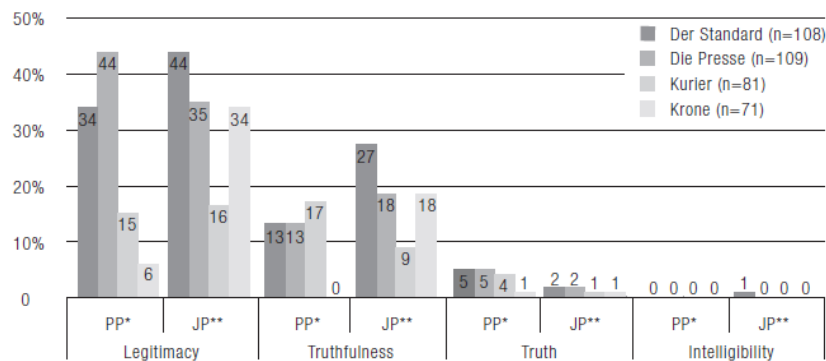
Vom Forschungsprojekt „Qualität des öffentlichen politischen Diskurses in der Wahlkampfkommunikation über vier Jahrzehnte (1966-2008)“ von Burkart und Rußmann (2010a) liegen aktuell die Ergebnisse zweier Substudien vor: Die erste Substudie von Burkart und Rußmann (2010b) konzentriert sich auf den Zweifelindikator in Presseaussendungen und Zeitungsartikel, die zweite Teilstudie von Burkart et al (2010) untersucht den Gesamt-VOI mit allen vier Indikatoren in der Berichterstattung. Die beiden Subauswertungen basieren auf einer reduzierten Stichprobe der Presseaussendungen bzw. Zeitungsartikel zur Nationalratswahl 2008. Sie haben für das Studiendesign, die Auswertung und die Ergebnisinterpretation der hiesigen Arbeit große Relevanz und werden in den folgenden beiden Unterkapiteln beschrieben.

5.5.2.1 Substudie 1: „*Journalism, Democracy and the Role of Doubts: An Analysis of Political Campaign Communication in Austria*“ (Burkart/Rußmann 2010b)

Das Analysematerial umfasst Presseaussendungen sowie Zeitungsartikel zum Wahlkampf der österreichischen Nationalratswahl im August und September 2008. Insgesamt wurden 539 Presseaussendungen der fünf österreichischen Parlamentsparteien SPÖ, ÖVP, FPÖ, Die Grünen und BZÖ sowie 369 Artikel aus den Tageszeitungen „Krone“, „Kurier“, „Standard“ und „Presse“ codiert, wobei die ersten beiden Boulevard-, die letzten beiden Qualitätszeitungen sind. (vgl. Burkart/Rußmann 2010b, S.18) Die Ergebnisse der Inhaltsanalyse zeigen zunächst, dass in der Berichterstattung deutlich mehr Zweifel geäußert werden als in den

Presseaussendungen (44% im Gegensatz zu 31%), wobei die 44 Prozent sowohl die von politischen Akteuren übernommenen als auch die eigenständigen Zweifel der Journalisten inkludieren. Die Boulevardjournalisten hinterfragen dabei Positionen und/oder Politiker deutlich weniger (13% im Kurier, 19% in der Krone) als die Journalisten von Standard (26%) und Presse (31%). Angezweifelt wird in den Tageszeitungen ebenso wie in den Pressemitteilungen primär die Legitimität (63% bzw. 77%). In 31 Prozent der Artikel wird überdies die Wahrhaftigkeit der Politiker kritisch betrachtet, in Presseaussendungen deutlich seltener (zu 20%). Die Wahrheit der Sachverhalte wird kaum hinterfragt. (vgl. Burkart/Rußmann 2010b, S. 20ff)

Analysiert man die politische und journalistische Zweifelperspektive getrennt, so zeigt sich im Fall der Legitimität, dass die Qualitätszeitungen Standard und Presse sowohl die von Politikern artikulierten Zweifel vermitteln (34% bzw. 44%) als auch eigenständige Skepsis äußern (44% bzw. 35%). Während der Kurier in beiden Fällen eher niedrige Werte (15% bzw. 16%) aufweist, offeriert die Krone ein überraschendes Bild von starker journalistischer Legitimitätskritik (34%), wohingegen die politische Perspektive defizitär (6%) ist. Ähnliche relative Prozentzahlen zeigen sich im Falle der Wahrhaftigkeit: Die Krone übermittelt keine Politikerzweifel, weist aus journalistischer Perspektive den gleichen Wert wie die Presse (18%) auf, wohingegen der Standard wiederum fast zehn Prozentpunkte stärker und der Kurier deutlich seltener journalistisch kritisiert. Abbildung 4 zeigt die geäußerten Zweifel an den vier Geltungsansprüchen getrennt nach journalistischer und politischer Perspektive im Überblick und vollständig auf. (vgl. Burkart/Rußmann 2010, S. 23f)



* Political Perspective (journalist's role as mediator);

** Journalistic Perspective (journalist's role as communicator)

Abbildung 4: geäußerte Zweifel in PAs und Tageszeitungen (Burkart/Rußmann 2010b, S.24)

Insgesamt finden sich also mehr Zweifel in der medialen Berichterstattung als in den Presseaussendungen, welche sich primär auf die Geltungsansprüche Legitimität und Wahrhaftigkeit beziehen (vgl. Burkart/Rußmann 2010b, S.24ff). Der Blick auf die politische Realität in Demokratien zeigt eine Entsprechung des Überhangs an Legitimitätszweifel: „the discussion most often focuses on the rules of a society and how adequate these rules actually are for a respective society – moreover, a principal discussion about the legitimacy of those rules is crucial for the continued existence of democratic societies [...]“ (Burkart/ Rußmann 2010b, S.25) Die seltenen Wahrheitszweifel können nicht zuletzt dadurch erklärt werden, dass heute das Internet die Möglichkeit bietet, Fakten sekundenschnell zu überprüfen und Lügen aufzudecken. Diese Gegenebenheit wird im Rahmen der strategischen Planung der (Wahlkampf-)Kommunikationsaktivitäten berücksichtigt. Aufgrund der professionalisierten Wahlkampfkommunikation sind auch unverständliche Aussagen der politischen Akteure unwahrscheinlich. (vgl. Rußmann 2010, S.180)

5.5.2.2 Substudie 2: „Wie verständigungsorientiert ist Journalismus? Ein Qualitätsindex am Beispiel der Berichterstattung über Europa im Österreichischen Nationalratswahlkampf 2008“ (Burkart/Rußmann/Grimm 2010)

Die zweite Substudie konzentriert sich auf das Thema „Europa“ innerhalb der

Wahlkampfberichterstattung 2008. Der Stichprobenumfang beträgt 56 Artikel. Tabelle 4 zeigt die Ergebnisse der Substudie im Überblick, es handelt sich dabei um Prozentangaben des jeweils erreichbaren Maximalwertes (siehe hierzu auch die Erläuterungen zur VOI-Operationalisierung in Kapitel 6.7). Die Codierung erfolgte getrennt für die journalistische und die politische Perspektive, jede Variable (also beispielsweise jede Begründung) konnte daher zwei Mal codiert werden. Somit ergibt sich eine verdoppelte Stichprobe von 112. (vgl. Burkart et al 2010, S.270f)

Qualitätsdimensionen	Zeitungen					
	Presse	Standard	Krone	Kurier	F-Test	Gesamt
Begründungsniveau	12,87	28,47	13,33	29,80	**	20,73
Lösungsorientierung	1,75	9,38	1,67	8,33	n.s.	5,21
Respektmaß	50,00	41,28	51,88	48,30	**	47,51
Zweifelarikulation	8,77	37,50	5,00	27,27	***	19,94
VOI-Gesamt-Index	18,35	29,16	17,97	28,42	***	23,35

Untersuchungszeitraum: Nationalratswahlkampf 2008. Max%, gemessen an der erreichbaren Punktzahl auf der Qualitätsdimension; Skala: 0-100. ***=hoch signifikanter Unterschied zwischen den Zeitungen, p<0.01; **=signifikanter Unterschied, p<0.05.

Tabelle 4: VOI der Europa-Berichterstattung österreichischer Tageszeitungen (Burkart et al 2010, S.271)

Allen voran zeigt sich eine sehr **geringe Ausschöpfung** von etwa einem Viertel des Verständigungsorientierungspotentials in der politischen Berichterstattung. Auffällig ist dabei der Bruch mit dem Kriterium „**Qualitäts- versus Boulevardzeitungen**“: Die vorliegende Studie geht davon aus, dass der gemessene Grad an Verständigungsorientierung ein Qualitätsmerkmal von Journalismus bzw. von politischer Kommunikation ist. Entsprechend sollte er in den untersuchten Qualitätstageszeitungen „Der Standard“ und „Die Presse“ deutlich höher ausfallen als in den Boulevardzeitungen „Kronen Zeitung“ und „Kurier“. Der Standard erreicht mit 29 Prozent zwar die höchsten VOI-Werte, wird jedoch vom Kurier dicht gefolgt, während die Presse ähnlich wie die Krone über 10 Prozentpunkte weniger aufweisen. Diese Verteilung wird im Wesentlichen auch über die einzelnen Subindizes fortgeführt: Standard und Kurier haben ähnliche und deutlich höhere Werte als die eng beieinander liegenden Zeitungen Presse und Krone. Eine Ausnahme bildet das Respektmaß, bei welchem die Krone den höchsten (52%) und der Standard den niedrigsten Wert (41%). Das Respektmaß ist auch jenes der vier Qualitätsmerkmalen,

welches von allen vier Zeitungen eindeutig am stärksten ausgenutzt wird (48%). Die Artikulation von Begründungen und Zweifeln wird nur zu einem Fünftel ausgenutzt, das Schlusslicht bilden die kaum kommunizierten Lösungsvorschläge (5%). Wie auch in der ersten Teiluntersuchung von Burkart und Rußmann (2010b) betreffen in der europafokussierten Wahlberichterstattung die geäußerten Zweifel primär die Legitimität (Mittelwert von 0,37), gefolgt von der Wahrhaftigkeit (Mittelwert von 0,21). Die Wahrheit wurde selten, die Verständlichkeit nie angezweifelt. (vgl. Burkart et al 2010, S.274ff)

5.6 Übersicht der Qualitätsindikatoren

Verschieden Autoren gehen von unterschiedlichen Qualitätsindikatoren aus, folgende Tabelle (Tabelle 5) gibt eine Übersicht der Indikatoren der für die vorliegende Arbeit zentralsten Studien. Qualitäts- bzw. evaluative Standards „specify what counts as good (or better) deliberation“ (Thompson 2008, S.501) fest. Sie stellen aus der Theorie abgeleitete, der Praxis der politischen Kommunikation jedoch inhärente Ideale dar, deren Erreichen so gut wie möglich anzustreben ist. (vgl. Thompson 2008, S.505f) Problematisch sind dabei nicht nur die differierenden Deliberationsindikatoren in den einzelnen Studien, sondern auch die zum Teil nicht schwierige Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu den gleichen Standards – insbesondere aufgrund unterschiedlicher Operationalisierungen sowie fehlender standardisierter Vergleichsskalen zu deren interpretativen Einordnung. Eine Alternative, welche ein studienübergreifendes Abwägen ermöglicht, ist die von Burkart et al (2010) verwendete Standardisierung der Werte am eigenen Maximalwert, sodass sich eine allgemein vergleichbare Prozentzahl ergibt (siehe hierzu auch Kapitel 6.1). Diesbezüglich sei auch darauf hingewiesen, dass in anderen Disziplinen wie der Demographie die Verwendung von „Indizes“ mit der Standardisierung quantitativer Werte assoziiert ist (vgl. Bortz/Döring 2005, S.147).

Qualitäts-indikatoren Untersuchungen	Geltungsansprüche n. Habermas					Begründung der Argumente	Respekt	Lösungs-/ Vermittlungs- vorschläge	Kollektives Gut /Begründungsinhalt	Gleiche Partizipation	Interaktivität	Repräsentativität der Akteure	Rationalität
	Verständlichkeit	Wahrheit	Wahrhaftigkeit	Legitimität	Zweifel insgesamt								
Bächtiger/Hangartner (2010) Parlamentsdebatten (DQI)							x						
Bächtiger/Pedrini/Ryser (2010) Parlamentsdebatten (DQI, Typ 1 Standards)						x	x	x ⁵	x	x	x		
Bächtiger/Steenbergen (2004) Parlamentsdebatten (DQI)						x	x	x ⁶	x				
Burkart/Rußmann (2010b) Presseaussendungen, Berichterstattung (VOI)	x	x	x	x									
Burkart/Rußmann/Grimm (2010) Berichterstattung (VOI)	x	x	x	x	x	x	x	x					
Gerhards /Neidhardt/Rucht (1998) Berichterstattung, Dokumente kollektiver Akteure, Befragung der Akteure zu PR	x		x			x	x	x				x	x
Spörndli (2003) Parlamentsdebatten (DQI)						x	x	x ⁷	x				
Steenbergen/Bächtiger/Spörndli/Steiner (2003) Parlamentsdebatten (DQI)						x	x	x ⁸	x	x			

Tabelle 5: Qualitätsindikatoren empirischer Untersuchungen

In der vorliegenden Studie werden die evaluativen Standards (Indikatoren) der vorbildgebenden Studie von Burkart und Rußmann (2010a) übernommen (vgl. hierzu außerdem: Burkart/Rußmann 2010b/c/d; und: vgl. Burkart et al 2010).

⁵ Der Indikator „konstruktive Politik“ entspricht inhaltlich annähernd jenem der Lösungsorientierung.

⁶ =

⁷ =

⁸ =

5.7 Potentielle Restriktionen von VOI und DQI

Steenbergen et al (2003, S.43) konstatieren für ihren DQI einige Einschränkungen, die zum Teil auch für den VOI gültig sind: Die Indizes basieren auf Habermas' Diskurstheorie, daher trifft die Kritik an dieser Theorie zu weiten Teilen auch auf die Indizes zu. Beispielsweise fehlt nach Basu (1999, zit. nach Steenbergen et al 2003, S.43) in Habermas' Deliberationsverständnis der Humor. Benson (2004, S.275) kritisiert außerdem die Betrachtung der Berichterstattung als unabhängige Variable bzw. die Vernachlässigung des Einflusses der Struktur des Mediensystems auf den generellen politischen Diskurs. Überdies berücksichtigen die Indizes keine nonverbalen Elemente, was für gewisse Untersuchungsgegenstände, wie beispielsweise Parlamentsdebatten oder TV-Diskussionsrunden, deutlich stärker ins Gewicht fällt als bei der Betrachtung von Presseaussendungen und Zeitungsartikeln, da hier per se kaum nonverbale Elemente (außer Fotos) zu finden sind.

Ein mehrfach in der empirischen Literatur zu findendes Problem ist jenes der **potentiellen Nicht-Unidimensionalität insbesondere des Respektindikators** mit den anderen Indikatoren der Diskursqualität: So weist der VOI-Indikator Respekt bei der Studie von Burkart et al (2010, S.273) gegenüber den anderen Indikatoren folgende Inkonsistenz auf: Der Standard hat hier den geringsten und die Krone den höchsten Wert, während dies bei den anderen Kriterien – entsprechend der auf den Charakteristika von Qualitäts- und Boulevardmedien basierenden Annahmen – gegenteilig ist. Auch bei Steenbergen et al (2003, S.39ff) korreliert der Subindikator „Respekt gegenüber Positionen“ negativ mit den anderen Indikatoren, wobei die Autoren insbesondere einen Einfluss der Rahmenbedingungen „kompetitives System“ und „Machtwechsel in der Regierung“ vermuten. Dies wurde in einer Folgestudie von Bächtiger und Tschentscher (2007, S.111ff) bestätigt, welche herausfanden, dass auf den Indikator „Respekt gegenüber Positionen“ insbesondere die Kontextfaktoren Konsensdemokratie, präsidentielles System, Bestehen einer Vetomacht, schwache Themenpolarisierung, Zweikammersystem sowie Nichtöffentlichkeit der Debatten förderlich wirken. Hinderlich für die vorliegende Budgetdebatte wäre bezugnehmend auf diese Untersuchung bzw. deren Ergebnisse das in Österreich herrschende

kompetitive, parlamentarische System ohne Vetomacht⁹, die Themenpolarisierung zwischen Opposition und Regierung sowie die Öffentlichkeit der analysierten politischen Kommunikation. Die förderliche Rahmenbedingung wäre das Vorhandensein der zweiten Kammer zu betrachten, allerdings hat der Bundesrat beim Bundesfinanzgesetz keinen Einfluss (vgl. Rechtsinformationssystem des Bundeskanzleramtes 2008, o.S). Bächtiger et al (2010, S.202f) finden insbesondere zwischen der Begründungsintensität und dem Respektmaß bzw. der Begründungsintensität und der Konstruktivität (welche im Wesentlichen der Lösungsorientierung entspricht, Anm. d. Verf.) geringe Korrelationen ($r=0,08$ bzw. $r=0,04$). In ihrer Faktorenanalyse liefern sie einen weiteren Hinweis auf eine potentielle Multidimensionalität des Konstrukts: Die Indikatoren Begründung und Gemeinwohlorientierung laden auf dem ersten Faktor hoch, die Indikatoren Respekt und Konstruktive Politik auf dem zweiten. Um dem potentiellen Multidimensionalitätsproblem in der vorliegenden Arbeit entgegenzuwirken, werden die Auswertung der VOI-Indikatoren sowohl getrennt als auch gemeinsam erfolgen sowie Korrelationsberechnungen und Faktorenanalysen durchgeführt.

⁹ Da das suspensive Vetorecht des Bundesrates vom Nationalrat in der Regel durch einen Beharrungsbeschluss übergangen werden kann, gehe ich hier von „keinem Vetorecht“ aus. Im Falle des Bundesfinanzgesetzes besitzt der Bundesrat überhaupt keinen Einfluss. (vgl. Rechtsinformationssystem des Bundeskanzleramtes 2008)

II. EMPIRISCHER TEIL

6 Untersuchungsdesign

Das vorliegende Studiendesign orientiert sich am Forschungsprojekt von Burkart und Rußmann (2010a), welche unter dem Titel „Qualität des öffentlichen politischen Diskurses in der Wahlkampfkommunikation über vier Jahrzehnte (1966-2008) von 2007 bis 2010 durchgeführt wurde. Der dabei entwickelte und benutzte Verständigungsorientierungsindex (VOI) fasst verschiedene Merkmale (Begründungsniveau, Lösungsorientierung, Respektniveau und Zweifelhäufigkeit) zu einem einzigen Wert zusammen, der das Ausmaß an Verständigungsorientierung als Maß für Qualität ausdrückt. Die Erhebungsmethode stellt dabei die Inhaltsanalyse dar, wobei in der hiesigen Untersuchung Presseaussendungen der Parlamentsparteien und Zeitungsartikel von Tageszeitungen analysiert werden.

6.1 Erhebungsmethode

Eine empirische Methode bezeichnet die Art und Weise, wie man zu wissenschaftlichen Erkenntnissen gelangt (vgl. Früh 2007, S.27). Dabei meint empirisch „der Erfahrung zugänglich“. „Empirisch ist das Vorgehen dann, wenn das durch die Forschungsfrage (Konstruktebene) bezeichnete Erkenntnisobjekt ein wahrnehmbares bzw. intersubjektiv identifizierbares Korrelat in der Realität besitzt.“ (Früh 2007, S.27) Die Methode wiederum bestimmt „die Art der Daten“ (Früh 2007, S.27), die man erhält, wie beispielsweise Beobachtungsprotokolle.

Die Erhebungsmethode war im vorliegenden Fall schon weitgehend aufgrund der Orientierung am Forschungsdesign von Burkart und Rußmann (vgl. Burkart/Rußmann 2010a/2010b; und: vgl. Burkart et al 2010) vorbestimmt und ist eine Inhaltsanalyse. Da in der vorliegenden Arbeit schriftliche Kommunikation untersucht werden soll, ist die Inhaltsanalyse das angemessene Instrument der Datenerhebung, wie auch folgende Ausführungen verdeutlichen: „Die Inhaltsanalyse ist eine empirische Methode zur systematischen, intersubjektiv nachvollziehbaren Beschreibung inhaltlicher und formaler Merkmale von Mitteilungen, meist mit dem Ziel einer darauf gestützten interpretativen Inferenz auf mitteilungsexterne Sachverhalte“ (Früh 2007, S.27) bzw.,

um „aus den manifesten Merkmalen des eigentlichen Textinhaltes auf Zusammenhänge seiner Entstehung und Verwendung zu stoßen“ (Atteslander 2006, S.182).

Herkömmlich werden quantitative von qualitativen Erhebungsmethoden unterschieden: „Quantitative Verfahren sind solche, in denen empirische Beobachtungen über wenige, ausgesuchte Merkmale systematisch mit Zahlenwerten belegt und auf einer zahlenmäßig breiten Basis gesammelt werden. [...] Qualitative Verfahren beschreiben ein komplexes Phänomen in seiner ganzen Breite.“ (Brosius et al 2009, S.19f) Insbesondere für die Inhaltsanalyse ist die Dichotomisierung von quantitativ und qualitativ irreführend, da jede Inhaltsanalyse quantitative und qualitative Elemente enthält – wenn auch mit unterschiedlichen Gewichten. So schließen die Interpretationen „qualitativer“ Inhaltsanalysen Quantifizierungen wie Häufigkeiten (z.B. mehrmalige Betonung eines Faktums) ein. Umgekehrt inkludiert eine „quantitative“ Inhaltsanalyse auch Bedeutungsinterpretationen. (vgl. Früh 2007, S.67) Dementsprechend setzen sich zunehmend alternative Differenzierungen durch. Atteslander (2006, S.182) unterscheidet beispielsweise die empirische und die hermeneutische Inhaltsanalyse, wobei bei ersterer die Hypothesenprüfung im Zentrum steht. Gerhards (2005, S.306f) präferiert die Bezeichnung „systematische Inhaltsanalyse“ statt „quantitative Inhaltsanalyse“ und betont ebenfalls den hermeneutischen Charakter „quantitativer“ Methoden.

Die vorliegende Inhaltsanalyse zeichnet sich durch einen quantitativen Schwerpunkt aus, welcher eine stark theorie- und hypothesengeleitete Vorgehensweise impliziert (vgl. Früh 2004, S.73). Die Vorteile der starken Quantifizierung sind insbesondere die große Stichprobe und darauf basierende Repräsentativitätsschlüsse auf die Population, die Nachteile sind die starke Reduktion von Sinnzusammenhängen auf relativ isolierte Kategorien (z.B. einzelne Themen) und ein Mangel der für die „qualitative“ Zugangsweise typischen Tiefe und Detailliertheit der Befunde (vgl. Brosius et al 2009, S.20, und: vgl. Gerhards 2005, S.306f) : „Während quantitative Methoden (nur) reduzierte Aussagen über eine große Population erlauben, lassen qualitative Verfahren sehr detaillierte Aussagen über (nur) wenige Menschen zu. Quantitative Ansätze liefern die Breite, qualitative die Tiefe.“ (Brosius et al 2009, S.20)

Prinzipiell müssen bei einer Inhaltsanalyse „...alle interessierende Textelemente dieselbe Chance haben [...], erfasst zu werden. [...] Deshalb ist die Inhaltsanalyse auch als Suchstrategie konzipiert, bei der von Anfang an klar sein muss, wonach gesucht werden soll.“ (Früh 2004, S.76) Der erste Teil dieser Suchstrategie stellt die Auswahl des Untersuchungsmaterials (sowie die zugehörige Stichprobenziehung) dar, anhand dessen die Forschungsfragen überprüft werden sollen. Das Untersuchungsmaterial beeinflusst wiederum die Hypothesenformulierung. In der vorliegenden Untersuchung inkludiert dieser Schritt neben der Reduktion auf Presseaussendungen und Zeitungsberichte beispielsweise Kontrastierungen zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien bzw. Qualitäts- und Boulevardzeitungen (siehe die folgenden Kapitel 6.2, 6.3 und 6.4). Den zweiten Teil stellt die theoriegeleitete Bildung der Analysekategorien dar, welche wiederum die Forschungsfragen und Hypothesen rückwirkend konkretisieren. (vgl. Früh 2004, S.76f)

6.2 Der Untersuchungsgegenstand: Die öffentliche Debatte zum Bundesfinanzgesetz 2011

Ein Budget ist eine „Gegenüberstellung von geschätzten Einnahmen und geplanten Ausgaben eines Haushaltes für ein Wirtschaftsjahr“ (Baumgartner et al 2010, S.97). Die Entscheidungskompetenz über die Verwendung der Mittel des Staates Österreich liegt beim Nationalrat und erfolgt über das Bundesfinanzrahmengesetz, welches eine grobe Ausgabenregelung des Bundes über vier Jahre festlegt, sowie über das Bundesfinanzgesetz, das die Budgetdetails für ein Finanzjahr bestimmt. Der Nationalrat ist zwar für den Gesetzesbeschluss zuständig, die Erstellung des Budgets erfolgt jedoch durch die Bundesregierung, wobei insbesondere dem Finanzministerium eine starke Steuerungsstellung eingeräumt wird. (vgl. Baumgartner et al 2010, S.97ff)

Um das Bundesfinanzgesetz zu verabschieden müssen folgende Schritte des parlamentarischen Gesetzgebungsprozesses durchlaufen werden (Pelinka/Rosenberger 2003, S.120, zit. nach Pelinka 2008, S.442):

„A. Vorparlamentarischer Bereich

1. Interessen

2. Parteien, Interessensgruppen oder Bürokratien artikulieren Interessen
3. Regierung (ein Bundesminister) gibt Auftrag an Bürokratie, einen Gesetzentwurf („Ministerialentwurf“) auszuarbeiten
4. Entwurf wird ausgearbeitet
5. Begutachtungsverfahren- Interessensgruppen nehmen (nochmals) Einfluss
6. Ministerrat beschlie[ss]t den Entwurf als Regierungsvorlage

B. Parlamentarischer Bereich

1. Nationalrat: Fraktionen und Ausschüsse beraten
2. Nationalrat: Plenum diskutiert und beschließt
3. Bundesrat stimmt zu oder legt ein bloß aufschiebendes Veto ein
4. Bundespräsident und Bundesregierung erfüllen die übrigen formalen Voraussetzungen“

Bevor ein Gesetzesentwurf „in die parlamentarische Runde geht“ sollten sich also betroffene Interessengruppen im Rahmen eines Begutachtungsverfahrens dazu äußern können. „Das Begutachtungsverfahren hat die Funktion eines Frühwarnsystems. [...] Die Regierung bzw. das zunächst federführende Ministerium können so abschätzen, welche Konflikte ein bestimmtes Gesetzesvorhaben provozieren wird.“ (Pelinka 2008, S.447) Die zahlreichen Kritiken und Protestaktionen seit der vorparlamentarischen Phase der Entwurfslegung lassen vermuten, dass die vorangegangenen Schritte vernachlässigt wurden und kaum bzw. mangelhafte Kommunikation mit konkret betroffenen Interessensgruppierungen stattgefunden hat. Aus Sicht der Diskurstheorie sind diese Verfahrensfestlegungen des diskursiven Austauschs jedoch Voraussetzung für die Legitimität von Gesetzen, werden diese somit nicht befolgt, verliert der Rechtsstaat (und somit auch der Gesetzgebungsprozess) seinen Legitimitätsanspruch (vgl. Bächtiger/Tschentscher 2007, S.100):

„Die Diskurstheorie erklärt die Legitimität des Rechts mit Hilfe von – ihrerseits rechtlich institutionalisierten – Verfahren und Kommunikationsvoraussetzungen, welche die Vermutung begründen, dass die Prozesse der Rechtsetzung und Rechtsanwendung zu rationalen Ergebnissen führen.“ (Habermas 1992, S.499, zit. nach Bächtiger/Tschentscher 2007, S.100)

Im Rahmen dieser institutionalisierten Verfahren nimmt der Journalismus eine besondere Rolle ein: Er vermittelt zum einen den diskursiven Austausch zwischen beteiligten Akteuren und macht ihn der Öffentlichkeit zugänglich. Zudem wird er selbst zum Beteiligten, welcher den Positionen des Volkes aktiv Gehör verschafft und so die in der Realität vorzufindenden eingeschränkten Zugangsmöglichkeiten der allgemeinen Bevölkerung zum politischen Diskurs ausgleicht. Er ermöglicht im Rahmen dessen nicht nur erst die Legitimationszuschreibung politischer Entscheidungen durch die Bürger, sondern stellt gleichzeitig eine die Qualität des diskursiven Austauschs fördernde Instanz dar. (vgl. z.B. Sarcinelli 2009, S.85+116; und: vgl. Burkart et al 2010, S.256ff) Aus der Pflicht der Politiker in Demokratien, sich für ihr politisches Handeln gegenüber der Bevölkerung zu rechtfertigen, um Legitimität dafür zu erhalten, resultiert auch die Anforderung einer qualitativ hochwertigen politischen Öffentlichkeitsarbeit als Teil des öffentlichen politischen Diskurses. Diese kann einerseits als auf dem demokratischen Prinzip basierende Pflicht betrachtet werden, stellt gleichzeitig aber auch die Chance für politische Akteure dar, über verstärkte Akzeptanz und größeres Vertrauen Machtvorteile zu gewinnen. Und Macht ist schlussendlich das, „was jeder Politiker anstrebt (und anstreben muss, wenn er überleben will) [...]“ (Kleinstauber 2001, S.40).

Die vorliegende Untersuchung der Verständigungsorientierung der politischen Kommunikation in Österreich konzentriert sich thematisch auf den öffentlichen Diskurs zur Verabschiedung des Bundesfinanzgesetzes 2011 und erfolgt anhand zweierlei Materialien, deren zentrale Bedeutung für den öffentlichen, diskursiven politischen Austausch vorangehend erläutert wurde: Zum einen werden die Presseaussendungen der Parlamentsparteien, zum anderen die Berichterstattung der beiden österreichischen Tageszeitungen „Der Standard“ und „Die Kronen Zeitung“ herangezogen. Zur Anwendung der deliberativen Demokratietheorie auf einen Untersuchungsgegenstand müssen nach Thompson (2008, S.502) zwei Rahmenbedingungen erfüllt sein: Zum einen muss Meinungsverschiedenheit herrschen und es muss eine kollektive Entscheidung getroffen werden. Der politische Diskurs zum Bundesfinanzgesetz 2011 erfüllt beide Kriterien.

6.2.1 Boulevard- versus Qualitätszeitungen

Boulevardzeitungen erscheinen oft im handlichen Kleinformat, enthalten viele Bilder und bereits ihre Schlagzeilen verweisen auf eine emotionalisierende, sensationsorientierte, skandalisierende Berichterstattung. Sie wollen ihre Leser unterhalten, weshalb leicht und unterhaltsam berichtet wird. Die Ereignisse werden stark simplifiziert, was eine rasche, mühelose Aufnahme ermöglicht. Zudem werden die journalistischen Darstellungsformen (Nachricht, Meinung, Kommentar, etc.) vermischt, vor allem wird in Nachrichten oft stark kommentiert. In der Regel beinhalten sie wenig Politik, Wirtschaft und Kultur. (vgl. Haas 2005; S.84)

Qualitätszeitungen wollen einem wirtschaftlich, politisch und kulturell interessierten, typischerweise überdurchschnittlich gebildeten Publikum eine geistige Herausforderung bieten. Sie bieten Hintergrundinformation und versuchen, trotz der aus Zeit- und Platzgründen notwendigen Simplifizierung von Ereignissen ihre Komplexität nicht vollständig zu reduzieren und nicht einseitig zu berichten. Weiters präsentieren sich Qualitätszeitungen „leise“ mit dezenter Gestaltung und sparsamem Farbeinsatz. Auch die „Aufmachung“ ihrer Themen ist tendenziell gemäßiger als bei Boulevardblättern: Zwar wollen auch sie neugierig machen, trotzdem hat der Inhalt erste Priorität. Die Journalisten sind in der Regel gut ausgebildet. Zudem wird auf die Quellentransparenz und die Einhaltung der Trennung verschiedener Darstellungsformen bzw. der redaktionellen und werberischen Inhalte geachtet. (vgl. Haas 2005; S.83f.)

Qualitätsjournalismus stellt demgemäß höhere Ansprüche an die Qualität seiner Berichterstattung, was gleichzeitig namensgebend ist. Es gibt keine allgemeingültige Definition oder allgemein anerkannten Kriterien für Qualität im Journalismus (vgl. Burkart et al 2010, S.258), was auf verschiedene Gründe wie die Komplexität des Phänomens und Begriffs Qualität, das dynamische, situationsspezifische Wesen von Qualität, die Inhomogenität des Journalismus generell oder das Wertfreiheitspostulat der Publizistikwissenschaft zurückführen lässt (vgl. Bucher 2003, S.11). Eine Abhandlung zu dieser Thematik würde über das Thema der vorliegenden Arbeit weit hinausgehen und zu umfangreich sein. Das hier vertretende Qualitätsverständnis

orientiert sich an jenem des vorbildgebenden Forschungsprojektes von Burkart und Rußmann (2010a), im Rahmen dessen die Qualität der Berichterstattung durch deren Verständigungsorientierung bestimmt wird. Die Verständigungsorientierung stellt also den „qualitativen Leiterwert journalistischen Handelns dar“ (Burkart et al 2010, S.259). Erst durch eine hochwertige Qualität (und damit erst durch ein hohes Niveau an Verständigungsorientierung) in der Berichterstattung werden Journalisten ihrer demokratiepolitischen Funktion als Advokaten des öffentlichen (hier: politischen) Diskurses gerecht (vgl. Burkart et al 2010, S.256+259). Dabei stellt er in seiner Doppelrolle als informationsvermittelnder und aktiv-kommentierender Kommunikator eine „für die Meinungs- und Willensbildung der Bürger [...] stimulierende und zugleich orientierende Kraft [darstellt], auf die ein demokratisch organisierter Staat nicht verzichten kann“ (Burkart et al 2001, S.257) (siehe dazu auch Kapitel 4.2).

Für die vorliegende Untersuchung werden die Kronen Zeitung (kurz: Krone) als Repräsentant für Boulevardzeitungen und der Standard als Vertreter der Qualitätspresse herangezogen. Die Krone ist Österreichs meistgelesene Tageszeitung und erreicht eine Reichweite von etwa 42 Prozent, der Standard ist mit fünfeinhalb Prozent Österreichs meistgelesene Qualitätszeitung (im Jahr 2008; vgl. Statistik Austria/ Arbeitsgemeinschaft Media-Analysen 2009, und: vgl. Haas 2005, S.82). Ein weiterer Grund für die Auswahl dieser beiden Zeitungen sind Ergebnisse der vorbildgebenden Studie: Burkart et al (2010) analysierten je zwei Boulevard- (Krone und Kurier) und Qualitätstageszeitungen (Standard und Presse). Presse und Kurier lieferten jedoch inkonsistente Ergebnisse, beispielsweise weist die Presse einen mit der Krone annähernd gleich hohen VOI-Wert auf, während jener des Kuriers auf Standard-Niveau und um etwa zehn Prozentpunkte höher ist. (vgl. Burkart et al 2010, S.271) Davon ausgehend ist also vom Standard eine qualitativ hochwertigere Berichterstattung zu erwarten als von der österreichweit am zweithäufigsten gelesenen Qualitätspresse Presse (vgl. Statistik Austria/ Arbeitsgemeinschaft Media-Analysen 2009). Ähnlich verhält es sich bei Krone und Kurier, überdies wird der Kurier zum Teil als Mid Market Paper in einer Mittelstellung zwischen Qualitäts- und Boulevardzeitung angesiedelt (vgl. Haas 2005, S.82).

6.2.2 Regierung versus Opposition

Die Regierung bilden „die mit der Führung, Lenkung und Leitung eines polit[ischen] Gemeinwesens beauftragten individuellen und kollektiven Akteure“ (Tils 2011, S.519). Die politische Opposition stellt den „organisierten und institutionalisierten Widerspruch gegen die Regierung und ihre Parlamentsmehrheit“ (Schüttemeyer 2011, S.413) dar. In Österreich liegt ein parlamentarisches Wettbewerbssystem vor, in welchem Regierung und Opposition als politische Gegner zu betrachten sind und die Opposition kaum Einfluss auf die Regierungspolitik hat. Dies ist ein konstitutionell hinderlicher Faktor für eine hohe Verständigungsorientierung in der oppositionellen Kommunikation, welche primär auf Kritik der Regierung und deren Verhalten gerichtet ist. (vgl. Bächtiger/Tschentscher 2007, S.107f) (siehe hierzu auch die Erläuterungen zum Einfluss der Rahmenbedingungen „Konsens- versus Wettbewerbssystem“ sowie „präsidentielles versus parlamentarisches System“ in Kapitel 5.4) Ein Konkordanzsystem (wie beispielsweise in der Schweiz vorzufinden) würde hingegen „alle wichtigen politischen Parteien in die Regierung einbinden. Dadurch wird das starre Regierungs-Oppositionsmodell durchbrochen, was den beteiligten Parteien [...] eher ermöglicht, Positiv-Summen-Spiele zu spielen.“ (Bächtiger et al 2010, S.212) Tendenziell sind demnach in der politischen Parteienkommunikation Österreichs geringere VOI-Werte als beispielsweise in der Schweiz zu erwarten, was jedoch noch keine Informationen betreffend der Verständigungsorientierung in der Regierungs- gegenüber jener der oppositionellen Pressekommunikation liefert. Aktuell liegen noch kaum empirische Ergebnisse zur Verständigungsorientierung der Presseaussendungen verschiedener Parteien (bzw. politischer Akteure) vor, auf welche sich meine postulierten Hypothesen stützen können. In der Literatur wird der Opposition in der Regel eine Kritik-, Kontroll- und alternativenbietende Funktion zugeschrieben (vgl. z.B. Thränhardt 1993, S.394): Sie hat die Aufgabe, „das Regierungsprogramm und die Regierungsentscheidungen im Einzelnen zu kritisieren, die Regierung als Verfassungsorgan insgesamt zu kontrollieren, politische Alternativen zur Regierungslinie auf der parlamentarischen Tribüne umfassend zu entwickeln, der Regierungsmehrheit als Personal- und Sachalternative gegenüberzustehen“ (Kolesarova 2008, S.43). „Durch ihre Kritik an den Zielen oder Vorhaben der Regierung

[...] regt sie den politischen Wettbewerb um die jeweils beste Problemlösung an und beeinflusst zugleich maßgeblich die öffentliche Auseinandersetzung mit der Regierungspolitik.“ (Kolesarova 2008, S.43). Dabei sei rationale Kritik im Sinne einer Kritik an den Geltungsansprüchen von einer (Aufmerksamkeits-)provokation durch radikale Positionen zu unterscheiden. Letzteres kann ein Mittel der Opposition sein, um ihren gegenüber der Regierung bestehenden (medialen) Aufmerksamkeitsnachteil zu kompensieren und sich im Zuge dessen gleichzeitig als bessere Regierung zu präsentieren. (vgl. Thränhardt 1993, S.394) Dies würde die Vermutung dahingehend legen, dass Oppositionsparteien häufiger Zweifel und womöglich weniger respektvoll kommunizieren. Auch Bächtiger und Hangartner (2010, S.616) gehen davon aus, dass die Oppositionsakteure respektloser kommunizieren als Regierungsakteure, insbesondere da dies für sie eine Möglichkeit darstellt, die Regierungspolitik für den Wähler sichtbar zu beeinflussen. Betreffend der Lösungsvorschläge steht die alternativenbietende Funktion der Opposition dem massenmedialen Vermittlungsdruck der Lösungsvorschläge der Regierung gegenüber, durch welche letztere schließlich die (kommunikative) Legitimation ihres Handelns und Entscheidens basierend auf einer rationalen Zustimmung des Volkes erhält. Regierungsparteien haben eine Legitimationsbringschuld gegenüber ihren Repräsentanten, von denen sie gewählt wurden. Diese Legitimation steht wiederum in starkem Zusammenhang mit der (öffentlichen) Begründung der getroffenen Entscheidungen, der vertretenen Positionen und vollzogenen Aktionen, demgemäß steht die Regierung unter einer Begründungs- und Informationsbringschuld. (vgl. auch Kuhlmann 1999, S.7f) Kuhlmann argumentiert diesbezüglich mit der Verantwortlichkeitszuschreibung: „Treffen wir Feststellungen über Handlungen, die wir zu verantworten haben, nehmen wir neben dem Wahrheitsanspruch der Feststellung auch den Richtigkeitsanspruch [Warum?] für die Handlung auf uns.“ (Kuhlmann 1999, S.106) Er rekurriert dabei auf die zu Beginn des Kapitels erwähnte differierende Regierungs- und Oppositionsrolle: „Die unmittelbar exekutive Handlungsgewalt liegt bei der Regierung, während sich die Opposition weitgehend auf die Kritik und das Aufzeigen von Alternativen beschränken mu[ss].“ (Kuhlmann 1999, S.206ff) Basierend darauf ergibt sich auch eine „Rollenverteilung im politischen Diskurs [...]: Die Regierung wird vorwiegend ihr Handeln verkünden und

verteidigen, die übrigen Akteure werden eher eine kritische und fordernde Rolle spielen [...]“ (Kuhlmann 1999, S.134). Dies untermauert einerseits die Annahme einer erhöhten Zweifelhäufigkeit der Opposition, würde andererseits eine erhöhte Begründungsintensität der Regierung vermuten lassen. Gleichzeitig könnte argumentiert werden, dass die Kritik einer Position bzw. Einnahme eines gegnerischen Standpunktes vermehrte Begründungen fördert (was wiederum die Stimulationsfunktion der Zweifelkultur untermauern würde). Empirisch zeigte sich bei Kuhlmann (1999, S.205+224) eine Bestätigung der erhöhten oppositionellen Kritik, wobei Oppositionsparteien ihre Aussagen auch häufiger und konkreter begründen. Als mögliche Gründe führt er unter anderem an, dass womöglich das journalistische „Bemühen um Ausgewogenheit [zwischen verschiedenen Parteien bzw. den einzelnen politischen Akteuren, Anm. d. Verf.] dazu führ[t], da[ss] die Medien Begründungen eher vermitteln, wenn sie im politischen Diskurs ausgetauscht werden, als wenn die [...Regierung] sie zur Rechtfertigung ihrer Entscheidungen vorbringt“ (Kuhlmann 1999, S.68) oder dass Nichtregierungsakteure eine größere Begründungsauswahl hätten, da die Regierung nach einer seltenen Erwähnung der negativen Konsequenzen ihrer Entscheidungen trachtet (vgl. Kuhlmann 1999, S.249). Betreffend des respektvollen Umgangs der Akteure miteinander können nur implizite Schlüsse aus Kuhlmanns Studie gezogen werden und zwar aus dem Indiz, dass die Regierung insgesamt selten auf konkrete Adressaten Bezug nimmt und im Besonderen die Opposition überwiegend ignoriert, wohingegen sich die Opposition mit ihren Aussagen primär an die Regierung richtet. (vgl. Kuhlmann 1999, S.203) Weitere Hinweise liefert beispielsweise die Sprechaktuntersuchung von Lucia Kolesarova (2008, S.202, 204+206), nach welcher Akteure, wenn sie Teil der Regierung sind, stärker integrativ kommunizieren als wenn sie in der Opposition sind. Ausschlaggebend ist demnach also nicht alleine die Verbündung (beispielsweise im Rahmen einer Koalitionsregierung) oder Gegnerschaft (Regierung versus Opposition), sondern auch der Akteurstatus als Regierungs- oder Oppositionsakteur. Dabei ist zu beachten, dass die Opposition kein aktiver Zusammenschluss wie die Regierung ist, sondern die Verbindung primär auf der Nicht-Regierungszugehörigkeit basiert.

Es gibt entsprechend mehrere theoretische Argumentationsmöglichkeiten für die

Richtung der postulierten Hypothesen basierend auf der Zugehörigkeit zu Regierung oder Opposition, gleichzeitig besteht ein Mangel an empirischen Ergebnissen. Daher werden die Hypothesen ungerichtet formuliert.¹⁰

Ein zusätzlicher Gedankengang, welchem leider aufgrund der geringen Anzahl der Presseaussendungen der Grünen nicht nachgegangen werden kann, setzte an der Nicht-Verbundenheit der Oppositionsparteien an und wird durch die Diametralität der zum Zeitpunkt der Untersuchung aktuellen Oppositionsparteien verstärkt: Während die rechtspopulistischen Parteien FPÖ und die BZÖ „beanspruch[en], ‚das Volk‘ gegen die Eliten zu vertreten und zu mobilisieren“ (Pelinka 2002, S.281) und eher den „kleinen“ Mann mit eher geringem Bildungsgrad adressieren (vgl. Pelinka 2002, S.286), weisen die Grünen nicht nur eine tendenziell hoch gebildete Wählerschaft auf (vgl. Plasser et al 1996, S.177f), sondern betonen sogar in ihrem Grundsatzprogramm die Verteidigung und Weiterentwicklung der demokratischen Prinzipien (vgl. Die Grünen 2001, o.S.). Darauf aufbauend kann vermutet werden, dass die Grünen deutlich verständigungsorientierter kommunizieren als FPÖ und BZÖ (womöglich sogar als SPÖ und ÖVP).

6.3 Forschungsfragen und Hypothesen

Forschungsfragen sind eine „theoretische Eingrenzung dessen, was auf der Objektebene, der ‚Realität‘, wissenschaftlich zu untersuchen ist [...].“ (Früh 2004, S.75) Sie lösen ein Problem und/oder liefern Handlungsgrundlagen. Durch die Formulierung von Hypothesen werden die Forschungsfragen in intersubjektiv überprüfbare Aussagen überführt. (vgl. Früh 2004, S.75+77f)

Im Zentrum der vorliegenden Untersuchung steht die Frage nach der Verständigungsorientierung öffentlicher politischer Kommunikation, welche die allgemeine, übergeordnete forschungsleitende Fragestellung¹¹ darstellt.

¹⁰ Eine Ausnahme stellt dabei das Zweifeln dar, welches basierend auf der angeführten Literatur insbesondere der Opposition zugeschrieben wird. Da jedoch vorliegend von einer Unidimensionalität der vier VOI-Indikatoren ausgegangen wird, wird auch hierzu eine ungerichtete Hypothese formuliert.

¹¹ Die Unterscheidung der Bezeichnungen „forschungsleitenden Fragestellungen“ und

Forschungsleitende Fragestellung:

Wie verständigungsorientiert ist die öffentliche politische Kommunikation in Österreich?

Verständigungsorientierung ist dabei gleichzeitig ein Maß für die (diskursive) Qualität der Kommunikation und zeichnet sich neben dem Zweifeln an den Habermas'schen Geltungsansprüchen zu deren diskursiven Wiederherstellung durch die Begründung der artikulierten Positionen, gegenseitigen Respekt und die Formulierung von Lösungsvorschlägen aus (siehe Kapitel 5.5.1 und vgl. Burkart et al 2010, S.259ff). Innerhalb der öffentlichen politischen Kommunikation werden dabei die politische Berichterstattung von Tageszeitungen und die Presseaussendungen der Parlamentsparteien fokussiert.

Darauf aufbauend wird die forschungsleitende Fragestellung in zwei Forschungsfragen unterteilt, die sie nach öffentlicher Kommunikatform (Presseaussendungen und Zeitungsartikel) konkretisieren und den Fokus der vorliegenden Untersuchung darstellen:

Forschungsfrage 1 (Verständigungsorientierung in parlamentarischen Presseaussendungen):

Unterscheiden sich die Presseaussendungen der Regierungsparteien und die Presseaussendungen der Oppositionsparteien in ihrem Ausmaß an Verständigungsorientierung? Wenn ja, kommunizieren die Regierungs- oder die Oppositionsparteien verständigungsorientierter?

Wie in Kapitel 6.2.2 erläutert fehlt es an wissenschaftlichen (insbesondere empirischen) Grundlagen zu Regierungs- und Oppositionspresseaussendungen in Hinblick auf deren Verständigungsorientierung, auf welche sich meine Vermutungen stützen können. Daher werden die Forschungsfrage 1 sowie die zugehörigen Hypothesen ungerichtet formuliert. Die Hypothesen beziehen sich auf die Verständigungsorientierung allgemein sowie auf ihre einzelne Indikatoren.

„Forschungsfragen“ ist in der Methodenliteratur kaum anzutreffen und dient hier primär der Hierarchisierung der übergeordneten allgemeinen Frage nach der Verständigungsorientierung in der öffentlichen politischen Kommunikation. Angeregt wurde ich zu dieser Differenzierungsform in einem Praxisseminar im Rahmen meines Publizistik- und Kommunikationswissenschaftsstudiums.

Hypothese 1: Die Presseaussendungen der Regierungs- und Oppositionsakteure unterscheiden sich in ihrem Ausmaß an Verständigungsorientierung.

Unabhängige Variable (UV): Akteurzugehörigkeit (Regierungsakteure ÖVP und SPÖ vs. Oppositionsakteure FPÖ, Grüne und BZÖ)

Abhängige Variable (AV): Ausmaß an Verständigungsorientierung (VOI-Wert)

Hypothese 2: Die Presseaussendungen der Regierungs- und Oppositionsakteure unterscheiden sich in ihrem Begründungsniveau.

UV: Akteurzugehörigkeit

AV: Begründungsniveau (Begründungsindikatorwert)

Hypothese 3: Die Presseaussendungen der Regierungs- und Oppositionsakteure unterscheiden sich in ihrem Ausmaß an Lösungsorientierung.

UV: Akteurzugehörigkeit

AV: Ausmaß an Lösungsorientierung (Wert des Lösungsorientierungsindikators)

Hypothese 4: Die Presseaussendungen der Regierungs- und Oppositionsakteure unterscheiden sich in ihrem Respektniveau.

UV: Akteurzugehörigkeit

AV: Respektniveau (Respektindikatorwert)

Hypothese 5: Die Presseaussendungen Regierungs- und Oppositionsakteure unterscheiden sich in ihrer Zweifelhäufigkeit an den Geltungsansprüchen.

UV: Akteurzugehörigkeit

AV: Zweifelhäufigkeit (Zweifelindikatorwert)

**Forschungsfrage 2 (Verständigungsorientierung in der politischen
Berichterstattung):**

**Weist die politische Berichterstattung von Qualitätszeitungen ein höheres
Ausmaß an Verständigungsorientierung auf als jene von Boulevardzeitungen?**

Die Hypothesenformulierung gestaltet sich bei der Unterscheidung von Qualitäts- und Boulevardmedien eindeutiger als bei der Unterscheidung zwischen Parteien, da die klassischen Charakteristika dieser Mediumarten (siehe Kapitel 6.2.1) eine qualitativ hochwertigere und damit in höherem Ausmaß verständigungsorientierte Berichterstattung von Qualitätsmedien erwarten lässt.

**Hypothese 6: Die Berichterstattung des Standard weist ein höheres Ausmaß an
Verständigungsorientierung auf als die Berichterstattung der Kronen Zeitung.**

Unabhängige Variable (UV): Medium (Qualitätszeitung Standard vs.
Boulevardzeitung Kronen Zeitung)

Abhängige Variable (AV): Ausmaß an Verständigungsorientierung (VOI-Wert)

**Hypothese 7: Die Berichterstattung des Standard weist ein höheres
Begründungsniveau auf als die Berichterstattung der Kronen Zeitung.**

UV: Medium

AV: Begründungsniveau (Begründungsindikatorwert)

**Hypothese 8: Die Berichterstattung im Standard weist ein höheres Ausmaß an
Lösungsorientierung auf als die Berichterstattung der Kronen Zeitung.**

UV: Medium

AV: Ausmaß an Lösungsorientierung (Wert des Lösungsorientierungsindikators)

**Hypothese 9: Die Berichterstattung des Standard weist ein höheres Respektniveau
auf als die Berichterstattung der Kronen Zeitung.**

UV: Medium

AV: Respektniveau (Respektindikatorwert)

Hypothese 10: Die Berichterstattung des Standard weist mehr Zweifel an den Geltungsansprüchen auf als die Berichterstattung der Kronen Zeitung.

UV: Medium

AV: Zweifelhäufigkeit (Zweifelindikatorwert)

6.3.1 Subuntersuchung zur Stimulationsfunktion des Zweifelns

Im Rahmen des Forschungsprozesses wurde, insbesondere aufgrund der Anregung durch meinen Magisterarbeitsbetreuer und gleichzeitigen Leiter des vorbildgebenden Projektes „Qualität des öffentlichen politischen Diskurses in der Wahlkampfkommunikation über vier Jahrzehnte (1966-2008)“ Roland Burkart eine zusätzliche Forschungsfrage zur qualitätsstimulierenden Funktion des Zweifelns im Sinne einer Förderung von Begründungsniveau, Lösungsorientierung und Respekt formuliert. Denn: Zweifel stellt den jeweiligen Akteur unter Zugzwang, „sein Verhalten und Handeln darzulegen und verständlich zu machen.“ (Rußmann 2010, S.176) Dabei wird neben dem Einfluss des Zweifelns insgesamt jener der einzelnen Zweifelarten untersucht, um deren potentiell unterschiedlich starken Impact herauszufinden. Es wird tendenziell vermutet, dass Zweifel an der Legitimität und an der Wahrheit als die zentralen, im eigentlichen Sinne diskursfähigen Geltungsansprüche (vgl. Kuhlmann 1999, S.41) am stärksten positiv stimulieren. Dabei kommt der Legitimität im Rahmen des politischen Diskurses in Demokratien eine besondere Bedeutung zu: Sie begründet den Geltungsanspruch und die Anerkennung politischer Herrschaft bzw. politischer Machthaber. (vgl. Sarcinelli 2009, S.85) Diese haben politische Entscheidungen und Handlungen gemäß des demokratischen Prinzips vor den sie mit Macht ausstattenden Bürgern zu verantworten und rechtfertigen. (vgl. Parlament der Republik Österreich 2011a, o.S.) Der Geltungsanspruch der Verständlichkeit ist gleichzeitig Voraussetzung für die Kommunikation und daher nur eingeschränkt diskursfähig (vgl. Habermas 1984a, S.139, zit. nach Kuhlmann 1999, S.41) und die Wahrhaftigkeit entzieht sich idealtypisch einem rationalen Diskurse aufgrund ihrer Lokalisation in der subjektiven Welt (vgl. z.B. Kuhlmann 1999, S.33).

(siehe hierzu die Ausführungen in Kapitel 5.5.1)

Die Stimulationsfunktion der Zweifel rekurriert – ausgehend von Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns – in besonderem Ausmaß auf die Begründungen von Positionen, welche die Grundlage für die (Wieder-)Herstellung angezweifelter Geltungsansprüche darstellen (vgl. z.B. Burkart 2005, S.225f). Demgemäß betont auch Rußmann (2010, S.177), dass Zweifel beim Betroffenen argumentative Begründung provozieren.

Die Untersuchung der Stimulationsfunktion des Zweifelns ist in der vorliegenden Arbeit als eher explorativ und forschungsvorbereitend für Aufbaustudien zu betrachten.

Denn: Die zugehörige Forschungsfrage wurde quasi-empiriegeleitet im Rahmen des Erhebungsprozesses formuliert, wodurch die Stichprobenziehung, welche künstliche Wochen bildet, suboptimal ist. Der Stimulationsfunktion ist nämlich ein zeitlicher Anschlussfaktor inhärent: Die Zweifelhäufigkeit ist als Stimulationsfaktor den Zielgrößen Begründungsniveau, Ausmaß an Lösungsorientierung und Respektniveau als zeitlich vorgelagert anzunehmen, jedoch unterbrechen die künstlichen Wochen das Zeitkontinuum (was überdies Auswirkungen auf anwendbare Auswertungsmethoden hat). Aufgrunddessen wurden in der vorliegenden Arbeit hierfür Nachcodierungen vorgenommen (siehe Kapitel 6.4.1).

Folglich werden die Forschungsfrage und zugehörigen Hypothesen zur Stimulierung der Diskursqualität durch Zweifeln angeführt. Es bestehen (rudimentäre) theoretische Hinweise auf Unterschiede bezüglich der Wirkungen der Zweifelarten (Zweifel an Legitimität, Wahrheit, Verständlichkeit und Wahrhaftigkeit) sowie der Zusammenhänge des Zweifelns mit den drei anderen VOI-Indikatoren (Begründungsniveau, Lösungsorientierung und Respektniveau) (siehe Beginn des Kapitels), jedoch keine empirischen Untermauerungen der theoretischen Annahmen. Daher werden keine expliziten Hypothesen zur differentiellen Wirkung verschiedener Zweifelarten bzw. zur unterschiedlichen Wirkungen von Zweifeln auf verschiedene Indikatoren formuliert, bei der Auswertung wird jedoch auf diesbezügliche Indizien geachtet.

Forschungsfrage 3 (Stimulationsfunktion des Zweifels im Diskurs):

Stimulieren Zweifel in der öffentlichen politischen Kommunikation eine höhere Ausprägung der VOI-Indikatoren Begründungsniveau, Ausmaß an Lösungsorientierung und Respektniveau? Bestehen dabei Unterschiede zwischen den verschiedenen Zweifelarten?

Hypothese 11: Je häufiger in den Presseaussendungen gezweifelt wird, desto höhere Ausprägungen weisen die VOI-Indikatoren Begründungsniveau, Ausmaß an Lösungsorientierung und Respektniveau in der Anschlussberichterstattung auf.

UV: Zweifelhäufigkeit in den Presseaussendungen

AV: Begründungsniveau, Ausmaß an Lösungsorientierung und Respektniveau in der Anschlussberichterstattung (Indikatorwerte)

Hypothese 12: Je häufiger in den Presseaussendungen an der Legitimität gezweifelt wird, desto höhere Ausprägungen weisen die VOI-Indikatoren Begründungs-, Respektniveau und Lösungsorientierung in der Anschlussberichterstattung auf.

UV: Häufigkeit der Zweifel an der Legitimität in den Presseaussendungen

AV: Begründungsniveau, Ausmaß an Lösungsorientierung und Respektniveau in der Anschlussberichterstattung (Indikatorwerte)

Hypothese 13: Je häufiger in den Presseaussendungen an der Wahrheit gezweifelt wird, desto höhere Ausprägungen weisen die VOI-Indikatoren Begründungs-, Respektniveau und Lösungsorientierung in der Anschlussberichterstattung auf.

UV: Häufigkeit der Zweifel an der Wahrheit in den Presseaussendungen

AV: Begründungsniveau, Ausmaß an Lösungsorientierung und Respektniveau in der Anschlussberichterstattung (Indikatorwerte)

Hypothese 14: Je häufiger in den Presseaussendungen an der Verständlichkeit gezweifelt wird, desto höhere Ausprägungen weisen die VOI-Indikatoren Begründungs-, Respektniveau und Lösungsorientierung in der

Anschlussberichterstattung auf.

UV: Häufigkeit der Zweifel an der Verständlichkeit in den Presseaussendungen

AV: Begründungsniveau, Ausmaß an Lösungsorientierung und Respektniveau in der Anschlussberichterstattung (Indikatorwerte)

Hypothese 15: Je häufiger in den Presseaussendungen an der Wahrhaftigkeit gezweifelt wird, desto höhere Ausprägungen weisen die VOI-Indikatoren Begründungs-, Respektniveau und Lösungsorientierung in der Anschlussberichterstattung auf.

UV: Häufigkeit der Zweifel an der Wahrhaftigkeit in den Presseaussendungen

AV: Begründungsniveau, Ausmaß an Lösungsorientierung und Respektniveau in der Anschlussberichterstattung (Indikatorwerte)

6.4 Stichprobe, Stichprobenziehung und Aufgreifkriterium

Die vorliegende Untersuchung zur Verständigungsorientierung der politischen Kommunikation in Österreich konzentriert sich thematisch auf die öffentlichen Diskussionen zur Verabschiedung des Bundesfinanzgesetzes 2011, wobei zweierlei Materialarten analysiert werden: einerseits die „Presseaussendungen der Parteien“, andererseits die Berichterstattung der beiden österreichischen Tageszeitungen „Der Standard“ und „Die Kronen Zeitung“. Der Erhebungszeitraum beginnt am 11.10.2010, dem Montag nach den Wiener Wahlen, an welchem der mediale Aufmerksamkeitsfokus von den Wien-Wahlen auf das Budget verschoben wurde, und endet vier Tage nach der Beurkundung des Bundesfinanzgesetzes (29.12.2010) durch den Bundespräsidenten Heinz Fischer am 02.01.2011, da zu diesem Zeitpunkt das Gesetz verabschiedet und daher kaum änderbar ist, die „Nachlaufrist“ gleichzeitig unmittelbare Nachkritik inkludiert und außerdem ist der Zusammenfall des Fristendes mit einem Wochenende für die Bildung von künstlichen Wochen nicht unwesentlich (s.u.). Der Zugang zu den Presseaussendungen erfolgt über APA-OTS (Austria Presseagentur Originaltextservice), Österreichs größtem Verbreiter von Presseinformationen in Originalwortlaut (vgl. APA-OTS 2011, o.S.). Der Zugang zum

Material der Berichterstattung erfolgt über die für die Berichterstattung äquivalente Datenbank APA Defacto Campus. Grafiken werden nicht berücksichtigt.

Die Entscheidung über den Aufgriff eines Beitrages ist dreiteilig: Innerhalb der Datenbanken wird zunächst nach den Stichwörtern „Bundesfinanzgesetz“ oder „Budget“ zwischen dem 11.10.2010 und dem 02.01.2011 gesucht. Die gefundenen Treffer in APA-OTS (Presseaussendungen) werden auf jene reduziert, die vom Parlament oder eindeutig von einer der Parteien SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne oder BZÖ ausgesandt wurden, jedoch nicht von deren Landesfraktionen. Dabei wird nicht differenziert, ob beispielsweise der Parlamentsklub einer Partei oder die Partei selbst Urheber der Pressaussendung ist. Bei der APA Defacto Campus (Berichterstattung) wird die Suche auf die Tageszeitungen „Der Standard“ und „Neue Kronen Zeitung“ eingeschränkt. Der letzte Schritt stellt der inhaltliche Abgleich des Beitrags mit der Thematik „Bundesfinanzgesetz 2011“ dar: Insbesondere das Stichwort „Budget“ ergibt viele außerthematische Treffer, codiert werden jedoch nur Beiträge, die das Bundesfinanzgesetz 2011 oder einen Teilbereich davon als Hauptthema haben. Überdies werden bei den Zeitungsbeiträgen Kommentare von Nicht-Journalisten (insbesondere Lesermeinungen) nicht codiert.

Um den gesamten Budgetdebattenzeitraum abzubilden, werden jeweils zwei Wochen zu einer künstlichen Woche zusammengefasst, wobei die Wochentage innerhalb der künstlichen Wochen zufällig verteilt werden.¹² Folgende Tabelle gibt einen Überblick der Zusammensetzung der künstlichen Wochen:

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag
Woche 1 (11.10.2010-7.11.2010)	12.10.	18.10.	22.10.	27.10.	4.11.	6.11.
Woche 2 (8.11.2010-5.12.2010)	8.11.	16.11.	20.11.	25.11.	1.12.	3.12.
Woche 3 (6.12.2010-2.1.2011)	9.12.	11.12.	14.12.	22.12.	27.12.	31.12.

Tabelle 6: Künstliche Wochen (vgl. Donsbach/Büttner 2005, o.S.)

¹² Da der Standard am Sonntag nicht erscheint, wurde dieser Wochentag ausgeschlossen. Die zufällige Zuteilung erfolgte durch Ziehen der Woche pro Wochentag, wobei jede natürliche Woche maximal drei Tage zur künstlichen Woche beitragen kann. Der Standard erscheint auch nicht an Feiertagen, daher wurden bei zufälliger Ziehung ebendieser die Wochen vertauscht. Wenn in beiden konstituierenden Wochen an diesem Wochentag Feiertag war, wird ein zufällig ausgewählter anderer Wochentag doppelt codiert.

Infolge des Pretests sind folgende Ergänzungen zum Aufgreifkriterium zu machen: Die APA-Suchfunktion gibt die „Kurz gemeldet“-Beiträge des Standard als ein Suchergebnis aus, diese stellen jedoch mehrere kleine, unabhängige Kurzmeldungen dar und werden bei entsprechender Themenrelevanz (Stichwort Budget bzw. Bundesfinanzgesetz 2011) getrennt nummeriert und codiert. Außerdem werden Hinweise auf Zeitungsartikel von der APA-Suchfunktion als getrennte Treffer erhoben, während diese hier als Einheit betrachtet werden. Ankündigungen von Veranstaltungen wurden nicht codiert. Nach dem Pretest wurden überdies die Presseaussendungen des Parlaments exkludiert, da diese im Pretest durchgehend Verlautbarungen ohne Positionskommunikation darstellten.

Nach allen Exkludierungen umfasst die Stichprobe der Presseaussendungen von 112, jene der Zeitungsartikel 103, was eine Gesamtstichprobe von 225 Beiträgen ergibt, wobei pro Beitrag je bis zu fünf Begründungen, Lösungsvorschläge, Respektäußerungen und Zweifel codiert werden können.

6.4.1 Zusätzliche Erhebung zur Beantwortung der Forschungsfrage 3

Die Forschungsfrage zur Stimulationsfunktion des Zweifelns kristallisierte sich erst im Zuge der Erhebung heraus, daher soll ihr in der vorliegenden Untersuchung als eine Art Erstversuch oder Erstorientierung für weiterführende Forschung nachgegangen werden. Dafür sind zeitliche Kontinuitäten zwischen den vorangehenden Zweifeln der Presseaussendungen und den potentiellen nachfolgenden Begründungen, Lösungsvorschlägen und Respektäußerungen in der Berichterstattung vonnöten, wofür nachcodiert wird. Schritt für Schritt wird folgendermaßen vorgegangen: Innerhalb des Stichprobensubzeitraums 12.10.2010 (Montag nach den Wiener Wahlen) und 31.10. (Presseaussendungen) bzw. 4.11. (verzögerter Berichterstattungszeitpunkt aufgrund der zeitlichen Nachlagerung gegenüber den Presseaussendungen) werden allen Beiträgen Teilthematiken der Budgetdebatte als Hauptthemen zugeordnet, wobei maximal zwei Themen codiert und die Themen empiriegeleitet aus dem Material gebildet werden (beispielsweise Mineralölsteuererhöhung, Budget für Bildung und Wissenschaft oder Budget für Pensionen). Dann erfolgt ein Abgleich der

Presseaussendungen mit der Berichterstattung ein bis drei Tage danach basierend auf den thematischen Zuordnungen.

Es konnten 41 Presseaussendungen und 18 Zeitungsbeiträge verlinkt werden, wobei sich zeigte, dass nur die einen Tag nach der Presseaussendung erscheinende Berichterstattung von Relevanz ist. Diese wurden sodann reduziert auf die interessierenden Kategorien (Zweifel im Fall der Presseaussendungen, Begründungen, Respekt und Lösungsvorschläge im Fall der Zeitungsartikel) codiert. Folgend ist exemplifizierend die Verlinkung Nummer 6 angeführt:

Presseaussendungen		Zeitungsartikel	
Datum	Überschrift	Datum	Überschrift
20.10. 2010	Cortolezis-Schlager: Neue Wege und grundlegende Reformen eröffnen den Universitäten zusätzliche Mittel	21.10. 2010	Pröll: Mehr Geld für Unis bei Einführung von Zugangsregeln Finanzminister fordert Reformpaket Faymann gegen generelle Beschränkungen
20.10. 2010	Lichtenecker: ÖVP und SPÖ stimmen gegen Prölls Forschungs- und Uniforderungen		

Tabelle 7: Beispiel thematisch-zeitliche Verlinkung von Presseaussendungen und Zeitungsartikel

6.5 Analyseeinheiten

„Die Analyseeinheiten sind jene Elemente aus dem Untersuchungsmaterial, für die im Rahmen der Codierung eine Klassifizierung vorgenommen wird.“ (Rössler 2005, S.70)

Die Codierung erfolgt auf zwei hierarchischen Ebenen (vgl. Rössler 2005, S.73):

1. Beitragsebene:

Auf der Beitragsebene werden die formalen Kategorien Beitragslänge, die Medium- bzw. Parteienzugehörigkeit und das Datum sowie die inhaltliche Kategorie „Position (journalistische und politische)“ codiert.

2. Aussageebene/Sinneinheiten:

Die inhaltlichen Kategorien ausgenommen der Positionen werden auf der Ebene von inhaltlich-semantischen Bedeutungseinheiten codiert. „Eine Sinneinheit kann man als zusammenhängende Textpassage definieren, in der zum selben

Gegenstand etwas ausgesagt wird.“ (Früh 2007, S.94) Rössler benutzt Synonym die Bezeichnung „Aussage“, die mindestens die zwei Komponenten Aussagegegenstand und Bewertung, optional auch Urheber und Aussageobjekt enthält. (vgl. Rössler 2005, S.154ff) „Der Gegenstand einer Aussage ist jener Sachverhalt, den der jeweilige Urheber bewertet.“ (Rössler 2005, S.156) Für die vorliegende Inhaltsanalyse ist insbesondere relevant, dass „[...] **eine neue Aussage [zu] codieren [ist], wenn Urheber, Gegenstand oder Bewertung wechseln**“ (Rössler 2005, S.75) Die Codierung der Aussagen erfolgt pro Indikator unabhängig voneinander, entsprechend kann eine Aussage auch mehrmals codiert werden (z.B. als Respektäußerung und als Zweifel).

6.6 Analysekategorien und Kategorienausprägungen

Da „[d]ie Kategorien die Substanz der Untersuchung enthalten, kann eine Inhaltsanalyse nie besser sein als ihre Kategorien.“ (Berelson 1971, S.147, zit. nach Atteslander 2006, S.189) Kategorien stellen Regeln zur Transformation von Kommunikations- in numerische Inhalte dar und bestehen aus einer oder mehreren Variablen (Merkmalen), die wiederum unterschiedliche Ausprägungen (Erscheinungsformen) haben können. Die Transformation erfolgt durch die Codierung. (vgl. Atteslander 2006, S.189f)

Hauptkategorien (Dimensionen) können in (Sub-)Kategorien (Teildimensionen) ausdifferenziert werden, beispielsweise setzt sich die Dimension „Verständigungsorientierung“ im vorliegenden Fall aus den Teildimensionen Begründungsniveau, Lösungsorientierung, Respekt und Zweifel zusammen. Die Teildimensionen können wiederum verschiedene Ausprägungen annehmen, wobei hier unterschiedliche Skalenniveaus möglich sind (im Wesentlichen Nominal-, Ordinal- und Intervallskalierung), welche die Verfahren der Datenauswertung bestimmen. (vgl. Früh 2004, S.79ff)

Generell sind formale von inhaltlichen Kategorien zu unterscheiden: Formale Kategorien „dienen [...] der Erhebung formaler Codiereinheiten. [...] Formale Codiereinheiten sind psychisch manifeste Sachverhalte, die sich durch messen, zählen

oder Transkription erheben lassen und keine Inferenzen des Codierers erfordern.“ (Rössler 2005, S.104) Im vorliegenden Fall sind dies beispielsweise das Beitragsveröffentlichungsdatum, die urhebende Partei bzw. Zeitung sowie der Beitragsumfang. Die inhaltlichen Kategorien „verlangen vom Codierer die korrekte Klassifikation von Merkmalen, was in besonderem Maß die genaue Kenntnis des Kategoriensystems und der einzelnen Ausprägungen voraussetzt“ (Rössler 2005, S.121). Dazu zählen in dieser Arbeit insbesondere die Verständigungsorientierung mit ihren Subkategorien Begründungsniveau, Lösungsorientierung, Respekt und Zweifel. Das vollständige Kategoriensystem sowie die Kategoriendefinitionen beinhalten die beiden Codebücher (siehe Anhang B und C), folglich seien die inhaltlichen Hauptkategorien angeführt.

6.6.1 Öffentliche politische Kommunikation und ihre

Erscheinungsformen Presseaussendungen und Berichterstattung

Wie in Kapitel 2 ausführlich diskutiert wurde, ist die politische Kommunikation ein komplexes, verschiedene Subformen umfassendes Phänomen, entsprechend ist deren Begriffsbestimmung nicht eindeutig möglich. Pragmatisch wird an dieser Stelle nochmals die Definition von politischer Kommunikation als jene Kommunikation, „die von politischen Akteuren ausgeübt wird, die an sie gerichtet ist, oder die politische Akteure, ihr Handeln und ihre Kognitionen beinhaltet“ (Schulz 2008, S. 16). Die Charakterisierung als „öffentlich“ meint „der Allgemeinheit zugänglich“ (Jarren/Donges 2006, S.95) bzw. „ohne begrenzte[r] oder personell definierte[r] Empfängerschaft“ (Maletzke 1963, S.32). Die öffentliche politische Kommunikation kann wiederum verschiedene Formen annehmen. In der vorliegenden Arbeit werden zwei öffentliche politische Kommunikatformen fokussiert: einerseits die Presseaussendungen der Parlamentsparteien SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne und BZÖ, andererseits die politische Berichterstattung der Tageszeitungen „Der Standard“ und „Die Krone“ zur Thematik „Bundesfinanzgesetz 2011“. Der Bezug zum Bundesfinanzgesetz ergibt sich durch die Aufgreifkriteriumsstichwörter „Budget“ oder „Bundesfinanzgesetz“ (siehe Kapitel 6.4).

6.6.2 Regierungs- und Oppositionsparteien in Österreich

In der vorliegenden Arbeit wird ein Fokus auf die Zugehörigkeit der politischen Akteure zu Regierung oder Opposition gelegt, um die Unterschiede des Ausmaßes an Verständigungsorientierung der Presseaussendungen dieser beiden Akteurschaften zu untersuchen. Politische Akteure zeichnet aus, dass sie „in einer politischen Rolle handeln, d.h. [...sie sind] daran beteiligt [...], allgemein verbindliche Entscheidungen über die Verteilung von Macht oder Ressourcen herbeizuführen oder durchzusetzen“ (Schulz 2008, S.16). Sie können sowohl individuelle Politiker als auch Kollektiva (wie beispielsweise politische Parteien) sein. Der Forschungsstand hierzu ist defizitär (siehe Kapitel 6.2.2), demgemäß können keine wissenschaftlich fundierten Vermutungen aufgestellt werden. (Eine Ausnahme stellt hierbei der Zweifelindikator dar, da der Opposition in der Regel eine Zweifelrolle zugeschrieben wird.)

Regierungsparteien sind im untersuchten Zeitraum die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) und die Österreichische Volkspartei (ÖVP). In der **Opposition** stehen die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), die Grünen sowie das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ). Allgemeine Informationen zur Entwicklung und Ausrichtung der Parteien lieferten Kapitel 2.4.1 und Kapitel 2.4.2 im Theorieteil. Die zugehörigen Spitzenpolitiker sind zum Zeitpunkt der Erhebung Werner Faymann (SPÖ, Bundeskanzler), Josef Pröll (ÖVP, Finanzminister), Heinz-Christian Strache (FPÖ), Maria Vassilakou (Grüne) und Josef Bucher (BZÖ), wobei Josef Pröll als Finanzminister bei der Budgeterstellung eine besonders zentrale Rolle zukommt. Innerhalb einer Partei wird Einigkeit postuliert, da dies ein Basischarakteristikum einer politischen Partei ist, was auch der Begriffsbestimmung als „Vereinigung v[on] Personen mit gleichart[igen] polit[ischen] Meinungen u[nd] Interessen [...]“ inhärent ist¹³. Regierungs- und Oppositionsakteure werden als in einer **Gegnerbeziehung** befindlich betrachtet (vgl. auch Bächtiger/Tschentscher 2007, S.107f). SPÖ und ÖVP sind demnach Quasi-Verbündete, deren Gegnerschaft FPÖ, BZÖ und Grüne sind. In diesem Zusammenhang ist zu erwarten, dass Gleichgesinnte (beispielsweise die Koalitionspartner SPÖ und ÖVP) gegenüber Andersgesinnten weniger Respekt zeigen. Dabei sei betont, dass die

¹³ In der Realität können sich einzelne Politiker von ihrer Partei distanzieren – häufig mit großem medialen Aufruhr.

Opposition per se keinen Zusammenschluss darstellt, sondern allein durch die Nichtstellung der Regierung verbunden ist.

6.6.3 Verständigungsorientierung und die Indikatoren

Begründungsniveau, Lösungsorientierung, Respektniveau und Zweifel

Die Verständigungsorientierung der politischen Kommunikation ist für die vorliegende Untersuchung das zentrale Konstrukt und wird als Synonym für deren Qualität betrachtet. Dabei wird Verständigung in einem erweiterten Sinn aufgefasst und zeichnet sich durch Begründung der kommunizierten Positionen, Unterbreitung von Lösungsvorschlägen, einen respektvollen Umgang der Beteiligten miteinander sowie die Äußerung von Zweifeln an den Habermas'schen Geltungsansprüchen zu deren diskursiven Wiederherstellung aus. (vgl. Burkart et al 2010, S.258ff) Das Ausmaß an Verständigungsorientierung wird durch den Index für Verständigungsorientierung gemessen, welcher gemeinsam mit seinen konstituierenden Indikatoren inhaltlich bereits in Kapitel 5.5.1 erläutert wurde und dessen Operationalisierung Thema des übernächsten Teilkapitels 6.7 ist.

6.6.4 Anschlussberichterstattung

Die Klassifikation eines Zeitungsartikels als Anschlussberichterstattung basiert auf seiner thematisch-zeitlichen Verlinkung mit vorangehenden Presseaussendungen. Sie umfasst jene Zeitungsartikel, die zumindest in einem der beiden codierten Hauptthemen mit der jeweiligen Presseaussendung übereinstimmt und ein bis drei Tage danach veröffentlicht wurde.

6.7 Operationalisierung des VOI (nach Burkart et al 2010)

Die vier Indikatoren Begründungsniveau, Lösungsorientierung, Respekt und Zweifel gehen mit gleichem Gewicht in den Gesamtindex VOI ein (siehe unten). Pro Subindex (VOI-Indikator) werden maximal fünf Fälle erhoben, also maximal fünf Begründungen, fünf Lösungsvorschläge, fünf Respektäußerungen oder fünf Zweifel, welche jeweils basierend auf ihren Ausprägungen mit Punkten gewichtet werden. Pro Beitrag werden diese gewichteten Fälle getrennt für die einzelnen Indikatoren summiert und mittels Dividierung durch den je Indikator erreichbaren Maximalpunktwert (entspricht 100%) standardisiert. Der standardisierte Wert wird wiederum mit 100 multipliziert, um so über die verschiedenen Subindizes vergleichbare Prozentwerte vom maximal erreichbaren Wert zu erhalten. Jeder Indikatorwert sowie der Gesamtindex VOI bewegt sich dadurch außerdem auf der gleichen Skalenspannweite zwischen 0 und 100. Auf diese Weise werden die vier Subindizes nicht nur dimensionsunabhängig, sondern überdies direkt miteinander sowie auch direkt mit dem Gesamtindex vergleichbar und können gleichberechtigt zu einem Index verrechnet werden. (vgl. Burkart et al S.267+271)

Für die einzelnen Subindizes liegt folgende Punkteverrechnung vor:

1. Qualitätsmerkmal: Begründungsniveau

Definiert wird das Begründungsniveau als „Anzahl und Ausprägung von Begründungen innerhalb einer thematisch abgegrenzten medialen Berichterstattung. Je mehr Begründungen vorhanden und je elaborierter sie einzustufen sind, desto höher ist das Begründungsniveau.“ (Burkart et al 2010, S.267) Die Verständigungsorientierung ist also dann hoch, „wenn vertretene Standpunkte nicht bloß wiedergegeben, sondern auch durch Argumente gestützt oder entkräftet werden“ (Burkart et al 2010, S.272). Jede gefundene Begründung wird hinsichtlich ihrer Elaboriertheit (Spezifik) bewertet, wobei folgende Ausprägungsintensitäten in aufsteigender Reihenfolge unterschieden werden (vgl. Burkart et al 2010, S.261f.):

- keine Begründung (=0 Punkte)
- pauschale Begründung: allgemeine, nicht näher konkretisierte Begründung (=1Punkt)

- einfache Begründung: Begründung basiert auf einem einzelnen Faktum (=2 Punkte)
- spezifische Begründung: Begründung basiert auf mehreren Fakten (=3 Punkte)

Somit können im Falle des Begründungsniveaus maximal 15 Punkte erreicht werden und zwar dann, wenn fünf Begründungen vorliegen und jede davon spezifisch zur zentralen Position ist. Es ergibt sich folgende Formel zur Errechnung des Subindikators Begründungsniveau: $IND_{BEG} = (\text{Summe}_{5\text{Begründungen}} * \text{Ausprägung} / 15) * 100$

2. Qualitätsmerkmal: Lösungsorientierung

Das Ausmaß an Lösungsorientierung in den politischen Kommunikationen umfasst „Anzahl und Konkretisierungsgrad von Lösungs- und/oder Vermittlungsvorschlägen.“ (Burkart et al 2010, S.268) Die Spezifik der Lösungsvorschläge wird anhand folgender Ausprägungsgrade beurteilt (vgl. Burkart et al 2010, S.262f):

- keine Vorschläge zur Lösung von Sach- oder Konfliktproblemen (=0 Punkte)
- vage, ungenaue Vorschläge zur Lösung von Sach- oder Konfliktproblemen (=1 Punkt)
- konkrete Maßnahmenvorschläge zur Lösung von Sach- oder Konfliktproblemen (=2 Punkte)

Jeder der maximal fünf Lösungsvorschläge je Beitrag kann demnach maximal zwei Punkte (=konkreter Lösungsvorschlag) erreichen. Die Summe der Punkte je Lösungsvorschlag wird wiederum durch den erreichbaren Maximalwert zu Zwecken der Standardisierung dividiert: $IND_{LOES} = (\text{Summe}_{5\text{Vorschläge}} * \text{Ausprägung} / 10) * 100$

3. Qualitätsmerkmal: Respekt

Auch das Respektniveau ergibt sich durch die Anzahl und Erscheinungsform der Respektäußerungen. Folgende Ausprägungsformen der Respektäußerungen werden dabei unterschieden (vgl. Burkart et al 2010, S.264):

- „respektlos“: Im Kommunikat finden sich ausdrücklich abwertende Äußerungen gegenüber einem politischen Akteur bzw. einer Position oder eindeutig

abwertend-sarkastische Aussagen. (=0 Punkte)¹⁴

- keine Respektäußerungen (zu interpretieren als Verzicht auf respektlose Äußerungen) (=2 Punkte)
- „neutrale Respektäußerungen“: Im Kommunikat werden weder explizit respektvoll noch respektlose Äußerungen transportiert. (=3 Punkte)
- „explizit respektvoll“: Das Kommunikat enthält eindeutig positive Attribute. (=4 Punkte)

Die Respektäußerungen werden wiederum mit ihrer Ausprägung gewichtet, summiert, durch den Maximalwert dividiert und mit 100 multipliziert:

$$IND_{Resp} = (\text{Summe}_{5\text{Respektäußerungen}} \cdot \text{Ausprägung} / 20) \cdot 100$$

Das Respektmaß weist die Besonderheit auf, dass die Ausprägung „respektlos“ nicht negativ, sondern mit „0“ und die Ausprägung „keine Respektäußerungen“ nicht mit „0“, sondern mit „2“ codiert wird. Diese Codierweise ist bei der Interpretation zu berücksichtigen. Außerdem wird bei der ersten Respektäußerung in Anlehnung an Spörndli (2004, S.72, zit. nach Burkart/Rußmann 2010d, S.20) von implizitem Respekt ausgegangen: Wenn ein Beitrag weder respektlose noch explizit respektvolle Äußerungen aufweist, so wird bei der ersten Respektäußerung-Bewertung „implizit respektvoll“ codiert. Außerdem wird eine Variation des Respektindikators ausgewertet, bei welcher die respektlosen Äußerungen negativ und die (implizit und explizit) respektvollen Äußerungen positiv codiert werden (wodurch sich folgende Ausprägungen ergeben: -2= respektlos, 0=keine Respektäußerung, 1=implizit respektvoll, 2=explizit respektvoll). Dies deshalb, da negative Respektäußerungen negative Auswirkungen auf die Verständigungsorientierung haben sollten.¹⁵

¹⁴ Die „respektlos“-Ausprägung entspricht der „explizit respektlos“-Ausprägung von Burkart et al (2010), erweitert um eindeutig abwertend-sarkastische Äußerungen, welche im Pretest häufig zu finden waren.

¹⁵ Zudem wurde eine Summation ebendieser beiden Teilindikatoren gebildet, was einen Gesamtrespektindikator im positiven und negativen Ereignisraum ergibt. Diese hatte jedoch auf die Ergebnisse nur minimale (keine signifikanten) Auswirkungen, allerdings würde sich der Gesamt-VOI-Punktescore auf -25 bis 75 (statt 0 bis 100) verschieben, wodurch die Vergleichbarkeit mit der „Mutterstudie“ von Burkart und Rußmann (2010) eingeschränkt wäre. Außerdem bewegt sich der Respektindikator sodann im selben Ereignisraum wie die anderen Indikatoren und die Index-Autoren konstatieren darauf basierend einen Vorteil bei der Verrechnung zu einem gemeinsamen Index (vgl. Burkart et al 2010, S.268). Daher wurde für weitere Berechnungen das initiale Respektmaß verwendet.

4. Qualitätsmerkmal: Zweifel

Der Zweifelindikator unterscheidet sich von den anderen dadurch, dass hier eine duale Codierung im Sinne von „vorhanden“ oder „nicht vorhanden“ erfolgt und keine Ausprägungsspezifiken der einzelnen Zweifel unterschieden werden. Ausgehend von den anzweifelbaren Geltungsansprüchen werden jedoch vier verschiedene Arten von Zweifeln unterschieden, wobei auch hier gilt, dass maximal fünf Zweifel je Untersuchungseinheit möglich sind. Im ersten Schritt erhält man entsprechend vier Zählwerte:

- ZwVerst: Anzahl der Zweifel an der Verständlichkeit der Aussagen.
- ZwWahrhe: Anzahl der Zweifel an der Wahrheit der dargelegten Sachverhalte
- ZwWahrhaft: Anzahl der Zweifel an der Wahrhaftigkeit der Akteure
- ZwLegit: Anzahl der Zweifel an der Legitimität der vertretenen Normen und Interessen

Die Zählwerte werden addiert, durch den Maximalwert 5 dividiert und mit 100 multipliziert: $IND_{ZWEIF} = (Summe_{ZwVerst+ZwWahrhe+ZwWahrhaft+ZwLegit} / 5) * 100$

5. Verrechnung der Indikatoren zum Gesamtindex VOI

Die vier Subindizes IND_{BEG} , IND_{LOES} , IND_{RESP} und IND_{ZWEIF} werden sodann zu einem gemeinsamen Wert addiert und zur Durchschnittsbildung durch 4 dividiert, sodass der VOI den Grad an Verständigungsorientierung basierend auf der gleich starken Berücksichtigung der vier Subindizes auf einer Skala von 0 bis 100 angibt:

$$VOI = (IND_{BEG} + IND_{LOES} + IND_{RESP} + IND_{ZWEIF}) / 4$$

Der VOI kann sowohl für die journalistische Berichterstattung als auch für Presseaussendungen verwendet werden, wodurch die beiden Kommunikatformen direkt vergleichbar sind.

6.8 Durchführungsdokumentation

Die Daten wurden im März und April 2011 von der Autorin erhoben, wobei der Pretest zwei Wochen dauerte. Die Codierung der Presseaussendungen und Zeitungen erfolgte direkt in die zugehörigen Datenmasken des Statistikprogrammes SPSS (Statistical Package for the Social Sciences). Die anschließende Datenauswertung wurde ebenfalls vorwiegend in SPSS mit teilweiser Ergänzung von Microsoft Excel (2010) durchgeführt. Dabei wurde mit der SPSS-Version 11.5 und mit der SPSS-Version 17.0 gearbeitet.

6.8.1 Pretest

Der Pretest ist eine „Anwendung des Instruments auf eine bestimmte Menge von Medieninhalten unter Realbedingungen“ (Rössler 2005, S.170) und sollte etwa 10 Prozent des Gesamtmaterials umfassen (vgl. Brosius et al 2009, S.170). Demgemäß wurden 20 Beiträge (10 Zeitungsartikel und 10 Presseaussendungen) mit dem Hauptthema Bundesfinanzgesetz 2011 oder einer Subthematik davon für den Pretest herangezogen. Zunächst wurden vereinzelte Kategorienspezifizierungen bzw. -ergänzungen vorgenommen und die zuvor codierten Beiträge entsprechend recodiert. Die wichtigsten Kategorienspezifizierungen sind:

- **Spezifizierende Ergänzung zur Analyseeinheit „Sinneinheiten“**

Wortwörtlicher Auszug aus dem Codebuch (Codebuch Presseaussendungen und Codebuch Berichterstattung sind diesbezüglich deckungsgleich):

Rössler benutzt Synonym die Bezeichnung „Aussage“, die mindestens die zwei Komponenten Aussagegegenstand und Bewertung, optional auch Urheber und Aussageobjekt enthält. (vgl. Rössler 2005, S.154ff) „Der Gegenstand einer Aussage ist jener Sachverhalt, den der jeweilige Urheber bewertet.“ (Rössler 2005, S.156) Für die vorliegende Inhaltsanalyse ist insbesondere relevant, dass „[...] **eine neue Aussage [zu] codieren [ist], wenn Urheber, Gegenstand oder Bewertung wechseln**“ (Rössler 2005, S.75) Diese Vorgabe ist für die vorliegende Inhaltsanalyse codierleitend, muss jedoch zum Teil eine erweiterten Auffassung erfahren: Wenn eine Aussage nicht alleine, sondern nur in Kombination mit einer folgenden Begründung, einen Lösungsvorschlag, eine Respektäußerung oder eine Zweifeläußerung darstellt, so wird die Kombination als Einheit codiert. Die Codierung der Aussagen erfolgt pro Indikator unabhängig voneinander, entsprechend

kann eine Aussage auch mehrmals codiert werden (z.B. als Respektäußerung und als Zweifel).

– **Ergänzung zum Indikator Begründungsniveau/ Bewertung der Begründungen**

Wortwörtlicher Auszug aus dem Codebuch (Codebuch Presseaussendungen und Codebuch Berichterstattung sind diesbezüglich deckungsgleich):

Einfache Aufzählungen ohne nähere Erläuterung werden als eine Begründung codiert, ihre Bewertung entspricht dem höchsten Begründungsniveau eines der aufgezählten Punkte. Wenn in einer Wiederholung einer Begründung zusätzliche Angaben genannt werden, so zählen diese zum Begründungsargument und beeinflussen somit die Bewertung der Begründung.

– **Ergänzung zum Indikator Lösungsvorschläge/ Bewertung der**

Lösungsvorschläge:

äquivalent zu 2. Ergänzung zum Indikator Begründungsniveau/ Bewertung der Begründungen

Außerdem wurde das Aufgreifkriterium der Stichprobe spezifiziert (siehe Kapitel 6.4).

Sodann erfolgte Prüfung der Reliabilität der Messung , welche das wichtigste „harte“ Kriterium des Pretests darstellt (vgl. Rössler 2005, S.171). Nach der Codierung der ersten 20 Beiträge wurde eine Pretest-Intracoderreliabilität bestehend aus zehn Zeitungsartikel und zehn Presseaussendungen mittels der Formel von Holsti berechnet:

$$C_R = 2 * \ddot{U} / (C_1 + C_2)$$

C_R = Codierer-Reliabilität (Reliabilitätskoeffizient)

$\ddot{U}$ = Anzahl der übereinstimmenden Codierungen

C_1 = Zahl der Codierungen von Codierer 1

C_2 = Anzahl der Codierungen von Codierer 2

Prinzipiell liegen die Werte eines Reliabilitätskoeffizienten zwischen 0 und 1, was der prozentuellen Übereinstimmung von 0% bis 100% entspricht. (vgl. Rössler 2005, S.190) Ab einem Wert von 0,7 wird eine Kategorie als „gut“ erachtet (vgl. Atteslander 2006, S.192).

Folgende codebuchbedingte Besonderheiten sind bei der Berechnung der Intercoderreliabilität zu beachten:

- 1) Die Berechnung erfolgt pro Indikator und die inhaltsgleichen Variablen ergeben

einen gemeinsamen Holsti-Wert (z.B. alle Bewertungen der Begründungen), wodurch sich die Anzahl der verrechneten Werte erhöht.

- 2) Unter dem Punkt „Inhalt“ wird für jeden Indikator nur die erste Nichtcodierung von weiteren Begründungen, Lösungsvorschlägen, Respektäußerungen und Zweifel codiert und – falls zutreffend – als eine Übereinstimmung berechnet.
- 3) Wenn bei einer Codierung keine Übereinstimmung bei der Variable „Inhalt“ auftritt, ist die Codierung der zum Fall zugehörigen Bewertung nicht mehr zu berücksichtigen, da hier keine Übereinstimmung stattfinden kann.
- 4) Wenn bei einer Codierung der Zweifeltyp als „nicht entscheidbar“ codiert wird und bei den zur Auswahl stehenden zwei Möglichkeiten eine davon der Zweifeltypcodierung der anderen Codierung entspricht, werden 0,5 Punkte vergeben.

Die errechneten Werte der Pretest-Intracoderreliabilität nach Holsti bewegen sich zwischen 73% und 100%, daher können alle Kategorien nach Atteslander (2006, S.192) als „gut“ eingestuft werden. Folgende Tabelle enthält die Pretest-Intracodierreliabilitätswerte:

	Begründungen		Lösungsvorschläge		Respekt		Zweifel	
	Inhalt	Bewertung	Inhalt	Bewertung	Inhalt	Bewertung	Inhalt	Bewertung
PA	1	1	1	1	0,98	0,93	0,78	0,93
ZA	0,9	0,89	0,95	0,95	0,81	0,73	1	0,92
Gesamt	0,95	0,915	0,975	0,975	0,895	0,83	0,89	0,925

Tabelle 8: Intracoderreliabilität nach dem Pretest

6.8.2 Gütekriterien: Validität und Reliabilität

Die **Validität (Gültigkeit)** gibt Aufschluss darüber, ob die Erhebungsmethode tatsächlich das misst, was sie zu messen vorgibt. Ihre Prüfung ist schwierig, gängige Methoden sind die Validitätseinschätzung durch Experten (Expertenvalidität) oder die Konstruktvalidität, bei welcher eine Hypothese durch zwei Skalen überprüft wird. (vgl. z.B. Atteslander 2006, S.214f) Eine hohe Konstruktvalidität liegt vor, wenn aus dem Konstrukt empirische Aussagen über Zusammenhänge des vorliegenden Konstrukts mit

anderen Konstrukten theoretisch hergeleitet werden können. (vgl. Raithel 2008, S.49)
Da das vorliegende Instrument von einer erfahrenen universitären Forschergruppe für ein großes, wissenschaftliches Projekt entwickelt und von mir nur geringfügig abgeändert wurde, kann hier von einer hohen Expertenvalidität ausgegangen werden.

Die **Reliabilität (Zuverlässigkeit)** ist eine Maßzahl für die Verlässlichkeit eines Messinstruments und gibt an, zu welchem Ausmaß das Instrument bei wiederholter Anwendung zu gleichen Werten führt. Hierfür werden beispielsweise Retests durchgeführt, im Rahmen derer das Instrument nach einem bestimmten Zeitintervall auf die gleiche Substichprobe erneut angewandt wird. (vgl. Raithel 2008, S.48f) Eine Form der Reliabilität stellt die Intracoderreliabilität dar. Die **Intracoderreliabilität** gibt an, wie gut die Codierung eines Codierers zu Beginn einer Feldphase mit der erneuten Codierung des gleichen Materials am Ende der Feldphase übereinstimmt. (vgl. z.B. Rössler 2005, S.185) Es wurden zwei Intracoderreliabilitäten berechnet:

1) Intracoderreliabilität des Pretests:

Der Pretest umfasst die ersten zehn Zeitungsartikel und die ersten zehn Presseaussendungen, eine Woche nach deren Codierung wurden ebendiese zwanzig Beiträge erneut codiert und ein Reliabilitätskoeffizient nach Holsti berechnet (siehe oben).

2) Intracoderreliabilität gesamt:

Die zweite Intracoderreliabilität wurde gemäß der klassischen Vorgehensweise anhand der erneuten Codierung der ersten 10 Zeitungsbeiträge und Presseaussendungen (insgesamt zwanzig) am Ende der Erhebungsphase berechnet. Auch dieser Intracoderreliabilitätskoeffizient wurde nach der Formel von Holsti berechnet:

$$C_R = 2 \cdot \ddot{U} / (C_1 + C_2)$$

C_R = Codierer-Reliabilität (Reliabilitätskoeffizient)

$\ddot{U}$ = Anzahl der übereinstimmenden Codierungen

C_1 = Zahl der Codierungen von Codierer 1

C_2 = Anzahl der Codierungen von Codierer 2

Die errechneten Werte des Reliabilitätskoeffizienten liegen zwischen 0 und 1 (dies entspricht 0% bis 100% Übereinstimmung). (vgl. Rössler 2005, S.190) Die Kategorien erreichen beim Gesamt-Intracoderreliabilitätstest alle Werte von über den geforderten 0,7 (vgl. Atteslander 2006, S.192). Sie sind in der folgenden Tabelle angeführt.

	Begründungen		Lösungsvorschläge		Respekt		Zweifel	
	Inhalt	Bewertung	Inhalt	Bewertung	Inhalt	Bewertung	Inhalt	Bewertung
PA	1	1	0,73	1	0,73	1	0,71	0,96
ZA	0,71	0,92	0,71	1	0,71	0,87	0,76	0,89
Gesamt	0,855	0,96	0,72	1	0,72	0,935	0,735	0,925

Tabelle 9: Intracoderreliabilität nach der Haupthebungsphase

7 Auswertung

Der erste Schritt der Auswertung ist die allgemeine deskriptive Darstellung der erhobenen empirischen Daten, welche insbesondere Häufigkeiten, Lage- und Streumaße inkludiert. Sodann wird mittels Inferenzstatistik (schließender Statistik) ausgehend von der erhobenen Stichprobe auf die Grundgesamtheit geschlossen. Dazu wird versucht, basierend auf einem vorher festgelegten Signifikanzniveau α (Irrtumswahrscheinlichkeit) die Nullhypothese (welche von keinem Unterschied zwischen den verglichenen Gruppen ausgeht) zu verwerfen. Die Grundlage dafür stellen Prüfgrößen dar, welche mittels statistischen Testverfahren aus den erhobenen Daten errechnet werden. (vgl. Eckstein 2010, S.201; und: vgl. Bortz/Schuster 2010, S.99) Das Signifikanzniveau „[markiert] den Übergang zwischen Werten der Prüfgröße [...], die als mit der Nullhypothese ‚noch vereinbar‘ bzw. als mit der Nullhypothese bereits ‚nicht mehr vereinbar‘ betrachtet werden können“ (Bortz/Schuster 2010, S.99). Es bezeichnet „[d]ie Wahrscheinlichkeit dafür, bei einem Signifikanztest eine formulierte Nullhypothese H_0 abzulehnen, obgleich sie wahr ist“ (Eckstein 2010, S.237)¹⁶. Übliche Signifikanzniveaus sind 5% (signifikant), 1% (sehr signifikant), 0,1%

¹⁶ Genauer: „Das Signifikanzniveau α bezeichnet die vom Forscher festgelegte Wahrscheinlichkeit, mit welcher die Ablehnung der Nullhypothese im Rahmen eines Signifikanztests zu einem Fehler 1. Art führt“ (Bortz/Schuster 2010, S.101). In der Inferenzstatistik werden zwei Arten von Fehlern unterschieden: Der Fehler 1. Art (α -Fehler) bezeichnet die fälschliche Ablehnung einer richtigen

(hoch signifikant) (vgl. z.B. Bortz/Döring 2006, S.740), welche auch in der vorliegenden Untersuchung übernommen werden.

Die folgende Ergebnisdarstellung fokussiert zuerst die Forschungsfragen eins und zwei. Nach der Eindimensionalitätsüberprüfung der VOI-Indikatoren (Kapitel 7.1.1) und der allgemeinen Deskriptivstatistik zum Datenmaterial (Kapitel 7.1.2) werden die deskriptiven und inferenzstatistischen Detailergebnisse des VOIs und seiner Indikatoren angeführt (Kapitel 7.1.3 - Kapitel 7.1.7). Dabei werden die Subkapiteln nach Indikatoren bzw. Gesamtindex getrennt: Beginnend mit dem VOI (Gesamtindex) erfolgt sodann die Ergebnisdarstellung separat für die einzelnen Indikatoren Begründungsniveau, Ausmaß der Lösungsorientierung, Respektniveau und Zweifelhäufigkeit, gemeinsam für Presseaussendungen und Berichterstattung. Die Systematisierung nach den einzelnen Indikatoren (bzw. dem Gesamtindex) entspricht der Hypothesenformulierung zu den Forschungsfragen eins und zwei. Danach werden die Ergebnisse umfassend und vernetzt interpretiert sowie eine Übersicht der VOI- und VOI-Indikatorwerte angeführt (Kapitel 7.1.8). Anschließend werden die Ergebnisse zur Forschungsfrage drei betrachtet und interpretiert (Kapitel 7.2), gefolgt von einer komprimierenden, tabellarischen Zusammenfassung der Ergebnisse zur forschungsleitenden Fragestellung, den Forschungsfragen eins und zwei sowie den zugehörigen Hypothesen (Kapitel 7.3).

Vorweg sei angemerkt, dass im Auswertungsteil aus Gründen der Leserfreundlichkeit auch im Text das Symbol % statt dem Wort „Prozent“ verwendet wird.

7.1 Forschungsfragen 1 und 2

Forschungsfrage 1:

Unterscheiden sich die Presseaussendungen der Regierungsparteien und die Presseaussendungen der Oppositionsparteien in ihrem Ausmaß an Verständigungsorientierung? Wenn ja, kommunizieren die Regierungs- oder die

Nullhypothese, der Fehler 2.Art (β -Fehler) die fälschliche Beibehaltung einer falschen Nullhypothese. (vgl. Bortz/Döring 2006, S.498f; und. vgl. Bortz/Schuster 2010, S. 100ff)

Oppositionsparteien verständigungsorientierter?

Forschungsfrage 2:

Weist die politische Berichterstattung von Qualitätszeitungen ein höheres Ausmaß an Verständigungsorientierung auf als jene von Boulevardzeitungen?

Die Hypothesen zur Forschungsfrage eins sind zweiseitige (ungerichtete) Unterschiedshypothesen, wobei die Gruppierungsvariable (die unabhängige Variable) die Akteurzugehörigkeit (Regierungs- versus Oppositionsparteien) ist. Zur Forschungsfrage zwei wurden einseitige (gerichtete) Unterschiedshypothesen formuliert, deren unabhängige Variable das Medium (Standard versus Krone) ist. Unterschiedshypothesen können jedoch in Zusammenhangshypothesen überführt werden, indem die Gruppierungsvariablen als unabhängige Variablen betrachtet werden (vgl. z.B. Schäfer 2010, S.20; oder: vgl. Bortz 2005, S.14). Demgemäß lassen sich „die statistischen Tests zur Überprüfung von Zusammenhangs-, Unterschieds- und Veränderungshypothesen auf ein allgemeines Auswertungsprinzip, das sog[enannte] Allgemeine Lineare Modell oder kurz: ALM zurückführen“ (Bortz/Döring 2005, S.503) Die Überführung sei anhand der Hypothese 7 aufgezeigt:

- 1) Formulierung als Unterschiedshypothese: *Die Berichterstattung des Standard weist ein höheres Begründungsniveau auf als die Berichterstattung der Kronen Zeitung.*
- 2) Formulierung als Wenn-Dann-Zusammenhangshypothese: *Wenn die Berichterstattung vom Standard stammt, dann weist sie ein höheres Begründungsniveau auf als wenn sie von der Krone stammt.*

Der statistische Test zur Hypothesenprüfung der ersten beiden Forschungsfragen ist – je nach Erfüllung der vorausgesetzten Verteilungscharakteristika – der parametrische Student's t-Test für unabhängige Stichproben (Mittelwertvergleiche der Substichproben) oder der parameterfreie U-Test von Mann und Whitney (Medianvergleiche der Substichproben).¹⁷ Zur Anwendung des t-Tests müssen zum

¹⁷ Allgemein gilt, dass das Signifikanzniveau bei den Hypothesentests t-Test und U-Test bei einseitigem Testen verdoppelt wird. (vgl. z.B. Bortz+Schuster 2010, S.132) Hier wird allerdings auch bei den Hypothesen zur Forschungsfrage zwei mit zweiseitigem Signifikanzniveau gerechnet, da die Option

einen die Werte pro Substichprobe normalverteilt sein, was mittels dem Kolmogorov-Smirnov-Test (K-S-Test) mit Korrektur nach Lilliefors überprüft wird¹⁸. Die Substichproben ergeben sich durch die Gruppierungsvariablen. Die zweite Voraussetzung ist die Varianzenhomogenität der Substichproben, zu deren Prüfung der Levene-Test durchgeführt wird. (vgl. Eckstein 2010, S.253f.+259ff und: vgl. Bortz/Schuster 2010, S.120ff)

7.1.1 Undimensionalität der Qualitätsindikatoren

Zur Überprüfung des Unidimensionalitätskriteriums wurden Korrelationen der Indikatoren sowie eine Faktorenanalyse berechnet, wobei die Faktorenanalyse „ein Verfahren [ist], das die Variablen gemäß ihrer korrelativen Beziehungen in wenige, voneinander unabhängige Variablengruppen ordnet“ (Bortz/Schuster 2010, S.386). Die Indikatoren korrelieren positiv, mittel bis stark und sehr bzw. hochsignifikant miteinander, die Ausnahme stellt das Respektmaß dar, welches eine negative signifikante Korrelation zu den anderen Indikatoren aufweist. Die Faktorenanalyse bestätigt die Korrelationen: Während der Begründungs-, Lösungsorientierungs- und Zweifelindikator auf einem gemeinsamen Faktor sehr hoch laden, lädt der Respektindikator auf dem ersten Indikator negativ und auf einem eigenen Faktor hoch positiv. Die Faktorenanalyse exklusive dem Respektindikator ergibt entsprechend genau einen Faktor und die Ladung der restlichen Indikatoren erhöht sich. „Eine Faktorladung a_{ij} entspricht der Korrelation zwischen der i -ten Variablen und dem j -ten Faktor.“ (Bortz/ Schuster 2010, S.393) Demgemäß korreliert das Respektmaß mit den anderen Indikatoren negativ. Die Nicht-Eindimensionalität des Respektmaßes stellen auch Steenbergen et al (2003, S.39ff) sowie Burkart et al (2010b, S.273) fest. Eine Folgestudie von Bächtiger und Tschentscher (2007) weist darauf hin, dass ein Grund dafür die bei der vorliegenden Untersuchung gegebenen politischen Rahmenbedingungen (kompetitives und parlamentarisches Systems, starke

offengehalten werden soll, dass die gegenteilige als die vermutete Alternativhypothese angenommen werden kann.

¹⁸ Die Lilliefors-Korrektur erweitert den K-S-Test „auf den Fall, dass von der theoretischen Verteilung nur der Verteilungstyp, nicht aber die konkreten Parameter vorliegen.“ (Duller 2008, S.112)

Themenpolarisierung und Debattenöffentlichkeit) sind (vgl. hierzu auch Kapitel 5.4). Daher wurde neben dem Gesamtindex (VOI) ein VOI nur aus den Indikatoren Begründungen, Lösungsvorschläge und Zweifel gebildet (VOI3). Der initiale VOI wird insbesondere aus Gründen der Ergebnisvergleichbarkeit mit der Vorgängerstudie von Burkart et al (2010) dennoch ebenfalls berechnet.

7.1.2 Allgemeine deskriptive Statistik

Die Presseaussendungen-Stichprobe reduziert um jene Presseaussendungen (PAs), die vom Parlament ausgesandt wurden, sowie um jene, deren Hauptthema nicht das Bundesfinanzgesetz 2011 ist, ergibt eine Gesamtstichprobe 112 Presseaussendungen. Davon stammen etwa je ein Viertel von SPÖ, FPÖ und BZÖ, die ÖVP sendete mit 16,1% deutlich weniger aus, das Schlusslicht bilden die Grünen mit 6,3% (siehe Diagramm 1). Von der Stichprobe der Berichterstattung wurden jene Artikel exkludiert, deren Hauptthema nicht die Verhandlungen zum Bundesfinanzgesetz 2011 waren sowie die Lesermeinungen. Die reduzierte Stichprobe von 103 Beiträgen stammt zu 69% vom Standard, zu 31% von der Kronen Zeitung (siehe Diagramm 2).

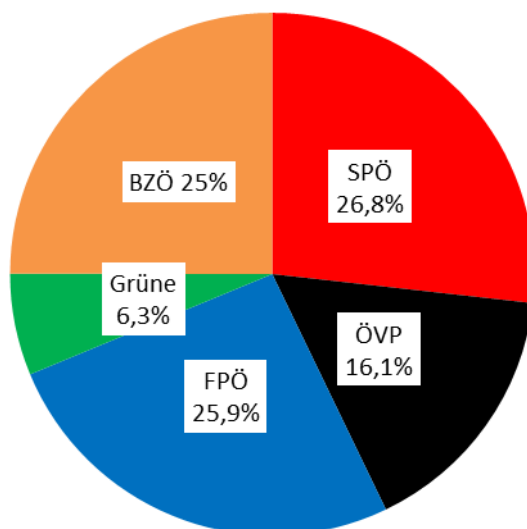


Diagramm 1: Häufigkeiten der aussendenden Parteien (Presseaussendungen) (N=103)

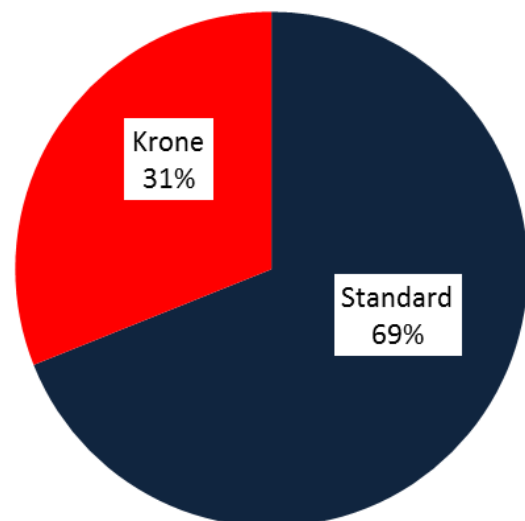


Diagramm 2: Häufigkeiten der aussendenden Medien (Zeitungsartikel) (N=112)

Durchschnittlich umfassen die Presseaussendungen inklusive Überschriften und exklusive Leerzeichen 1644 Zeichen, das entspricht etwa einer halben

computergeschriebenen A4-Seite. Der durchschnittliche Zeitungsbeitrag ist mit 2093 Zeichen etwa doppelt so lange. Die am durchschnittlich kürzesten PAs stammen vom BZÖ (1431 Zeichen), gefolgt von SPÖ (1446 Zeichen), den Grünen (1607 Zeichen), FPÖ (1878 Zeichen) und ÖVP als Partei mit den längsten PAs (1944 Zeichen), wobei die Unterschiede zwischen den Parteien nicht signifikant sind. Spitzenpolitiker und Bundesminister sind gemeinsam in nur etwa 12% Kommunikatoren der Presseaussendungen, primär wird entsprechend von nicht-hauptverantwortlichen Politikern wie Nationalratsabgeordneten kommuniziert. Bei der Berichterstattung sind die Artikel des Standards mit 2469 Zeichen durchschnittlich mehr als doppelt so umfangreich wie jene der Kronen Zeitung (1258 Zeichen). Fast drei Viertel der Beiträge sind informierend (Kurzmeldung, Bericht, Nachricht), beim Standard ist das andere Viertel primär interpretierend (Feature, Reportage, Interview), bei der Krone meinungsäußernd (Kommentar, Glosse, Kolumne, Leitartikel).

7.1.3 VOI (Gesamtindex) in der politischen Kommunikation

Folgende Hypothesen wurden zum VOI in der Berichterstattung und in den Presseaussendungen formuliert:

Hypothese 1:

Die Presseaussendungen der Regierungs- und Oppositionsakteure unterscheiden sich in ihrem Ausmaß an Verständigungsorientierung.

Hypothese 6:

Die Berichterstattung des Standard weist ein höheres Ausmaß an Verständigungsorientierung auf als die Berichterstattung der Kronen Zeitung.

Wie in den Kapiteln 5.5.1 und 6.7 erläutert ist der VOI das Maß für die Verständigungsorientierung und setzt sich aus den Indikatoren Begründungsniveau, Lösungsorientierung, Respekt und Zweifel zusammen, die Ergebnisse der einzelnen Indikatoren werden in den folgenden Subkapiteln (7.1.4ff) erläutert. Aufgrund der inversen Werterelationen des Respektindikators im Vergleich zu den anderen Indikatoren (siehe Kapitel 7.1.1) wurde einerseits der Gesamt-VOI und zum anderen

der Verständigungsorientierungsindex exklusive dem Respektindikator (VOI3) berechnet.

Tabelle 10 stellt eine Übersicht der VOI-Werte dar. Neben den Gesamtwerten sind die Werte getrennt für Parlamentsparteien, Regierungs- und Oppositionsparteien sowie Medien angeführt. Die Werte sind dabei als Prozentwerte

..., des jeweils erreichbaren Maximalwertes zu lesen. Dieser erreichbare Maximalwert variiert mit der jeweils gewählten Codierweise (siehe dazu [...Kapitel 6.7]). [...] Da alle Subindizes [und folglich auch der Gesamt-VOI, Anm. d. Verf.] einheitlich standardisiert (nämlich: am Maximalwert auf einer Skala von 1-100 relativiert) worden sind, lassen sich die Werte in der Tabelle sowohl horizontal als auch vertikal vergleichen.“ (Burkart et al 2010, S.270f)

	Presseaussendungen (PA; N=112)									Zeitungsartikel (ZA; N=103)				t-/U-Test (PA vs. ZA)
	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	BZÖ	Regie- rung	Oppo- sition	t-/U-Test (Reg. vs. Oppos.)	Gesamt PA	Stand- ard	Krone	t-/U-Test (Stand. vs. Krone)	Gesamt ZA	
VOI	21,8	24,2	32,0	28,9	31,4	22,8	31,4	***	27,7	29,7	21,7	**	27,2	ns
VOI3	13,07	16,3	33,2	28,3	30,7	14,3	31,6	***	24,2	25,7	13,0	***	21,7	ns

Tabelle 10: VOI-Mittelwerte Presseaussendungen und Zeitungsartikel (Sterne markieren signifikante Unterschiede zw. Regierung und Opposition: $\alpha \leq 0,05$:*, $\alpha \leq 0,01$:**, $\alpha \leq 0,001$:***; ns= nicht signifikant)

In den Presseaussendungen der Parlamentsparteien zum Bundesfinanzgesetz 2011 wird das Verständigungsorientierungs- und damit das Qualitätspotential zu weniger als einem Drittel genutzt, bei Exklusion des Respektmaßes sogar nur zu weniger einem Viertel. Zurückzuführen ist diese Differenz auf den im Vergleich zu den anderen Indikatoren relativ hohen Wert des Respektindikators (siehe Kapitel 7.1.6). Auffällig sind dabei insbesondere die deutlich niedrigeren VOI3-Werte der Regierungsparteien gegenüber deren VOI-Werte (relatives Minus von 37% bzw. absolutes Minus von 8,5%) wohingegen jene der Oppositionsparteien annähernd die gleiche Höhe aufweisen. Auch bei der Krone ist die Wertedifferenz deutlich höher als jene des Standard (relatives Minus von 40% gegenüber 13%).

Zur Hypothesentestung wurden sowohl bei den Presseaussendungen als auch bei den Zeitungsartikel U-Tests berechnet: Bei den Presseaussendungen kommunizieren die Oppositionsakteure signifikant verständigungsorientierter als die Regierungsakteure,

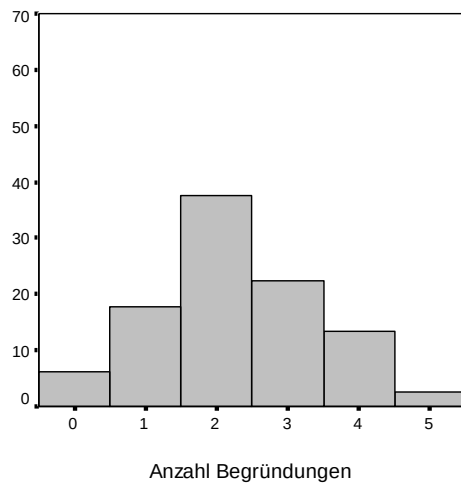
der U-Test ist sowohl für den VOI als auch für den VOI3 hochsignifikant (0,00). Die Interpretationsrichtung der signifikanten Unterschiede zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien ist zugunsten der Oppositionsparteien: **Die Presseaussendungen der Oppositionsakteure weisen ein signifikant höheres Ausmaß an**

Verständigungsorientierung auf als jene von Regierungsakteuren. In Hinblick auf den Legitimationszugzwang der Regierung gegenüber dem Volk, wobei die Legitimität in modernen Demokratien primär durch öffentliche Kommunikation zugeschrieben werden kann, verleitet dieses Ergebnis zu Bemängelung der österreichischen Regierungsqualität. Zuvor sei jedoch ein differenzierter Blick auf die Ausprägungen der einzelnen, den VOI konstituierenden Indikatorwerte geworfen, was in den Folgesubkapiteln erfolgt.

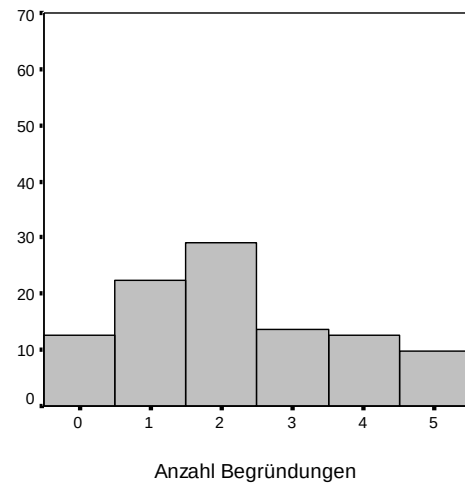
Bei den Zeitungsartikeln ergibt der U-Test ebenfalls für den VOI und den VOI3 sehr signifikante oder hochsignifikante Unterschiede zwischen der Verständigungsorientierung von Standard (Qualitätszeitung) und Krone (Boulevardblatt), wobei der Standard jeweils höhere Werte aufweist. Die Qualitätstageszeitung wird also ihren höheren Qualitätsansprüchen (zumindest relativ zur Krone) gerecht. Daher kann die Nullhypothese auf einem Signifikanzniveau von 1% verworfen und folgende Alternativhypothese angenommen werden: **Die Berichterstattung des Standard weist ein höheres Ausmaß an Verständigungsorientierung auf als die Berichterstattung der Kronen Zeitung.**

7.1.4 Begründungen

Die Mehrheit der Presseaussendungen und Zeitungsartikel weist zwei Begründungen auf. Die Mittelwerte liegen bei 2,3 bzw. 2,2 Begründungen, wobei der Mittelwert des Standards mit 2,6 deutlich über jenem der Krone (1,4) liegt. Die Häufigkeitsverteilungen der Begründungsanzahl sind annähernd normalverteilt, wie folgende Diagramm visualisieren.

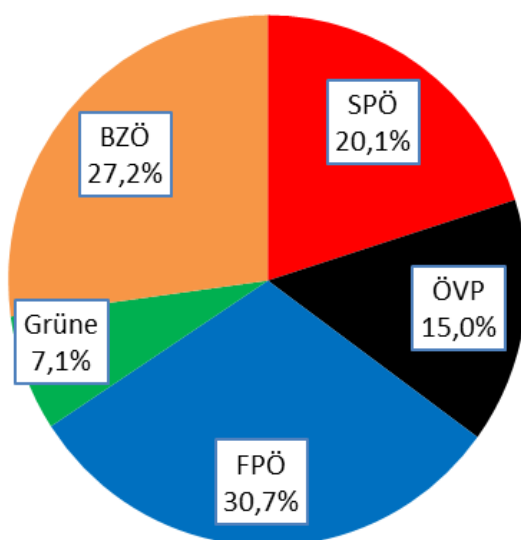


**Diagramm 4: Begründungshäufigkeiten
(Presseaussendungen) (N=112)**

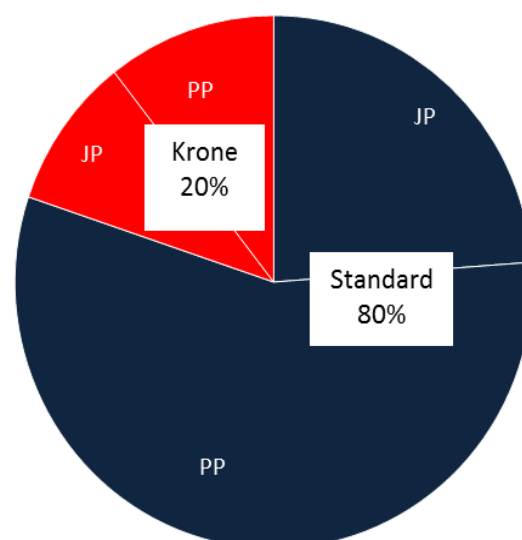


**Diagramm 3: Begründungshäufigkeiten
(Zeitungsartikel) (N=103)**

Von den 254 Begründungen der Presseaussendungen entfallen insgesamt fast zwei Drittel (30% und 27%) auf die rechtstendenziellen Oppositionsparteien FPÖ und BZÖ, gefolgt von der Regierungspartei SPÖ (20%). Deutlich weniger Begründungen kommuniziert der Koalitionspartner ÖVP (15%) und die Grünen bilden das Schlusslicht (7%) (siehe Diagramm 6). In den Zeitungen werden insgesamt 227 Begründungen geäußert, wobei über drei Viertel davon dem Standard entstammen. 29,7% der Begründungen im Standard sind der journalistischen Perspektive zuzuordnen, die Journalisten der Krone artikulieren mit 33,3% verhältnismäßig etwas mehr eigenständige Begründungen.



**Diagramm 6: Begründungshäufigkeiten nach
Parteien (Presseaussendungen) (N=254)**



**Diagramm 5: Begründungshäufigkeiten nach Medien,
getrennt nach journalistischer/ politischer Perspektive
(JP/PP) (Zeitungsartikel) (N=181)**

Die relative Mehrheit der Begründungen ist einfach (48% der Presseaussendungen, 40% der Zeitungsartikel), dicht gefolgt von den etwa je 40% pauschalen Begründungen. Nur 10% der Begründungen der Presseaussendungen sind spezifisch, bei der Berichterstattung sind es doppelt so viele (21%). Die deutliche Spitze bei der Begründungsspezifität bei den Parteien bildet die FPÖ mit 16,7% spezifischen Begründungen. Folgende Tabelle zeigt die Prozentwerte der Begründungsspezifität getrennt nach Parteien.

			Aussendende Partei					Total
			SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	BZÖ	
Begründungsspezifik	pauschale Begründung	% within aussendende Partei	35,3%	42,1%	34,6%	55,6%	52,2%	42,1%
		% of Total						
	einfache Begründung	% within aussendende Partei	56,9%	50,0%	48,7%	44,4%	39,1%	47,6%
		% of Total						
	spezifische Begründung	% within aussendende Partei	7,8%	7,9%	16,7%	,0%	8,7%	10,2%
		% of Total						
% of Total			20,1%	15,0%	30,7%	7,1%	27,2%	100%

Tabelle 11: Begründungsspezifität nach Parteien (N=254)

Bei der Berichterstattung lässt die Häufigkeitstabelle (Tabelle 12) keine auffallenden Unterschiede zwischen den Häufigkeiten der Begründungsausprägungen der beiden Medien erkennen.

			Medium		Total
			Standard	Krone	
Begründungsspezifik	pauschale Begründung	% within Medium	39,1%	40,0%	39,2%
		% of Total			
	einfache Begründung	% within Medium	39,6%	42,2%	40,1%
		% of Total			
	spezifische Begründung	% within Medium	21,4%	17,8%	20,7%
		% of Total			
Total		% of Total	80,2%	19,8%	100,0%

Tabelle 12: Begründungsspezifität nach Medien (N=181)

7.1.4.1 Hypothesentest: Begründungsniveau

Zum Begründungsniveau der beiden politischen Akteure Regierung und Opposition sowie der beiden Medien Standard und Krone wurden folgende Vermutungen aufgestellt:

Hypothese 7:

Die Presseaussendungen der Regierungs- und Oppositionsakteure unterscheiden sich in ihrem Begründungsniveau.

Hypothese 8:

Die Berichterstattung des Standard weist ein höheres Begründungsniveau auf als die Berichterstattung der Kronen Zeitung.

Die durchschnittlichen Begründungsniveaus von Presseaussendungen und Berichterstattung sind von ähnlicher Höhe (25,4 bzw. 27,2), auch der U-Test ergibt keinen signifikanten Unterschied zwischen dem Begründungsniveau der Presseaussendungen und jenem der Berichterstattung.

Die FPÖ hat den höchsten Begründungsindikatorwert von 32,6% im Gegensatz zur SPÖ als Partei mit dem niedrigsten Wert von 20,2%. Den zweitgeringsten Wert innerhalb der Presseaussendungen hat der Koalitionspartner ÖVP (24,7%). Die Begründungsindikatorwerte lassen demgemäß ein höheres Begründungsniveau der Presseaussendungen von Oppositionsparteien vermuten. Die Trennung nach Medien deutet auf einen deutlich höheren durchschnittlichen Begründungsindikatorwert bei der Qualitätszeitung Standard als beim Boulevardblatt Krone (Differenz von fast 10%) hin, was zur vermuteten Hypothese konform wäre.

Die Begründungsindikatorwerte werden in folgender Überblickstabelle angeführt:

	Presseaussendungen (PA; N=112)									Zeitungsartikel (ZA; N=103)				t-/U-Test (PA vs. ZA)
	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	BZÖ	Regie- rung	Oppo- sition	t-/U- Test Reg. vs. Oppos.)	Gesamt PA	Stand- ard	Krone	t-/ U-Test (Stand. vs. Krone)	Gesamt ZA	
Begrün- dungs- niveau	20,2	24,7	32,6	25,7	25,7	20,9	28,8	**	25,4	29,7	21,7	***	27,2	ns

Tabelle 13: Begründungsindikatorwerte nach Parteien und Medien (N=215; Sterne markieren signifikante Unterschiede zw. Regierung und Opposition: $\alpha \leq 0,05$:*, $\alpha \leq 0,01$:, $\alpha \leq 0,001$:***; ns= nicht signifikant)**

Die Voraussetzungen zur Berechnung des Student's t-Test für unabhängige Stichproben zum statistischen Vergleich von Regierungs- und Oppositionsparteien sind nicht vollständig erfüllt (homogene Varianzen der Teilstichproben, jedoch keine Normalverteilung), daher wurde ein Mann-Whitney-U-Test berechnet, welcher sehr signifikant (0,01) ist. Somit kann die Nullhypothese mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 1% verworfen und die Alternativhypothese zugunsten der Oppositionsparteien angenommen werden: **Die Presseaussendungen der Oppositionsparteien weisen ein höheres Begründungsniveau auf als jene der Regierungsparteien.**

Der U-Test zwischen den Zeitungsartikeln des Standard und jener der Krone ist ebenfalls hochsignifikant (0,001) und untermauert die vermutete Alternativhypothese auf einem Signifikanzniveau von 0,1%: **Die Berichterstattung des Standard weist ein höheres Begründungsniveau auf als die Berichterstattung der Kronen Zeitung.**

Die Ergebnisse sind konform zu jenen des Gesamt-VOIs und entsprechend ähnlich zu interpretieren: Die Journalisten des Standard kommen den erhöhten Qualitätsanforderungen durch vermehrtes und elaborierteres Begründen der dargelegten Positionen nach. Das defizitäre Begründungsniveau der Regierungsparteien untermauert eine mangelhafte Erfüllung der Legitimationsbringschuld der politisch Verantwortlichen gegenüber den Regierten. Gleichzeitig impliziert eine stärkere Begründung der Opposition deren Versuch der Überzeugung der Bevölkerung von ihren Ideen bzw. ihrem Kompetenzvorteil gegenüber der Regierung.

7.1.5 Lösungsvorschläge

Etwa die Hälfte der Beiträge (46% der Presseaussendungen, 54% der Zeitungsartikel) enthält keine Lösungsvorschläge, die Mittelwerte liegen dementsprechend bei unter einem Lösungsvorschlag pro Pressemitteilung bzw. pro Zeitungsartikel. In den Presseaussendungen werden maximal drei Lösungsvorschläge pro Beitrag geäußert, wobei dies in nur 5% der Fälle ist. In den Zeitungsartikeln kommt die Maximalanzahl von fünf Lösungsvorschlägen nur in 1% vor. Die folgenden beiden Histogramme zeigen die

Häufigkeiten der Anzahl an Lösungsvorschlägen getrennt für Presseaussendungen und Berichterstattung.

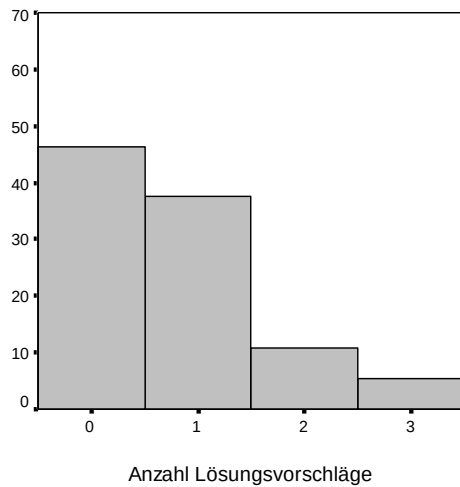


Diagramm 7: Häufigkeiten der Lösungsvorschläge (Presseaussendungen) (N=112)

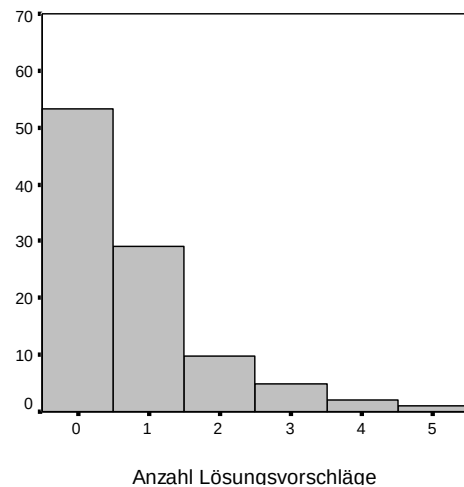


Diagramm 8: Häufigkeiten der Lösungsvorschläge (Zeitungsartikel) (N=103)

Von den insgesamt 84 Lösungsvorschlägen in den Pressemitteilungen entstammt fast ein Drittel dem BZÖ, die SPÖ lieferte ein Viertel, gefolgt von FPÖ (19%), ÖVP (16,1%) und den Grünen (8,3%). Drei Viertel der insgesamt 78 Lösungsvorschläge der Zeitungsartikel enthält der Standard und nur ein Viertel die Krone. 15,5% der Lösungsvorschläge des Standards und fast doppelt so viel (33,3%) der Krone werden aus journalistischer Perspektive geäußert, der U-Test zur Überprüfung der statistischen Signifikanz dieser Differenz zwischen Standard und Krone ist jedoch nicht signifikant.

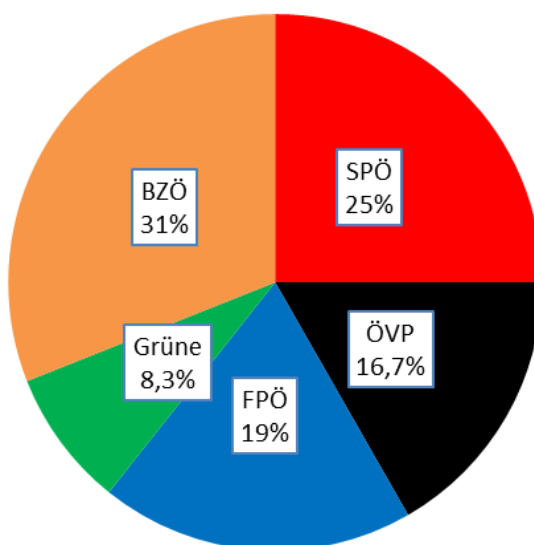


Diagramm 9: Häufigkeiten der Lösungsvorschläge nach Parteien (Presseaussendungen) (N=84)

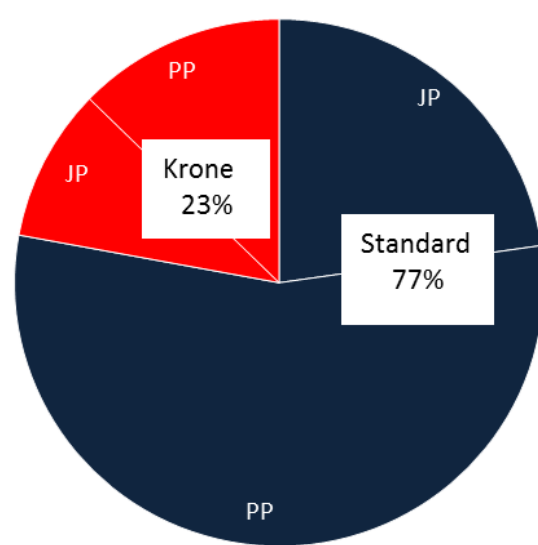


Diagramm 10: Häufigkeiten der Lösungsvorschläge nach Medien, getrennt nach journalistischer/politischer Perspektive (JP/PP) (Zeitungsartikel) (N=78)

Etwas mehr als die Hälfte (58%) der Lösungsvorschläge sind als vage und etwas weniger als die Hälfte (42%) als konkret einzustufen. Die folgende Häufigkeitstabelle trennt die Bewertungen der Lösungsvorschläge nach Parteien. Ebenso wie bei den Begründungen bilden auch hier die Grünen das Schlusslicht, außerdem zeigen die Häufigkeiten eine Überhangstendenz von vagen Lösungsvorschlägen bei FPÖ und Grünen.

			Aussendende Partei					Total
			SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	BZÖ	
LV-Spezifik	vager LV	% within aussendende Partei	52,4%	42,9%	75,0%	85,7%	53,8%	58,3%
		% of Total						
	konkreter LV	% within aussendende Partei	47,6%	57,1%	25,0%	14,3%	46,2%	41,7%
		% of Total						
Total		% of Total	25,0%	16,7%	19,0%	8,3%	31,0%	100,0%

Tabelle 14: vage und konkrete Lösungsvorschläge (LV) nach Parteien

Etwa ein Viertel der Lösungsvorschläge in der Berichterstattung sind vage und drei Viertel konkret, wobei der Standard relativ (ausgehend vom medienübergreifenden 1/4 –3/4–Verhältnis) mehr konkrete und die Krone relativ mehr vage Lösungsvorschläge aufweist, wie die Werte in folgender Tabelle zeigen:

			Medium		Total
			Standard	Krone	
LV-Spezifik	vager Lösungsvorschlag	% within Medium	24,1%	38,9%	27,6%
		% of Total			
	konkreter Lösungsvorschlag	% within Medium	75,9%	61,1%	72,3%
		% of Total			
Total		% of Total	76,3%	23,7%	100,0%

Tabelle 15: vage und konkrete Lösungsvorschläge nach Medien (N=76)

7.1.5.1 Hypothesentesten: Lösungsorientierung

Folgende beiden Hypothesen wurden zum Lösungsorientierungsvergleich der Presseaussendungen von Regierung und Opposition sowie der Berichterstattung von Krone und Standard aufgestellt:

Hypothese 3:

Die Presseaussendungen der Regierungs- und Oppositionsakteure unterscheiden sich in ihrem Ausmaß an Lösungsorientierung.

Hypothese 8:

Die Berichterstattung im Standard weist ein höheres Ausmaß an Lösungsorientierung auf als die Berichterstattung der Kronen Zeitung.

Insgesamt wurde nicht einmal ein Viertel des Lösungsorientierungspotentials in den Presseaussendungen ausgeschöpft (siehe folgende Tabelle). Die stärkste Lösungsorientierung weisen die Presseaussendungen des BZÖ auf (14%), gefolgt von jenen der ÖVP (12%). Die häufigen vagen Lösungsvorschläge dürften mitbewirken, dass die Pressemitteilungen der FPÖ mit knapp 7% den deutlich geringsten Wert erreichen. Bei den Grünen scheint die tendenziell geringe Lösungsvorschlagspezifität aufgrund der wenigen Presseaussendungen weniger ins Gewicht zu fallen.

	Presseaussendungen (PA; N=84)									Zeitungsartikel (ZA; N=78)				t-/U-Test (PA vs. ZA)
	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	BZÖ	Regierung	Opposition	t-/U-Test (Reg. vs. Oppos.)	Gesamt PA	Standard	Krone	t-/U-Test (Stand. vs. Krone)	Gesamt ZA	
Lösungsorientierung	10,3	12,2	6,9	11,4	13,6	11,0	10,3	ns	10,6	15,2	9,1	ns	13,3	ns

Tabelle 16: Lösungsorientierungsindikatorwerte nach Parteien (N=254; Sterne markieren signifikante

Unterschiede zw. Regierung und Opposition: $\alpha \leq 0,05$:*, $\alpha \leq 0,01$:**, $\alpha \leq 0,001$:***)

Der Lösungsindikator ist zwar bei der Regierung höher als bei der Opposition, jedoch ist dieser Unterschied sehr gering und nicht signifikant und daher als zufällig einzustufen. Der Mann-Whitney-U-Test zum Vergleich der Indikatorwerte von Regierung und Opposition ist nicht signifikant und bestätigt die Zufälligkeit der

geringen Lösungsindikatorendifferenz von Regierung und Opposition. Im Falle des Ausmaßes an Lösungsorientierung ist entsprechend die Nullhypothese beizubehalten:

Es gibt keinen signifikanten Unterschied zwischen dem Ausmaß an Lösungsorientierung in den Presseaussendungen der Regierungsparteien und dem Ausmaß an Lösungsorientierung in den Presseaussendungen der Oppositionsparteien.

Die Werte sind in den Substichproben der beiden Medien nicht normalverteilt, daher wird auch zum Vergleich der Lösungsorientierung im Standard und in der Krone der U-Test gerechnet. Dieser ist nicht signifikant und kann die Nullhypothese entsprechend nicht falsifizieren: **Es gibt keinen signifikanten Unterschied zwischen der Lösungsorientierung in der Berichterstattung des Standards und der Lösungsorientierung in der Berichterstattung der Krone.**

Auch der statistische Vergleich der Presseaussendungen mit den Zeitungsartikeln ergibt keine signifikanten Differenzen.

Bei den statistischen Prüfgrößenberechnungen des Lösungsindikators spielt der geringe Umfang an Lösungsvorschlägen eine Rolle. Im Vergleich mit den Auftrittshäufigkeiten von Begründungen, Respektäußerungen und Zweifel ist er nur etwa halb so hoch. Der thematischen Fokus' auf die Debatte zum Bundesfinanzgesetz 2011 hätte allerdings Gegenteiliges erwarten lassen, da hier ein (verfassungsrechtlicher) Zwang mit Datsumsfrist zur Problemlösung in Form der Entwurfslegung des Gesetzes durch die Regierung besteht (vgl. Binder 1999, S.240).

7.1.6 Respekt

Die Mehrheit der Presseaussendungen (42%) und der Zeitungsartikel (67%) weisen eine Respektäußerung auf. Diese Gegebenheit ist zum Teil auf die Codierweise des Respektindikators zurückzuführen, nach welcher das Nichtvorhandensein von Respektäußerungen als eine implizite Respektäußerung codiert wird. Die Mittelwerte liegen bei 1,6 (Presseaussendungen) bzw. 1,5 (Berichterstattung), wobei jener der Opposition mit 2,3 deutlich über jenem der Regierung (0,7) liegt. Die vollständigen Häufigkeitsverteilungen der Anzahl an Respektäußerungen getrennt für

Presseaussendungen und Zeitungsartikel zeigen die folgenden beiden Histogramme.

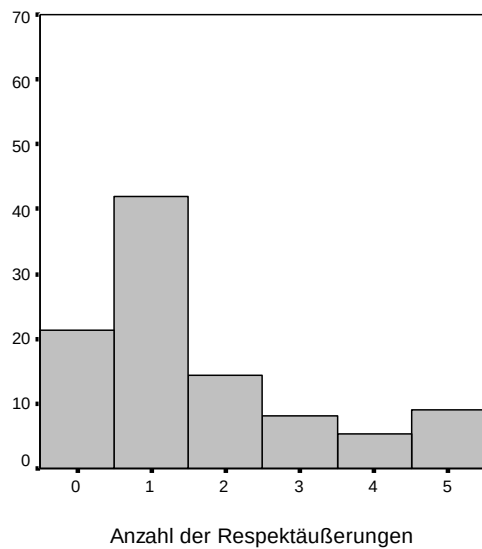


Diagramm 12: Häufigkeiten der Respektäußerungen (Presseaussendungen) (N=112)

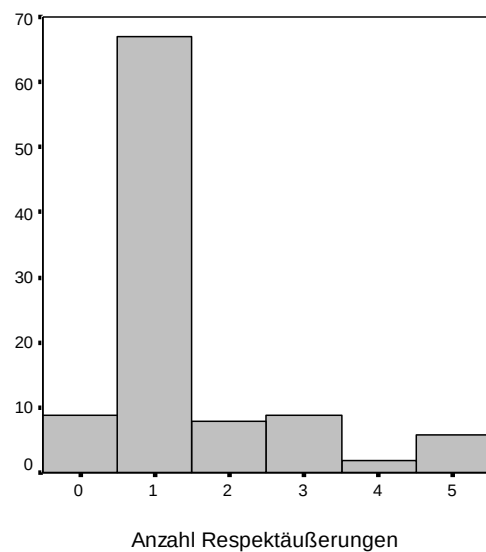


Diagramm 11: Häufigkeiten der Respektäußerungen (Zeitungsartikel) (N=103)

Von den insgesamt 180 Respektäußerungen der Presseaussendungen entstammt die deutliche Mehrheit (über 80%) den rechtstendenziellen Oppositionsparteien FPÖ und BZÖ. Drei Viertel der 150 Respektäußerungen der Berichterstattung sind dem Standard zuzuordnen. Diese Häufigkeiten liefern jedoch keine Information über die Bewertung der Respektäußerungen (respektvoll oder respektlos) (siehe dazu unten). Die Journalisten des Standards formulierten 33% der Respektäußerungen eigenständig, jene der Krone 43%.

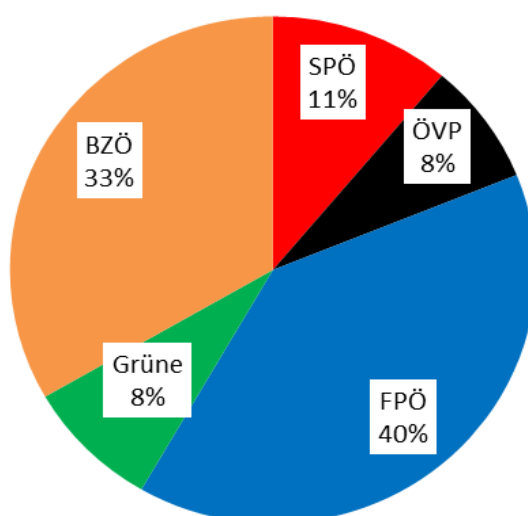


Diagramm 13: Häufigkeiten der Respektäußerungen nach Parteien (Presseaussendungen) (N=180)

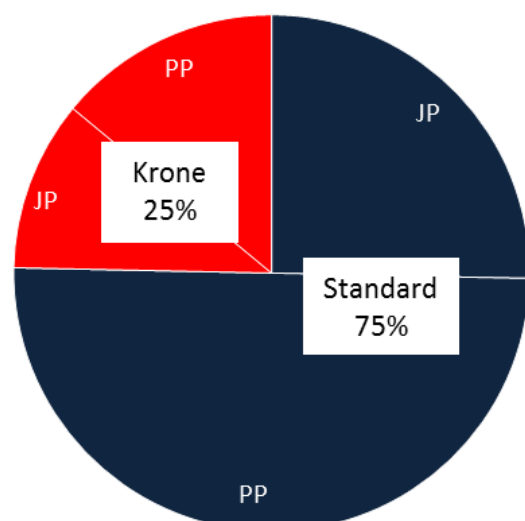


Diagramm 14: Häufigkeiten der Respektäußerungen nach Medien, getrennt nach journalistischer/politischer Perspektive (JP/PP) (Zeitungsartikel) (N=150)

Die Respektäußerungen der Opposition beziehen sich zu 97% auf die Regierung. In der Berichterstattung des Standard rekurrieren 96% der Respektäußerungen auf die Regierung, in jener der Krone zu 67%. Die von den Standard-Journalisten eigenständig aus journalistischer Perspektive geäußerten Respektäußerungen betreffen zu 89% die Regierung, jene der Krone-Journalisten zu 100%¹⁹. Der primäre Bezug der Respektäußerungen der Opposition auf die Regierung ist zunächst vor dem Hintergrund der politischen Gegnerschaft im Regierungs-Oppositions-Gespann zu interpretieren, allerdings ist diese deutliche Bezugstendenz der Respektäußerungen auf den politischen Gegner bei der Regierung nicht zu beobachten. Außerdem nehmen sowohl Opposition als auch Journalisten eine Kritikfunktion der Bundesregierung ein, wobei der Kritik im Sinne eines „Infragestellens“ zwar noch keine respektvolle oder respektlose Bewertung inhärent ist, sie jedoch in der politischen Praxis gerne insbesondere mit Respektlosigkeit assoziiert ist.

Die folgenden beiden Tabellen enthalten die prozentuellen Anteile der einzelnen Ausprägungen der Respektäußerungen, getrennt für Presseaussendungen und Berichterstattung. Aufgrund der Codierung der Ausprägung „keine Respektäußerung“ mit dem Wert „2“ und ihrem dementsprechenden Einfluss auf die Höhe des errechneten Respektindikators wird auch diese Ausprägung in den Prozentberechnungen inkludiert, wodurch sich die Stichprobe erhöht. Außerdem dominiert aufgrund dessen die Ausprägung „keine Respektäußerung“ (zu etwa 70%). Zum deutlicheren Vergleich der Häufigkeiten an respektlosen und respektvollen Äußerungen wurden auch Prozentanteile exklusive der Ausprägung „keine Respektäußerung“ berechnet. Diese zeigen eine Dominanz ersterer: Im Falle der Presseaussendungen machen die respektlosen Äußerungen bei Exklusion der Ausprägung „keine Respektäußerung“ 81,2% aus. Der Vergleich der Respekt-Ausprägungen in den Presseaussendungen der einzelnen Parteien zeigt zudem auffällig erhöhte Häufigkeiten an respektlosen Aussagen in den Presseaussendungen der Oppositionsparteien (46% FPÖ, 40% Grüne, 36% BZÖ), welche bis zu 39 Prozentpunkte höher sind als jene der Regierungsparteien (7,3% SPÖ und 6,7% ÖVP).

¹⁹ Die Akteurausprägung „Sonstiger Akteur“ wurde bei diesen Berechnungen exkludiert.

		Aussendende Partei					Total
		SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	BZÖ	
Bewertung Respektäußerung	respektlos % within aussendende Partei % of Total	<u>7,3%</u>	<u>6,7%</u>	<u>45,5%</u>	<u>40,0%</u>	<u>36,4%</u>	26,4%
	keine Respekt- äußerung (RÄ) % within aussendende Partei % of Total	86,7%	84,4%	51,0%	57,1%	57,1%	67,9%
	implizit respektvoll % within aussendende Partei % of Total	6,0%	8,9%	3,4%	2,9%	5,7%	5,5%
	explizit respektvoll % within aussendende Partei % of Total	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,7%	0,6%
	Total % of Total inkl. keine RÄ (N=560) % of Total exkl. keine RÄ (N=180)	26,8%	16,1%	25,9%	6,3%	25,0%	100,0%
		17,0%	14,8%	29,6%	7,3%	33,3%	100,0%

Tabelle 17: Wertung der Respektäußerungen nach Parteien (N=560)

In der Berichterstattung wird im Vergleich zu den Presseaussendungen respektvoller kommuniziert: Die respektlosen Äußerungen machen hier prozentuell „nur“ 18,4% aus, während sie bei den Presseaussendungen 26,4% erreichen. Auch das Verhältnis zwischen respektvollen und respektlosen Äußerungen ist in der Berichterstattung ausgewogener: Exklusive der Kategorie „keine Respektäußerung“ machen die respektvollen Äußerungen 64,6% aus, wohingegen sie in den Presseaussendungen mit 81,2% deutlich dominieren.

Der Vergleich der beiden Medien zeigt, dass – entgegen der aufgrund der Charakteristika von Qualitäts- und Boulevardzeitungen naheliegenden Erwartungen – die Überzahl respektloser Äußerungen durch den Standard verursacht wird, wohingegen in der Krone die Ausprägungen „keine Respektäußerungen“ und „implizit respektvolle Äußerungen“ häufiger sind. Dies ist vor dem Hintergrund der spezifischen Codieranweisung zu interpretieren, was wiederum impliziert, dass in der Krone weniger explizite Respektäußerungen kommuniziert werden.

			Medium		Total
			Standard	Krone	
Bewertung Respektäußerung	respektlos	% within Medium	22,0%	10,6%	18,4%
		% of Total			
	keine Respektäußerung (RÄ)	% within Medium	68,2%	76,9%	70,9%
		% of Total			
	implizit respektvoll	% within Medium	9,0%	11,9%	9,9%
		% of Total			
	explizit respektvoll	% within Medium	0,8%	0,6%	0,2%
		% of Total			
Total	% of Total inkl. keine RÄ (N=515)		68,9%	31,1%	100,0%
	% of Total exkl. keine RÄ (N=150)		75,3%	24,7%	100,0%

Tabelle 18: Bewertung der Respektäußerungen nach Medien (N=515)

7.1.6.1 Hypothesentest: Respektindikator

Folgende beiden Hypothesen wurden zum Respektniveau in den Presseaussendungen und jenem in der Berichterstattung formuliert:

Hypothese 4:

Die Presseaussendungen der Regierungs- und Oppositionsakteure unterscheiden sich in ihrem Respektniveau.

Hypothese 9:

Die Berichterstattung des Standard weist ein höheres Respektniveau auf als die Berichterstattung der Kronen Zeitung.

Der Gesamtrespektindikator erreicht sowohl bei den Presseaussendungen als auch bei den Zeitungsartikeln von den vier VOI-Indikatoren die höchsten Werte mit fast 40% (Presseaussendungen) bzw. 50% (Berichterstattung). Demgemäß kommunizieren Politiker untereinander und Journalisten mit den Politikern relativ respektvoll. Der Unterschied zwischen dem Respektindikatorwert der Presseaussendungen und jenem der Zeitungsartikel ist sehr signifikant, die politische Kommunikation in

Tageszeitungen ist demgemäß respektvoller als jene in parteilichen Presseaussendungen. Journalisten scheinen hier die Funktion eines Korrektivs einzunehmen, welche der respektlosen Kommunikationstendenz insbesondere oppositionsparteilicher Kommunikate im Sinne der Förderung bzw. Wahrung eines qualitativ hochwertigen Diskurses entgegenwirkt.

Die Respektindikatorwerte der einzelnen Parteien (siehe Tabelle 19) zeigen bei den Presseaussendungen der Regierungsparteien SPÖ und ÖVP auffallend mehr Respekt als bei den Pressemitteilungen der Oppositionsparteien FPÖ, Grüne und BZÖ.

Das Respektniveau der Berichterstattung verhält sich gegenteilig zur vermuteten Hypothese und erreicht in der Krone mit durchschnittlichen 48% des Maximums höhere Werte als im Standard (41,7%).

Aufgrund der –im Gegensatz zu den restlichen VOI-Indikatoren– positiven (respektvollen) und negativen (respektlosen) Ausprägungen der Respektäußerungen wurden neben dem Gesamtrespektmaß **zwei Subindikatorversionen** berechnet, um den positiven Einfluss von respektvollen Äußerungen und den negativen Einfluss von respektlosen Äußerungen zu trennen. Der negative Subrespektindikator ist aufgrund der zugrundeliegenden umcodierten Werte²⁰ jedoch nicht direkt, sondern nur betragsmäßig mit dem initialen Respektmaß zu vergleichen. Der Vergleich der Indikatorbeträge bestätigt die Dominanz der respektlosen Äußerungen insgesamt sowie im Besonderen bei der Opposition. Bei alleiniger Betrachtung positiver Respektäußerungen sinkt das Respektindikatorniveau auf ein sehr geringes Niveau von 3,6% bei den Presseaussendungen und 6% bei der Berichterstattung. Weder politische Akteure noch Journalisten tendieren also dazu, Respekt explizit zu bekunden. Im weiteren Sinn können davon sogar Implikationen für die häufig postulierte Politikverdrossenheit der österreichischen Bevölkerung geschlossen werden, da explizite Respektäußerungen das Image der Politiker, ihrer Handlungen, des politischen Systems sowie der Regierungspolitik fördern könnten.

²⁰ Statt der initialen Wertespanne von 0 [respektlos] bis 4 [explizit respektvoll] bewegen sich diese zwischen -2 und 2, eben um respektlose Äußerungen als negativen Einfluss zu operationalisieren und die Kategorienausprägung „keine Respektäußerung“ mit 0 zu codieren.

	Presseaussendungen (PA; N=112)									Zeitungsartikel (ZA; N=103)				t-/U-Test (PA vs. ZA)
	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	BZÖ	Regie- rung	Oppo- sition	t-/U-Test (Reg. vs. Oppos.)	Gesamt PA	Stand- ard	Krone	t-/U-Test (Stand. vs. Krone)	Gesamt ZA	
Respekt	47,8	48,8	28,1	30,7	33,6	48,2	30,8	***	38,3	41,7	48,0	ns	43,6	**
Respekt Positiv	5,7	6,2	1,7	1,7	3,6	5,9	2,5	***	3,6	5,5	7,0	ns	6,0	***
Respekt Negativ	-15,0	-9,2	-45,5	-46,7	-35,7	-12,2	-41,3	***	-32,6	-24,3	-11,7	ns	-20,4	**

Tabelle 19: Respektindikatorwerte nach Parteien und Medien (N=215; Sterne markieren signifikante Unterschiede zw. Regierung und Opposition: $\alpha \leq 0,05$:*, $\alpha \leq 0,01$:**, $\alpha \leq 0,001$:***; ns= nicht signifikant)

Der K-S-Test mit Korrektur nach Lilliefors ergibt für eine der beiden Substichproben Regierung oder Opposition keine Normalverteilung, daher erfolgt der statistische Vergleich ihrer Respektindikatorwerte mittels U-Test. Die Presseaussendungen der Regierung- und Oppositionsparteien unterscheiden sich im initialen Respektindikator ebenso wie in den beiden Teilindikatoren für negative und positive Respektäußerungen hochsignifikant, wobei die Interpretationsrichtung jeweils in Richtung höheres Respektniveau in den Presseaussendungen der Regierungsparteien läuft. Daher kann die Nullhypothese mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 0% verworfen und folgende Alternativhypothese angenommen werden: **Die Presseaussendungen der Regierungsakteure weisen ein höheres Respektniveau auf als jene der Oppositionsakteure.** Dabei ist bei der Interpretation die im Vergleich zu den anderen Indikatoren besondere Berechnung des Respektmaßes zu beachten: Oppositionsparteien kommunizieren insgesamt mehr Respektäußerungen als Regierungsakteure, wie der häufigkeitsvergleichender U-Test mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von Null ergab, diese sind jedoch primär respektlos. Dies in Kombination mit dem Ergebnis, dass in allen Presseaussendungen nur wenig respektvolle Äußerungen zu finden sind, bedeutet, dass die respektvollere Kommunikation der Regierungsparteien nur sekundär auf ihren häufigeren respektvollen Äußerungen, sondern primär auf den häufigen respektlosen Äußerungen der Opposition beruht.

Die Respektindikatorwerte der Berichterstattung der beiden Medien lassen ein höheres Respektniveau in der Krone vermuten, der stichprobenvergleichende U-Test ist

jedoch weder für das Respektgesamtmaß noch für die Teilrespektindikatoren der respektvollen und respektlosen Äußerungen signifikant. Die Nullhypothese ist also beizubehalten: **Es gibt keinen signifikanten Unterschied zwischen dem Respektniveau der Berichterstattung der Krone und dem Respektniveau der Berichterstattung des Standard.**

7.1.7 Zweifel

In 8% der Presseaussendungen (PA) wird die maximale Zweifelanzahl von fünf geäußert, 28% weisen keine Zweifeläußerung auf (siehe Diagramm 15). Der Mittelwert liegt bei 1,8 Zweifeläußerungen pro Presseaussendung, wobei die Regierung mit einem Mittelwert von 0,5 deutlich weniger zweifelt als die Opposition mit durchschnittlich 2,8 Zweifeln. Fast die Hälfte der Zeitungsartikel (40,8%) enthält keine Zweifel, die zweitgrößte Häufigkeit liegt bei einem Zweifel (30,1%) (siehe Diagramm 16). Demgemäß ist auch der Mittelwert auf dem niedrigen Niveau von 1,3 Zweifeläußerungen pro Beitrag, wobei er im Standard mit 1,5 deutlich höher ist als in der Krone mit 0,7

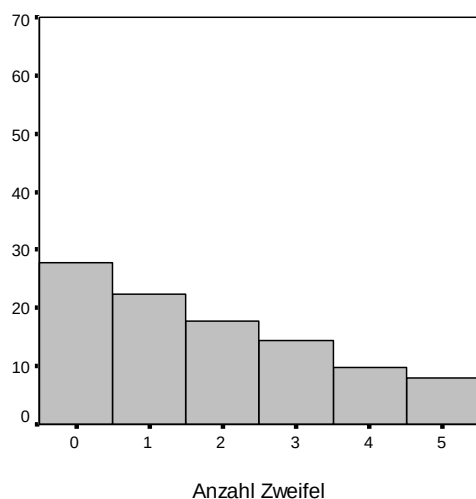


Diagramm 15: Häufigkeiten der Zweifeläußerungen (PA) (N=112)

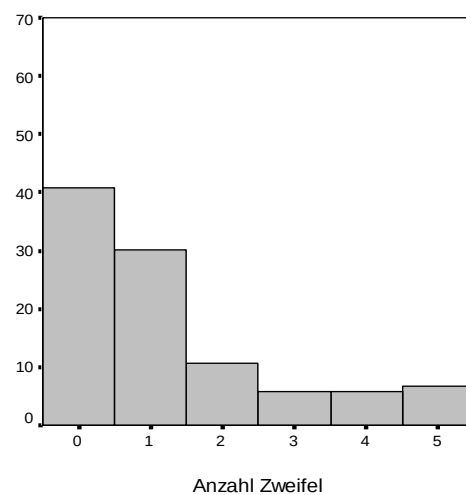


Diagramm 16: Häufigkeiten der Zweifeläußerungen (ZA) (N=103)

Insgesamt werden in der Stichprobe 332 Zweifel geäußert, 202 in den Presseaussendungen und 130 in den Zeitungsartikeln. Fast 80% der Zweifel in den Pressemitteilungen entstammen den Aussendungen der rechtstendenziellen

Oppositionsparteien FPÖ und BZÖ und über 80% der Zeitungsartikelzweifel werden im Standard geäußert (siehe Diagramm 17 und Diagramm 18). In beiden Zeitungen sind etwas weniger als die Hälfte der artikulierten Zweifel der journalistischen Perspektive zuzuordnen (Standard: 44%, Krone: 48%). Sowohl die Boulevardzeitung Krone als auch die Qualitätspresse Standard sind also relativ „balanced as far as reporting on doubts cast by politicians in their press releases as well as on interpreting, analyzing and questioning their statements and viewpoints“ (Burkart/Rußmann 2010, S.24).

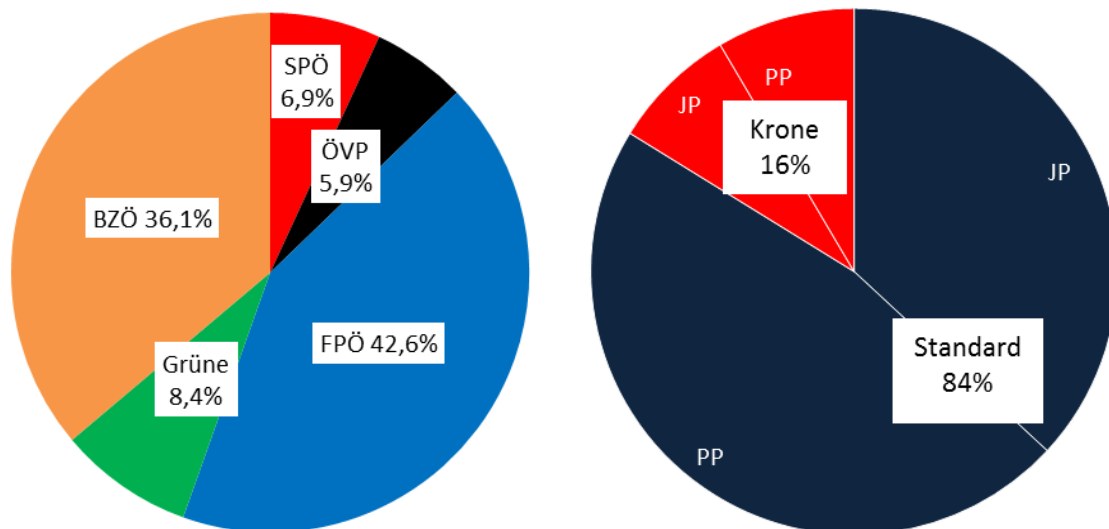


Diagramm 18: Zweifelhäufigkeiten nach Medien, getrennt nach journalistischer/politischer Perspektive (JP/PP) (Zeitungsartikel) (N=130)

Wie auch bei Burkart und Rußmann (2010, S.20ff) sind die Zweifel an der Legitimität der politischen Akteure bzw. deren Handlungen und Standpunkte deutlich dominant und machen fast drei Viertel der gesamten Zweifel aus (74% bei den Presseaussendungen, 65% bei den Zeitungsartikeln). Das letzte Viertel sind vorrangig Zweifel an der Wahrhaftigkeit, Zweifel an der Verständlichkeit werden nicht geäußert.²¹ Die Dominanz von Legitimitätszweifel „is in line with general political practice: In political reality, the discussion most often focuses on the rules of a society and how adequate these rules actually are for a respective society – moreover, a principal discussion about the

²¹ In 3% ist die Zuordnung zu einer der vier Zweifelarten Verständlichkeit, Wahrheit, Wahrhaftigkeit und Legitimität nicht eindeutig. Diese Nichteindeutigkeiten bestehen primär zwischen den Zweifelarten „Wahrheit“ und „Wahrhaftigkeit“, was aufgrund deren Ähnlichkeit auch plausibel erscheint; ein Fall betrifft sich auf die Alternativenkombination „Wahrhaftigkeit“ und „Legitimität“. Zur Verrechnung werden die Zweifel zufällig und getrennt nach Parteien bzw. Medien einer Zweifelart zugeordnet.

legitimacy of those rules is crucial for the continued existence of democratic societies” (Burkart/Rußmann 2010, S.25).

Die Unterschiede zwischen den Parteien sind unsystematisch, augenfällig ist die Schlussposition der SPÖ bei Wahrhaftigkeitszweifeln (siehe Tabelle 20).

			Aussendende Partei					Total
			SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	BZÖ	
Zweifelfarten	Zweifel Wahrheit	% within aussendende Partei	7,1%	,0%	5,8%	11,8%	1,4%	4,4%
		% of Total						
	Zweifel Wahrhaftigkeit	% within aussendende Partei	7,1%	25,0%	26,7%	17,6%	17,8%	21,3%
		% of Total						
	Zweifel Legitimität	% within aussendende Partei	85,7%	75,0%	67,4%	70,6%	80,8%	74,3%
		% of Total						
Total		% of Total	6,9%	5,9%	42,6%	8,4%	36,1%	100,0%

Tabelle 20: Zweifelfarten nach Parteien (N=202)

Zwischen den Medien bestehen leichte Häufigkeitsunterschiede bei den artikulierten Zweifelfarten, insbesondere wird im Standard die Legitimität relativ häufiger angezweifelt (siehe Tabelle 21).

			Medium		Total
			Standard	Krone	
Zweifelfarten	Zweifel Wahrheit	% within Medium	6,4%	14,3%	7,7%
		% of Total			
	Zweifel Wahrhaftigkeit	% within Medium	26,6%	33,3%	27,7%
		% of Total			
	Zweifel Legitimität	% within Medium	66,7%	52,4%	64,6%
		% of Total			
Total		% of Total	83,8%	16,2%	100,0%

Tabelle 21: Zweifelfarten nach Medien (N=130)

7.1.7.1 Hypothesentesten: Zweifelhäufigkeit

Zum Zweifelindikator in der Berichterstattung und den Presseaussendungen von Oppositions- und Regierungsparteien gab es folgende Vermutungen:

Hypothese 5:

Die Presseaussendungen Regierungs- und Oppositionsakteure unterscheiden sich in ihrer Zweifelhäufigkeit an den Geltungsansprüchen.

Hypothese 10:

Die Berichterstattung des Standard weist mehr Zweifel an den Geltungsansprüchen auf als die Berichterstattung der Kronen Zeitung.

Bei den Presseaussendungen wird das Zweifelpotential zu über einem Drittel ausgeschöpft und erreicht somit den zweithöchsten Indikatorwert knapp hinter dem Respektmaß, in der Berichterstattung nur zu einem Viertel. Die Presseaussendungen weisen signifikant mehr Zweifel als die Berichterstattung auf. Journalisten schöpfen ihr Zweifelpotential insgesamt, also als Vermittler von Zweifel politischer Akteure (politische Perspektive) sowie als Kommunikator eigenaktiver Kritiken (journalistische Perspektive), nur geringfügig aus, wobei annähernd Ausgewogenheit der beiden Perspektiven herrscht. Sowohl die Boulevardzeitung Krone als auch die Qualitätspresse Standard sind also relativ „balanced as far as reporting on doubts cast by politicians in their press releases as well as on interpreting, analyzing and questioning their statements and viewpoints“ (Burkart/Rußmann 2010, S.24). In Hinblick auf die geringe Ausschöpfung des Zweifelpotentials ist dies jedoch kritisch zu betrachten und sowohl die Vermittlungsleistung der von politischen Akteuren geäußerten Zweifel als auch die Aktivität als kritisch-korrektiver Kommunikator der Journalisten als tendenziell mangelhaft einzustufen (siehe dazu die Ergebnisinterpretation in Kapitel 7.1.8). Bei der vorliegenden Thematik ist sie überdies in besonderem Ausmaß mit besonderen negative Folgen behaftet, da die Budgetdebatte ein Gesetz zur Verteilung von Geldmitteln betrifft, welches sich auf die Bevölkerung mehrfach auswirkt – sei es durch die Kürzung der Familienbeihilfe, die Erhöhung der Mineralölsteuer oder die neue Bankenabgabe.

Parteienvergleichend sind die sehr hohen Zweifelindikatorwerte von bis zu 60% (FPÖ) bei den Oppositionsparteien auffällig, wohingegen die Regierungsparteien ebenso wie die Krone nur knapp über 10% der Zweifelmöglichkeiten ausschöpfen.

Auch zwischen den Medien bestehen deutliche Differenzen, wobei der Wert des Standard mehr als doppelt so hoch ist wie jener der Krone (siehe folgende Tabelle 22).

	Presseaussendungen (PA; N=112)									Zeitungsartikel (ZA; N=103)				t-/U-Test (PA vs. ZA)
	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	BZÖ	Regie- rung	Oppo- sition	t- /U- Test (Reg. vs. Oppos.)	Gesamt PA	Standard	Krone	t- /U-Test (Standard vs. Krone)	Gesamt ZA	
Zweifel	9,3	13,3	60,0	48,6	52,9	10,8	55,6	***	36,4	30,7	13,1	*	25,2	**

Tabelle 22: Zweifelindikatorwerte nach Parteien und Medien (N=215; Sterne markieren signifikante Unterschiede zw. Regierung und Opposition: $\alpha \leq 0,05$:*, $\alpha \leq 0,01$:**, $\alpha \leq 0,001$:***; ns= nicht signifikant)

Die Untersuchung der Signifikanzen der beobachteten Unterschiede der Zweifelindikatorwerte erfolgt wiederum mittels U-Test-Berechnungen. Im Falle der Presseaussendungen ist dieser hochsignifikant (0,00), wobei gemäß den Rangplätzen die Presseaussendungen der Regierungsparteien eine geringere Zweifelhäufigkeit aufweisen als jene der Oppositionsparteien. Somit kann die Nullhypothese mit einem Signifikanzniveau von 0% verworfen und folgende Alternativhypothese angenommen werden: **Die Presseaussendungen der Oppositionsakteure enthalten mehr Zweifel an den Geltungsansprüchen als jene der Regierungsakteure.**

Der U-Test zum Vergleich der Zweifel in der Berichterstattung von Standard und Krone ergibt eine signifikante Differenz in Richtung eines stärkeren Zweifels im Standard. Die Nullhypothese wird entsprechend mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 2% verworfen und nachstehende Alternativhypothese angenommen: **Die**

Berichterstattung des Standard weist mehr Zweifel an den Geltungsansprüchen auf als die Berichterstattung der Kronen Zeitung.

Die signifikant und betragsmäßig deutlich höheren Werte von Opposition und Journalisten lassen wieder einen Einfluss ihrer Kritik- und Kontrollfunktion gegenüber der machthabenden Regierung vermuten. Überdies bedeutet die journalistische Diskurs-Anwaltschaft insbesondere die Verantwortlichkeit, angezweifelte Geltungsansprüche im öffentlichen Diskurs zu thematisieren. Diesem Zweifelgebot kommen die Standard-Journalisten stärker nach als die Boulevardjournalisten.

7.1.8 Ergebnisinterpretation²²

Folgende Tabelle fasst die Ergebnisse der Inhaltsanalyse der Presseaussendungen von Regierungs- (SPÖ, ÖVP) und Oppositionsparteien (FPÖ, Grüne, BZÖ) sowie der Berichterstattung der Qualitätstageszeitung „Der Standard“ und der Boulevardtagespresse „Die Kronen Zeitung“ jeweils zur Thematik „Bundesfinanzgesetz 2011“ zusammen. Dabei sind die signifikant höheren Werte des Vergleichs von Regierungs- und Oppositionsparteien, des Vergleichs von Standard und Krone sowie des Vergleichs von Presseaussendungen gesamt und Zeitungsartikeln gesamt fett geschrieben.

	Presseaussendungen (PA; N=112)				Zeitungsartikel (ZA; N=103)				t-/U-Test (PA vs. ZA)	Gesamt (PA+ZA)
	Regierung	Opposition	t- /U-Test (Reg. vs. Oppos.)	Gesamt PA	Standard	Krone	t- /U-Test (Stand. vs. Krone)	Gesamt ZA		
VOI	22,8	31,4	***	27,7	29,7	21,7	**	27,2	ns	27,5
VOI3	14,3	31,6	***	24,2	25,7	13,0	***	21,7	ns	23,0
Begründungs-niveau	20,9	28,8	**	25,4	31,2	16,7	***	26,7	ns	26,0
Lösungsorientierung	11,0	10,3	ns	10,6	15,2	9,1	ns	13,3	ns	11,9
Respekt-niveau	48,2	30,8	***	38,3	41,7	48,0	ns	43,6	**	40,8
Zweifel	10,8	55,6	***	36,4	30,7	13,1	*	25,2	**	31,1

Tabelle 23: VOI- und Indikator-Werte (Sterne markieren signifikante Unterschiede zw. Regierung und Opposition: $\alpha \leq 0,05$:*, $\alpha \leq 0,01$:**, $\alpha \leq 0,001$:***; ns=nicht signifikant; fette Schrift= signifikant höhere Werte)

Der **Index für Verständigungsorientierung (VOI)** erreicht in den Presseaussendungen (PA) der Parlamentsparteien und in der politischen Berichterstattung (Zeitungsartikeln, ZA) einen Durchschnittswert von 27,5% des Maximalwertes an

²² Vorweg sei angemerkt, dass die Vergleichbarkeit zu den DQI-Studien (siehe Tabelle 5) nur eingeschränkt möglich ist, da die Berechnungs- und die Codierweisen differieren. Zur Gewährung der annähernden Wertevergleichbarkeit wurde versucht, die Werte der Verrechnungsweise des VOIs anzupassen. Beispiel: Bächtiger und Steenbergen (2004, S.14+32) unterscheiden 5 Ausprägungsformen von Begründungen (No Justification, Inferior Justification, Qualified Justification, Sophisticated Justification I, Sophisticated Justification II). Zum Vergleich mit den vorliegenden Ergebnissen werden den Ausprägungen die numerischen Werte 0 bis 4 zugeordnet, diese mit den DQI-Ergebnisprozentwerten multipliziert und durch den sich durch die Punktezuordnung ergebenden maximal erreichbaren Wert von 400 dividiert.

Verständigungsorientierung. Der **VOI3**, welcher aufgrund der Nichteindimensionalität des Respektindikators ohne ebendiesem berechnet wurde, erreicht ein noch niedrigeres Niveau von durchschnittlich 23%. Damit ist die Verständigungsorientierung der massenpolitischen Kommunikation im Falle der Budgetdiskussion 2011 zwar um etwa 6% höher als bei der Nationalratswahlberichterstattung 2008 (vgl. Burkart et al 2010, S.271), bewegt sich jedoch trotzdem auf einem eher niedrigen Qualitätsniveau von nur etwa einem Viertel des Potentials. Ein Grund für die gegenüber der Wahlberichterstattung höheren VOI-Werte kann in der Thematik vermutet werden: Bei der Budgetdebatte geht es um ein Gesetz (das Bundesfinanzgesetz), welches laut Verfassung verabschiedet werden *muss*, es besteht also ein Entscheidungszwang, wobei gemäß der Diskurstheorie der Diskurs die „notwendige Bedingung [ist], um in modernen und pluralistischen Gesellschaften [...] zu legitimen Entscheidungen zu gelangen.“ (Bächtiger et al 2010, S.194) Der Budgetdebatte ist also ein kommunikatives Verhandlungsmoment mit Einigungsdruck innerhalb einer zeitlichen Frist inhärent, während der Wahlkampf stärker konkurrenzorientiert ist.

Die Erkenntnisse zum Einfluss der Rahmenbedingungen von Bächtiger und Tschentscher (2007, S.111ff) weisen überdies darauf hin, dass bei der vorliegenden Untersuchung (ebenso wie bei jener von Burkart et al 2010) die Rahmenbedingungen für ein hohes diskursives Debattenniveau schlecht sind: Es besteht ein kompetitives und parlamentarisches politisches System, kaum bis kein Einfluss der Zweitkammer Bundesrat, keine oppositionelle Vetomacht sowie eine starke Themenpolarisierung. Überdies wurde der Untersuchungsgegenstand auf öffentliche Debatten fokussiert, wobei der Faktor Öffentlichkeit gemäß den Autoren eine hinderliche Rahmenbedingung darstellt. Die letzte Erkenntnis ist dabei ein aus deliberativ-demokratischer Perspektive äußerst bedenklicher Umstand, da hier die öffentliche Deliberation eine zentrale Voraussetzung für legitime Politik darstellt (siehe Kapitel 3.2). Die schlechten Rahmengengebenheiten können dementsprechend eine weitere Erklärung für die geringen VOI- und VOI3-Werte sein. Allerdings sind sie keine Rechtfertigung dafür, sondern multiplizieren die Erfordernis von aktiven Bemühungen der verantwortlichen Akteure, verständigungsorientierter zu kommunizieren.

Im Rahmen des öffentlichen Diskurses zum Budget 2011 weist der **Respektindikator**

mit 41% im Vergleich zu den anderen Indikatoren sowie zum Gesamt-VOI den deutlich höchsten Wert auf. Auch bei der von Burkart et al (2010, S.271) untersuchten Wahlberichterstattung mit Themenfokus Europa erreicht er mit 48% den Spitzenwert unter den Indikatoren. Demgemäß kann von einem relativ respektvollen Umgang der am öffentlichen politischen Diskurs Beteiligten ausgegangen werden.

Außerdem scheint ein stärkerer Fokus auf dem Zweifeln und dem Begründen (als Reaktion auf oder als vorwegenehmende Immunisierung gegenüber Zweifel) statt auf der Problemlösung zu liegen: Während der **Zweifelindikator** fast ein Drittel des Maximalwerts erreicht, gefolgt von einem etwas niedrigeren **Begründungsniveau**, finden sich in den Presseaussendungen und Zeitungsartikeln kaum Lösungsvorschläge. Aufgrund der Konformität der auffallend geringen Ausprägung der **Lösungsorientierung** sowohl in der VOI-Studie von Burkart et al (2010, S.271) als auch in den DQI-Studien von Bächtiger und Steenbergen (2004, S.14+32) und Bächtiger et al (2010, S.216) kann hier eine relative Konstanz im öffentlichen politischen Kommunikationsprozess postuliert werden²³. In Relation zu den Werten der anderen Studien (5,2%, 7,7%²⁴ und 7%) ist das Ausmaß an Lösungsorientierung in der Budgetdebatte noch relativ hoch. Ein Grund für diese Differenz könnte wiederum die fokussierte Thematik sein: Im Falles Diskurses zum Bundesfinanzgesetz besteht ein (gesetzlicher) Lösungsdruck zur Aufteilung des Bundesbudgets innerhalb einer verfassungsrechtlich vorgegebenen Frist: „Die Bundesregierung hat dem Nationalrat spätestens zehn Wochen vor Ablauf des Finanzjahres den Entwurf eines Bundesfinanzgesetzes für das folgende Finanzjahr vorzulegen.“ (Art 51 Abs 2 B-VG, Rechtsinformationssystem des Bundeskanzleramtes 1986, S.1513)²⁵, wohingegen die von Burkart et al (2010) betrachtet Wahlkampfkommunikation einen stärker selbstdarstellerischen Fokus hat und auch Parlamentsdebatten, welche die beiden DQI-Studien untersuchten, gerne als „ständiger Wahlkampf“ klassifiziert werden. (vgl.

²³ Der DQI-Indikator „Konstruktive Politik“ ist mit dem VOI-Indikator „Lösungsorientierung“ vergleichbar.

²⁴ Bächtiger und Steenbergen (2004, S.14+32) unterscheiden 4 Ausprägungsformen von Lösungsvorschlägen. Zum Vergleich mit den vorliegenden Ergebnissen werden den Ausprägungen die numerischen Werte 0 bis 3 zugeordnet, diese mit den von den Autoren angeführten Ergebnisprozentwerten multipliziert und durch den sich durch die Punktezuordnung ergebenden maximal erreichbaren Wert von 300 dividiert.

²⁵ Die Gültigkeit dieses Verfassungsartikels besteht trotz dem Umstand, dass der Entwurf im untersuchten Jahrgang (Bundesfinanzgesetz 2011) zu spät vorgelegt wurde.

Benz 2001, S.172; und: vgl. Reiners 2008 , S.60) Bei Burkart et al (2010, S.271) sind neben dem Lösungsindikator auch die Zweifel- und Begründungsindikator mit 20% und 21% etwas niedriger als vorliegend. Dies kann zunächst wiederum vor dem Hintergrund des spezifischen Verhandlungscharakters des Diskurses zum Bundesfinanzgesetz interpretiert werden. Überdies weisen Budgetentscheidungen relativ direkt nachvollziehbare Auswirkungen auf die Bevölkerung auf, was nicht nur einen für den Journalismus als Anwalt der stummen Bürger stärkeren Aktionszwang, sondern auch einen erhöhten Diskursdruck für die politischen Akteure erzeugt – insbesondere zur Legitimitätsgewinnung für politische Positionen und Entscheidungen.²⁶

Vergleich der PAs von Regierung und Opposition, der ZAs von Standard und Krone sowie von PAs und ZAs

Zwischen dem **VOI** bzw. dem **VOI3** der PA und den ZA besteht kein signifikanter Unterschied, die Journalisten vernachlässigen daher tendenziell ihre qualitätskorrektive Funktion. Dies gilt allgemein sowohl für die Journalisten der Qualitätszeitung Standard als auch für jene der Boulevardzeitung Krone. Allerdings kommunizieren die Boulevardjournalisten signifikant weniger verständigungsorientiert als die Qualitätsjournalisten, daher wird der Standard zumindest in Relation zur Krone seinen höheren Qualitätsansprüchen gerecht. Dieses Ergebnis ist konform zur Studie von Burkart et al (2010, S.271f). Der Vergleich der VOI- und VOI3-Werte von Regierungs- und Oppositionspresseaussendungen verweist auf einen überraschenden Gleichklang der Opposition mit dem Qualitätsjournalismus und der Regierung mit dem Boulevardjournalismus, welcher sich über die einzelnen VOI-Indikatoren weitgehend fortsetzt: Die oppositionellen Presseaussendungen weisen ein signifikant höheres Verständigungsorientierungsniveau auf als jene der Regierungsparteien.

Vorweg sei festgehalten, dass der **Lösungsindikator** – vermutlich aufgrund der bereits angesprochenen geringen Werteausprägung – in den einzelnen Substichproben

²⁶ Anzumerken sei hierzu, dass das Bundesfinanzgesetz Budgetvorgaben für die Bundesminister und ihre Ressorts macht. Die Auswirkungen auf die Bürger sind jedoch relativ eindeutig, das Budget bestimmt unter anderem die soziale Umverteilung und entscheidet demnach beispielsweise über die Art und Höhe von Unterstützungszahlungen an die Bürger. (vgl. Parlament der Republik Österreich 2011b, o.S.)

(Regierungs-PAs versus Oppositions-PAs, Standard-ZAs versus Krone-ZAs, PAs versus ZAs) keine signifikanten Unterschiede aufweist. Dies ist bei Burkart et al (2010, S.271) ebenfalls der Fall.

Das **Begründungsniveau** ist im Qualitätsmedium Standard höher als im Boulevardblatt Krone. Auch bei Burkart et al (2010, S.271ff) wird der Standardjournalismus im Falle des Begründungsindikators seiner Klassifikation als Qualitätsjournalismus gerecht. Die oppositionellen Presseaussendungen weisen dabei ähnlich hohe Werte wie der Standard auf, wohingegen jene der Regierungspressemitteilungen signifikant geringer sind. Die Opposition begründet geäußerte Positionen also häufiger und elaborierter, was ein Indiz für ihre stärkere Verständigungsbemühung mit den Bürgern darstellt als die politisch verantwortliche Regierung.

Das **Respektmaß** stellt im Gefüge des VOIs und seiner Indikatoren eine Ausnahme dar und verhält sich diametral zum VOI bzw. den anderen Indikatoren: Er ist in den PAs der Oppositionsparteien signifikant niedriger als in den Regierungsaussendungen. Gemäß der bereits beim Gesamt-VOI und dem Begründungsniveau beobachteten Koppelung der Kommunikationstendenzen der Opposition mit jener des Qualitätsjournalismus‘ weist auch der Standard ein deutlich, wenn auch nicht signifikant niedrigeres Respektniveau auf als die Krone. Dieses inverse Verhalten des Respektindikators wird bereits bei Burkart et al (2010, S.271ff) entgegen deren Vermutung beobachtet, im Rahmen der Indikatoren-Eindimensionalitätsüberprüfung bestätigt und stellt die Basis für die Berechnung des VOI3 dar. Überdies stellen auch Bächtiger und Hangartner (2010, S.15) in ihrer Untersuchung von Parlamentsdebatten eine respektvollere Kommunikation von Regierungsakteuren fest. Der Vergleich der Berichterstattung mit den Presseaussendungen ergibt ein signifikant höheres Respektmaß bei ersterer. Journalisten achten demgemäß auf einen respektvollen massenmedialen Umgang mit den politischen Akteuren und ihren Positionen.

Burkart und Rußmann (2010b, S.20) konstatieren in der Berichterstattung auch eine häufigere **Zweifelartikulation** als in den Presseaussendungen vor (44% gegenüber 31%). Im Gegensatz dazu finden sich in der vorliegenden Untersuchung in den ZAs signifikant weniger **Zweifel** als in den PAs. Auch beim Zweifelindikator stechen die

oppositionellen PAs hervor: Die Zweifelhäufigkeit oppositioneller Presseaussendungen ist fast sechs Mal so hoch wie jene der Regierungsparteien und mehr als doppelt so hoch wie der durchschnittliche ZA-Wert. Auch zwischen Standard und Krone bestehen Unterschiede von (absolut) fast 20 Prozentpunkten, bei Burkart et al (2010, S.271) beträgt dieser Unterschied sogar über 30%. Die Zweifelintensität der Opposition kann auf deren Rolle als um politische Macht konkurrierender, machtbegrenzender und kritisch-kontrollierender Gegenspieler der Regierung zurückgeführt werden.

Journalisten nehmen im demokratischen Gefüge ebenfalls eine kritisch-kontrollierende Aufgabe wahr, wobei sie dabei jedoch nicht parteiliche Machtziele, sondern Interessen des Allgemeinwohls verfolgen. Ihre Kritik- und Kontrollrolle bedeutet daher nicht nur die Herstellung von Öffentlichkeit für und die aktive Stimulierung der Machtkritik und -kontrolle, sondern sie avancieren als **Anwälte des öffentlichen Diskurses** (vgl. Burkart et al 2010, S.256) zu Qualitätsinstanzen der öffentlichen politischen Kommunikation sowie folglich auch der Politik, was gleichzeitig die Voraussetzung für Legitimitätszuschreibungen politischer Entscheidungen durch das Volk in Demokratien ist (vgl. z.B. Sarcinelli 2009, S.85+116). Das Konzept des journalistischen Diskursadvokaten rekurriert im Besonderen auf die aktiv-kritische Kommunikatorrolle des Journalisten, im Rahmen der er eigenständige Standpunkte formuliert, die Meinungen des Volkes in den öffentlichen Diskurs einbindet und den diskursiven Austausch stimuliert (vgl.z.B. Burkart/Russmann 2010b, S.16+23). Allerdings ist die aktive Zweifelrolle in der vorliegend untersuchten Berichterstattung untergeordnet: Die Journalisten formulieren nur etwa gleich viele eigenständige Zweifel wie sie vermitteln, was in Hinblick auf die mangelhafte Ausschöpfung des Zweifelpotentials von einem Viertel als defizitär zu beurteilen ist. Dies ist aus diskurstheoretischer Sicht bedenklich, da „only news coverage that is oriented towards communicative principles of understanding can promote the development of a deliberative public sphere“ (Burkart/Rußmann 2010, S.23). Burkart und Rußmann (2010, S.23f) finden hingegen in ihrer Inhaltsanalyse zur Wahlberichterstattung dieses ausgewogene Verhältnis von politischen und journalistischen Zweifeln nur in den Qualitätszeitungen, wohingegen bei der Krone die journalistischen Zweifel dominierten. Dies ist konform mit den Charakteristika, die der Kronen-Berichterstattung zugeschrieben werden, unter

anderem kultiviert sie kronenspezifische Positionen zu gesellschaftspolitischen Themen, welche sie beharrlich vertritt, gegenüber denen sie den dialogischen Austausch verweigert und deren Dominanz sie durch konsequente Wiederholung aktualisiert und steigert (vgl. z.B. Haas 2005, S.83f). Die Ursachen für ihre häufigere Artikulation von Zweifeln aus politischer Perspektive können vielfältig sein. Denkbar wäre beispielsweise ein stärker diskursiv-verhandelndes Moment in der Budgetdebatte gegenüber einer Selbstdarstellungsdominanz während des Wahlkampfes, es könnte jedoch auch als erstes Auswirkungsindiz des Machtwechsels bei der Kronen Zeitung nach dem Tod des Kronenmoguls Hans Dichands im vergangenen Frühjahr 2010 interpretiert werden²⁷.

Bei den **Zweifelarten** dominieren ebenso wie bei Burkart und Rußmann (2010b, S.20ff) sowie Burkart et al (2010, S.274ff) deutlich die Zweifel an der Legitimität politischer Handlungen bzw. dahinterstehenden Normen – sowohl in den Presseaussendungen als auch in der Berichterstattung, wobei dieses Vorherrschaft in den PAs noch deutlicher ist (in der vorliegenden Studie: 74% gegenüber 65%, bei Burkart/Rußmann 2010, S.22: 77% gegenüber 63%). Diskurstheoretisch kann dies als wünschenswert interpretiert werden, da Legitimität im politischen Bereich bereits von Habermas als (vgl. Habermas 1994, o.S., zit. nach Becker et al. 2009, S.294f) der zentrale Geltungsanspruch klassifiziert wurde und darauf aufbauend auch von vielen anderen Autoren (vgl. z.B. Kuhlmann 1999, S.41ff; oder: vgl. Tomberg 2003, S.283; oder: vgl. Brosda 2008, S.314; oder: vgl. Sarcinelli 2009, S.115f). Der Geltungsanspruch der Legitimität ist nicht nur voll diskursfähig (vgl.z.B. Horster 1995, S.42f), sondern betrifft gleichzeitig auch den Kern von Politik, das „Was tun?“ (Kuhlmann 1999, S.46f) sowie die verfassungsrechtliche Grundlage demokratischer Politik, wonach gemäß „Artikel 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes (B-VG) [...] Einrichtungen und AmtsträgerInnen des Staates [...] jede ihrer Entscheidungen und Handlungen gegenüber allen BürgerInnen verantworten [müssen].“ (Parlament der Republik Österreich 2011a, o.S.) Politische Akteure müssen in Demokratien die (normative) Legitimität ihrer Handlungen und

²⁷ Der Tod Hans Dichands sowie die Auswirkungen auf die Krone und deren Machtstellung waren in Österreich stark diskutierte Themen. Aufgrund der Aktualität dieses Ereignisses können jedoch aktuell noch keine klaren Aussagen darüber getroffen werden. Auch auf die Erläuterungen von diesbezüglichen vorwissenschaftlichen Vermutungen über die Auswirkungen wird an dieser Stelle aufgrund mangelnder wissenschaftlicher Untermauerung sowie aus themenspezifischen und Umfanggründen verzichtet.

Entscheidungen demnach gegenüber dem sie mit Macht ausstattendem Volk durch Begründungen rechtfertigen, um ihrerseits Legitimation für ihr Handeln zu erhalten (vgl.z.B. Sarcinelli 2009, S.115f). Bestehen unartikulierte Legitimitätszweifel, kann das politische Handeln von der Bevölkerung nicht legitimiert werden. „Therefore the dominance of doubts on legitimacy seems to be an indicator for a typical democratic communication culture.“ (Burkart/Rußmann 2010b, S.25)

Aus diskurstheoretischer Sicht sind neben den Legitimitätszweifeln außerdem Zweifel an der Wahrheit diskursfähig (vgl. z.B. Horster 1995, S.42f), welche jedoch sowohl in der vorliegenden als auch in den beiden Studien zur Wahlkampfkommunikation 2008 (vgl. Burkart/Rußmann 2010b, S.20ff; und: vgl. Burkart et al 2010, S.274ff) kaum geäußert werden. Als Begründung führen die Autoren die Möglichkeit der sekundenschnellen Onlineüberprüfung der Fakten sowie die Professionalisierung der politischen Kommunikation an, wobei letztere auch für die nicht bis kaum vorhandenen Verständlichkeitszweifel verantwortlich gemacht wird. (vgl. Rußmann 2010, S.180) Diese Erklärungsansätze scheinen plausibel: Durch die schnelle und einfache faktische Nachweisbarkeit von Unwahrheiten würden Politiker durch Lügen fahrlässig ihre Macht (bzw. Machtchancen) gefährden. Eine mangelnd verständliche Ausdrucksweise könnte überdies von der Wählerschaft als Kompetenz- bzw. Intelligenzdefizit beurteilt werden. Das restliche Viertel an Zweifel konstituieren, wie bei den anderen beiden VOI-Studien (vgl. Burkart et al 2010, S. 275; und: vgl. Burkart/Rußmann 2010b, S.20ff), fast ausschließlich Wahrhaftigkeitszweifel, welche aufgrund der Lokalisation in der subjektiven Welt strenggenommen nicht diskursfähig und daher auch nicht argumentativ durch Begründung wiederhergestellt werden kann (vgl. z.B. Habermas 1981, S. 69, zit. nach Burkart 2005, S.226).

7.2 Forschungsfrage 3: Substudie zur Stimulationsfunktion des Zweifels

Zur Untersuchung der dritten Forschungsfrage wird überdies die Zweifelanzahl (gesamt sowie getrennt für die Zweifel an der Legitimität und Wahrhaftigkeit) ins Verhältnis zu den restlichen Indikatoren gesetzt, um die angenommene qualitätsfördernde Funktion

einer Kultur des Zweifels (bzw. des Zweifels an der Legitimität) für die politische Kommunikation zu überprüfen (vgl. Rußmann 2010, S.179). Im vorliegenden Fall erfolgte dabei eine Presseaussendungen-Zeitungsartikel-übergreifende Untersuchung, wobei ein verstärkter Zweifel in den Presseaussendungen eine höher verständigungsorientierte Berichterstattung provozieren soll. Dazu wurden den Beiträgen (Presseaussendungen und Zeitungsartikeln) Subthematiken innerhalb der Budgetdebatte zugeordnet, welche die Basis für die Verlinkung der Zweifel der Presseaussendungen mit den Begründungen, Respektäußerungen und Lösungsvorschlägen der Zeitungsartikel darstellen.

Die Hypothesen zur dritten Forschungsfrage wurden als Zusammenhangshypothesen formuliert. In den Sozialwissenschaften stellt der Korrelationskoeffizient das zur Überprüfung von Zusammenhangshypothesen übliche Testverfahren dar, welcher nicht nur über die Existenz, sondern auch über die Stärke (Enge) des Zusammenhangs Auskunft gibt. Korrelationen können positiv und negativ sein. Ihre Beträge bewegen sich zwischen 0 (=kein Zusammenhang) und 1 (=perfekter Zusammenhang), dazwischen erfolgt folgende Einteilung in schwache (0,05-0,3), mittlere (0,3-0,5) und starke (ab 0,5) Korrelationen (vgl. z.B. Bühner/Ziegler 2009, S.603; oder: vgl. Schäfer 2010, S.119). Es gibt verschiedene Korrelationsberechnungen für verschiedene Skalenniveaus und Verteilungsgegebenheiten. Im vorliegenden Fall liegen metrische Variablen vor. Wenn ein linearer Zusammenhang und keine Ausreißer bestehen, kann bei metrischen Variablen der Korrelationskoeffizient Bravais und Pearson berechnet werden, ansonsten kommt die Rangkorrelation nach Spearman zur Anwendung. (vgl. Bankhofer/Vogel 2008, S.52ff) Für die Presseaussendungen wird die Zweifelanzahl berechnet. Da die zu einer Themenverlinkung gehörigen Presseaussendungen einen gemeinsamen Inputfaktor darstellen, wird ein Summenwert der Zweifelanzahl pro Verlinkungscluster gebildet. Beispielsweise sind im Fall der in Kapitel 6.4.1 angeführten Verlinkung die Zweifel der Presseaussendung „Cortolezis-Schlager“ mit jenen der Presseaussendung „Lichtenecker“ zu addieren. Für die Berichterstattung werden zum einen der Respekt-, Begründungs- und Lösungsorientierungsindikator (getrennt und gemeinsam als $VOI3_{BRL}$) für jeden Artikel berechnet und außerdem wurden Häufigkeiten der Begründungen, Respektäußerungen und Lösungsvorschlägen pro

Artikel ausgezählt. Dann erfolgen Korrelationen zwischen den PA-Zweifelhäufigkeiten und 1) den VOI_{BRL}-Werten, 2) den einzelnen Indikatoren (Ausmaß an Lösungsorientierung, Begründungs- und Respektniveau) und 3) den Häufigkeiten der Begründungen, Respektäußerungen und Lösungsvorschlägen der zugehörigen Berichterstattung gerechnet. Da der Zweifelindikator nur Häufigkeiten und keine Intensitäten unterscheidet, macht es für die Korrelationsberechnungen weder bei der Effektstärke noch bei den Signifikanzen einen Unterschied, ob der Zweifelindikator oder die Zweifelanzahl herangezogen wird. Daher wird im Falle der Korrelationsberechnungen mit den einzelnen Zweifeltypen die jeweilige Zweifelanzahl herangezogen. Aufgrund der vorliegenden manuellen Presseaussendungen-Zeitungsartikel-Verlinkung (siehe unten) und darauf basierenden Datenanordnung reichen hier „einfache“ Korrelationsberechnungen aus. Bei elaborierter, fundierter Untersuchung dieser Forschungsfrage mit entsprechender Stichprobenziehung und -größe bieten sich jedoch Kreuzkorrelationen mit entsprechender Berücksichtigung von Zeitverzögerungen an.

7.2.1 Ergebnisse, kritische Reflexion und Anregungen

Forschungsfrage 3 (Stimulationsfunktion des Zweifels im Diskurs):

Stimulieren Zweifel in der öffentlichen politischen Kommunikation eine höhere Ausprägung der VOI-Indikatoren Begründungsniveau, Ausmaß an Lösungsorientierung und Respektniveau? Bestehen dabei Unterschiede zwischen den verschiedenen Zweifelarten?

Folgende Vermutungen werden zur Stimulationsfunktion des Zweifels postuliert:

Hypothese 1: Je häufiger in den Presseaussendungen gezweifelt wird, desto höhere Ausprägungen weisen die VOI-Indikatoren Begründungsniveau, Ausmaß an Lösungsorientierung und Respektniveau in der Anschlussberichterstattung auf.

Hypothese 2: Je häufiger in den Presseaussendungen an der Legitimität gezweifelt wird, desto höhere Ausprägungen weisen die VOI-Indikatoren Begründungs-,

Respektniveau und Lösungsorientierung in der Anschlussberichterstattung auf.

Hypothese 3: Je häufiger in den Presseaussendungen an der Wahrheit gezweifelt wird, desto höhere Ausprägungen weisen die VOI-Indikatoren Begründungs-, Respektniveau und Lösungsorientierung in der Anschlussberichterstattung auf.

Hypothese 4: Je häufiger in den Presseaussendungen an der Verständlichkeit gezweifelt wird, desto höhere Ausprägungen weisen die VOI-Indikatoren Begründungs-, Respektniveau und Lösungsorientierung in der Anschlussberichterstattung auf.

Hypothese 5: Je häufiger in den Presseaussendungen an der Wahrhaftigkeit gezweifelt wird, desto höhere Ausprägungen weisen die VOI-Indikatoren Begründungs-, Respektniveau und Lösungsorientierung in der Anschlussberichterstattung auf.

Hypothese 6:

Die Verlinkung von Presseaussendungen mit thematisch kohärenten und einen Tag zeitlich nachgelagerten Zeitungsartikeln war für 41 Pressemitteilungen und 18 Zeitungsartikel möglich. Es liegt hier demgemäß ein geringer Stichprobenumfang von $N=18$ vor, daher sei nochmals auf den forschungsanregenden Charakter dieser Versuchssubuntersuchung verwiesen. Der geringe Stichprobenumfang impliziert auch, dass Signifikanzen nur schwer erreicht werden können, jedoch können Tendenzen durch Streudiagramme sowie die Höhe der Korrelationswerte herausgefiltert werden, was auch das vorrangige Gedanke hinter dieser Substudie mit vorbereitendem Charakter ist.

Mit folgenden Werten der Berichterstattung wurden die Zweifelhäufigkeiten der Presseaussendungen rangkorreliert:

- 1) Gesamtmaß $VOI3_{BRL}$
- 2) den einzelnen $VOI3_{BRL}$ -Indikatoren: Ausmaß an Lösungsorientierung, Begründungs- und Respektniveau)
- 3) den Häufigkeiten der Begründungen, Respektäußerungen und Lösungsvorschlägen

Es konnten keine signifikanten Korrelationen festgestellt werden, die Streudiagramme lassen auch rein heuristisch keinen Zusammenhangstrend erkennen und die Höhe der Korrelationsstärken ist tendenziell gering. Die Werte liefern außerdem keine deutlichen Hinweise auf einen vermeintlich höheren Zusammenhang mit dem Begründungsindikator: Er weist zwar relativ den höchsten Korrelationskoeffizienten mit der Zweifelhäufigkeit auf, dieser ist jedoch negativ (-0,26) und überdies nicht signifikant. Diese relativ höchste, jedoch negative und nicht signifikante Korrelationstendenz mit dem Begründungsindikator verstärkt sich im Falle der Korrelation mit der Häufigkeit an Legitimitätszweifeln (-0,33) und an Wahrheitszweifel (-0,36). Im Fall der Wahrhaftigkeitszweifel gibt es eine signifikante mittelhohe Korrelation mit der Anzahl an Respektäußerungen und mit dem Respektindikator, wobei erstere positiv (0,48) und letztere negativ (-0,47) ist. Vor dem Hintergrund der Nichteindimensionalität des Respektmaßes in der vorliegenden Studie spricht dies für eine qualitätsfördernde Funktion der Wahrhaftigkeitszweifel. Die Korrelationshöhe mit dem Begründungsindikator ist in diesem Fall gering.

Die unsystematischen Ergebnisse geben insbesondere zweierlei Hinweise: Zum einen ist der vorliegende Stichprobenumfang aufgrund des Versuchscharakters dieser im Forschungsprozesse zusätzlich erhobenen Forschungsfrage zu gering, die Vollerhebung müsste sich auf einen längeren Zeitraum erstrecken (vorliegend würde sich hier der gesamte Diskurszeitraum zur Verabschiedung des Bundesfinanzgesetzes 2011 von 11.10.2010 bis 1.2.2011 anbieten). In diesem Zusammenhang sei nochmals die Notwendigkeit einer Vollerhebung betont, um eine direkt-zeitliche Konnektion zwischen vorangegangenen Zweifeln und folgenden Begründungen, Respektäußerungen und Lösungsvorschlägen in der öffentlichen politischen Kommunikation zu erreichen. Überdies verlangt das Design einer Elaboration in mehrfacher Hinsicht, welche über eine Ausdehnung des Stichprobenzeitraums sowie eine Vollerhebung hinausgehen und in Kapitel 8 dargelegt werden. Die Anregung zur weiteren, tiefergehenden Forschung wird unter anderem auch empirisch im Zuge der Berechnung der Indikatorkorrelationen zur Überprüfung der Unidimensionalität für die Forschungsfragen 1 und 2 untermauert, bei welchen der Zweifelindikator die höchsten Korrelationen mit anderen Indikatoren aufweist.

7.3 Komprimierte Beantwortung der Forschungsfragen und Hypothesen

Forschungsfrage 1 (Verständigungsorientierung in Presseaussendungen):

Forschungsfragen & Hypothesen	H0 kein Unterschied	H1 Regierung > Opposition	H1 Opposition > Regierung
FF1: Unterscheiden sich die Presseaussendungen der Regierungsparteien und die Presseaussendungen der Oppositionsparteien in ihrem Ausmaß an Verständigungsorientierung? Wenn ja, kommunizieren die Regierungs- oder die Oppositionsparteien verständigungsorientierter?			√
Hypothese 1: Die Presseaussendungen der Regierungs- und Oppositionsakteure unterscheiden sich in ihrer Verständigungsorientierung.	falsifiziert (***)		√
Hypothese 2: Die Presseaussendungen der Regierungs- und Oppositionsakteure unterscheiden sich in ihrem Begründungsniveau.	falsifiziert (**)		√
Hypothese 3: Die Presseaussendungen der Regierungs- und Oppositionsakteure unterscheiden sich in ihrer Lösungsorientierung.	beibehalten (ns)		
Hypothese 4: Die Presseaussendungen der Regierungs- und Oppositionsakteure unterscheiden sich in ihrem Respektniveau.	falsifiziert (***)	√	
Hypothese 5: Die Presseaussendungen Regierungs- und Oppositionsakteure unterscheiden sich in ihrer Zweifelhäufigkeit.	falsifiziert (***)		√

Tabelle 24: Übersicht der Ergebnisse zur FF1 und den Hypothesen 1-5 (Presseaussendungen) (Sterne markieren signifikante Unterschiede zw. Regierung und Opposition: $\alpha \leq 0,05$:*, $\alpha \leq 0,01$:**, $\alpha \leq 0,001$:***; ns=nicht signifikant)

Basierend auf den VOI-Werten sowie den Werten der VOI-Indikatoren ist festzustellen, dass die Presseaussendungen der Regierungsparteien SPÖ und ÖVP insgesamt ein signifikant geringeres Ausmaß an Verständigungsorientierung als die Presseaussendungen der Oppositionsparteien FPÖ, Grüne und BZÖ aufweisen. Dieses Ergebnis ist auch konform für das Begründungsniveau und die Häufigkeit der Zweifelartikulation. Allerdings kommunizieren die Regierungsakteure signifikant respektvoller als die Oppositionsakteure. Demgemäß sind die zugehörigen Hypothesen

1, 2, 4 und 5 mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von maximal 5% anzunehmen. Nur im Fall des Ausmaßes an Lösungsorientierung können keine statistisch relevanten Unterschiede festgestellt werden, was unter anderem auf die in der Stichprobe zu beobachtenden geringen Anzahl an Lösungsvorschlägen zurückzuführen ist. Die zugehörige Hypothese 3 wird also nicht bestätigt, die Nullhypothese ist beizubehalten. Tabelle 24 stellt die Ergebnisse zu den Hypothesen der Forschungsfrage 1 sowie die Entscheidung über deren Annahme oder Ablehnung als Übersicht dar.

Forschungsfrage 2 (Verständigungsorientierung in der Berichterstattung):

Forschungsfragen & Hypothesen	H0 kein Unterschied	H1 Standard > Krone	H1 Krone > Standard
FF2: Weist die politische Berichterstattung von Qualitätszeitungen ein höheres Ausmaß an Verständigungsorientierung auf als jene von Boulevardzeitungen?		√	
Hypothese 6: Die Berichterstattung des Standard weist ein höheres Ausmaß an Verständigungsorientierung auf als die Berichterstattung der Kronen Zeitung.	falsifiziert (***)	√	
Hypothese 7: Die Berichterstattung des Standard weist ein höheres Begründungsniveau auf als die Berichterstattung der Kronen Zeitung.	falsifiziert (***)	√	
Hypothese 8: Die Berichterstattung im Standard weist ein höheres Ausmaß an Lösungsorientierung auf als die Berichterstattung der Kronen Zeitung.	beibehalten (ns)		
Hypothese 9: Die Berichterstattung des Standard weist ein höheres Respektniveau auf als die Berichterstattung der Kronen Zeitung.	beibehalten (ns)		
Hypothese 10: Die Berichterstattung des Standard weist mehr Zweifel an den Geltungsansprüchen auf als die Berichterstattung der Kronen Zeitung.	falsifiziert (***)	√	

Tabelle 25: Übersicht der Ergebnisse zur FF2 und den Hypothesen 6-10 (Zeitungsartikel) (Sterne markieren signifikante Unterschiede zw. Regierung und Opposition: $\alpha \leq 0,05$:*, $\alpha \leq 0,01$:, $\alpha \leq 0,001$:***; ns=nicht signifikant)**

Die Berichterstattung der Qualitätszeitung Standard weist insgesamt eine signifikant

höhere Verständigungsorientierung und damit eine höhere Qualität als die Berichterstattung des Boulevardblatts Krone auf, daher kann die Forschungsfrage zur politischen Berichterstattung allgemein bejaht werden. Getrennt nach den einzelnen VOI-Indikatoren zeichnet sich der Standard auch durch ein signifikant höheres Begründungsniveau sowie eine häufigere Zweifelartikulation aus. Ähnlich wie die Presseaussendungen weist die Berichterstattung insgesamt eine geringe Anzahl an Lösungsvorschlägen auf, was ein wesentlicher Einflussfaktor dafür zu sein scheint, dass der Standard und die Krone sich hinsichtlich der Artikulation und Spezifizierung von Lösungsvorschlägen nicht statistisch relevant unterscheiden. Auch der Vergleich der Respektindikatorwerte von Standard und Krone ergibt keine signifikanten Differenzen, die Werte lassen hier jedoch eine Tendenz in Richtung stärkerer Respektlosigkeit des Standard erkennen. Die gerichtet formulierten Hypothesen 6,7 und 10 können entsprechend mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von maximal 5% angenommen werden, im Fall der Hypothesen 8 und 9 ist die Nullhypothese beizubehalten. Tabelle 25 enthält die Ergebnisse zu den Hypothesen der Forschungsfrage 2 und gibt einen Überblick über deren Annahme oder Ablehnung.

Forschungsfrage 3 (Stimulationsfunktion des Zweifels im Diskurs):

Forschungsfragen & Hypothesen	H0 kein Zusammen- hang	H1 positiver Zusammen- hang	H1 negativer Zusammen- hang
FF3: Stimulieren Zweifel in der öffentlichen politischen Kommunikation eine höhere Ausprägung der VOI-Indikatoren Begründungsniveau, Ausmaß an Lösungsorientierung und Respektniveau? Bestehen dabei Unterschiede zwischen den verschiedenen Zweifelarten?	✓		
Hypothese 11: Je häufiger in den Presseaussendungen gezweifelt wird, desto höhere Ausprägungen weisen die VOI-Indikatoren Begründungsniveau, Ausmaß an Lösungsorientierung und Respektniveau in der Anschlussberichterstattung auf.	beibehalten (ns)		
Hypothese 12: Je häufiger in den Presseaussendungen an der Legitimität gezweifelt wird, desto höhere Ausprägungen weisen die VOI-Indikatoren Begründungs-, Respektniveau und Lösungsorientierung in der Anschlussberichterstattung auf.	beibehalten (ns)		
Hypothese 13: Je häufiger in den Presseaussendungen an der Wahrheit gezweifelt wird, desto höhere Ausprägungen weisen die VOI-Indikatoren Begründungs-, Respektniveau und Lösungsorientierung in der Anschlussberichterstattung auf.	beibehalten (ns)		
Hypothese 14: Je häufiger in den Presseaussendungen an der Verständlichkeit gezweifelt wird, desto höhere Ausprägungen weisen die VOI-Indikatoren Begründungs-, Respektniveau und Lösungsorientierung in der Anschlussberichterstattung auf.	beibehalten (ns)		
Hypothese 15: Je häufiger in den Presseaussendungen an der Wahrhaftigkeit gezweifelt wird, desto höhere Ausprägungen weisen die VOI-Indikatoren Begründungs-, Respektniveau und Lösungsorientierung in der Anschlussberichterstattung auf.	beibehalten (ns)		

Tabelle 26: Übersicht der Ergebnisse zur FF3 und den Hypothesen 11-15 (Stimulationsfunktion von Zweifeln)

(Sterne markieren signifikante Unterschiede zw. Regierung und Opposition: $\alpha \leq 0,05$:*, $\alpha \leq 0,01$:**, $\alpha \leq 0,001$:***; ns=nicht signifikant)

Diese Forschungsfrage übergreift Presseaussendungen und Berichterstattung, indem sie dem stimulierenden Einfluss von in den Presseaussendungen geäußerten Zweifel auf die anderen VOI-Indikatoren Begründungsniveau, Ausmaß an Lösungsorientierung und Respektniveau in der Anschlussberichterstattung nachgeht. Der Forschungsfrage zur qualitätsstimulierenden Funktion wurde als Zusatzfrage im Rahmen des

Forschungsprozesses formuliert. Da für ihre Untersuchung die Stichprobenziehung keine künstlichen Wochen hätte umfassen dürfen (wie in der vorliegenden Stichprobe jedoch gegeben), wurde in kleinem Umfang ein quasi-exploratives Subdesign mit entsprechenden Nachcodierungen entwickelt. Im Rahmen dessen wurden Verlinkungen zwischen thematisch und zeitlich zusammenpassenden Presseaussendungen und Zeitungsartikeln gebildet. Dies ergab eine geringe Stichprobe, welche als zentraler Grund für die Nichtbestätigung der Forschungsfrage 3 sowie der zugehörigen Hypothesen angesehen werden kann (siehe Tabelle 26).

Forschungsleitende Fragestellung:

Wie verständigungsorientiert ist die öffentliche politische Kommunikation in Österreich?

Die übergreifende forschungsleitende Fragestellung kann basierend auf den Teilergebnissen sowie den einzelnen VOI- und VOI-Indikatorenwerte dahingehend beantwortet werden, dass mit einer durchschnittlichen Ausschöpfung von einem Viertel des Verständigungsorientierungspotentials Defizite in der Verständigungsorientierung der öffentlichen politischen Kommunikation bestehen. Dabei ist nicht nur eine mangelnde Verständigungsorientierung in der Öffentlichkeitsarbeit der Parlamentsparteien zu konstatieren. Da auch die Zeitungsberichterstattung keine deutlich höheren Werte aufweist, wirken überdies die Journalisten wenig korrigierend auf die mangelhafte Qualität der parteilichen Presseprodukte und werden ihrer als Qualitätsanwälte des öffentlichen Diskurses kaum gerecht. Der differenzierte Blick auf die Substichproben zeigt jedoch das Qualitätsjournalisten ihrer Verantwortung für die demokratische Gesellschaft noch signifikant stärker nachkommen als Boulevardjournalisten. Der Vergleich der Berichterstattung mit den Presseaussendungen der Regierungs- und Oppositionsparteien verweist dabei auf einen überraschenden Gleichklang der Verständigungsorientierung in der Oppositions-PR mit jener im Qualitätsjournalismus. Tendenziell kommunizieren demnach Oppositionsparteien verständigungsorientierter und damit qualitativ hochwertiger als Regierungsparteien, obwohl letztere als

Machthabende ein verfassungsrechtlich zugewiesenes Rechtfertigungsgebot gegenüber der sie mit Macht ausstattenden Bevölkerung haben.

8 Reflexion des Forschungsprozesses & Forschungsanregungen

Der Zugang zur Qualität des politischen Diskurses über die Verständigungsorientierung und damit über diskursethische Ideale besitzt ein großes Potential, durch Aufzeigung kritischer Faktoren die öffentliche politische Kommunikationskultur in Österreich wie auch in anderen Nationen zu fördern. Die qualitativ hochwertige politische Kommunikationskultur ist wiederum ausschlaggebend für eine qualitativ hochwertige Politik. Das zentrale Konstrukt ist dabei der Index für Verständigungsorientierung (VOI), welcher die kritischen Faktoren in Form von quasi-objektiven, eindeutigen Prozentwerten darstellt. Der VOI wurde im Rahmen des von Roland Burkart und Uta Rußmann geleiteten Forschungsprojektes „Qualität des öffentlichen politischen Diskurses in der Wahlkampfkommunikation über vier Jahrzehnte (1966-2008)“ eigens zur systematischen, diskursethisch verankerten Erforschung der Qualität politischer Kommunikation entwickelt (vgl. Burkart/Rußmann 2010a; und: vgl. Burkart et al 2010). Er ist entsprechend ein sehr junges Konstrukt, für dessen Optimierung kritisch-reflektierende Anregungen zum Design ebenso wichtig sind wie seine wiederholte Anwendung in verschiedenen Kontexten und mit unterschiedlichen Forschungsschwerpunkten.

8.1 Kritische Anmerkungen zum Forschungsdesign und Forschungsprozess

Das erste Optimierungspotential betrifft das **Aufgreifkriterium**: Die automatische Suche nach den Stichwörtern „Budget“ oder „Bundesfinanzgesetz“ in den Datenbanken APA-OTS und APA DeFacto-Campus ergibt insbesondere im Fall von letzterer eine große Anzahl von Beiträgen, die andere Budgets als den Bundeshaushalt

2011 betreffen. Daher sollte womöglich eine gezieltere Stichwortkombination gewählt werden. Die „UND“-Kombination von Suchwörtern bedeutet eine Spezifizierung des Suchergebnisses, gleichzeitig aber auch die Gefahr, thematisch relevante Beiträge wegzufiltern. Weiters würde sich ein **Ausschluss bestimmter Ressorts** bei der automatischen Suche anbieten. Im vorliegenden Fall inkludierte das Suchergebnis beispielsweise viele Beiträge zu den Budgets diverser Sportmannschaften. Jedoch ist auch hier zu beachten, dass allgemeingesellschaftsrelevante Themen in verschiedenen Kontexten diskutiert werden. Der Ressortausschluss ist daher vorsichtig vorzunehmen, die überflüssige Inkludierung ist dabei besser als der Informationsverlust durch die zu fälschlicherweise vorgenommene Exkludierung.

Kritisch ist außerdem die **Nichteindimensionalität des Respektmaßes** zu betrachten, welche sowohl in der vorliegenden Untersuchung als auch bei Burkart et al (2010, S.271) sowie bei Steenbergen et al (2003, S.40) auftritt. Potentielle Gründe können zunächst in der Kombination von respektvollen und respektlosen in einem Wert vermutet werden. Dies begründete auch meine Motivation, zusätzlich zum initialen Respektmaß zwei Teilindikatoren mit Trennung von respektvollen und respektlosen Äußerungen zu berechnen. Schlussendlich verändert dies die diametrale Tendenz des Respektmaßes nicht, da diese Umkodierung im Wesentlichen eine Verschiebung der erreichbaren Werte bedeutet. Ein weiterer operationalisierungsbedingter Grund könnte die Gewichtung respektvoller Aussagen durch die Kodierung von „implizitem Respekt“ sein, womöglich liegt die Ursache jedoch auch im Respektphänomen selber. Dies gilt es, durch künftige Forschung herauszufinden.

Weiters wäre zu überlegen, die **Begründungscodierung** nicht an ihren **Positionsbezug** zu binden. Auch Gerhards (2005, S.312) stellt fest, dass „[...] von Akteuren Begründungen ins Feld geführt [werden], die gleichsam freischwebend nicht unmittelbar mit einer Position zu einem propositionalen Gehalt verbunden sind [...]“. Dies wird auch dadurch gefördert, dass innerhalb eines Beitrags häufig mehrere Positionen geäußert werden. In diesem Sinne fährt Gerhards (2005, S.312) folgendermaßen fort: „Eine der wichtigsten Techniken, die Akteure bei der Interpretation [...] von Themen verwenden, besteht nicht darin, dass sie ihre Pro- oder Contra-Position [...] begründen, sondern dass sie das Thema selbst in sehr

unterschiedliche Rahmen rücken und damit auf unterschiedliche Weisen interpretieren.“ Demgemäß würde es sich anbieten, alle Begründungen eines Beitrags zu erheben, womöglich mit zusätzlicher Codierung der Position, auf die sie Bezug nehmen.

8.2 Anregung für weitere Forschung

Die Ideen für weiterführende Forschung basieren zum einen auf der Neuartigkeit und vielfältigen Einsetzbarkeit des VOIs, zum anderen auf spezifischen Charakteristika des fokussierten Themas, der öffentlichen Diskussion zum Bundesfinanzgesetz 2011.

Die ersten Anregungen betreffen die Erweiterung des Untersuchungsgegenstandes in das Web 2.0, insbesondere auf **Social Networks**: Es erfolgt heute viel Kommunikation über Social Networks, Blogs, etc. Die dabei thematisierten und diskutierten Inhalte bringen die Publikumsagenda zum Ausdruck. Darüber hinaus bieten die Web 2.0-Anwendungen (insbesondere das soziale Netzwerk Facebook) auch die Möglichkeit eines alternativen PR-Forums, in welchem Unternehmen wie auch Politiker zu aktuellen Themen, Kritiken und Problemen direkt Stellung nehmen können. Weiters ermöglichen sie auch kleineren, womöglich von der Regierung vernachlässigten Interessengruppierungen die Möglichkeit, ihre Interessen zu verbreiten und dafür zu mobilisieren. Es kommt also eine zusätzliche Kontrollinstanz hinzu, welche einerseits direkt Reaktionen der Politiker auslösen, andererseits auch durch Aufgriff der Web 2.0-Agenda in den Medien einen Multiplikatoreffekt für die eigenen Anliegen erreichen kann. In Hinblick auf die öffentliche Kommunikation zu den Budgetverhandlungen wäre es beispielsweise von Interesse, Web 2.0-Aktivitäten von demonstrierenden Bürgergruppierungen wie die Facebook-Gruppen „Die Uni brennt!“ oder die Gruppe der SPL PKW mitzuberechnen.

Neben ihren Netzaktivitäten stellen auch die „offiziellen“ **Presseaussendungen von Interessensgruppen und Bürgerinitiativen** eine weitere interessante Materialquelle dar, welche zu weiten Teilen auch über APA OTS zugänglich sind. Sie könnten insbesondere für die Elaboration des Subdesigns zur Untersuchung der Stimulationsfunktion des Zweifels (Forschungsfrage 3) relevant sein. Ratsam wäre in

diesem Fall eine Vollerhebung der Aussendungen von Sozialpartnerschaften, Familienvertretern, Studentengruppierungen und anderen Interessensgruppierungen ebenso wie der Pressemitteilungen der Politiker und Parteien. In diesem Zusammenhang wäre womöglich die parteiliche Zuordnung bestimmter Verbände mitzubestimmen. Im Idealfall wären auch Protokolle der thematisch zugehörigen Parlamentsdebatten zu codieren, da diese ebenfalls wichtige Quellen medialer Berichterstattung darstellen.

Außerdem bedarf die **thematisch-inhaltliche Verlinkung** zum Zweifelstimulations-Subdesign erhöhter bzw. tiefergehender Systematik. Die Vernetzung basierend auf zugeordneten Hauptthemen ist womöglich zu ungenau, entsprechend würde sich die Heranziehung von Verlinkungskriterien auf tieferen Analyseebenen anbieten. Ein erster weiterer Versuch der Verlinkung der Autorin basierte auf der Namenssuche der involvierten Politiker, welche jedoch als eher oberflächlich und wenig ergiebig einzustufen ist.

Eine weitere, insbesondere für die Untersuchung der qualitätsförderlichen Funktion des Zweifels spannendes Materialgrundlage sind die im Vorfeld von Wahlen üblichen **TV-Konfrontation der Spitzenkandidaten**, wobei ein Fokus auf die Interaktionsabfolgen im Rahmen der „Elefantenrunde“ ebenso Interesse weckend wäre wie die bezugnehmende Analyse einzelner Kandidatenduelle sowie der Folgeberichterstattung. Im Zuge dessen könnte auch eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Parteien aufschlussreich sein, wobei insbesondere die Gegenüberstellung von den in mehrfacher Hinsicht diametralen Oppositionsparteien **FPÖ/BZÖ versus Grüne** große Unterschiede der parteilichen Kommunikationskultur erwarten ließe.

9 Resümee

Das Interesse an der Untersuchung der Qualität der öffentlichen Debatte zum Bundesfinanzgesetz 2011 wurde einerseits durch die zeitliche Aktualität, andererseits durch den allgemeinen kritisierend-negativen Tenor in der Öffentlichkeit geweckt: Neben Oppositionspolitikern waren zahlreiche Bürgerinitiativen bis zuletzt aktiv, um gegen die rücksichtslose Übergehung diverser Interessensgruppen und deren Einwände zu protestieren. Die politischen Entscheidungen zum Budget können also als von der Allgemeinbevölkerung nicht legitimiert betrachtet werden. Diese Legitimisierung politischer Entscheidungen erfolgt in Mediendemokratien durch öffentliche politische Kommunikation (vgl. Sarcinelli 2009, S.85f), daher ist im vorliegenden Fall eine defizitäre öffentliche Kommunikation zum Bundesfinanzgesetz zu anzunehmen. Die Qualität der öffentlichen politischen Kommunikation ist demnach ausschlaggebend für die Qualität der Politik. Der Zugang zur Qualität des politischen Diskurses erfolgt in der vorliegenden Arbeit – angelehnt an das Großprojekt „Qualität des öffentlichen politischen Diskurses in der Wahlkampfkommunikation über vier Jahrzehnte (1966-2008) von Burkart und Rußmann (2010a) – über die Verständigungsorientierung und damit über diskursethische Ideale. Im Rahmen dieses Forschungsprojekts wurde ein Index für Verständigungsorientierung (VOI) entwickelt, welcher mehrere Qualitätsmerkmale zu einem Wert für Verständigungsorientierung zusammenfasst, wobei die Verständigungsorientierung als übergeordneter Qualitätsleitwert betrachtet wird. (vgl. Burkart et al 2010, S.259ff)

Vorliegend wurde der VOI auf die öffentliche Bundesbudgetdebatte 2011 angewendet, konkret auf die Presseaussendungen der Parlamentsparteien sowie auf die politische Berichterstattung der Qualitätspresse Standard und der Boulevardzeitung Krone. Der VOI erreicht dabei den geringen Wert von einem Viertel des maximalen Verständigungsorientierungspotentials. Die forschungsleitende Fragestellung (*Wie verständigungsorientiert ist die öffentliche politische Kommunikation in Österreich?*) kann daher damit beantwortet werden, dass in der österreichischen politischen Kommunikation große Defizite vorliegen. Die Werte der Presseaussendungen und der Zeitungsartikel erreichend dabei ähnlich niedrige Werte, entsprechend kommen

Journalisten ihren Funktionen der Korrektur von diskursiven Defiziten sowie der Qualitätssicherung und -förderung des öffentlichen kommunikativen Austauschs unzureichend nach.

Der Vergleich von Presseaussendungen und Berichterstattung zeigt eine Ähnlichkeit der Kommunikationskultur der Opposition mit jener des Qualitätsjournalismus: Ihre Kommunikate zeichnen sich durch eine insgesamt höhere Verständigungsorientierung, ein höheres Begründungsniveau sowie ein häufigeres Zweifeln als jene der Regierung bzw. des Boulevardjournalismus' aus, was die Forschungsfragen eins (*Unterscheiden sich die Presseaussendungen der Regierungsparteien und die Presseaussendungen der Oppositionsparteien in ihrem Ausmaß an Verständigungsorientierung? Wenn ja, kommunizieren die Regierungs- oder die Oppositionsparteien verständigungsorientierter?*) und zwei (*Weist die politische Berichterstattung von Qualitätszeitungen ein höheres Ausmaß an Verständigungsorientierung auf als jene von Boulevardzeitungen?*) bejahend folgendermaßen beantworten lässt:

Qualitätszeitungen und die Presseaussendungen der Oppositionsparteien weisen ein höheres Ausmaß an Verständigungsorientierung auf als Boulevardzeitungen und die Presseaussendungen der Regierungsparteien.

Der in einem kleinen Subdesign nachgegangenen Frage nach der stimulierenden Funktion des Zweifelns auf die anderen Qualitätsindikatoren brachte keine systematischen Ergebnisse.

Konkludierend ist festzuhalten, dass die Qualität der öffentlichen politischen Kommunikation große Defizite aufweist und folglich auch eine defizitäre demokratische Politik bedingt. Der VOI liefert dabei die Möglichkeit, diese Defizite nummerisch und damit quasi-objektiv aufzuzeigen. Ihm ist daher ein großes Potential zur Verbesserung der politischen Kommunikationskultur inhärent, was für das Weiterbestehen und Funktionieren von Demokratien wie Österreich ein essentielles Anliegen darstellt.

10 Verzeichnisse

10.1 Literaturverzeichnis

1. APA-OTS (2011): Services: URL: <http://service.ots.at/> (verf. am 28.03.2011)
2. Atteslander, Peter (2006): Methoden der empirischen Sozialforschung. 11.Auflage. Berlin: Erich Schmidt Verlag.
3. Bächtiger, André/ Pedrini, Seraina/ Ryser, Mirjam (2010): Prozessanalyse politischer Entscheidungen: Deliberative Standards, Diskurstypen und Sequenzialisierung. In: Behnke, Joachim/ Bräuninger, Thomas/ Shikano, Susumu (Hg.): Jahrbuch für Handlungs- und Entscheidungstheorie. Band 6: Schwerpunkt Neuere Entwicklungen des Konzepts der Rationalität und ihre Anwendungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/ Springer Fachmedien. S.193-226.
4. Bächtiger, André/ Tschentscher, Axel (2007): Deliberative Demokratie zwischen Faktizität und Geltung. In: Becchi, Paolo/ Grabner, Christoph Beat/ Luminati, Michele (Hg.): Interdisziplinäre Wege in der juristischen Grundlagenforschung. = Luzerner Beiträge zur Rechtswissenschaft (LBR) Band 25. S.99-121.
5. Bächtiger, André/ Hangartner, Dominik (2010): When Deliberative Theory Meets Empirical Political Science: Theoretical and Methodological Challenges in Political Deliberation. In: Political Studies, 58(4). S.609-629.
6. Bankhofer, Udo/ Vogel, Jürgen (2008): Datenanalyse und Statistik. Eine Einführung für Ökonomen im Bachelor. Wiesbaden: Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler/ GWV Fachverlage.
7. Baumgartner, Gerhard/ Grabenwarter, Christof/ Griller, Stefan/ Holoubek, Michael/ Lienbacher, Georg/ Potacs, Michael (2010): Europäisches und öffentliches Wirtschaftsrecht II. 6. neu bearbeitete Auflage. Wien: Springer-Verlag.
8. Becker, Michael/ Schmidt, Johannes/ Zintl, Reinhard (2009): Politische Philosophie. 2.Auflage. Paderborn: UTB/ Verlag Ferdinand Schöningh.

9. Benson, Rodney (2004): Bringing the Sociology of Media Back In. In: Political Communication, 21(3), S.275–292.
10. Benz, Arthur (2001): Der moderne Staat. Grundlagen der politologischen Analyse. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
11. Bentele, Günter (1998): Politische Öffentlichkeitsarbeit. In: Sarcinelli, Ulrich (Hg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur Kommunikationskultur. Opladen: Westdeutscher Verlag. S.124-145.
12. Binder, Bruno (1999): Wirtschaftsrecht. Systematische Darstellung. 2.überarbeitete und aktualisiert Auflage. Wien: Springer Verlag.
13. Bortz, Jürgen/ Döring, Nicole (2006): Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler. 4. Auflage: Heidelberg: Springer Medizin Verlag.
14. Bortz, Jürgen (2005): Statistik für Sozial- und Humanwissenschaftler. 6.Auflage. Heidelberg: Springer Medizin Verlag.
15. Bortz, Jürgen/ Döring, Nicole (2005): Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler. 3. Auflage. Heidelberg: Springer Verlag.
16. Bortz, Jürgen/ Schuster, Christian (2010): Statistik für Sozial- und Humanwissenschaftler. 7.vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Berlin/ Heidelberg: Springer Verlag.
17. Brosda, Carsten (2008): Diskursiver Journalismus. Journalistisches Handeln zwischen kommunikativer Vernunft und mediensystemischem Zwang. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWF Fachverlage.
18. Brosius, Hans-Bernd/ Koschel, Frederike/ Haas, Alexander (2009): Methoden der empirischen Kommunikationsforschung. Eine Einführung. 5.Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWF Fachverlage.
19. Bucher, Hans-Jürgen (2003): Journalistische Qualität und Theorien des Journalismus. In: Bucher, Hans-Jürgen/ Altmeppen, Klaus-Dieter (Hg.): Qualität im Journalismus. Grundlagen-Dimensionen-Praxismodelle. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag/ GWF Fachverlage. S.11-34.

20. Bühner, Markus/ Ziegler, Matthias (2009): Statistik für Psychologen und Sozialwissenschaftler. München: Pearson Education Deutschland.
21. Bundesministerium für Inneres (2010): Wahlen. Nationalratswahl 2008 - Wahltag, Stichtag, endgültiges Gesamtergebnis. URL: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/2008/End_Gesamt.aspx (verf. am 1.6.2011)
22. Burkart, Roland (1998): Von verständigungsorientierter Öffentlichkeitsarbeit zum diskursiven Journalismus. In: Duchkowitsch, Wolfgang/ Hausjell, Fritz/ Hömberg, Walter / Kutsch, Arnulf/ Neverla, Irene (Hg.): Journalismus als Kultur. Analysen und Essays. Festschrift für Wolfgang R. Langenbacher zum 60. Geburtstag. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
23. Burkart, Roland (2002): Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder. Umriss einer interdisziplinären Sozialwissenschaft. 4. überarbeitete und aktualisierte Auflage. Wien: Böhlau Verlag.
24. Burkart, Roland (2005): Verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit. In: Bentele, Günther/ Fröhlich, Romy/ Szyszka, Peter (Hg.): Handbuch der Public Relations. Wissenschaftliche Grundlagen und berufliches Handeln. Mit Lexikon. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag/ GWF Fachverlage. S.223-240.
25. Burkart, Roland/ Rußmann, Uta (2010a): Forschungsprojekt Qualität des öffentlichen politischen Diskurses in der Wahlkampfkommunikation über vier Jahrzehnte (1966-2008). URL: <http://www.univie.ac.at/publizistik/ForschungsProjektBurkart.htm> (verf. am 14.11.2010)
26. Burkart, Roland/ Rußmann, Uta (2010b): Journalism, democracy and the role of doubts: An analysis of political campaign communication in Austria. In: Studies in Communication Sciences, 10(1), S.11-27.
27. Burkart, Roland/ Rußmann, Uta (2010c): Qualität des österreichischen politischen Diskurses in der österreichischen Wahlkampfkommunikation. Codebuch: Presseaussendungen. (erscheint bis Oktober 2012)

28. Burkart, Roland/ Rußmann, Uta (2010d): Qualität des österreichischen politischen Diskurses in der österreichischen Wahlkampfkommunikation. Codebuch: Zeitungen. (erscheint bis Oktober 2012)
29. Burkart, Roland/ Rußmann, Uta/ Grimm, Jürgen (2010): Wie verständigungsorientiert ist Journalismus? Ein Qualitätsindex am Beispiel der Berichterstattung über Europa im Österreichischen Nationalratswahlkampf 2008. In: Pöttker, Horst/ Schwarzenegger, Christian (Hg.): Europäische Öffentlichkeit und journalistische Verantwortung. S.256-280.
30. Dachs, Herbert (2006): Grünalternative Parteien. In: Dachs, Herbert/ Gerlich, Peter/ Gottweis, Helmut Kramer/ Lauber, Volkmar/ Müller, Wolfgang C./ Tálos, Emmerich (Hg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung. S.389-401.
31. Debatin, Bernhard (1995): Die Rationalität der Metapher: eine sprachphilosophische und kommunikationstheoretische Untersuchung. Berlin: de Gruyter.
32. Die Grünen (2001): Grundsatzprogramm der Grünen. Beschlossen beim 20. Bundeskongress der Grünen am 7. und 8. Juli 2001 in Linz. URL: http://www.gruene.at/uploads/media/Gruenes_Grundsatzprogramm2001_01.pdf (verf. am 1.6.2011)
33. Dingwerth, Klaus/ Blauburger, Michael/ Schneider, Christian (2011): Postnationale Demokratie. Eine Einführung am Beispiel von EU, WTO und UNO. (=Grundwissen Politik Band 47) Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/ Springer Fachmedien Wiesbaden .
34. Donsbach, Wolfgang/ Büttner, Karin (2005): Boulevardisierungstrend in deutschen Fernsehnews Darstellungsmerkmale der Politikberichterstattung vor den Bundestagswahlen 1983, 1990 und 1998. In: Publizistik, 50 (1). Codebuch – Grundlagen der Analysen. URL: http://www.donsbach.net/blog/wp-content/uploads/2008/09/codebuch_tv-nachrichten.pdf (verf. am 12.01.2011)

35. Dudenredaktion (1983): Der kleine Duden. Fremdwörterbuch. 2.Auflage. Mannheim: Dudenverlag.
36. Duller, Christine (2008): Einführung in die nichtparametrische Statistik mit SAS und R. Ein anwendungsorientiertes Lehr- und Arbeitsbuch. Heidelberg: Physica-Verlag.
37. Eckstein, Peter P. (2010): Statistik für Wirtschaftswissenschaftler: Eine realdatenbasierte Einführung mit SPSS. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: Gabler Verlag/GWV Fachverlage.
38. Friedrichs, Jürgen (1990): Methoden empirischer Sozialforschung. 14.Auflage. Opladen: Westdeutscher Verlag.
39. Früh, Werner (2004): Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis. Unveränderter Nachdruck der 5. Auflage. Konstanz: UVK Verlag.
40. Früh, Werner (2007): Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis. 6. überarbeitete Auflage. Konstanz: UVK Verlag.
41. Geise, Stephanie (2011): Vision that matters. Die Funktions- und Wirkungslogik Visueller Politischer Kommunikation am Beispiel des Wahlplakats. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/ Springer Fachmedien .
42. Gerhards, Jürgen (1998): Öffentlichkeit. In: Jarren, Otfried/ Sarcinelli, Ulrich/ Saxer, Ulrich (Hg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S.268-274.
43. Gerhards, Jürgen (2004): Diskursanalyse als systematische Inhaltsanalyse. Die öffentliche Debatte über Abtreibungen in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. In: Keller, Reiner/ Hirsland, Andreas/ Schneider, Werner/ Viehöver, Willy (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Forschungspraxis. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage. S.299-324.
44. Gerhards, Jürgen/ Neidhardt, Friedhelm/ Rucht, Dieter (1998): Zwischen Palaver und Diskurs. Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am Beispiel der deutschen

- Diskussion zur Abtreibung. Opladen/ Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
45. Gottschalk-Mazouz, Niels (2000): Diskursethik. Theorien, Entwicklungen, Perspektiven. Berlin: Akademie Verlag.
 46. Graber, Doris A./ Smith, James M. (2005): Political Communication Faces the 21st Century. In: Journal of communication, 55(3), S.479-507.
 47. Habermas, Jürgen (1995): Vorlesungen und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt: Suhrkamp Verlag.
 48. Haeckl, Helmut (2001): Die Bedeutung der Medienforschung für die Öffentlichkeit. In: Hasebrink, Uwe/ Matzen, Christiane (Hg.): Forschungsgegenstand Öffentliche Kommunikation. Funktionen, Aufgaben und Strukturen der Medienforschung. = Symposien des Hans-Bredow-Instituts Band 20. Baden-Baden: Nomos Verlag. S.61-67.
 49. Holzinger, Katharina (2001): Verhandeln statt Argumentieren oder Verhandeln durch Argumentieren? Eine empirische Analyse auf der Basis der Sprechakttheorie. In: Politische Vierteljahresschrift, 42(3), S.414-446.
 50. Horster, Detlef (Hg.): Habermas. Zur Einführung. 3. überarbeitete und erweiterte Neuauflage. Hamburg: Junius Verlag .
 51. Jarren, Otfried/ Donges, Patrick (2006): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. 2. überarbeitete Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWF Fachverlage .
 52. Kambeck, Michael (2004): Politikvermittlung auf EU- und Bundesebene – ein Vergleich in Theorie und Praxis unter besonderer Berücksichtigung des Politikfeldes Informationsgesellschaft. Bonn: Diss. URL:
http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?idn=973471433&dok_var=d1&dok_ext=pdf&filename=973471433.pdf
 pdf(verf. am 28.12.2010)
 53. Kersting, Wolfgang (2010): Diskurstheorie kommunikativen Handelns. (=Lexikonbeitrag). In: Nohlen,Dieter/ Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaften. Theorien, Methoden, Begriffe. Band 1: A-M.

- 4.aktualisierte und erweiterte Auflage. München: Verlag C.H. Beck. S.176-181.
54. Kleinsteuber, Hans J. (2001): Die Bedeutung der Medienforschung für die Medienpolitik. In: Hasebrink, Uwe/ Matzen, Christiane (Hg.): Forschungsgegenstand Öffentliche Kommunikation. Funktionen, Aufgaben und Strukturen der Medienforschung. = Symposien des Hans-Bredow-Instituts Band 20. Baden-Baden: Nomos Verlag. S.39-54.
55. Kolesarova, Lucia (2008): Das Sprechverhalten eines Abgeordneten in Regierung und in Opposition. Untersuchung zu situationsbedingten Unterschieden. Wien: Dissertation.
56. Kuhlmann, Christoph (1999): Die öffentliche Begründung politischen Handelns: Zur Argumentationsrationalität in der politischen Massenkommunikation. Opladen: Westdeutscher Verlag.
57. Landwehr, Claudia (2010): Discourse and Coordination: Modes of Interaction and their Roles in Political Decision-Making. In: The Journal of Political Philosophy, 18(1), S.101-122.
58. Landwehr, Claudia/ Holzinger, Katharina (2010): Institutional determinants of deliberative interaction. In: European Political Science Review, 2 (3), S.373-400.
59. Luther, Kurt Richard (2006): Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ). In: Dachs, Herbert/ Gerlich, Peter/ Gottweis, Helmut Kramer/ Lauber, Volkmar/ Müller, Wolfgang C./ Tálos, Emmerich (Hg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung. S.364-388.
60. Maletzke, (1963): Psychologie der Massenkommunikation. Theorie und Systematik. Hamburg: Hans-Bredow-Institut.
61. Marcinkowski, Frank (2001): Politische Kommunikation und Politische Öffentlichkeit. Überlegungen zur Systematik einer politikwissenschaftlichen Kommunikationsforschung. In: Marcinkowski, Frank (Hg.): Die Politik der Massenmedien. Heribert Schatz zum 65. Geburtstag. Köln: Harlem Verlag. S.237-256.

62. Merten, Klaus/ Schmidt, Siegfried J./ Weischenberg, Siegfried (1994): Die Wirklichkeit der Massenmedien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag.
63. Möres, Cornelia (2006): Das kommunizierende Ich? Zum Kommunikationsbegriff in der Theologie mit Bezug auf die theologische Habermas-Rezeption. Dissertation. Berlin: LIT Verlag.
64. Mutz, Diana (2008): Is Deliberative Democracy a Falsifiable Theory? In: Annual Review of Political Science, 11 (o.Nr.).
65. Parlament der Republik Österreich (2011a): Parlament erklärt: Die Bundesverfassung: Grundprinzipien der Bundesverfassung. URL: <http://www.parlament.gv.at/PERK/VERF/GRUND/> (verf. am 1.6.2011)
66. Parlament der Republik Österreich (2011b): Parlament erklärt: Fragen und Antworten: Budget. URL: <http://www.parlament.gv.at/PERK/FAQ/BUDG/> (verf. am 1.6.2011)
67. Pavlova, Zlatka (2010): Öffentlichkeitsarbeit und diskursiver Journalismus Instrumente zur Förderung der Diskursivität in der politischen Kommunikation. In: Hömberg, Walter/ Hahn, Daniela/ Schaffar, Timon B. (Hg.): Kommunikation und Verständigung. Theorie-Empirie-Praxis. Festschrift für Roland Burkart. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWF Fachverlage . S.183-208.
68. Pelinka, Anton (2002): Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung. Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 31, S. 281-290. URL: <http://www.renner-institut.at/download/texte/pelinka.pdf> (verf. am 7.5.2011)
69. Pelinka, Anton (2008): Gesetzgebung im politischen System Österreich. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Gesetzgebung in Westeuropa. EU-Staaten und Europäische Union. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GMV Fachverlage . S.431-461.
70. Pelinka, Anton/ Rosenberger, Sieglinde (2000): Österreichische Politik. Grundlagen-Strukturen-Trends. Wien: WUV-Universitätsverlag.

71. Perloff, Richard M. (1998): Political communication: politics, press, and public in America. Mahwah, NJ: Lawrence Erlbaum Associates.
72. Plasser, Fritz (2004): Politische Kommunikation in medienzentrierten Demokratien: Einleitung. In: Plasser, Fritz (Hg.): Politische Kommunikation in Österreich. Ein praxisnahes Handbuch. Wien: WUV- Universitätsverlag. S. 21-35.
73. Plasser, Fritz/ Ulram, Peter A. (2006): Das Parteiensystem Österreichs. In: Niedermayer, Oskar/ Stöss, Richard/ Haas, Melanie (Hg.): Die Parteiensysteme Westeuropas. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage . S.352-372.
74. Plasser, Fritz/ Ulram, Peter A./ Seeber, Gilg (1996): (Dis-)Kontinuitäten und neue Spannungslinien im Wählerverhalten: Trendanalysen 1986-1995. In:Plasser, Fritz/ Ulram, Peter A./ Ogris, Günther (Hg.): Wahlkampf und Wählerentscheidung. Analysen zur Nationalratswahl 1995. Wien: Signum Verlag. S.155-209.
75. Pürer, Heinz (2003): Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Ein Handbuch. Konstanz: UVK.
76. Raithel, Jürgen (2008): Quantitative Forschung: Ein Praxiskurs. 2.Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWF Fachverlage .
77. Rechtsinformationssystem des Bundeskanzleramtes (2008): Bundesrecht konsolidiert. Bundesverfassungsgesetz Artikel 42. URL: <http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR40094600> (verf. am: 15.1.2011)
78. Rechtsinformationssystem des Bundeskanzleramtes (1986): Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich. 84.Stück. URL: http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1986_213_0/1986_213_0.pdf (verf. am 1.6.2011)
79. Reese-Schäfer, Walter (1991): Jürgen Habermas. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.
80. Reichmann, Alexander/ Salfinger, Brigitte/ Nitsch, Sigrid (2006): die Macht der Wahlenthaltung. In: Kohl, Andreas/ Ofner, Günther/ Burkert-Dottolo, Günther/

- Karner, Stefan (Hg.): Österreichische Jahrbuch für Politik 2006. Eine Publikation der Politischen Akademie. Wien: Verlag für Geschichte und Politik. S.19-42.
81. Reijen, Willem van (1995): Die Aushöhlung der abendländischen Kultur. In: Horster, Detlef (Hg.): Habermas. Zur Einführung. 3. überarbeitete und erweiterte Neuauflage. Hamburg: Junius Verlag . S.75-96.
 82. Reiners, Markus (2008): Verwaltungsstrukturreformen in den deutschen Bundesländern. Radikale Reformen auf der Ebene der staatlichen Mittelinstanz. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWF Fachverlage .
 83. Rössler, Patrick (2005): Inhaltsanalyse. Konstanz: UVK.
 84. Rosumek, Lars/ Ackermann, Eduard (2007): Die Kanzler und die Medien: acht Porträts von Adenauer bis Merkel. Frankfurt/Main: Campus Verlag .
 85. Röttger, Ulrike (2010): Public Relations-Organisation und Profession. Öffentlichkeitsarbeit als Organisationsfunktion. Eine Berufsfeldstudie. 2.Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/ Springer Fachmedien.
 86. Rußmann, Uta (2010): Verständigungsorientierte Kommunikationsprozesse in der öffentlichen politischen Diskussion. Das VÖA-Modell in der Wahlkampfkommunikation. In: Hömberg, Walter/ Hahn, Daniela/ Schaffar, Timon B. (Hg.): Kommunikation und Verständigung. Theorie-Empirie-Praxis. Festschrift für Roland Burkart. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWF Fachverlage . S.171-182.
 87. Sarcinelli, Ulrich (2000): Politikvermittlung und Wahlen- Sonderfall oder Normalität des politischen Prozesses ? Essayistische Anmerkungen und Anregungen für die Forschung. In: Bohrmann, Hans Otfried/ Melischek, Gabriele/ Seethaler, Josef (Hg.): Wahlen und Politikvermittlung durch die Massenmedien. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2000. S.19-30.
 88. Sarcinelli, Ulrich (2009): Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System. 2.überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWF Fachverlage .
 89. Saxer, Ulrich (1998): System, Systemwandel und politische Kommunikation. In:

- Jarren, Otfried/ Sarcinelli, Ulrich/ Saxer, Ulrich (Hg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil.
Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S.21-64.
90. Schäfer, Karl-Hermann (2005): Kommunikation und Interaktion. Grundbegriffe einer Pädagogik des Pragmatismus. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWF Fachverlage .
 91. Schäfer, Thomas (2010): Statistik I. Deskriptive und Explorative Statistik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/ Springer Fachmedien.
 92. Schüttemeyer, Suzanne S. (2011): Opposition. (=Lexikonbeitrag) In: Nohlen, Dieter/ Grotz, Florian (Hg.): Kleines Lexikon der Politik. 5.überarbeitete und erweiterte Auflage. München: Verlag C.H.Beck. S.413-414.
 93. Schultze, Rainer-Olaf (2010): Deliberative Demokratie. (=Lexikonbeitrag) In: Nohlen,Dieter/ Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaften. Theorien, Methoden, Begriffe. Band 1: A-M. 4.aktualisierte und erweiterte Auflage. München: Verlag C.H. Beck. S.133-134.
 94. Schulz, Winfried (2008): Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung. 2. überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWF Fachverlage .
 95. Sommer, Franz (2006): Voll daneben oder knapp vorbei? Die Nationalratswahl 2006 aus der Sicht der empirischen Wahlforschung. In: Kohl, Andreas/ Ofner, Günther/ Burkert-Dottolo, Günther/ Karner, Stefan (Hg.): Österreichische Jahrbuch für Politik 2006. Eine Publikation der Politischen Akademie. Wien: Verlag für Geschichte und Politik. S.3-18.
 96. Spörndli, Markus (2004): Diskurs und Entscheidung. Eine empirische Analyse kommunikativen Handelns im deutschen Vermittlungsausschuss. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage .
 97. Spörndli, Markus (2003): Discourse Quality and Political Decisions: An Empirical Analysis of Debates in the German Conference Committee. Discussion Paper No. SP IV 2003-101. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. URL:

<http://www.ssoar.info/ssoar/files/usbkoeln/2009/353/discoursequalitypoliticaldecisions.pdf> (verf. am 1.12.2010)

98. Statistik Austria/ Arbeitsgemeinschaft Media-Analysen (2009): Reichweite der österreichischen Tageszeitungen 2006 bis 2008. URL: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bildung_und_kultur/kultur/buecher_und_presse/021215.html (verf. am 12.05.2011)
99. Steenbergen, Marco R./ Bächtiger, André/ Spörndli, Markus/ Steiner, Jürgen (2003): Measuring Political Deliberation: A Discourse Quality Index. Comparative European Politics, 1 (1), S.21-48.
100. Steiner, Jörg/ Bächtiger, André/ Spörndli, Markus/ Steenbergen, Marco R. (2004): Deliberative Politics in Action. Analysing Parliamentary Discourse. Cambridge: Cambridge University Press.
101. Thompson, Dennis F. (2008): Deliberative Democratic Theory and Empirical Political Science. In: Annual Reviews of Political Science, 11 (o.Nr.). S.497-520.
102. Thränhardt, Dietrich (1993): Opposition. (=Lexikonbeitrag) In: Andersen, Uwe/ Woyke, Wichard (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Leske+Budrich. S.390-394.
103. Tils, Ralf (2011): Regierung. (=Lexikonbeitrag) In: Nohlen, Dieter/ Grotz, Florian (Hg.): Kleines Lexikon der Politik. 5.überarbeitete und erweiterte Auflage. München: Verlag C.H.Beck. S.519-520.
104. Tomberg, Friedrich (2003): Habermas und der Marxismus. Zur Aktualität einer Rekonstruktion des historischen Materialismus. Würzburg: Königshausen und Neumann .
105. Volli, Ugo (2003): Political communication research. In: Posner, Roland/ Robering, Klaus/ Sebeok, Thomas Albert (Hg.): Semiotik/Semiotics. Ein Handbuch zu den zeichentheoretischen Grundlagen von Natur und Kultur /A Handbook on the Sign-Theoretic Foundations of Nature and Culture. =Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft Band 13.3. Berlin: Walter de Gruyter. S.2924-2926.

106. Weißler, Harmut (1998): Handlungstheorie. Lexikonbeitrag. In: Jarren, Otfried/
Sarcinelli, Ulrich/ Saxer, Ulrich (Hg.): Politische Kommunikation in der
Demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil.
Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S.655.
107. Bentele, Günter (1998): Politische Öffentlichkeitsarbeit in der
Mediendemokratie. In: Sarcinelli, Ulrich (Hg.): Politikvermittlung und Demokratie
in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur.
Opladen: Westdeutscher Verlag. S.124-145.
108. Zöfel, Peter (2000): Statistik verstehen: Ein Begleitbuch zur computergestützten
Anwendung. München: Addison-Wesley Verlag.

10.2 Diagrammverzeichnis

Diagramm 1: Häufigkeiten der aussendenden Parteien (Presseaussendungen) (N=103)	117
Diagramm 2: Häufigkeiten der aussendenden Medien (Zeitungartikel) (N=112)	117
Diagramm 3: Begründungshäufigkeiten (Zeitungartikel) (N=103)	121
Diagramm 4: Begründungshäufigkeiten (Presseaussendungen) (N=112)	121
Diagramm 5: Begründungshäufigkeiten nach Medien, getrennt nach journalistischer/ politischer Perspektive (JP/PP) (Zeitungartikel) (N=181)	121
Diagramm 6: Begründungshäufigkeiten nach Parteien (Presseaussendungen) (N=254)	121
Diagramm 7: Häufigkeiten der Lösungs-vorschläge (Presseaussendungen) (N=112)	125
Diagramm 8: Häufigkeiten der Lösungsvor-schläge (Zeitungartikel) (N=103)	125
Diagramm 9: Häufigkeiten der Lösungsvorschläge nach Parteien (Presseaussendungen) (N=84)	125
Diagramm 10: Häufigkeiten der Lösungsvorschläge nach Medien, getrennt nach journalistischer/ politischer Perspektive (JP/PP) (Zeitungartikel) (N=78)	125
Diagramm 11: Häufigkeiten der Respekt-äußerungen (Zeitungartikel) (N=103)	129
Diagramm 12: Häufigkeiten der Respekt-äußerungen (Presseaussendungen) (N=112)	129
Diagramm 13: Häufigkeiten der Respektäußerungen nach Parteien (Presseaussendungen) (N=180)	129
Diagramm 14: Häufigkeiten der Respektäußerungen nach Medien, getrennt nach journalistischer/politischer Perspektive (JP/PP) (Zeitungartikel) (N=150)	129
Diagramm 15: Häufigkeiten der Zweifeläußerungen (PA) (N=112)	135
Diagramm 16: Häufigkeiten der Zweifeläußerungen (ZA) (N=103)	135
Diagramm 17: Zweifelhäufigkeiten nach Parteien (Presseaussendungen) (N=202)	135
Diagramm 18: Zweifelhäufigkeiten nach Medien, getrennt nach journalistischer/politischer Perspektive (JP/PP) (Zeitungartikel) (N=130)	136

10.3 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Politische Kommunikation als Überbegriff (Marcinkowski 2001, S.246) ..15	
Abbildung 2: PR-Kommunikation aus der VÖA-Perspektive (Burkart 2005, S.230).....49	
Abbildung 3: Die VOI-Qualitätsindikatoren (in Anlehnung an die Abbildung von Burkart et al 2010, S.266)64	
Abbildung 4: geäußerte Zweifel in PAs und Tageszeitungen (Burkart/Rußmann 2010b, S.24)72	

10.4 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Zum Verhältnis von Politik und Kommunikation (Sarcinelli 2009, S. 120)23	
Tabelle 2: politisches Handeln und Politikvermittlung (Sarcinelli 2009, S.130).....26	
Tabelle 3: Ausprägungen der Qualitätskomponenten der einzelnen Diskurstypen (Bächtiger et al 2010, S.208)59	
Tabelle 4: VOI der Europa-Berichterstattung österreichischer Tageszeitungen (Burkart et al 2010, S.271)73	
Tabelle 5: Qualitätsindikatoren empirischer Untersuchungen75	
Tabelle 6: Künstliche Wochen (vgl. Donsbach/Büttner 2005, o.S.)98	
Tabelle 7: Beispiel thematisch-zeitliche Verlinkung von Presseaussendungen und Zeitungsartikel.....100	
Tabelle 8: Intracoderreliabilität nach dem Pretest111	
Tabelle 9: Intracoderreliabilität nach der Haupthebungsphase113	
Tabelle 10: VOI-Mittelwerte Presseaussendungen und Zeitungsartikel (Sterne markieren signifikante Unterschiede zw. Regierung und Opposition: $\alpha \leq 0,05$ *, $\alpha \leq 0,01$ **, $\alpha \leq 0,001$ ***; ns= nicht signifikant)119	
Tabelle 11: Begründungsspezifik nach Parteien (N=254)122	
Tabelle 12: Begründungsspezifik nach Medien (N=181)122	
Tabelle 13: Begründungsindikatorwerte nach Parteien und Medien (N=215; Sterne markieren signifikante Unterschiede zw. Regierung und Opposition: $\alpha \leq 0,05$ *, $\alpha \leq 0,01$ **, $\alpha \leq 0,001$ ***; ns= nicht signifikant)123	
Tabelle 14: vage und konkrete Lösungsvorschläge (LV) nach Parteien126	

Tabelle 15: vage und konkrete Lösungsvorschläge nach Medien (N=76)	126
Tabelle 16: Lösungsorientierungsindikatorwerte nach Parteien (N=254; Sterne markieren signifikante Unterschiede zw. Regierung und Opposition: $\alpha \leq 0,05$ *, $\alpha \leq 0,01$ **, $\alpha \leq 0,001$ ***).....	127
Tabelle 17: Wertung der Respektäußerungen nach Parteien (N=560)	131
Tabelle 18: Bewertung der Respektäußerungen nach Medien (N=515).....	132
Tabelle 19: Respektindikatorwerte nach Parteien und Medien (N=215; Sterne markieren signifikante Unterschiede zw. Regierung und Opposition: $\alpha \leq 0,05$ *, $\alpha \leq 0,01$ **, $\alpha \leq 0,001$ ***; ns= nicht signifikant)	134
Tabelle 20: Zweifelarten nach Parteien (N=202).....	137
Tabelle 21: Zweifelarten nach Medien (N=130).....	137
Tabelle 22: Zweifelindikatorwerte nach Parteien und Medien (N=215; Sterne markieren signifikante Unterschiede zw. Regierung und Opposition: $\alpha \leq 0,05$ *, $\alpha \leq 0,01$ **, $\alpha \leq 0,001$ ***; ns= nicht signifikant)	139
Tabelle 23: VOI- und Indikator-Werte (Sterne markieren signifikante Unterschiede zw. Regierung und Opposition: $\alpha \leq 0,05$ *, $\alpha \leq 0,01$ **, $\alpha \leq 0,001$ ***; ns=nicht signifikant; fette Schrift= signifikant höhere Werte)	140
Tabelle 24: Übersicht der Ergebnisse zur FF1 und den Hypothesen 1-5 (Presseaussendungen) (Sterne markieren signifikante Unterschiede zw. Regierung und Opposition: $\alpha \leq 0,05$ *, $\alpha \leq 0,01$ **, $\alpha \leq 0,001$ ***; ns=nicht signifikant)	152
Tabelle 25: Übersicht der Ergebnisse zur FF2 und den Hypothesen 6-10 (Zeitungsartikel) (Sterne markieren signifikante Unterschiede zw. Regierung und Opposition: $\alpha \leq 0,05$ *, $\alpha \leq 0,01$ **, $\alpha \leq 0,001$ ***; ns=nicht signifikant)	153
Tabelle 26: Übersicht der Ergebnisse zur FF3 und den Hypothesen 11-15 (Stimulationsfunktion von Zweifeln) (Sterne markieren signifikante Unterschiede zw. Regierung und Opposition: $\alpha \leq 0,05$ *, $\alpha \leq 0,01$ **, $\alpha \leq 0,001$ ***; ns=nicht signifikant).155	

10.5 Abkürzungsverzeichnis

Anm. d. Verf.	Anmerkung des Verfassers/ der Verfasserin
et al	und andere
Fn	Fußnote
o.J.	ohne Jahresangabe
o.Nr.	ohne Heftnummer (Issue)
o.S.	ohne Seitenangabe
PA	Presseaussendung
vgl.	vergleiche (indirektes Zitat)
VOI	Index für Verständigungsorientierung
VOI3	Index für Verständigungsorientierung exklusive Respektindikator
VOI _{BRL}	Index für Verständigungsorientierung exklusive Zweifelindikator
ZA	Zeitungsartikel
zit. nach	zitiert nach (Sekundärzitat)

11 Abstract

Verfasserin	Katja Henschl
Titel	Verständigungsorientierung in der politischen Kommunikation – eine inhaltsanalytische Untersuchung der öffentlichen Debatte zum Bundesfinanzgesetz 2011
Umfang	180 Seiten
Typ	Magisterarbeit am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität
Ort, Jahr	Wien, 2011
Begutachter	Roland Burkart
Fachbereich	
Schlagwörter	öffentliche politische Kommunikation, Budget, Bundesfinanzgesetz, Diskurs, Deliberative Demokratie, Index für Verständigungsorientierung, VOI, Geltungsansprüche, Burkart, Habermas

1. Untersuchungsgegenstand

Die vorliegende Magisterarbeit untersucht die Verständigungsorientierung in der öffentlichen politischen Kommunikation zum Bundesfinanzgesetz 2011 in Österreich. Das Bundesfinanzgesetz regelt die Ausgaben des Bundes für ein Finanzjahr. (vgl. Baumgartner et al 2010, S.100) Im Rahmen der „vorparlamentarischen Phase“ dient die diskursive Einbeziehung der betroffenen Interessengruppen in ein Gesetzesvorhaben als wichtige Grundlage für dessen Legitimitätszuerkennung. (vgl. Pelinka 2008, S.447) In Mediendemokratien wirkt dabei die massenmediale politische Kommunikation als zentrales, korrigierend-ergänzendes Verfahren zur kommunikativen Legitimitätsgewinnung für politische Entscheidungen. Der Journalist sorgt im Rahmen dessen nicht nur für einen der Öffentlichkeit zugänglichen Austausch politischer Akteure, sondern, in seiner Rolle als „Diskurs-Anwalt“, gleichzeitig für den Ausgleich von Diskursdefiziten, indem er selbst stellvertretend für das in seinen

Zugangsmöglichkeiten zur politischen Öffentlichkeit eingeschränkte Volk zum aktiven Diskursbeteiligten wird. (vgl. z.B. Sarcinelli 2009, S.85+116; und: vgl. Burkart et al 2010, S.256ff) Dadurch ermöglicht er eine (indirekte) Form der Beteiligung aller Bürger, welche wiederum die legitimierende Basis für deliberative Politik darstellt (vgl. Habermas 1982, S.369, zit. nach Rußmann 2010, S.172).

Das demokratische Rechtfertigungsgebot politischen Handelns gegenüber den Bürgern begründet auch den Qualitätsanspruch an öffentliche parteiliche Kommunikate, wie insbesondere Presseaussendungen. Einer diskursiv hochwertigen, verständigungsorientierten Kommunikation der politischen Akteure ist überdies die Chance inhärent, über erhöhte Akzeptanz-, Legitimitäts- und Kompetenzzuschreibungen von Seiten der Wähler die angestrebte politische Macht zu sichern und auszubauen (vgl. Kleinstaub 2001, S.40).

Die zahlreichen Kritiken und Protestaktionen im Rahmen der öffentlichen Diskussion zum Entwurf des Bundesfinanzgesetzes 2011 sind Hinweise auf ihre qualitativen, diskursiven Defizite. Zur systematischen Untersuchung ihrer Qualität werden die Berichterstattung der Tageszeitungen Standard und Krone sowie die Presseaussendungen der Parlamentsparteien herangezogen. Angelehnt an Burkart und Rußmann (2010a) bzw. Burkart et al (2010, S.256ff) wird dabei das auf der Habermas'schen Diskursethik beruhende Konzept der Verständigungsorientierung als zentrales Qualitätskriterium postuliert.

2. Theorie

Die Untersuchung steht in der Tradition der deliberativen Demokratie, im Rahmen derer der Diskurs die Basis für legitime politische Entscheidungen darstellt. Dementsprechend muss sich auch die verantwortliche Regierung für ihren Entwurf des Bundesfinanzgesetzes im Rahmen des öffentlichen Diskurses Legitimation verschaffen. Ausgehend von Habermas' Diskursethik stellt die Basis eines qualitativ hochwertigen Diskurses die verständigungsorientierte Interaktion dar: In einer verständigungsorientierten und damit diskursiv hochwertigen politischen Diskussion begründen die Akteure ihre Positionen, liefern Vorschläge zur Lösung debattierter Probleme, gehen dabei miteinander respektvoll um und artikulieren auftretende

Zweifel hinsichtlich der Wahrheit des thematisierten Sachverhalts, der Verständlichkeit von Aussagen, der Wahrhaftigkeit eines beteiligten Akteurs sowie der (normativen) Legitimität von Handlungen und vertretenen Standpunkten. (vgl. Burkart/Rußmann/Grimm 2010, S.256+261ff).

3. Ziele/Fragestellungen/Hypothesen

Im Zentrum steht die Frage nach der Verständigungsorientierung als Maß für die Qualität öffentlicher politischer Kommunikation („*Wie verständigungsorientiert ist die öffentliche politische Kommunikation in Österreich?*“). Basierend auf den zwei fokussierten Kommunikaten öffentlicher politischer Kommunikation (Presseaussendungen und Berichterstattung) wird diese forschungsleitende Fragestellung in zwei Forschungsfragen unterteilt:

FF 1: Unterscheiden sich die Presseaussendungen der Regierungsparteien und die Presseaussendungen der Oppositionsparteien in ihrem Ausmaß an Verständigungsorientierung? Wenn ja, kommunizieren die Regierungs- oder die Oppositionsparteien verständigungsorientierter?

FF 2: Weist die politische Berichterstattung von Qualitätszeitungen ein höheres Ausmaß an Verständigungsorientierung auf als jene von Boulevardzeitungen?

Die zugehörigen Hypothesen wurden sowohl für das Ausmaß an Verständigungsorientierung insgesamt als auch für die vier konstituierenden Qualitätsindikatoren getrennt formuliert. Der Forschungsstand zur Qualität der Kommunikation von Regierungs- und Oppositionsparteien ist defizitär, daher sind die zugehörigen Hypothesen ungerichtet. Die Hypothesen zur zweiten Forschungsfrage werden basierend auf den erhöhten Qualitätsanforderungen an Qualitätszeitungen zugunsten des Standard formuliert.

Im Rahmen des Forschungsprozesses ergab sich eine zusätzliche Forschungsfrage zur Stimulationsfunktion des Zweifels für die Qualität des politischen Diskurses:

FF 3: Fördern Zweifel an den Geltungsansprüchen in der öffentlichen politischen Kommunikation eine vermehrte Äußerung von Respekt, Begründungen und Lösungsvorschlägen? Bestehen dabei Unterschiede

zwischen den verschiedenen Zweifelarten?

Es wird vermutet, dass insbesondere Zweifel an der Legitimität und Wahrheit die Qualität stimulieren, wohingegen bei Zweifeln an der Wahrhaftigkeit aufgrund der Nicht-Diskursfähigkeit sogar ein negativer Effekt plausibel wäre.

4. Forschungsdesign

Das Design der vorliegenden Untersuchung orientiert sich an jenem von Burkart und Rußmann (2010a). Kernkonstrukt stellt der von Burkart, Rußmann und Grimm (2010) entwickelte Index für Verständigungsorientierung (VOI) dar. Dieser integriert die vier Qualitätsindikatoren Begründungsniveau, Ausmaß an Lösungsorientierung, Respektniveau sowie Zweifelartikulation zu einem einzigen Wert als Ausdruck für die Verständigungsorientierung und damit für die Qualität politischer Kommunikation. Die Erhebungsmethode ist durch den VOI-Einsatz schon weitgehend vorbestimmt und stellt eine Inhaltsanalyse mit quantitativem Schwerpunkt dar. Als „Hauptphase“ der öffentlichen Kommunikation zum Bundesfinanzgesetz 2011 wird die Zeitspanne vom 11.10.2010, dem Tag nach der davor mediendominanten Wiener Gemeinderatswahlen, bis zum 2.1.2011, vier Tage nach der Gesetzbeurkundung durch den Bundespräsidenten definiert. Zu diesem Endzeitpunkt ist das Gesetz prinzipiell nicht mehr abänderbar, gleichzeitig wird etwaige unmittelbare Anschlusskritik noch erfasst.

5. Ergebnisse

Das Verständigungsorientierungspotential wird in der öffentlichen politischen Kommunikation nur zu etwa einem Viertel ausgeschöpft. Der Vergleich der Presseaussendungen der Parlamentsparteien mit der Zeitungsberichterstattung ergibt keine signifikanten Unterschiede. Journalisten fungieren demnach kaum als Korrektiv der Qualitätsunzulänglichkeit der parteilichen Presseprodukte und werden ihrer Rolle als Diskursanwälte nur defizitär gerecht. Allgemein ist bezugnehmend auf die übergreifende forschungsleitende Fragestellung („*Wie verständigungsorientiert ist die öffentliche politische Kommunikation in Österreich?*“) daher ein defizitäres Ausmaß an Verständigungsorientierung und ein niedriges Qualitätsniveau festzustellen.

Der Vergleich der Presseaussendungen von Regierungs- und Oppositionsparteien zur Beantwortung der ersten Forschungsfrage (*Unterscheiden sich die Presseaussendungen der Regierungsparteien und die Presseaussendungen der Oppositionsparteien in ihrem Ausmaß an Verständigungsorientierung? Wenn ja, kommunizieren die Regierungs- oder die Oppositionsparteien verständigungsorientierter?*) zeigt eine tendenzielle verständigungsorientiertere Kommunikation der Oppositionsparteien als der Regierung, obwohl letztere als Machthabende ein verfassungsrechtlich zugewiesenes Rechtfertigungsgebot bzw. Legitimierungsgebot ihrer politischen Handlungen gegenüber der sie mit Macht ausstattenden Bevölkerung hat.

Die Differenzierung nach Medien zeigt deutliche Qualitätsvorsprünge der Qualitätspresse Standard gegenüber der Boulevardzeitung Krone, daher kann die zweite Forschungsfrage (*Weist die politische Berichterstattung von Qualitätszeitungen ein höheres Ausmaß an Verständigungsorientierung auf als jene von Boulevardzeitungen?*) ebenfalls tendenziell bejaht werden. Qualitätsjournalisten kommen ihrer qualitätskorrigierenden Aufgabe innerhalb der öffentlichen politischen Kommunikation für die demokratische Gesellschaft signifikant stärker nach als Boulevardjournalisten.

Die Stimulationsfunktion des Zweifelns (*Fördern Zweifel an den Geltungsansprüchen in der öffentlichen politischen Kommunikation eine vermehrte Äußerung von Respekt, Begründungen und Lösungsvorschlägen?*) konnte nicht bestätigt werden. Dies ist vermutlich auf den geringen Stichprobenumfang des für diese Forschungsfrage herangezogenen Materials zurückzuführen.

6. Literatur

Baumgartner, Gerhard; Grabenwarter, Christof; Griller, Stefan; Holoubek, Michael; Lienbacher, Georg; Potacs, Michael (2010): Europäisches und öffentliches Wirtschaftsrecht II. 6. neu bearbeitete Auflage. Wien: Springer-Verlag.

Burkart, Roland; Rußmann, Uta (2010a): Forschungsprojekt Qualität des öffentlichen politischen Diskurses in der Wahlkampfkommunikation über vier Jahrzehnte (1966-2008). (URL: <http://www.univie.ac.at/publizistik/ForschungsprojektBurkart.htm>, verf.

am 14.11.2010)

Burkart, Roland; Rußmann, Uta (2010b): Journalism, democracy and the role of doubts: An analysis of political campaign communication in Austria. In: Studies in Communication Sciences, 10(1), S.11-27.

Burkart, Roland/ Rußmann, Uta/ Grimm, Jürgen (2010): Wie verständigungsorientiert ist Journalismus? Ein Qualitätsindex am Beispiel der Berichterstattung über Europa im Österreichischen Nationalratswahlkampf 2008. In: Pöttker, Horst/ Schwarzenegger, Christian (Hg.): Europäische Öffentlichkeit und journalistische Verantwortung. S.256-280.

Kleinsteuber, Hans J. (2001): Die Bedeutung der Medienforschung für die Medienpolitik. In: Hasebrink, Uwe/ Matzen, Christiane (Hg.): Forschungsgegenstand Öffentliche Kommunikation. Funktionen, Aufgaben und Strukturen der Medienforschung. Baden-Baden: Nomos Verlag. S.39-54.

Rußmann, Uta (2010): Verständigungsorientierte Kommunikationsprozesse in der öffentlichen politischen Diskussion. Das VÖA-Modell in der Wahlkampfkommunikation. In: Hömberg, Walter; Hahn, Daniela; Schaffar, Timon B. (Hg.): Kommunikation und Verständigung. Theorie-Empirie-Praxis. Festschrift für Roland Burkart. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWF Fachverlage. S.171-182.

Sarcinelli, Ulrich (2009): Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System. 2.überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWF Fachverlage.

Steenbergen, Marco R./ Bächtiger, André/ Spörndli, Markus/ Steiner, Jürgen (2003): Measuring Political Deliberation: A Discourse Quality Index. Comparative European Politics, 1(1), S.21-48.

12 Anhang

Anhangübersicht:

Anhang A: Codebuch Presseaussendungen

Anhang B: Codebuch Berichterstattung

Anhang C: Lebenslauf

A Lebenslauf

Name: Katja Kornelia Annemarie Henschl

Geburtsdatum: 08.10.1987

Hochschulausbildung

- | | |
|----------------------------|--|
| März 2010 - Oktober 2011 | Magisterstudium Publizistik- und Kommunikationswissenschaft , Universität Wien
Wahrfachschwerpunkte: Psychologie, BWL |
| seit März 2010 | Bachelorstudium Wirtschaftswissenschaften ,
Wirtschaftsuniversität Wien |
| Oktober 2006 - August 2009 | Bakkalaureatsstudium Publizistik- und Kommunikationswissenschaft inkl. Verleihung des Titels „Bakkalaurea der Philosophie“ mit Auszeichnung , Universität Wien
Praxisfelder: PR, TV, KFOR
Wahlfachschwerpunkte: Psychologie, BWL, Jus |
| seit Oktober 2007 | Diplomstudium Psychologie , Universität Wien |

Wissenschaftliche Berufspraxis

- | | |
|------------------------|---|
| März 2010 – April 2011 | Studienassistentin am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft
Universität Wien |
|------------------------|---|

B Codebuch Pressaussendungen²⁸

Die Variablennummerierung erfolgt dreistellig, wobei zusammengehörende Variablen die gleiche Hunderterstelle besitzen:

V1xx: Formale Variablen und Variablen zur Position

V2xx: Variablen zum Qualitätsindikator Begründungsniveau

V3xx: Variablen zum Qualitätsindikator Lösungsvorschläge

V4xx: Variablen zum Qualitätsindikator Respektniveau

V5xx: Variablen zum Qualitätsindikator Zweifel

1. Analyseeinheit

- Pressaussendung: Die formalen Kategorien und die inhaltliche Kategorie „Position“ werden auf Beitragsebene codiert.
- Sinneinheiten: Die inhaltlichen Kategorien ausgenommen „Position“ werden auf der Ebene von inhaltlich-semantischen Bedeutungseinheiten codiert. „Eine Sinneinheit kann man als zusammenhängende Textpassage definieren, in der zum selben Gegenstand etwas ausgesagt wird.“ (Früh 2007, S.94) Rössler benutzt Synonym die Bezeichnung „Aussage“, die mindestens die zwei Komponenten Aussagegegenstand und Bewertung, optional auch Urheber und Aussageobjekt enthält. (vgl. Rössler 2005, S.154ff) „Der Gegenstand einer Aussage ist jener Sachverhalt, den der jeweilige Urheber bewertet.“ (Rössler 2005, S.156) Für die vorliegende Inhaltsanalyse ist insbesondere relevant, dass **„[...] eine neue Aussage [zu] codieren [ist], wenn Urheber, Gegenstand oder Bewertung wechseln“** (Rössler 2005, S.75) Diese Vorgabe ist für die vorliegende Inhaltsanalyse codierleitend, muss jedoch zum Teil eine erweiterten Auffassung erfahren: Wenn eine Aussage nicht alleine, sondern

²⁸ Das vorliegende Codebuch wurde an jenes des für die Arbeit vorbildgebende Forschungsprojekt von Burkart und Rußmann angelehnt (vgl. Burkart+Rußmann 2010c) und weist entsprechend eine große Übereinstimmung damit auf. Der Übersicht halber wird innerhalb des Codebuchs jedoch mit Zitaten sparsam umgegangen.

nur in Kombination mit einer folgenden eine Begründung, einen Lösungsvorschlag, eine Respektäußerung oder eine Zweifeläußerung darstellt, so wird die Kombination als Einheit codiert. Die Codierung der Aussagen erfolgt pro Indikator unabhängig voneinander, entsprechend kann eine Aussage auch mehrmals codiert werden (z.B. als Respektäußerung und als Zweifel).

2. Formale Kategorien

V100_PA-ID: fortlaufende Nummerierung der PAs

V101_Veröffentlichungsdatum der PA: in folgender Form: TT.MM.JJJJ

V102_Überschrift der PA: Hauptüberschrift (ohne Ober- oder Untertitel) im Wortlaut

V103_aussendende Partei

- 01 SPÖ
- 02 ÖVP
- 03 FPÖ
- 04 Grüne
- 05 BZÖ
- 06 KPÖ
- 07 (Parlament)²⁹
- 09 Sonstige

Verlautbarungen und Terminankündigungen werden nicht codiert.

V104_Zentrales Themas der PA

„Hauptthema des [Beitrags] ist dasjenige Thema, das schwerpunktmäßig behandelt wird.“ (Rössler 2005, S.260) Für jede PA wird ein zentrales Thema eingetragen, wobei sich die Themenaufzählung an den öffentlich diskutierten Budgetfestlegungen

²⁹ Presseaussendungen des Parlaments ohne Parteizuordnung wurden nach dem Pretest nicht mehr codiert, da es diese im Pretest Verlautbarungen ohne Positionskommunikation darstellten.

orientiert. Die Codierung des Hauptthemas hat insbesondere den Grund, dass zwar durch die Suchschlagwörter „Budget“ oder „Bundesfinanzgesetz“ bereits eine thematische Eingrenzung gemacht wurde, diese ist jedoch zu umfassend und inkludiert Kommunikate zu anderen Budgets (EU, Vereine, etc.) ebenso wie Beiträge mit nur peripherem Bezug zum Bundesfinanzgesetz.

- 00 Kein Hauptthema ist das Bundesfinanzgesetz 2011 oder ein Teilpunkt davon -> Ende der Codierung
- 01 Einsparungen Bildungs- und Forschungswesen
- 02 Einsparungen Pensionswesen
- 03 Einsparungen Gesundheitswesen (inkl. Pflege und Anliegen für Menschen mit Behinderung)
- 04 Erhöhung Mineralölsteuer
- 05 Einsparungen Entwicklungshilfe
- 06 Erhöhung Bankenabgabe bzw. vermögensbezogene Steuern
- 07 Bundesfinanzgesetz 2011: Zeitaspekte (insbesondere Verspätung [Verabschiedung nach gesetzlichen Frist], 3-Jahresvorausplanung, Hektik bei Budgeterstellung, Wahlenabhängigkeit)
- 08 Bundesfinanzgesetz 2011: sonstiges oder mehrere Teilbereiche des Bundesfinanzgesetzes sind Hauptthema
- 09 Steuererhöhung Stiftungen
- 10 Strukturelle Maßnahmen in Verwaltung der Regierung
- 11 Einsparungen Familien
- 12 Thermische Sanierung
- 13 Einsparungen Bundesheer
- 14 Einsparungen Innenministerium
- 99 Sonstiger Teilbereich des Bundesfinanzgesetzes 2011:

V105_Umfang der PA

Für jede PA wird der Umfang als Zeichenanzahl exklusive Leerzeichen und Autorenverweis sowie inklusive Überschrift(en) und Bildbeschriftungen codiert.

3. Inhaltliche Kategorien

V106_zentrale Position

Eine Position ist ein „themenbezogenere[r] Standpunkt, den der jeweilige Akteur (politischer Akteur oder Journalist) zum zentralen Thema des [...B]eitrag[s] [...] vertritt.“ (Burkart/Rußmann 2010d, S.7) Für jede PA wird eine einzige zentrale Position codiert, die für oder gegen das zentrale Thema ist. Im Falle der Codierung von „Bundesfinanzgesetz 2011: Sonstiges“ als zentrales Thema (V104_), gilt als „Pro“ eine positive Position zum Bundesfinanzgesetz, als „Contra“ eine negative. Zur Feststellung der zentralen Position werden in einem ersten Schritt die Überschriften (inklusive Ober- und Unterüberschrift) herangezogen, bei Unaufschlüssigkeit der Überschriften oder zur Absicherung auch der Beitrag.

- 00 Keine Position vorhanden -> Begründungsvariablen mit „999“ codieren
- 01 Pro (für das zentrale Thema)
- 02 Contra (das zentrale Thema)
- 03 Sonstiges
- 999 Nicht codierbar

V107_Kommunikator

Für jede Position wird der Urheber entsprechend der Akteurliste codiert, das ist jener Akteur, „dem die geäußerte Position ursprünglich zuzuordnen ist.“ (Burkart/Rußmann 2010d, S.8)

Sollte eine Position aus politischer Perspektive sowohl einem Politiker als auch der Partei zugeordnet werden können, wird der Code des Politikers codiert.

Die Fallcodierungen zu den Qualitätsindikatoren erfolgt in der Nennungsreihenfolge der Begründungen, Lösungsvorschläge, Respektäußerungen und Zweifel pro Indikator, wobei maximal fünf Fälle pro Indikator codiert werden.

3.1 Indikator Begründungen

„Eine ‚Begründung‘ besteht [...] in der Angabe von Gründen (Erklärungen)- hier: für die Bewertung von Positionen [...]. Mit Begründungen werden die typischen „Warum?“-Fragen beantwortet [...] Daher werden Begründungen codiert, wenn

- ein Akteur (A) seine eigene Position (AP) erklärt, d.h. wenn er Gründe angibt, warum er einer bestimmten Meinung ist bzw. warum er sich so verhält/verhalten hat.
- ein Akteur (A) die Position eines anderen Akteurs (BP) erklärt, d.h. wenn er Gründe angibt, warum er (A) der Meinung ist, dass sich der andere Akteur (B) so verhält/ verhalten hat.“ (Burkart und Russmann 2010c, S.9f)

Es werden nur jene Begründungen codiert, die sich auf die zentrale Position beziehen.

Nicht codiert werden Begründungen für Begründungen und Wiederholungen.

Wiederholungen von Begründungen werden zwar nicht codiert, wenn allerdings in einer Wiederholung zusätzliche Angaben genannt werden, so zählen diese zum Begründungsargument und beeinflussen somit die Bewertung der Begründung.

Einfache Aufzählungen werden als eine Begründung, das Niveau wird vom höchsten Niveau einer der Aufzählungselemente bestimmt. Einfache Aufzählungen ohne nähere Erläuterung werden als eine Begründung codiert, ihre Bewertung entspricht dem höchsten Begründungsniveau eines der aufgezählten Punkte.

V200_Indikator Begründungen (1): Inhalt

Die Begründungsäußerung wird in Stichworten festgehalten.

- 00 Keine Begründung -> restlichen Variablen zum Indikator Begründung mit „00“ codieren

V201_Indikator Begründungen (1): Bewertung

Das Begründungsniveau wird in drei Ausprägungen codiert:

- 00 Keine Begründung

- 01 Pauschale Begründung:
- Die Begründung der Position erfolgt durch allgemeine, nicht näher spezifizierte Behauptungen (z.B. Verweis auf das Allgemeinwohl, Werte, Pauschalisierungen) bzw. „reason Y is given as to why X should or should not be done, but no linkage is made between X and Y — the inference is incomplete“ (Steebergen et al 2003, S.28).
- 02 Einfache Begründung:
- Die Begründung der Position erfolgt durch ein konkretes Faktum ohne Angabe von Zahlen, Quellen oder Expertenzitaten³⁰, wobei die Verbindung zwischen Position und Begründung deutlich sein muss: „A linkage is made as to why one should expect that X contributes to or detracts from Y. A single such complete inference already qualifies for code 2.“ (Steebergen et al 2003, S.28) „If a speech contains other conclusions, but these are embedded in incomplete inferences, then a code of 2 still applies.“ (Steebergen et al 2003, S.45)
- 03 Spezifische Begründung:
- Die Begründung der Position basiert auf eine Untermauerung eines Faktums mit Zahlen, Quellen oder Expertenzitaten.
- 999 Nicht codierbar

V202_Indikator Begründungen (1): Kommunikator

Für jede Begründung wird der Urheber der Begründung entsprechend der Akteurliste festgehalten. Sollte die Begründung sowohl einem Politiker als auch der Partei zugeordnet werden können, wird der Code des Politikers codiert.

00 Keine Begründung

V203 - V205: Indikator Begründungen (2): Codierung wie Begründung 1

V206 - V208: Indikator Begründungen (3): Codierung wie Begründung 1

V209 - V211: Indikator Begründungen (4): Codierung wie Begründung 1

³⁰ Parteiexperten werden jedoch nicht als Experten betrachtet, soner nals Parteimitglieder betrachtet, da hier eine eindeutig Parteizugehörigkeit vorherrscht.

V212 - V215: Indikator Begründungen (5): Codierung wie Begründung 1

3.2 Indikator Lösungsvorschläge

„Lösungsvorschläge sind von (direkten) Akteuren im Rahmen der jeweils geäußerten Position angesprochene konkrete Vorschläge (Konzepte, Modell, Ideen[,] etc.), die zum Zweck einer Problembewältigung umgesetzt werden sollten.“ (Burkart/Rußmann 2010d, S.15) Das Aufzählen von (angedachten oder spekulierten) Ideen ohne irgendeine Form der Erläuterung wird als ein Lösungsvorschlag codiert.³¹

V300_Indikator Lösungsvorschläge (1): Inhalt

Der Lösungsvorschlag wird in Stichworten festgehalten.

- 00 Kein Lösungsvorschlag -> restlichen Variablen zum Indikator
Lösungsvorschläge mit 00 codieren

V301_Indikator Lösungsvorschläge (1): Bewertung

- 00 Kein Lösungsvorschlag
- 01 Vager Lösungsvorschlag:

„Ein Akteur äußert ungenau/unbestimmte Vorschläge bzw. hat zumindest Ideen für mögliche Maßnahmen, die zum Zweck der jeweils thematisierten Problembewältigung (in der Zukunft) umgesetzt werden sollen. Ein ‚vager‘ Lösungsvorschlag bringt eine Handlungsabsicht zum Ausdruck[,] ohne dabei auf Zahlen/Daten/Fakten und/oder die eigentliche Umsetzung einzugehen.“ (Burkart/Rußmann 2010d, S.15)
- 02 Konkreter Lösungsvorschlag:

„Ein Akteur macht - unter Angabe von Zahlen/Daten/Fakten – konkrete Vorschläge für mögliche Maßnahmen, die zum Zweck der jeweils thematisierten Problembewältigung (in der Zukunft) umgesetzt werden sollen oder verweist auf bereits in der Umsetzung befindliche Maßnahmen, die zum Zweck der jeweils thematisierten Problembewältigung eingeleitet wurden.“ (Burkart/Rußmann 2010d,

³¹ Beispiel: „Kolportiert werden etwa Einschnitte beim Pflegegeld der Stufen 1 und 2 sowie bei Familienleistungen. Die neu eingeführte 13. Monatsrate der Familienbeihilfe könnte fallen, auch der Alleinverdienerabsetzbetrag für Kinderlose gilt als disponibel. Bei der jährlichen Anpassung der Pensionen an die Teuerungsrate könnten Rentner mit hohen Bezügen Abstriche hinnehmen müssen.“ (Standard, 18.10.2010)

S.15).

999 Nicht codierbar

V302_Indikator Lösungsvorschlag (1): Kommunikator

Für jeden Lösungsvorschlag wird der Urheber entsprechend der Akteurliste festgehalten. Sollte der Lösungsvorschlag sowohl einem Politiker als auch der Partei zugeordnet werden können, wird der Code des Politikers codiert.

00 Keine Lösungsvorschlag

V303 – V305 Indikator Lösungsvorschläge (2): Codierung wie Lösungsvorschlag 1

V306 – V308 Indikator Lösungsvorschläge (3): Codierung wie Lösungsvorschlag 1

V309 – V311 Indikator Lösungsvorschläge (4): Codierung wie Lösungsvorschlag 1

V312 – V315 Indikator Lösungsvorschläge (5): Codierung wie Lösungsvorschlag 1

3.3 Indikator Respekt

„Respektvolle Aussagen bringen Wertschätzung, Achtung [...und Anerkennung] des Gegenübers und/oder seiner Position(en) zum Ausdruck, [...] respektlose[] Aussagen [...] Geringschätzung und Missachtung [...]. Achtung: Zu unterscheiden sind Äußerungen, in denen Respektlosigkeit zum Ausdruck kommt, von geäußerter Kritik. Kritik ‚an sich‘ darf NICHT ‚automatisch‘ als respektlos codiert werden. Ebenso sind Äußerungen, in denen Respekt zum Ausdruck kommt, von positiven Äußerungen zu unterscheiden. Lob ‚an sich‘ darf NICHT ‚automatisch‘ als respektvoll codiert werden.“ (Burkart/Rußmann 2010d, S.16f)

Folgende Besonderheit gilt für die Codierung von Respektäußerungen: Bei der Bewertung der ersten Respektäußerung wird in Anlehnung an Spörndli (2004, S.72, zit. nach Burkart/Rußmann 2010d, S.20) von impliziten Respekt ausgegangen. Wenn ein Beitrag also weder respektlose noch explizit respektvolle Äußerungen aufweist, so wird bei der ersten Bewertung von Respektäußerungen „03 implizit respektvoll“ codiert. Respektäußerungen gegenüber Mitgliedern der gleichen Partei (bzw. der eigenen Partei) werden nicht codiert.

V400_Indikator Respekt: Anderer Akteur vorhanden?

Zunächst wird codiert, ob ein politischer Akteur mit Zugehörigkeit zu einer anderen politischen Partei als jener des Kommunikators der Presseaussendung oder dessen Position erwähnt wird.

- 01 Zumindest ein Akteur mit anderer Parteizugehörigkeit vorhanden
- 02 Kein Akteur mit anderer Parteizugehörigkeit vorhanden

V401_Indikator Respekt (1): Inhalt

Die Respektäußerung wird in Stichworten festgehalten.

- 00 Keine Respektäußerung gegenüber politischen Akteuren anderer Parteizugehörigkeit oder dessen Position -> restlichen Variablen ausgenommen die Bewertungen zum Indikator Respekt gegenüber Akteuren mit „00“ codieren; die erste Bewertung erhält den Code „03“, die anderen Bewertungen „02“

V402_Indikator Respekt (1): Bewertung

Die Bewertung von Respektäußerungen erfolgt anhand folgender Ausprägungen:

- 00 Respektlos:
 „Ein Akteur macht eine ausdrücklich abwertende Aussage gegenüber dem angesprochenen (indirekten) Akteur [oder dessen Position] mit herabwürdigenden Attributen [...]“ (Burkart/Rußmann 2010d, S.19) In diese Ausprägung fallen auch sarkastisch, ironische und spottende Aussagen.
- 02 Keine Respektäußerung
- 03 Implizit respektvoll:
 „Ein Akteur macht weder explizit positive noch [...] negative Aussagen über einen angesprochenen (indirekten) Akteur [oder dessen Position].“ (Burkart/Rußmann 2010d, S.19)
- 04 Explizit respektvoll:
 „Ein Akteur macht eine ausdrücklich positive Aussage gegenüber dem angesprochenen (indirekten) Akteur [oder dessen Position] mit Attributen, in denen Wertschätzung, Hochachtung oder Ehrfurcht zum Ausdruck kommt.“ (Burkart/Rußmann 2010d, S.19)
- 999 Nicht codierbar

V403_Indikator Respekt (1): Akteur

Es wird jener Akteur entsprechend der Akteurliste codiert, auf den sich die Respektäußerung bezieht. Sollte die Respektäußerung sowohl einem Politiker als auch der Partei zugeordnet werden können, wird der Code des Politikers codiert.

00 Keine Respektäußerung

V404_Indikator Respekt (1): Kommunikator

Für jede Respektäußerung wird der Urheber entsprechend der Akteurliste festgehalten. Sollte die Respektäußerung sowohl einem Politiker als auch der Partei zugeordnet werden können, wird der Code des Politikers codiert.

00 Keine Respektäußerung

V405 – V408_Indikator Respekt (2): Codierung wie Respektäußerung 1

V409 – V412_Indikator Respekt (3): Codierung wie Respektäußerung 1

V413 – V416_Indikator Respekt (4): Codierung wie Respektäußerung 1

V417 – V429_Indikator Respekt (5): Codierung wie Respektäußerung 1

3.4 Indikator Zweifel

Alle genannten Zweifel an der Verständlichkeit, der Wahrheit, der Wahrhaftigkeit und der Richtigkeit werden in der Reihenfolge ihres Auftretens codiert, Wiederholungen werden nicht codiert. Es wird jedem Zweifel ein Zweifeltyp zugeordnet, nur wenn die Entscheidung für eine Zweifelart absolut nicht möglich ist (und die potentiellen Zweifeltypen gleich gut passen würden) ist bei der Variable „Zweifeltyp“ „05“ zu codieren und die entsprechenden Alternativmöglichkeiten werden im Anschluss festgehalten (siehe unten). Ein Sammelsensurium von Zitaten zum gleichen Zweifel wird als ein Zweifel codiert.³²

³² Beispiel: „Massive Kritik lösen die Verschärfungen beim Pflegegeld aus (s. Grafik). Diakonie-Direktor Michael Chalupka hält die geplanten Einschnitte für "nicht vertretbar". Der Wiener Caritas-Direktor Michael Landau hätte sich statt Kürzungen Investitionen im Pflegebereich gewünscht: "Es muss dringend nachjustiert werden." Hilfswerk-Präsident Karas (ÖVP) vermisst ein Gesamtkonzept zur Pflege. Auch

V500_Indikator Zweifel (1): Inhalt

Der geäußerte Zweifel wird angeführt.

- 00 Es wurde kein Zweifel geäußert -> restlichen Variablen zum Indikator Zweifel mit „00“ codieren, außer die Variablen „Zweifeltyp nicht eindeutig_Möglichkeit1“ und „Zweifeltyp nicht eindeutig_Möglichkeit2“ mit „999“

V501_Indikator Zweifel (1): Zweifeltyp

- 00 Es wird kein Zweifel geäußert.
- 01 Zweifel an der Verständlichkeit:
Zweifel an der Verständlichkeit hinterfragen die Wohlgeformtheit einer Aussage, also ob sie „so formuliert ist, dass sie für Mitglieder der angesprochenen Teilöffentlichkeiten verstehbar ist.“ (Burkart/Rußmann 2010, S.22)
- 02 Zweifel an der Wahrheit:
Zweifel an der Wahrheit betreffen die objektive Welt und hinterfragen die Übereinstimmung von Behauptungen mit Tatsachen.
- 03 Zweifel an der Wahrhaftigkeit:
Der Geltungsanspruch der Wahrhaftigkeit rekurriert die subjektive Welt, Zweifel daran betreffen die Vertrauenswürdigkeit eines Akteurs.
- 04 Zweifel an der Richtigkeit/Legitimität:
Zweifel an der Richtigkeit bzw. Legitimität stellen die Normkonformität, Rechtmäßigkeit und/oder Angemessenheit eines Verhaltens in Frage und referenzieren auf die soziale Welt. Es werden sowohl Zweifel gegenüber politischen Akteuren als auch gegenüber Normen codiert.
- 05 Nicht entscheidbar:

Lebenshilfe, IG Pflege, Behindertenverband und Zivilinvaliden protestierten.“ (Standard (27.10.2010): Im Schnitt neun bis zwölf Euro mehr Pension 1,2 Prozent mehr im Monat für 90 Prozent der Senioren, ab 2310 Euro keine Erhöhung)

Ist der Zweifel nicht eindeutig einer Zweifelart zuordenbar, wird er unter V501_ als „05“ codiert und folglich die potentiellen Arten offen codiert, wobei maximal zwei Zweifelarten codiert werden können.

999 Nicht codierbar

(vgl. Burkart/ Rußmann 2010c, S.22ff)

V502_Indikator Zweifel (1): Zweifeltyp nicht eindeutig_Möglichkeit1

Die erste mögliche Zweifelart wird angeführt.

999 Zweifel konnte eindeutig einer Zweifelart zugeordnet werden oder ist nicht codierbar.

V503_Indikator Zweifel (1): Zweifeltyp nicht eindeutig_Möglichkeit2

Die zweite mögliche Zweifelart wird angeführt.

999 Zweifel konnte eindeutig einer Zweifelart zugeordnet werden oder ist nicht codierbar.

V504_Indikator Zweifel (1): Akteur

Es wird jener Akteur entsprechend der Akteurliste codiert, auf dessen Position sich der Zweifel bezieht. Sollte der Zweifel sowohl einem Politiker als auch der Partei zugeordnet werden können, wird der Code des Politikers codiert.

00 Kein Zweifel

V505_Indikator Zweifel (1): Kommunikator

Für jede Zweifeläußerung wird der Urheber entsprechend der Akteurliste festgehalten. Sollte der Zweifel sowohl einem Politiker als auch der Partei zugeordnet werden können, wird der Code des Politikers codiert.

00 Kein Zweifel

V506 – V511_Indikator Zweifel (2): Codierung wie Zweifeläußerung 1

V512 – V517_Indikator Zweifel (3): Codierung wie Zweifeläußerung 1

V518 – V523_Indikator Zweifel (4): Codierung wie Zweifeläußerung 1

V524 – V529_Indikator Zweifel (5): Codierung wie Zweifeläußerung 1

4. Akteursliste

- 01 Standard
- 02 Kronen Zeitung
- 03 SPÖ
- 04 ÖVP
- 05 FPÖ
- 06 Grüne
- 07 BZÖ
- 08 KPÖ
- 09 Regierung (Koalitionspartner SPÖ und ÖVP als Einheit)
- 10 Werner Faymann (SPÖ)
- 11 Josef Pröll (ÖVP)
- 12 Hans-Christian Strache (FPÖ)
- 13 Eva Glawischnig (Grüne)
- 14 Josef Bucher (BZÖ)
- 15 Claudia Schmied (SPÖ)
- 16 Alois Stöger (SPÖ)
- 17 Rudolf Hundstorfer (SPÖ)
- 18 Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ)
- 19 Norbert Darabos (SPÖ)
- 20 Doris Bures (SPÖ)
- 21 Michael Spindelegger (ÖVP)
- 22 Claudia Bandion-Ortner (ÖVP) ³³
- 23 Maria Fekter (ÖVP)
- 24 Beatrix Karl (ÖVP)
- 25 Nikolaus Berlakovich (ÖVP)
- 26 Reinhold Mitterlehner (ÖVP)
- 27 Heinz Fischer (Bundespräsident)
- 28 Sonstige(r) SPÖ-Politiker
- 29 Sonstige(r) ÖVP-Politiker
- 30 Sonstige(r) FPÖ-Politiker
- 31 Sonstige(r) Grüne-Politiker
- 32 Sonstige(r) BZÖ-Politiker

³³ Claudia Bandion-Ortner ist zwar offiziell kein ÖVP-Mitglied, wurde jedoch von der ÖVP als Ministerin gestellt und ist als ÖVP-nah einzustufen.

- 33 Sonstige(r) KPÖ-Politiker
- 34 Opposition
- 35 Ökosoziales Forum
- 990 Sonstiges
- 991 Nicht eindeutig
- 999 Nicht codierbar

C Codebuch Berichterstattung³⁴

Die Variablennummerierung erfolgt dreistellig, wobei zusammengehörende Variablen die gleiche Hunderterstelle besitzen:

V1xx: Formale Variablen und Variablen zur Position

V2xx: Variablen zum Qualitätsindikator Begründungsniveau

V3xx: Variablen zum Qualitätsindikator Lösungsvorschläge

V4xx: Variablen zum Qualitätsindikator Respektniveau

V5xx: Variablen zum Qualitätsindikator Zweifel

1. Analyseeinheit

1. Zeitungsbeitrag: Die formalen Kategorien und die inhaltliche Kategorie „Position“ werden auf Beitragsebene codiert.
2. Sinneinheiten: Die inhaltlichen Kategorien ausgenommen „Position“ werden auf der Ebene von inhaltlich-semantischen Bedeutungseinheiten codiert. „Eine Sinneinheit kann man als zusammenhängende Textpassage definieren, in der zum selben Gegenstand etwas ausgesagt wird.“ (Früh 2007, S.94) Rössler benutzt Synonym die Bezeichnung „Aussage“, die mindestens die zwei Komponenten Aussagegegenstand und Bewertung, optional auch Urheber und Aussageobjekt enthält. (vgl. Rössler 2005, S.154ff) „Der Gegenstand einer Aussage ist jener Sachverhalt, den der jeweilige Urheber bewertet.“ (Rössler 2005, S.156) Für die vorliegende Inhaltsanalyse ist insbesondere relevant, dass **„[...] eine neue Aussage [zu] codieren [ist], wenn Urheber, Gegenstand oder Bewertung wechseln“** (Rössler 2005, S.75) : Wenn eine Aussage nicht alleine, sondern nur in Kombination mit einer folgenden eine Begründung, einen Lösungsvorschlag, eine Respektäußerung oder eine Zweifeläußerung darstellt,

³⁴ Das vorliegende Codebuch wurde an jenes des für die Arbeit vorbildgebende Forschungsprojekt von Burkart und Rußmann angelehnt (vgl. Burkart+Rußmann 2010d) und weist entsprechend eine große Übereinstimmung damit auf. Der Übersicht halber wird innerhalb des Codebuchs jedoch mit Zitaten sparsam umgegangen.

so wird die Kombination als Einheit codiert. Die Codierung der Aussagen erfolgt pro Indikator unabhängig voneinander, entsprechend kann eine Aussage auch mehrmals codiert werden (z.B. als Respektäußerung und als Zweifel).

2. Formale Kategorien

V108_Betrags-ID: fortlaufende Nummerierung der Beiträge

V109_Veröffentlichungsdatum des Beitrags: in folgender Form: TT.MM.JJJJ

V110_Überschrift des Beitrags: Hauptüberschrift (ohne Ober- oder Untertitel) im Wortlaut

V111_Erscheinungsmedium

Für jeden Beitrag wird codiert, in welcher Tageszeitung er erschienen ist.

- 01 Standard
- 02 Kronen Zeitung

V100_Zentrales Themas der PA

„Hauptthema des [Beitrags] ist dasjenige Thema, das schwerpunktmäßig behandelt wird.“ (Rössler 2005, S.260) Für jede PA wird ein zentrales Thema eingetragen, wobei sich die Themenauzählung an den öffentlich diskutierten Budgetfestlegungen orientiert. Die Codierung des Hauptthemas hat insbesondere den Grund, dass zwar durch die Suchschlagwörter „Budget“ oder „Bundesfinanzgesetz“ bereits eine thematische Eingrenzung gemacht wurde, diese ist jedoch zu umfassend und inkludiert Kommunikate zu anderen Budgets (EU, Vereine,etc.) ebenso wie Beiträge mit nur peripherem Bezug zum Bundesfinanzgesetz.

- 00 Kein Hauptthema ist das Bundesfinanzgesetz 2011 oder ein Teilpunkt davon -> Ende der Codierung
- 01 Einsparungen Bildungs- und Forschungswesen

- 02 Einsparungen Pensionswesen
- 03 Einsparungen Gesundheitswesen (inkl. Pflege und Anliegen für Menschen mit Behinderung)
- 04 Erhöhung Mineralölsteuer
- 05 Einsparungen Entwicklungshilfe
- 06 Erhöhung Bankenabgabe bzw. vermögensbezogene Steuern
- 07 Bundesfinanzgesetz 2011: Zeitaspekte (Verspätung [Verabschiedung nach gesetzlichen Frist], 3-Jahresvorausplanung, Hektik bei Budgeterstellung, Wahlenabhängigkeit)
- 08 Bundesfinanzgesetz 2011: sonstiges oder mehrere Teilbereiche des Bundesfinanzgesetzes sind Hauptthema
- 09 Steuererhöhung Stiftungen
- 10 Strukturelle Maßnahmen in Verwaltung der Regierung
- 11 Einsparungen Familien
- 12 Thermische Sanierung
- 13 Einsparungen Bundesheer
- 14 Einsparungen Innenministerium
- 99 Sonstiger Teilbereich des Bundesfinanzgesetzes 2011:

V101_Beitragsumfang

Für jeden Beitrag wird sein Umfang als Zeichenanzahl exklusive Leerzeichen, Bildbeschriftungen und Autorenverweise sowie inklusive Überschrift(en) codiert.

V102_journalistische Darstellungsform des Beitrags (vgl. z.B. Pürer 2003, S.191)

Lesermeinungen und Berichtankündigungen werden nicht inhaltlich codiert -> erhalten Code „05“ und Ende der Codierung;

- 01 Informierend: Nachricht, Bericht, Kurzmeldung

- 02 interpretierend: Feature, Reportage, Interview
- 03 Meinungsäußernd: Kommentar, Leitartikel, Kolumne, Glosse
- 04 Sonstiges:
- 05 Lesermeinung

3. Inhaltliche Kategorien

Zentrale Position

Eine Position ist ein „themenbezogenerer[r] Standpunkt, den der jeweilige Akteur (politischer Akteur oder Journalist) zum zentralen Thema des [...B]eitrag[s] [...] vertritt.“ (Burkart/Rußmann 2010b, S.7) Für jeden Beitrag werden maximal zwei zentrale Positionen codiert (eine aus journalistischer und eine aus politischer Perspektive), die für oder gegen das zentrale Thema sein können. Im Falle der Codierung von „Bundesfinanzgesetz 2011: Sonstiges“ als zentrales Thema (V104_), gilt als „Pro“ eine positive Position zum Bundesfinanzgesetz, als „Contra“ eine negative. Zur Feststellung der zentralen Position werden in einem ersten Schritt die Überschriften (inklusive Ober- und Unterüberschrift) herangezogen, bei Unaufschlüssigkeit der Überschriften oder zur Absicherung auch der Beitrag.

V103_Position 1: politische Perspektive

Die politische Perspektive erfasst die Mediatorrolle des Journalisten, in welcher er Standpunkte, Meinungen und Aussagen politischer Akteure³⁵ vermittelt (direkt durch wortwörtliche Zitierungen bzw. Interviews oder durch indirekte Zitation).

- 00 Keine Position aus politischer Perspektive vorhanden -> Variablen zum Indikator „Begründung“ mit „00“ codieren
- 01 Pro (für das zentrale Thema)
- 02 Contra (das zentrale Thema)
- 03 Sonstiges

³⁵ „politischer Akteur“ wird bei der Positionsvariable hier in einem erweiterten Sinn verstanden und inkludiert auch Akteure und Organisationen angrenzender Bereiche wie die OECD, sollten deren Standpunkte den Beitrag dominieren.

999 Nicht codierbar

V104_Position 1: Kommunikator

Für jede Position wird der Urheber entsprechend der Akteurliste codiert, das ist jener Akteur, „dem die geäußerte Position ursprünglich zuzuordnen ist.“ (Burkart/Rußmann 2010b, S.8) Sollte eine Position aus politischer Perspektive sowohl einem Politiker als auch der Partei zugeordnet werden können, wird der Code des Politikers codiert.

V105_Position 2: journalistische Perspektive

Aus journalistischer Perspektive äußert der Journalist in seiner Kommunikatorrolle eigenständig Meinungen, Kritik und Kommentare zum zentralen Thema bzw. zur Position eines politischen Akteurs.

- 00 Keine Position vorhanden
- 01 Pro (für das zentrale Thema)
- 02 Contra (das zentrale Thema)
- 03 Sonstiges:.....
- 999 Nicht codierbar

V106_Position 2: Kommunikator

Für jede Position wird der Urheber entsprechend der Akteurliste codiert, das ist jener Akteur, „dem die geäußerte Position ursprünglich zuzuordnen ist.“ (Burkart/Rußmann 2010b, S.8) Als journalistischer Urheber gilt das Erscheinungsmedium.

Die Fallcodierungen zu den Qualitätsindikatoren erfolgt in der Nennungsreihenfolge der Begründungen, Lösungsvorschläge, Respektäußerungen und Zweifel pro Indikator, wobei maximal fünf Fälle pro Indikator codiert werden.

3.1. Indikator Begründungen

„Eine ‚Begründung‘ besteht [...] in der Angabe von Gründen (Erklärungen)- hier: für die

Bewertung von Positionen im Rahmen politischen Handelns sowie entsprechender Diskussionsgegenstände (Sachverhalte, Vorgänge, Streitfragen/Konflikte, Konzepte Ideen etc. oder auch Personen bzw. Akteure). Mit Begründungen werden die typischen „Warum?“-Fragen beantwortet [...] Daher werden Begründungen codiert, wenn

- ein Akteur (A) seine eigene Position (AP) erklärt, d.h. wenn er Gründe angibt, warum er einer bestimmten Meinung ist bzw. warum er sich so verhält/verhalten hat.
- ein Akteur (A) die Position eines anderen Akteurs (BP) erklärt, d.h. wenn er Gründe angibt, warum er (A) der Meinung ist, dass sich der andere Akteur (B) so verhält/verhalten hat.“ (Burkart und Russmann 2010c, S.9f)

Es werden nur jene Begründungen codiert, die sich auf das zentrale Thema beziehen.

Nicht codiert werden Begründungen für Begründungen und Wiederholungen.

Wiederholungen von Begründungen werden zwar nicht codiert, wenn allerdings in einer Wiederholung zusätzliche Angaben genannt werden, so zählen diese zum Begründungsargument und beeinflussen somit die Bewertung der Begründung.

Einfache Aufzählungen ohne nähere Erläuterung werden als eine Begründung codiert, ihre Bewertung entspricht dem höchsten Begründungsniveau eines der aufgezählten Punkte.

V200_Indikator Begründungen (1): Inhalt

Die Begründungsäußerung wird in Stichworten festgehalten.

- 01 Keine Begründung -> restlichen Variablen zum Indikator Begründung mit „00“ codieren

V201_Indikator Begründungen (1): Bewertung

Das Begründungsniveau wird in drei Ausprägungen codiert:

00 Keine Begründung

01 Pauschale Begründung:

Die Begründung der Position erfolgt durch allgemeine, nicht näher spezifizierte Behauptungen (z.B. Verweis auf das Allgemeinwohl, Werte, Pauschalisierungen) bzw. „reason Y is given as to why X should or should not be done, but no linkage is made between X and Y — the inference is incomplete“ (Steebergen et al 2003, S.28).

- 02 Einfache Begründung:
- Die Begründung der Position erfolgt durch ein konkretes Faktum ohne Angabe von Zahlen, Quellen oder Expertenzitaten³⁶, wobei die Verbindung zwischen Position und Begründung deutlich sein muss: „A linkage is made as to why one should expect that X contributes to or detracts from Y. A single such complete inference already qualifies for code 2.“ (Steebergen et al 2003, S.28) „If a speech contains other conclusions, but these are embedded in incomplete inferences, then a code of 2 still applies.“ (Steebergen et al 2003, S.45)
- 03 Spezifische Begründung:
- Die Begründung der Position basiert auf eine Untermauerung eines Faktums mit Zahlen, Quellen oder Expertenzitaten.
- 999 Nicht codierbar

V202_Indikator Begründungen (1): Kommunikator

Für jede Begründung wird der Urheber der Begründung entsprechend der Akteurliste festgehalten.

Sollte die Begründung sowohl einem Politiker als auch der Partei zugeordnet werden können, wird der Code des Politikers codiert. Als journalistischer Urheber wird das ErscheinungsmEDIUM codiert.

00 Keine Begründung

V203 - V205: Indikator Begründungen (2): Codierung wie Begründung 1

V206 - V208: Indikator Begründungen (3): Codierung wie Begründung 1

V209 - V211: Indikator Begründungen (4): Codierung wie Begründung 1

V212 - V215: Indikator Begründungen (5): Codierung wie Begründung 1

3.2. Indikator Lösungsvorschläge

„Lösungsvorschläge sind von (direkten) Akteuren im Rahmen der jeweils geäußerten

³⁶ Parteexperten werden jedoch nicht als Experten betrachtet, soner nals Parteimitglieder betrachtet, da hier eine eindeutig Parteizugehörigkeit vorherrscht.

Position angesprochene konkrete Vorschläge (Konzepte, Modell, Ideen[,] etc.), die zum Zweck einer Problembewältigung umgesetzt werden sollten.“ (Burkart/Rußmann 2010b, S.15) Das Aufzählen von (angedachten oder spekulierten) Ideen ohne irgendeine Form der Erläuterung wird als ein Lösungsvorschlag codiert.³⁷

V303_Indikator Lösungsvorschläge (1): Inhalt

Der Lösungsvorschlag wird in Stichworten festgehalten.

- 01 Kein Lösungsvorschlag -> restlichen Variablen zum Indikator
Lösungsvorschläge mit 00 codieren

V304_Indikator Lösungsvorschläge (1): Bewertung

- 00 Kein Lösungsvorschlag
- 01 Vager Lösungsvorschlag: „Ein Akteur äußert ungenau/unbestimmte Vorschläge bzw. hat zumindest Ideen für mögliche Maßnahmen, die zum Zweck der jeweils thematisierten Problembewältigung (in der Zukunft) umgesetzt werden sollen. Ein ‚vager‘ Lösungsvorschlag bringt eine Handlungsabsicht zum Ausdruck[,] ohne dabei auf Zahlen/Daten/Fakten und/oder die eigentliche Umsetzung einzugehen.“ (Burkart/Rußmann 2010d, S.15)
- 02 Konkreter Lösungsvorschlag: „Ein Akteur macht - unter Angabe von Zahlen/Daten/Fakten – konkrete Vorschläge für mögliche Maßnahmen, die zum Zweck der jeweils thematisierten Problembewältigung (in der Zukunft) umgesetzt werden sollen oder verweist auf bereits in der Umsetzung befindliche Maßnahmen, die zum Zweck der jeweils thematisierten Problembewältigung eingeleitet wurden.“ (Burkart/Rußmann 2010d, S.15).
- 999 Nicht codierbar

V305_Indikator Lösungsvorschlag (1): Kommunikator

Für jeden Lösungsvorschlag wird der Urheber entsprechend der Akteurliste

³⁷ Beispiel: „Kolportiert werden etwa Einschnitte beim Pflegegeld der Stufen 1 und 2 sowie bei Familienleistungen. Die neu eingeführte 13. Monatsrate der Familienbeihilfe könnte fallen, auch der Alleinverdienerabsetzbetrag für Kinderlose gilt als disponibel. Bei der jährlichen Anpassung der Pensionen an die Teuerungsrate könnten Rentner mit hohen Bezügen Abstriche hinnehmen müssen.“ (Standard, 18.10.2010)

festgehalten. Sollte der Lösungsvorschlag sowohl einem Politiker als auch der Partei zugeordnet werden können, wird der Code des Politikers codiert. Als journalistischer Urheber wird das Erscheinungsmedium codiert.

01 Keine Lösungsvorschlag

V303 – V305 Indikator Lösungsvorschläge (2): Codierung wie Lösungsvorschlag 1

V306 – V308 Indikator Lösungsvorschläge (3): Codierung wie Lösungsvorschlag 1

V309 – V311 Indikator Lösungsvorschläge (4): Codierung wie Lösungsvorschlag 1

V312 – V315 Indikator Lösungsvorschläge (5): Codierung wie Lösungsvorschlag 1

3.3. Indikator Respekt

„Respektvolle Aussagen bringen Wertschätzung, Achtung [...und Anerkennung] des Gegenübers und/oder seiner Position(en) zum Ausdruck, [...] respektlose[] Aussagen [...] Geringschätzung und Missachtung [...]. Achtung: Zu unterscheiden sind Äußerungen, in denen Respektlosigkeit zum Ausdruck kommt, von geäußelter Kritik. Kritik ‚an sich‘ darf NICHT ‚automatisch‘ als respektlos codiert werden. Ebenso sind Äußerungen, in denen Respekt zum Ausdruck kommt, von positiven Äußerungen zu unterscheiden. Lob ‚an sich‘ darf NICHT ‚automatisch‘ als respektvoll codiert werden.“ (Burkart/Rußmann 2010b, S.16f)

Folgende Besonderheit gilt für die Codierung von Respektäußerungen: Bei der Bewertung der ersten Respektäußerung wird in Anlehnung an Spörndli (2004, S.72, zit. nach Burkart/Rußmann 2010d, S.20) von impliziten Respekt ausgegangen. Wenn ein Beitrag also weder respektlose noch explizit respektvolle Äußerungen aufweist, so wird bei der ersten Bewertung von Respektäußerungen „03 implizit respektvoll“ codiert. Respektäußerungen gegenüber Mitgliedern der gleichen Partei (bzw. der eigenen Partei) werden nicht codiert.

V400_Indikator Respekt: Anderer Akteur vorhanden?

Zunächst wird codiert, ob ein politischer Akteur mit Zugehörigkeit zu einer anderen politischen Partei als jener des Kommunikators der Presseaussendung oder dessen Position erwähnt wird.

01 Zumindest ein Akteur mit anderer Parteizugehörigkeit vorhanden

V401_Indikator Respekt (1): Inhalt

Die Respektäußerung wird in Stichworten festgehalten.

- 01 Keine Respektäußerung gegenüber politischen Akteuren anderer Parteizugehörigkeit oder dessen Position -> restlichen Variablen ausgenommen die Bewertungen zum Indikator Respekt gegenüber Akteuren mit „00“ codieren; die erste Bewertung erhält den Code „03“, die anderen Bewertungen „02“

V402_Indikator Respekt (1): Bewertung

Die Bewertung von Respektäußerungen erfolgt anhand folgender Ausprägungen:

- 00 Respektlos:
„Ein Akteur macht eine ausdrücklich abwertende Aussage gegenüber dem angesprochenen (indirekten) Akteur [oder dessen Position] mit herabwürdigenden Attributen [...]“ (Burkart/Rußmann 2010d, S.19) In diese Ausprägung fallen auch sarkastisch, ironische und spottende Aussagen.
- 02 Keine Respektäußerung
- 03 Implizit respektvoll:
„Ein Akteur macht weder explizit positive noch [...] negative Aussagen über einen angesprochenen (indirekten) Akteur [oder dessen Position].“ (Burkart/Rußmann 2010d, S.19)
- 04 Explizit respektvoll:
„Ein Akteur macht eine ausdrücklich positive Aussage gegenüber dem angesprochenen (indirekten) Akteur [oder dessen Position] mit Attributen, in denen Wertschätzung, Hochachtung oder Ehrfurcht zum Ausdruck kommt.“ (Burkart/Rußmann 2010d, S.19)
- 999 Nicht codierbar

V403_Indikator Respekt (1): Akteur

Es wird jener Akteur entsprechend der Akteurliste codiert, auf den sich die

Respektäußerung bezieht. Sollte die Respektäußerung sowohl einem Politiker als auch der Partei zugeordnet werden können, wird der Code des Politikers codiert.

00 Keine Respektäußerung

V404_Indikator Respekt (1): Kommunikator

Für jede Respektäußerung wird der Urheber entsprechend der Akteurliste festgehalten. Sollte die Respektäußerung sowohl einem Politiker als auch der Partei zugeordnet werden können, wird der Code des Politikers codiert. Als journalistischer Urheber wird das Erscheinungsmedium codiert.

00 Keine Respektäußerung

V405 – V408_Indikator Respekt (2): Codierung wie Respektäußerung 1

V409 – V412_Indikator Respekt (3): Codierung wie Respektäußerung 1

V413 – V416_Indikator Respekt (4): Codierung wie Respektäußerung 1

V417 – V429_Indikator Respekt (5): Codierung wie Respektäußerung 1

3.4. Indikator Zweifel

Alle genannten Zweifel an der Verständlichkeit, der Wahrheit, der Wahrhaftigkeit und der Richtigkeit werden in der Reihenfolge ihres Auftretens codiert, Wiederholungen werden nicht codiert. Es wird jedem Zweifel ein Zweifeltyp zugeordnet, nur wenn die Entscheidung für eine Zweifelart absolut nicht möglich ist (und die potentiellen Zweifeltypen gleich gut passen würden) ist bei der Variable „Zweifeltyp“ „05“ zu codieren und die entsprechenden Alternativmöglichkeiten werden im Anschluss festgehalten (siehe unten). Ein Sammelsensurium von Zitaten zum gleichen Zweifel wird als ein Zweifel codiert.³⁸

³⁸ Beispiel: „Massive Kritik lösen die Verschärfungen beim Pflegegeld aus (s. Grafik). Diakonie-Direktor Michael Chalupka hält die geplanten Einschnitte für "nicht vertretbar". Der Wiener Caritas-Direktor Michael Landau hätte sich statt Kürzungen Investitionen im Pflegebereich gewünscht: "Es muss dringend nachjustiert werden." Hilfswerk-Präsident Karas (ÖVP) vermisst ein Gesamtkonzept zur Pflege. Auch

V506_Indikator Zweifel (1): Inhalt

Der geäußerte Zweifel wird angeführt.

- 01 Es wurde kein Zweifel geäußert -> restlichen Variablen zum Indikator Zweifel mit „00“ codieren, außer die Variablen „Zweifeltyp nicht eindeutig_Möglichkeit1“ und „Zweifeltyp nicht eindeutig_Möglichkeit2“ mit „999“

V507_Indikator Zweifel (1): Zweifeltyp

- 06 Es wird kein Zweifel geäußert.
- 07 Zweifel an der Verständlichkeit:
Zweifel an der Verständlichkeit hinterfragen die Wohlgeformtheit einer Aussage, also ob sie „so formuliert ist, dass sie für Mitglieder der angesprochenen Teilöffentlichkeiten verstehbar ist.“ (Burkart/Rußmann 2010, S.22)
- 08 Zweifel an der Wahrheit:
Zweifel an der Wahrheit betreffen die objektive Welt und hinterfragen die Übereinstimmung von Behauptungen mit Tatsachen.
- 09 Zweifel an der Wahrhaftigkeit:
Der Geltungsanspruch der Wahrhaftigkeit rekurriert die subjektive Welt, Zweifel daran betreffen die Vertrauenswürdigkeit eines Akteurs.
- 10 Zweifel an der Richtigkeit/Legitimität:
Zweifel an der Richtigkeit bzw. Legitimität stellen die Normkonformität, Rechtmäßigkeit und/oder Angemessenheit eines Verhaltens in Frage und referenzieren auf die soziale Welt. Es werden sowohl Zweifel gegenüber politischen Akteuren als auch gegenüber Normen codiert.
- 11 Nicht entscheidbar:

Lebenshilfe, IG Pflege, Behindertenverband und Zivilinvaliden protestierten.“ (Standard (27.10.2010): Im Schnitt neun bis zwölf Euro mehr Pension 1,2 Prozent mehr im Monat für 90 Prozent der Senioren, ab 2310 Euro keine Erhöhung)

Ist der Zweifel nicht eindeutig einer Zweifelart zuordenbar, wird er unter V501_ als „05“ codiert und folglich die potentiellen Arten offen codiert, wobei maximal zwei Zweifelarten codiert werden können.

999 Nicht codierbar

(vgl. Burkart/ Rußmann 2010c, S.22ff)

V508_Indikator Zweifel (1): Zweifeltyp nicht eindeutig_Möglichkeit1

Die erste mögliche Zweifelart wird angeführt.

00 Zweifel konnte eindeutig einer Zweifelart zugeordnet werden oder ist nicht codierbar.

V509_Indikator Zweifel (1): Zweifeltyp nicht eindeutig_Möglichkeit2

Die zweite mögliche Zweifelart wird angeführt.

00 Zweifel konnte eindeutig einer Zweifelart zugeordnet werden oder ist nicht codierbar.

V510_Indikator Zweifel (1): Akteur

Es wird jener Akteur entsprechend der Akteurliste codiert, auf dessen Position sich der Zweifel bezieht. Sollte der Zweifel sowohl einem Politiker als auch der Partei zugeordnet werden können, wird der Code des Politikers codiert.

01 Kein Zweifel

V511_Indikator Zweifel (1): Kommunikator

Für jede Zweifeläußerung wird der Urheber entsprechend der Akteurliste festgehalten. Sollte der Zweifel sowohl einem Politiker als auch der Partei zugeordnet werden können, wird der Code des Politikers codiert. Als journalistischer Urheber wird das Erscheinungsmedium codiert.

01 Kein Zweifel

V512_Indikator Zweifel (1): PP-JP

Es wird codiert, aus welcher Perspektive der Zweifel geäußert wird.

- 01 Politische Perspektive
- 02 Journalistische Perspektive
- 03 Nicht eindeutig, beide
- 999 Nicht codierbar

V513_ Indikator Zweifel (1): thematischer Bezug

- 01 Respektäußerung bezieht sich auf zentrales Thema
- 02 Respektäußerung bezieht sich nicht auf das zentrale Thema
- 03 Nicht eindeutig, beide
- 999 Nicht codierbar, keine Respektäußerung

V506 – V511_ Indikator Zweifel (2): Codierung wie Zweifeläußerung 1

V512 – V517_ Indikator Zweifel (3): Codierung wie Zweifeläußerung 1

V518 – V523_ Indikator Zweifel (4): Codierung wie Zweifeläußerung 1

V524 – V529_ Indikator Zweifel (5): Codierung wie Zweifeläußerung 1

4. Akteurliste

- 01 Standard
- 02 Kronen Zeitung
- 03 SPÖ
- 04 ÖVP
- 05 FPÖ
- 06 Grüne
- 07 BZÖ
- 08 KPÖ
- 09 Regierung (Koalitionspartner SPÖ und ÖVP als Einheit)
- 10 Werner Faymann (SPÖ)
- 11 Josef Pröll (ÖVP)
- 12 Hans-Christian Strache (FPÖ)
- 13 Eva Glawischnig (Grüne)
- 14 Josef Bucher (BZÖ)
- 15 Claudia Schmied (SPÖ)
- 16 Alois Stöger (SPÖ)
- 17 Rudolf Hundstorfer (SPÖ)

18	Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ)
19	Norbert Darabos (SPÖ)
20	Doris Bures (SPÖ)
21	Michael Spindelegger (ÖVP)
22	Claudia Bandion-Ortner (ÖVP) ³⁹
23	Maria Fekter (ÖVP)
24	Beatrix Karl (ÖVP)
25	Nikolaus Berlakovich (ÖVP)
26	Reinhold Mitterlehner (ÖVP)
27	Heinz Fischer (Bundespräsident)
28	Sonstige(r) SPÖ-Politiker
29	Sonstige(r) ÖVP-Politiker
30	Sonstige(r) FPÖ-Politiker
31	Sonstige(r) Grüne-Politiker
32	Sonstige(r) BZÖ-Politiker
33	Sonstige(r) KPÖ-Politiker
34	Opposition
35	Ökosoziales Forum
992	Sonstiges
993	Nicht eindeutig
999	Nicht codierbar

³⁹ Claudia Bandion-Ortner ist zwar offiziell kein ÖVP-Mitglied, wurde jedoch von der ÖVP als Ministerin gestellt und ist als ÖVP-nah einzustufen.

D Codebucherergänzungen zur Stimulationsfunktion des Zweifelns

1. Hauptthema

Zunächst ist das Hauptthema des Beitrags festzuhalten. „Hauptthema des [Beitrags] ist dasjenige Thema, das schwerpunktmäßig behandelt wird.“ (Rössler 2005, S.260), wobei die Themeneingrenzung hier auf Teilbereiches des Bundesfinanzgesetzes 2011 erfolgt. Es werden maximal zwei Themenschwerpunkte pro Presseaussendung und Zeitungsartikel codiert.

Die Festlegung der thematischen Schwerpunkte erfolgt empiriegeleitet.

In der vorliegenden Budgetdebatte wurden folgende Subthematiken des Bundesfinanzgesetzes differenziert:

- 01 Budgetrede(n) des Finanzministers
- 02 thermische Sanierung
- 03 Banken
- 04 Familien, soziale Ungerechtigkeit
- 05 Landwirtschaft
- 06 Stabilitätspakt
- 07 Beamtengehälter
- 08 Westring
- 09 Steuern + Reformen
- 10 Pflege
- 11 Budgetbilanz 2009
- 12 Koram-Tunnel
- 13 Mineralölsteuer
- 14 Pensionen
- 15 Streitpunkte zum Budget (zu codieren, wenn der Streit beteiligter Akteure, dessen Analyse oder die Aufzählung offener Streitpunkte im Vordergrund steht)
- 16 Budget für Bildung und Wissenschaft
- 17 Budget allgemein (nur zu codieren, wenn kein Subthemenfokus)

2. Thematisch-zeitliche Verlinkung

Die zumindest in einem Thema übereinstimmenden, am gleichen Tag erscheinenden Presseaussendungen werden mit ihrer Anschlussberichterstattung zu einem Cluster verlinkt.

Anschlussberichterstattung

Die Anschlussberichterstattung einer Presseaussendung umfasst jene Zeitungsartikel, die zumindest ein gemeinsames Hauptthema mit der Presseaussendung haben und ein bis drei Tage danach veröffentlicht wurde.

3. Codierung der verlinkten Beiträge

Die Codierung der verlinkten Beiträge erfolgt gemäß dem „Codebuch Presseaussendungen“ (Anhang B) und dem „Codebuch Berichterstattung“ (Anhang C) reduziert für die interessierenden Kategorien: Bei den Presseaussendungen werden die Kategorien des Qualitätsindikators „Zweifel“ codiert, bei den Zeitungsartikel die Kategorien der Qualitätsindikatoren „Begründungen“, „Lösungsvorschläge“ und „Respekt“ codiert.

E SPSS-Outputtabellen

1. Unidimensionalität

Nichtparametrische Korrelationen/ Berichterstattung

			Indikator Begründunge n	Indikator Lösungsvorschläge	Indikato r Respekt	Indikato r Zweifel
Spearman-Rho	Indikator Begründungen	Korrelationskoeffizient	1,000	,265(**)	-,196(*)	,446(**)
		Sig. (2-seitig)	.	,007	,047	,000
		N	103	103	103	103
	Indikator Lösungsvorschläge	Korrelationskoeffizient	,265(**)	1,000	-,144	,153
		Sig. (2-seitig)	,007	.	,147	,124
		N	103	103	103	103
	Indikator Respekt	Korrelationskoeffizient	-,196(*)	-,144	1,000	- ,514(**)
		Sig. (2-seitig)	,047	,147	.	,000
		N	103	103	103	103
	Indikator Zweifel	Korrelationskoeffizient	,446(**)	,153	- ,514(**)	1,000
		Sig. (2-seitig)	,000	,124	,000	.
		N	103	103	103	103

** Die Korrelation ist auf dem 0,01 Niveau signifikant (zweiseitig).

* Die Korrelation ist auf dem 0,05 Niveau signifikant (zweiseitig).

Nichtparametrische Korrelationen/ Presseaussendungen

			Indikator r Zweifel	Indikator Lösungsvorschläge	Indikator Begründungen	Indikator r Respekt
Spearman-Rho	Indikator Zweifel	Korrelationskoeffizient	1,000	,068	,291(**)	- ,617(**)
		Sig. (2-seitig)	.	,475	,002	,000
		N	112	112	112	112
	Indikator Lösungsvorschläge	Korrelationskoeffizient	,068	1,000	,139	,062
		Sig. (2-seitig)	,475	.	,143	,516
		N	112	112	112	112
	Indikator Begründungen	Korrelationskoeffizient	,291(**)	,139	1,000	-,189(*)
		Sig. (2-seitig)	,002	,143	.	,046
		N	112	112	112	112
	Indikator Respekt	Korrelationskoeffizient	- ,617(**)	,062	-,189(*)	1,000
		Sig. (2-seitig)	,000	,516	,046	.
		N	112	112	112	112

** Die Korrelation ist auf dem 0,01 Niveau signifikant (zweiseitig).

* Die Korrelation ist auf dem 0,05 Niveau signifikant (zweiseitig).

Faktorenanalyse Presseaussendungen

Kommunalitäten

	Anfänglich	Extraktion
VOI	1,000	,936
Indikator Zweifel	1,000	,872
Indikator Lösungsvorschläge	1,000	,687
Indikator Begründungen	1,000	,471
Indikator Respekt	1,000	,811

Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse.

Erklärte Gesamtvarianz

Komponente	Anfängliche Eigenwerte			Summen von quadrierten Faktorladungen für Extraktion		
	Gesamt	% der Varianz	Kumulierte %	Gesamt	% der Varianz	Kumulierte %
1	2,530	50,597	50,597	2,530	50,597	50,597
2	1,247	24,943	75,540	1,247	24,943	75,540
3	,818	16,354	91,894			
4	,405	8,106	100,000			
5	1,497E-16	2,994E-15	100,000			

Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse.

Komponentenmatrix(a)

	Komponente	
	1	2
VOI	,906	,339
Indikator Zweifel	,859	-,365
Indikator Lösungsvorschläge	,403	,724
Indikator Begründungen	,663	,178
Indikator Respekt	-,607	,665

Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse.

a 2 Komponenten extrahiert

Faktorenanalyse Presseaussendungen ohne Respekt

Kommunalitäten

	Anfänglich	Extraktion
VOI	1,000	,959
Indikator Zweifel	1,000	,565

Indikator Lösungsvorschläge	1,000	,268
Indikator Begründungen	1,000	,498

Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse.

Erklärte Gesamtvarianz

Komponente	Anfängliche Eigenwerte			Summen von quadrierten Faktorladungen für Extraktion		
	Gesamt	% der Varianz	Kumulierte %	Gesamt	% der Varianz	Kumulierte %
1	2,290	57,240	57,240	2,290	57,240	57,240
2	,941	23,515	80,755			
3	,703	17,568	98,323			
4	,067	1,677	100,000			

Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse.

Komponentenmatrix(a)

	Komponente
	1
VOI	,979
Indikator Zweifel	,751
Indikator Lösungsvorschläge	,518
Indikator Begründungen	,706

Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse.

a 1 Komponenten extrahiert

Faktorenanalyse Berichterstattung

Kommunalitäten

	Anfänglich	Extraktion
VOI	1,000	,957
Indikator Begründungen	1,000	,721
Indikator Lösungsvorschläge	1,000	,580
Indikator Zweifel	1,000	,861
Indikator Respekt	1,000	,826

Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse.

Erklärte Gesamtvarianz

Komponente	Anfängliche Eigenwerte			Summen von quadrierten Faktorladungen für Extraktion		
	Gesamt	% der Varianz	Kumulierte %	Gesamt	% der Varianz	Kumulierte %
1	2,759	55,181	55,181	2,759	55,181	55,181
2	1,185	23,702	78,883	1,185	23,702	78,883
3	,695	13,899	92,782			
4	,361	7,218	100,000			
5	2,598E-16	5,196E-15	100,000			

Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse.

Komponentenmatrix(a)

	Komponente	
	1	2
VOI	,943	,260
Indikator Begründungen	,777	,342
Indikator Lösungsvorschläge	,624	,437
Indikator Zweifel	,776	-,508
Indikator Respekt	-,524	,742

Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse.

a 2 Komponenten extrahiert

Faktorenanalyse Berichterstattung ohne Respekt

Kommunalitäten

	Anfänglich	Extraktion
Indikator Begründungen	1,000	,686
Indikator Zweifel	1,000	,479
Indikator Lösungsvorschläge	1,000	,436
VOI	1,000	,974

Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse.

Erklärte Gesamtvarianz

Komponente	Anfängliche Eigenwerte			Summen von quadrierten Faktorladungen für Extraktion		
	Gesamt	% der Varianz	Kumulierte %	Gesamt	% der Varianz	Kumulierte %
1	2,574	64,350	64,350	2,574	64,350	64,350
2	,842	21,041	85,391			
3	,542	13,556	98,947			
4	,042	1,053	100,000			

Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse.

Komponentenmatrix(a)

	Komponente 1
Indikator Begründungen	,828
Indikator Zweifel	,692
Indikator Lösungsvorschläge	,660
VOI	,987

Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse.

a 1 Komponenten extrahiert

2. Allgemeine deskriptive Statistik

Häufigkeiten Aussender/Medium

Statistiken

V103_MED

N	Gültig	103
	Fehlend	0

V103_MED

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	Standard	71	68,9	68,9	68,9
	Krone	32	31,1	31,1	100,0
	Gesamt	103	100,0	100,0	

Umfang-Mittelwerte Berichterstattung

Verarbeitete Fälle

	Fälle					
	Eingeschlossen		Ausgeschlossen		Insgesamt	
	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
Umfang * Medium	103	100,0%	0	,0%	103	100,0%

Bericht

Umfang

Medium	Mittelwert	N	Standardabweichung
Standard	2468,83	71	1564,188
Krone	1258,44	32	711,915
Insgesamt	2092,79	103	1466,274

Häufigkeiten Darstellungsform

Statistiken

Darstellungsform

N	Gültig	103
	Fehlend	0

Darstellungsform

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	informierend	76	73,8	73,8	73,8
	interpretierend	18	17,5	17,5	91,3
	meinungsäußernd	9	8,7	8,7	100,0
	Gesamt	103	100,0	100,0	

Mittelwerte Umfang nach Parteien

Verarbeitete Fälle

	Fälle					
	Eingeschlossen		Ausgeschlossen		Insgesamt	
	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
V105_UMF * V103_AUS	112	100,0%	0	,0%	112	100,0%

Bericht

V105_UMF

V103_AUS	Mittelwert	N	Standardabweichung
SPÖ	1445,93	30	470,994
ÖVP	1943,72	18	598,334
FPÖ	1878,31	29	603,112
Grüne	1607,00	7	808,121
BZÖ	1431,29	28	687,911
Insgesamt	1644,29	112	637,153

Symmetrische Maße

	Wert	Näherungsw. Signifi.
--	------	-------------------------

		kanz
Nominal- bzgl. Nominalmaß	Kontingenzkoeffizient	,892
Anzahl der gültigen Fälle		112
		,515

a Die Null-Hypothese wird nicht angenommen.

b Unter Annahme der Null-Hypothese wird der asymptotische Standardfehler verwendet.

Häufigkeitstabelle Aussender Parteien V103_AUS

	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig SPÖ	30	26,8	26,8	26,8
ÖVP	18	16,1	16,1	42,9
FPÖ	29	25,9	25,9	68,8
Grüne	7	6,3	6,3	75,0
BZÖ	28	25,0	25,0	100,0
Gesamt	112	100,0	100,0	

AussenderRegierungOpposition

	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig Regierung	48	42,9	42,9	42,9
Opposition	64	57,1	57,1	100,0
Gesamt	112	100,0	100,0	

Kreuztabellen PA Aussender

Verarbeitete Fälle

	Fälle					
	Gültig		Fehlend		Gesamt	
	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
Anzahl Begründungen * V103_AUS	112	100,0%	0	,0%	112	100,0%

Anzahl Begründungen * V103_AUS Kreuztabelle

Anzahl

	V103_AUS					Gesamt
	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	BZÖ	
Anzahl Begründungen						
,00	5	1	0	0	1	7
1,00	8	5	3	1	3	20
2,00	10	7	11	3	11	42

3,00	5	2	8	1	9	25
4,00	2	2	6	2	3	15
5,00	0	1	1	0	1	3
Gesamt	30	18	29	7	28	112

Häufigkeiten Aussender Politiker nach Rang

Statistiken

KommunikatorPA nach Rang

N	Gültig	112
	Fehlend	0

KommunikatorPA nach Rang

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	Spitzenpolitiker	13	11,6	11,6	11,6
	Minister ohne Spitzenpolitiker	1	,9	,9	12,5
	sonstige	98	87,5	87,5	100,0
	Gesamt	112	100,0	100,0	

Häufigkeiten Darstellungsformen Medien

Statistiken

Darstellungsform

N	Gültig	103
	Fehlend	0

Darstellungsform

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	informierend	76	73,8	73,8	73,8
	interpretierend	18	17,5	17,5	91,3
	meinungsausdrückend	9	8,7	8,7	100,0
	Gesamt	103	100,0	100,0	

3. VOI Gesamt

Mittelwerte PA ZA gesamt

Verarbeitete Fälle

	Fälle					
	Eingeschlossen		Ausgeschlossen		Insgesamt	
	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
VOI * PAZB	215	100,0%	0	,0%	215	100,0%
ZWEIFEL * PAZB	215	100,0%	0	,0%	215	100,0%
BEGRUEND * PAZB	215	100,0%	0	,0%	215	100,0%
RESPEKT * PAZB	215	100,0%	0	,0%	215	100,0%
LV * PAZB	215	100,0%	0	,0%	215	100,0%
VOI3 * PAZB	215	100,0%	0	,0%	215	100,0%

Bericht

PAZB		VOI	ZWEIFEL	BEGRUEND	RESPEKT	LV	VOI3
PA	Mittelwert	27,6822	36,4286	25,4166	38,2589	10,6250	24,1567
	N	112	112	112	112	112	112
	Standardabweichung	9,14579	32,12748	16,14629	17,38164	13,37479	14,60824
Zeitungsartikel	Mittelwert	27,2129	25,2427	26,6668	43,6408	13,3010	21,7367
	N	103	103	103	103	103	103
	Standardabweichung	11,64890	30,41686	21,18480	15,87627	19,52316	17,45183
Insgesamt	Mittelwert	27,4574	31,0698	26,0155	40,8372	11,9070	22,9973
	N	215	215	215	215	215	215
	Standardabweichung	10,39805	31,74474	18,69567	16,85553	16,62086	16,04134

VOI- Mittelwerte Gesamt (Presseaussendungen und Zeitungsartikel)

Verarbeitete Fälle

	Fälle					
	Eingeschlossen		Ausgeschlossen		Insgesamt	
	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
VOI * PAZB	215	100,0%	0	,0%	215	100,0%
ZWEIFEL * PAZB	215	100,0%	0	,0%	215	100,0%
BEGRUEND * PAZB	215	100,0%	0	,0%	215	100,0%
RESPEKT * PAZB	215	100,0%	0	,0%	215	100,0%
LV * PAZB	215	100,0%	0	,0%	215	100,0%
VOI3 * PAZB	215	100,0%	0	,0%	215	100,0%

Bericht

PAZB		VOI	ZWEIFEL	BEGRUEND	RESPEKT	LV	VOI3
PA	Mittelwert	27,6822	36,4286	25,4166	38,2589	10,6250	24,1567
	N	112	112	112	112	112	112
	Standardabweichung	9,14579	32,12748	16,14629	17,38164	13,37479	14,60824

Zeitungstyp	Mittelwert	27,2129	25,2427	26,6668	43,6408	13,3010	21,7367
	N	103	103	103	103	103	103
	Standardabweichung	11,64890	30,41686	21,18480	15,87627	19,52316	17,45183
Insgesamt	Mittelwert	27,4574	31,0698	26,0155	40,8372	11,9070	22,9973
	N	215	215	215	215	215	215
	Standardabweichung	10,39805	31,74474	18,69567	16,85553	16,62086	16,04134

Explorative Datenanalyse PA vs ZA

Tests auf Normalverteilung

	PAZB	Kolmogorov-Smirnov(a)			Shapiro-Wilk		
		Statistik	df	Signifikanz	Statistik	df	Signifikanz
VOI	PA	,097	112	,011	,957	112	,001
	Zeitungstyp	,115	103	,002	,927	103	,000
ZWEIFEL	PA	,187	112	,000	,887	112	,000
	Zeitungstyp	,277	103	,000	,779	103	,000
BEGRUEND	PA	,176	112	,000	,928	112	,000
	Zeitungstyp	,160	103	,000	,920	103	,000
RESPEKT	PA	,224	112	,000	,842	112	,000
	Zeitungstyp	,268	103	,000	,763	103	,000
LV	PA	,251	112	,000	,775	112	,000
	Zeitungstyp	,286	103	,000	,717	103	,000
VOI3	PA	,121	112	,000	,954	112	,001
	Zeitungstyp	,151	103	,000	,908	103	,000

a. Signifikanzkorrektur nach Lilliefors

VOI, Nichtparametrische Tests PA vs. ZA

Mann-Whitney-Test

Ränge

	PAZB	N	Mittlerer Rang	Rangsumme
VOI	PA	112	112,26	12573,00
	Zeitungstyp	103	103,37	10647,00
	Gesamt	215		
ZWEIFEL	PA	112	118,99	13326,50
	Zeitungstyp	103	96,05	9893,50
	Gesamt	215		
BEGRUEND	PA	112	108,25	12124,50
	Zeitungstyp	103	107,72	11095,50
	Gesamt	215		

RESPEKT	PA	112	95,92	10743,00
	Zeitungsartikel	103	121,14	12477,00
	Gesamt	215		
LV	PA	112	107,71	12064,00
	Zeitungsartikel	103	108,31	11156,00
	Gesamt	215		
VOI3	PA	112	115,45	12930,00
	Zeitungsartikel	103	99,90	10290,00
	Gesamt	215		

Statistik für Test(a)

	VOI	ZWEIFEL	BEGRUEND	RESPEKT	LV	VOI3
Mann-Whitney-U	5291,000	4537,500	5739,500	4415,000	5736,000	4934,000
Wilcoxon-W	10647,000	9893,500	11095,500	10743,000	12064,000	10290,000
Z	-1,047	-2,787	-,063	-3,062	-,076	-1,831
Asymptotische Signifikanz (2-seitig)	,295	,005	,950	,002	,940	,067

a Gruppenvariable: PAZB

4. Lösungsvorschläge

Mittelwerte LV nach Parteien

Verarbeitete Fälle

	Fälle					
	Eingeschlossen		Ausgeschlossen		Insgesamt	
	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
Indikator Lösungsvorschläge * V103_AUS	112	100,0%	0	,0%	112	100,0%

Bericht

Indikator Lösungsvorschläge

V103_AUS	Mittelwert	N	Standardabweichung
SPÖ	10,3333	30	13,51457
ÖVP	12,2222	18	14,37136
FPÖ	6,8966	29	10,38662
Grüne	11,4286	7	12,14986
BZÖ	13,5714	28	15,44747

Insgesamt	10,6250	112	13,37479
-----------	---------	-----	----------

Mittelwerte LV RegierungOpposition

Verarbeitete Fälle

	Fälle					
	Eingeschlossen		Ausgeschlossen		Insgesamt	
	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
Indikator Lösungsvorschläge * AussenderRegierungOpposition	112	100,0%	0	,0%	112	100,0%

Bericht

Indikator Lösungsvorschläge

AussenderRegierung Opposition	Mittelwert	N	Standardabwe ichung
Regierung	11,0417	48	13,72055
Opposition	10,3125	64	13,21000
Insgesamt	10,6250	112	13,37479

Häufigkeiten LV PA

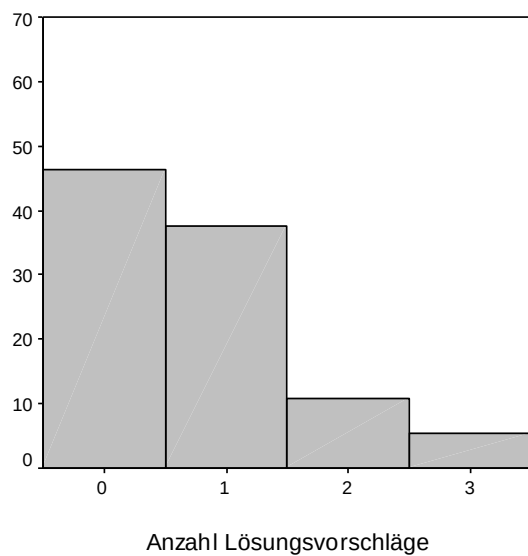
Statistiken

Anzahl Lösungsvorschläge

N	Gültig	112
	Fehlend	0
Mittelwert		,7500

Anzahl Lösungsvorschläge

	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	52	46,4	46,4	46,4
1,00	42	37,5	37,5	83,9
2,00	12	10,7	10,7	94,6
3,00	6	5,4	5,4	100,0
Gesamt	112	100,0	100,0	



Kreuztabelle Anz.LV/ RegierungOpposition

Verarbeitete Fälle

	Fälle					
	Gültig		Fehlend		Gesamt	
	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
AussenderRegierungOpposition * Anzahl Lösungsvorschläge	112	100,0%	0	,0%	112	100,0%

AussenderRegierungOpposition * Anzahl Lösungsvorschläge Kreuztabelle

Anzahl

		Anzahl Lösungsvorschläge				Gesamt
		,00	1,00	2,00	3,00	
AussenderRegierungOpposition	Regierung	22	20	3	3	48
	Opposition	30	22	9	3	64
Gesamt		52	42	12	6	112

Kreuztabellen AnzLV/ Parteien

Verarbeitete Fälle

	Fälle					
	Gültig		Fehlend		Gesamt	
	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
V103_AUS * Anzahl Lösungsvorschläge	112	100,0%	0	,0%	112	100,0%

V103_AUS * Anzahl Lösungsvorschläge Kreuztabelle

Anzahl

		Anzahl Lösungsvorschläge				Gesamt
		,00	1,00	2,00	3,00	
V103_AUS	SPÖ	14	13	1	2	30
	ÖVP	8	7	2	1	18
	FPÖ	17	9	2	1	29
	Grüne	3	1	3	0	7
	BZÖ	10	12	4	2	28
Gesamt		52	42	12	6	112

Häufigkeiten Anz. LV Berichterstattung

Statistiken

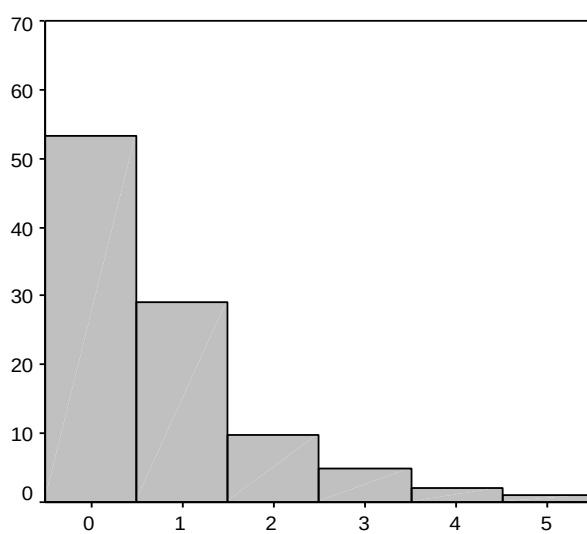
Anzahl Lösungsvorschläge

N	Gültig	103
	Fehlend	0
Mittelwert		,7573

Anzahl Lösungsvorschläge

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	,00	55	53,4	53,4	53,4
	1,00	30	29,1	29,1	82,5
	2,00	10	9,7	9,7	92,2
	3,00	5	4,9	4,9	97,1
	4,00	2	1,9	1,9	99,0
	5,00	1	1,0	1,0	100,0
Gesamt		103	100,0	100,0	

Anzahl Lösungsvorschläge



Anzahl Lösungsvorschläge

Kreuztabellen Anz.LV nach Medium

Verarbeitete Fälle

	Fälle					
	Gültig		Fehlend		Gesamt	
	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
Medium * Anzahl Lösungsvorschläge	103	100,0%	0	,0%	103	100,0%

Medium * Anzahl Lösungsvorschläge Kreuztabelle

Anzahl		Anzahl Lösungsvorschläge						Gesamt
		,00	1,00	2,00	3,00	4,00	5,00	
Medium	Standard	36	20	8	5	1	1	71
	Krone	19	10	2	0	1	0	32
Gesamt		55	30	10	5	2	1	103

Mehrfachantworten LV-Spezifik nach Medium

*** CROSSTABULATION ***

\$MRLV (group) MultipleResponseLösungsvorschläge
by V103_MED Medium

V103_MED				
	Count		Standard Krone	
			Row	
			Total	
		1	2	
\$MRLV	*****			
1	14	7	21	
vager Loesungsvorsch			44,7	

2	41	10	51	
konkreter Loesungsvo			108,5	

Column	34	13	47	
Total	72,3	27,7	100,0	

Mehrfachantworten LV-Spezifik nach RegierungOpposition

*** CROSSTABULATION ***

\$MRLV (group) MultipleResponseLösungsvorschläge
by AUSSREGO AussenderRegierungOpposition

AUSSREGO				
	Count		Regierung Opposition	
			Row	
			Total	
		1	2	
	\$MRLV	*****		
1	17	32	49	
vager Lösungsvorschlag			81,7	

2	18	17	35	
konkreter Lösungsvorschlag			58,3	

Column	26	34	60	
Total	43,3	56,7	100,0	

Mehrfachantworten LV-Spezifik nach Parteien

*** CROSSTABULATION ***

\$MRLV (group) MultipleResponseLösungsvorschläge
by V103_AUS

V103_AUS

Count	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	BZÖ	
						Row
						Total
	1	2	3	4	5	
\$MRLV						
	1	11	6	12	6	14
vager Loesungsvorsch						81,7
	2	10	8	4	1	12
konkreter Loesungsv						58,3
	Column	16	10	12	4	18
	Total	26,7	16,7	20,0	6,7	30,0
						100,0

Mittelwerte Indikator LV Parteien

Verarbeitete Fälle

	Fälle					
	Eingeschlossen		Ausgeschlossen		Insgesamt	
	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
Indikator Lösungsvorschläge * V103_AUS	112	100,0%	0	,0%	112	100,0%

Bericht

Indikator Lösungsvorschläge

V103_AUS	Mittelwert	N	Standardabweichung
SPÖ	10,3333	30	13,51457
ÖVP	12,2222	18	14,37136
FPÖ	6,8966	29	10,38662
Grüne	11,4286	7	12,14986
BZÖ	13,5714	28	15,44747
Insgesamt	10,6250	112	13,37479

Explorative Datenanalyse Indikator LV/ AussenderRegierungOpposition

Verarbeitete Fälle

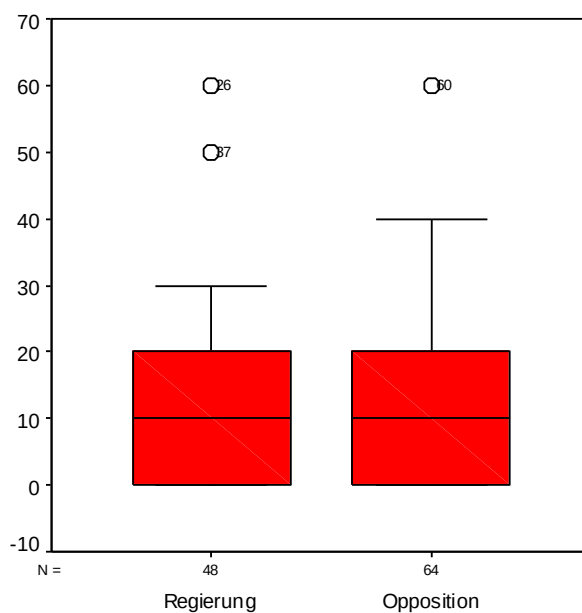
AussenderRegierungOpposition	Fälle
------------------------------	-------

		Gültig		Fehlend		Gesamt	
		N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
Indikator Lösungsvorschläge	Regierung	48	100,0%	0	,0%	48	100,0%
	Opposition	64	100,0%	0	,0%	64	100,0%

Tests auf Normalverteilung

		Kolmogorov-Smirnov(a)			Shapiro-Wilk		
		Statistik	df	Signifikanz	Statistik	df	Signifikanz
Indikator Lösungsvorschläge	Regierung	,248	48	,000	,779	48	,000
	Opposition	,251	64	,000	,769	64	,000

a. Signifikanzkorrektur nach Lilliefors



AussenderRegierungOpposition

Nichtparametrische Tests Indikator LV/ AussenderRegierungOpposition

Mann-Whitney-Test

Ränge

		N	Mittlerer Rang	Rangsumme
Indikator Lösungsvorschläge	Regierung	48	57,49	2759,50
	Opposition	64	55,76	3568,50

Gesamt	112		
--------	-----	--	--

Statistik für Test(a)

	Indikator Lösungsvorschläge
Mann-Whitney-U	1488,500
Wilcoxon-W	3568,500
Z	-,298
Asymptotische Signifikanz (2-seitig)	,766

a Gruppenvariable: AussenderRegierungOpposition

Explorative Datenanalyse Indikator LV/Medium

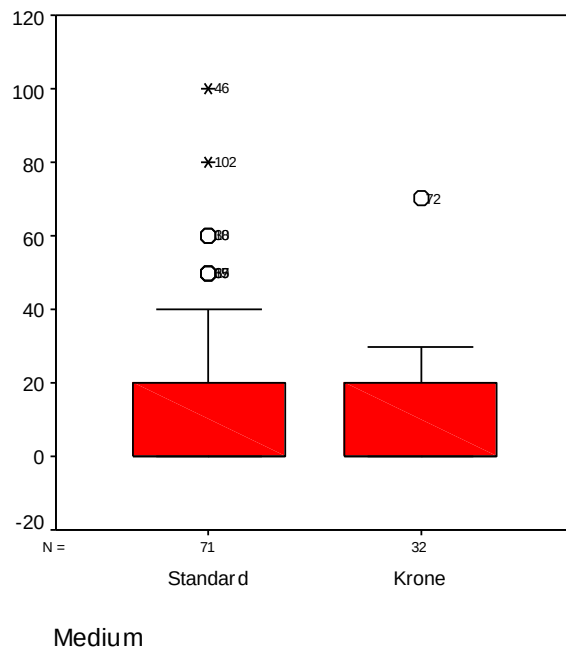
Verarbeitete Fälle

	Medium	Fälle					
		Gültig		Fehlend		Gesamt	
		N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
Indikator Lösungsvorschläge	Standard	71	100,0%	0	,0%	71	100,0%
	Krone	32	100,0%	0	,0%	32	100,0%

Tests auf Normalverteilung

	Medium	Kolmogorov-Smirnov(a)			Shapiro-Wilk		
		Statistik	df	Signifikanz	Statistik	df	Signifikanz
Indikator Lösungsvorschläge	Standard	,272	71	,000	,746	71	,000
	Krone	,322	32	,000	,652	32	,000

a Signifikanzkorrektur nach Lilliefors



Nichtparametrische Tests Indikator LV/Medium

Mann-Whitney-Test

Ränge

	Medium	N	Mittlerer Rang	Rangsumme
Indikator	Standard	71	54,31	3856,00
Lösungsvorschläge	Krone	32	46,88	1500,00
	Gesamt	103		

Statistik für Test(a)

	Indikator Lösungsvorschläge
Mann-Whitney-U	972,000
Wilcoxon-W	1500,000
Z	-1,276
Asymptotische Signifikanz (2-seitig)	,202

a. Gruppenvariable: Medium

5. Begründungen

Häufigkeiten Begründungen PA Statistiken

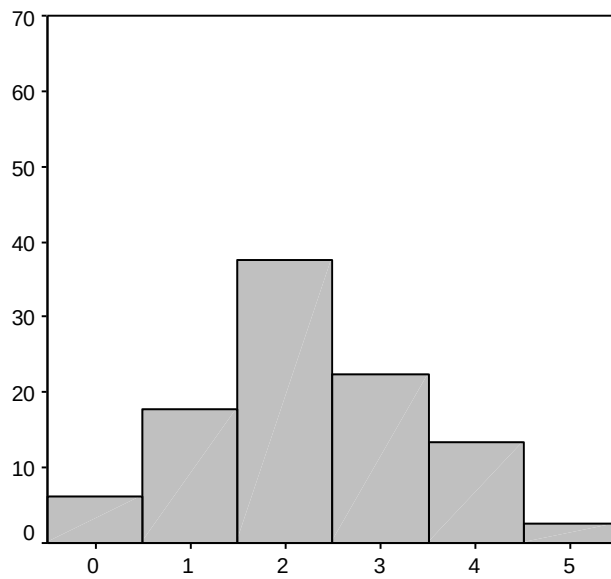
Anzahl Begründungen

N	Gültig	112
	Fehlend	0
Mittelwert		2,2679

Anzahl Begründungen

	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig ,00	7	6,3	6,3	6,3
1,00	20	17,9	17,9	24,1
2,00	42	37,5	37,5	61,6
3,00	25	22,3	22,3	83,9
4,00	15	13,4	13,4	97,3
5,00	3	2,7	2,7	100,0
Gesamt	112	100,0	100,0	

Anzahl Begründungen



Anzahl Begründungen

Häufigkeiten Begründungen ZA

Statistiken

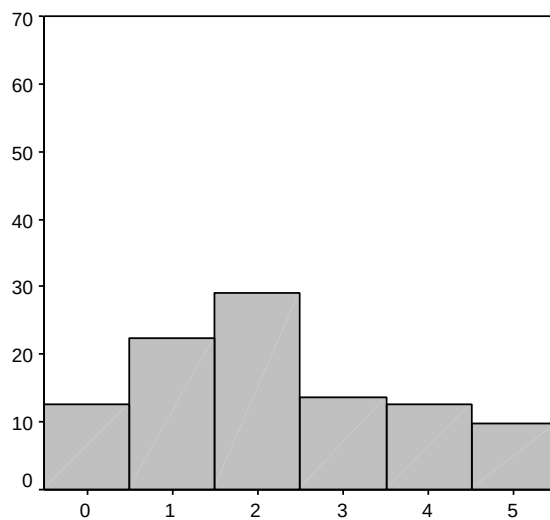
Anzahl Begründungen

N	Gültig	103
	Fehlend	0

Anzahl Begründungen

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	,00	13	12,6	12,6	12,6
	1,00	23	22,3	22,3	35,0
	2,00	30	29,1	29,1	64,1
	3,00	14	13,6	13,6	77,7
	4,00	13	12,6	12,6	90,3
	5,00	10	9,7	9,7	100,0
	Gesamt	103	100,0	100,0	

Anzahl Begründungen



Anzahl Begründungen

Mittelwerte Begründungen ZA

Verarbeitete Fälle

	Fälle					
	Eingeschlossen		Ausgeschlossen		Insgesamt	
	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
Anzahl Begründungen * Medium	103	100,0%	0	,0%	103	100,0%

Bericht

Anzahl Begründungen

Medium	Mittelwert	N	Standardabweichung
Standard	2,5634	71	1,53746
Krone	1,4063	32	1,01153
Insgesamt	2,2039	103	1,49088

Kreuztabellen Begründungsanzahl/ Medium

Verarbeitete Fälle

	Fälle					
	Gültig		Fehlend		Gesamt	
	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
Anzahl Begründungen * Medium	103	100,0%	0	,0%	103	100,0%

Anzahl Begründungen * Medium Kreuztabelle

Anzahl

		Medium		Gesamt
		Standard	Krone	
Anzahl	,00	7	6	13
Begründungen	1,00	11	12	23
	2,00	20	10	30
	3,00	11	3	14
	4,00	12	1	13
	5,00	10	0	10
Gesamt		71	32	103

Mehrfachantworten Begründungen Medium

* * * C R O S S T A B U L A T I O N * * *

\$MRBEGR (group)
by V103_MED Medium

V103_MED

Count Standard Krone

Row

Total

1 2

\$MRBEGR

1 71 18 89

pauschale Begründung 98,9

2 72 19 91

einfache Begründung 101,1

3 39 8 47

spezifische Begründung 52,2

Column

64 26 90

Total 71,1 28,9 100,0

Explorative Datenanalyse Indikator Begründungen/Medium

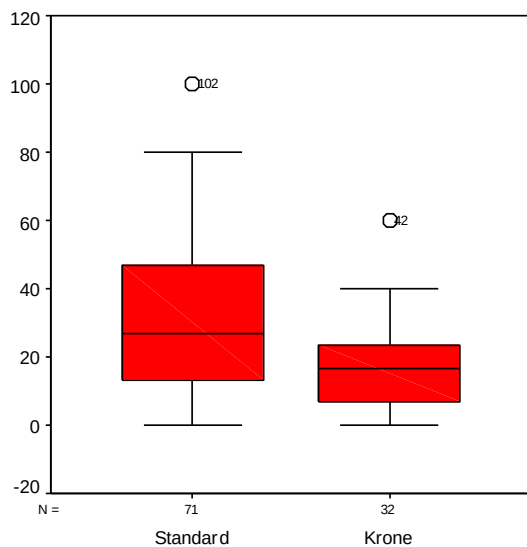
Verarbeitete Fälle

	Medium	Fälle					
		Gültig		Fehlend		Gesamt	
		N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
Indikator Begründungen	Standard	71	100,0%	0	,0%	71	100,0%
	Krone	32	100,0%	0	,0%	32	100,0%

Tests auf Normalverteilung

	Medium	Kolmogorov-Smirnov(a)			Shapiro-Wilk		
		Statistik	df	Signifikanz	Statistik	df	Signifikanz
Indikator Begründungen	Standard	,143	71	,001	,945	71	,004
	Krone	,153	32	,055	,906	32	,009

a. Signifikanzkorrektur nach Lilliefors



Medium

Nichtparametrische Tests Indikator Begründung/Medium

Mann-Whitney-Test

Ränge

	Medium	N	Mittlerer Rang	Rangsumme
Indikator Begründungen	Standard	71	58,33	4141,50
	Krone	32	37,95	1214,50
	Gesamt	103		

Statistik für Test(a)

	Indikator Begründung en
Mann-Whitney-U	686,500
Wilcoxon-W	1214,500
Z	-3,225
Asymptotische Signifikanz (2-seitig)	,001

a Gruppenvariable: Medium

Explorative Datenanalyse Indikator Begründung/ AussenderRegierungOpposition

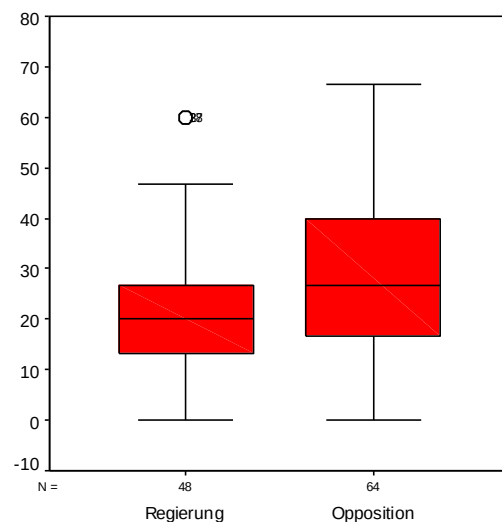
Verarbeitete Fälle

	AussenderRegieru ngOpposition	Fälle					
		Gültig		Fehlend		Gesamt	
		N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
Indikator Begründungen	Regierung	48	100,0%	0	,0%	48	100,0%
	Opposition	64	100,0%	0	,0%	64	100,0%

Tests auf Normalverteilung

	AussenderRegieru ngOpposition	Kolmogorov-Smirnov(a)			Shapiro-Wilk		
		Statistik	df	Signifikanz	Statistik	df	Signifikanz
Indikator Begründungen	Regierung	,171	48	,001	,925	48	,004
	Opposition	,208	64	,000	,914	64	,000

a Signifikanzkorrektur nach Lilliefors



AussenderRegierungOpposition

Nichtparametrische Tests

Indikator Begründung/

AussenderRegierungOpposition

Mann-Whitney-Test

Ränge

	AussenderRegierungOpposition	N	Mittlerer Rang	Rangsumme
Indikator Begründungen	Regierung	48	47,47	2278,50
	Opposition	64	63,27	4049,50
	Gesamt	112		

Statistik für Test(a)

	Indikator Begründungen
Mann-Whitney-U	1102,500
Wilcoxon-W	2278,500
Z	-2,582
Asymptotische Signifikanz (2-seitig)	,010

a Gruppenvariable: AussenderRegierungOpposition

Mittelwerte Indikator Begründung/ RegierungOpposition

Verarbeitete Fälle

	Fälle					
	Eingeschlossen		Ausgeschlossen		Insgesamt	
	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
Indikator Begründungen * AussenderRegierung Opposition	112	100,0%	0	,0%	112	100,0%

Bericht

Indikator Begründungen

AussenderRegierung Opposition	Mittelwert	N	Standardabweichung
Regierung	20,9722	48	15,25137
Opposition	28,7500	64	16,10701
Insgesamt	25,4167	112	16,14576

6. Zweifel

Häufigkeiten Zweifel PA

Statistiken

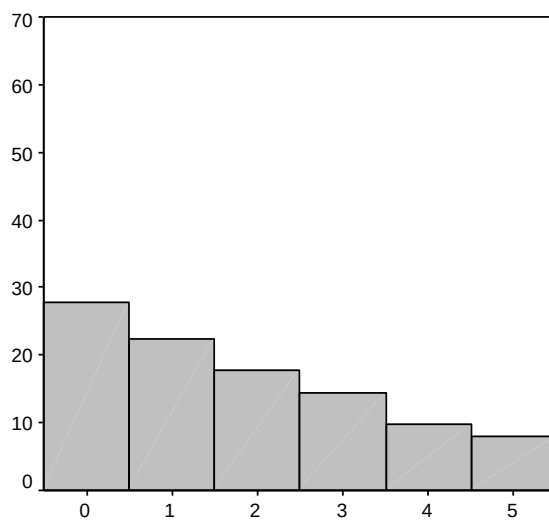
Anzahl Zweifel

N	Gültig	112
	Fehlend	0
Mittelwert		1,8036

Anzahl Zweifel

	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	31	27,7	27,7	27,7
1,00	25	22,3	22,3	50,0
2,00	20	17,9	17,9	67,9
3,00	16	14,3	14,3	82,1
4,00	11	9,8	9,8	92,0
5,00	9	8,0	8,0	100,0
Gesamt	112	100,0	100,0	

Anzahl Zweifel



Anzahl Zweifel

Mittelwerte Zweifel PA

Verarbeitete Fälle

	Fälle					
	Eingeschlossen		Ausgeschlossen		Insgesamt	
	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
Anzahl Zweifel * AussenderRegierung Opposition	112	100,0%	0	,0%	112	100,0%

Bericht

Anzahl Zweifel

AussenderRegierung Opposition	Mittelwert	N	Standardabwe ichung
Regierung	,5417	48	,87418
Opposition	2,7500	64	1,35693
Insgesamt	1,8036	112	1,60427

Mittelwerte Indikator Zweifel/Medium

Verarbeitete Fälle

	Fälle					
	Eingeschlossen		Ausgeschlossen		Insgesamt	
	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
Indikator Zweifel * Medium	103	100,0%	0	,0%	103	100,0%

Bericht

Indikator Zweifel

Medium	Mittelwert	N	Standardabwe ichung
Standard	30,7042	71	33,60799
Krone	13,1250	32	16,54661
Insgesamt	25,2427	103	30,41686

Mittelwerte Anzahl Zweifel/Medium

Verarbeitete Fälle

	Fälle					
	Eingeschlossen		Ausgeschlossen		Insgesamt	
	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
AnzahlZweifel * Medium	103	100,0%	0	,0%	103	100,0%

Bericht

AnzahlZweifel

Medium	Mittelwert	N	Standardabwe ichung
Standard	1,5352	71	1,68040
Krone	,6563	32	,82733
Insgesamt	1,2621	103	1,52084

Häufigkeiten Anzahl Zweifel/Medium

Statistiken

AnzahlZweifel

N	Gültig	103
	Fehlend	0

AnzahlZweifel

	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	42	40,8	40,8	40,8
1,00	31	30,1	30,1	70,9
2,00	11	10,7	10,7	81,6
3,00	6	5,8	5,8	87,4
4,00	6	5,8	5,8	93,2
5,00	7	6,8	6,8	100,0
Gesamt	103	100,0	100,0	

Kreuztabellen Anzahl Zweifel/Medium

Verarbeitete Fälle

	Fälle					
	Gültig		Fehlend		Gesamt	
	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
AnzahlZweifel * Medium	103	100,0%	0	,0%	103	100,0%

AnzahlZweifel * Medium Kreuztabelle

Anzahl

	Medium		Gesamt
	Standard	Krone	
AnzahlZweifel	26	16	42
1,00	18	13	31
2,00	10	1	11
3,00	4	2	6
4,00	6	0	6
5,00	7	0	7
Gesamt	71	32	103

Mittelwerte Indikator Zweifel/Medium

Verarbeitete Fälle

	Fälle					
	Eingeschlossen		Ausgeschlossen		Insgesamt	
	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
Indikator Zweifel * Medium	103	100,0%	0	,0%	103	100,0%

Bericht

Indikator Zweifel

Medium	Mittelwert	N	Standardabweichung
Standard	30,7042	71	33,60799
Krone	13,1250	32	16,54661
Insgesamt	25,2427	103	30,41686

Explorative Datenanalyse Indikator Zweifel/Medium

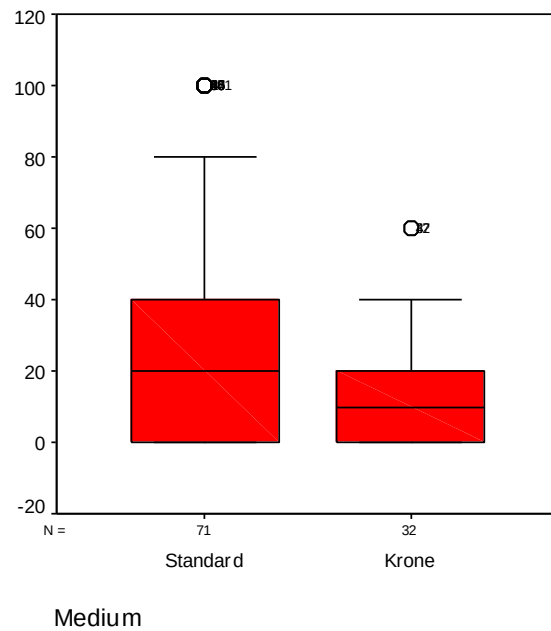
Verarbeitete Fälle

	Medium	Fälle					
		Gültig		Fehlend		Gesamt	
		N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
Indikator Zweifel	Standard	71	100,0%	0	,0%	71	100,0%
	Krone	32	100,0%	0	,0%	32	100,0%

Tests auf Normalverteilung

	Medium	Kolmogorov-Smirnov(a)			Shapiro-Wilk		
		Statistik	df	Signifikanz	Statistik	df	Signifikanz
Indikator Zweifel	Standard	,245	71	,000	,815	71	,000
	Krone	,286	32	,000	,723	32	,000

a. Signifikanzkorrektur nach Lilliefors



Nichtparametrische Tests Indikator Zweifel/Medium

Mann-Whitney-Test

Ränge

	Medium	N	Mittlerer Rang	Rangsumme
Indikator Zweifel	Standard	71	56,39	4004,00
	Krone	32	42,25	1352,00
	Gesamt	103		

Statistik für Test(a)

	Indikator Zweifel
Mann-Whitney-U	824,000
Wilcoxon-W	1352,000
Z	-2,340
Asymptotische Signifikanz (2-seitig)	,019

a Gruppenvariable: Medium

Mehrfachantworten Zweifelarten/Medium

*** CROSSTABULATION ***

\$MRZWEIF (group) MultipleResponseZweifel
by V103_MED Medium

V103_MED

```

Count  Standard Krone
      Row
      Total
      1  2
$MRZWEIF  2  7  3  10
Zweifel Wahrheit  16,4
3  29  7  36
Zweifel Wahrhaftigke  59,0
4  73  11  84
Zweifel Legitimität  137,7
Column  45  16  61
Total  73,8  26,2  100,0

```

Kreuztabellen Anz. Zweifel/Regierung-Opposition

Verarbeitete Fälle

	Fälle					
	Gültig		Fehlend		Gesamt	
	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
Anzahl Zweifel * AussenderRegierung Opposition	112	100,0%	0	,0%	112	100,0%
Anzahl Respekt alle Werte * AussenderRegierung Opposition	112	100,0%	0	,0%	112	100,0%

Anzahl Zweifel * AussenderRegierungOpposition Kreuztabelle

Anzahl

		AussenderRegierungOpposition		Gesamt
		Regierung	Opposition	
Anzahl	0	31	0	31
Zweifel	1	11	14	25
	2	3	17	20
	3	3	13	16
	4	0	11	11
	5	0	9	9
Gesamt		48	64	112

Mehrfachantworten AussendendeParte/Zweifelarten

* * * C R O S S T A B U L A T I O N * * *

\$MRZWEIF (group) MultipleResponseZweifel
by V103_AUS

V103_AUS									
Count	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	BZÖ				
						Row			
						Total			
	1	2	3	4	5				
\$MRZWEIF	??								
	2	1	0	5	2	1	9		
Zweifel Wahrheit								11,1	
	???								
	3	1	3	23	3	13	43		
Zweifel Wahrhaftigke								53,1	
	???								
	4	12	9	58	12	59	150		
Zweifel Legitimität								185,2	
	???								
Column	9	8	29	7	28	81			
Total	11,1	9,9	35,8	8,6	34,6	100,0			

Explorative Datenanalyse Medium/Indikator Zweifel

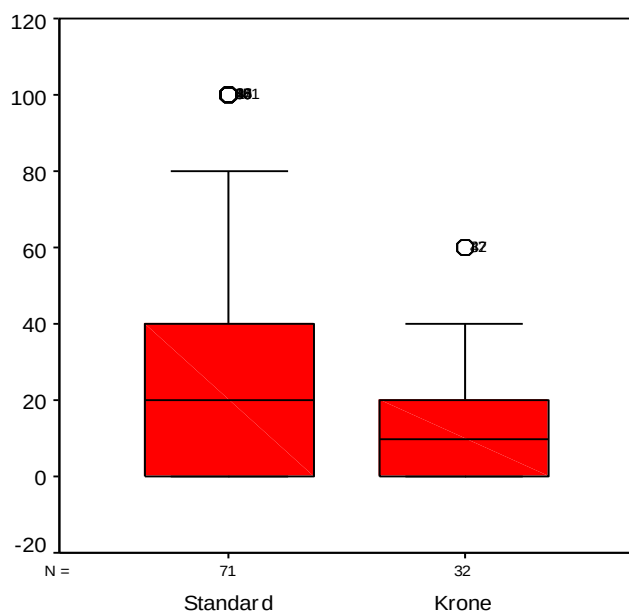
Verarbeitete Fälle

	Medium	Fälle					
		Gültig		Fehlend		Gesamt	
		N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
Indikator Zweifel	Standard	71	100,0%	0	,0%	71	100,0%
	Krone	32	100,0%	0	,0%	32	100,0%

Tests auf Normalverteilung

	Medium	Kolmogorov-Smirnov(a)			Shapiro-Wilk		
		Statistik	df	Signifikanz	Statistik	df	Signifikanz
Indikator Zweifel	Standard	,245	71	,000	,815	71	,000
	Krone	,286	32	,000	,723	32	,000

a. Signifikanzkorrektur nach Lilliefors



Medium

Nichtparametrische Tests Medium/Indikator Zweifel

Mann-Whitney-Test

Ränge

	Medium	N	Mittlerer Rang	Rangsumme
Indikator Zweifel	Standard	71	56,39	4004,00
	Krone	32	42,25	1352,00
	Gesamt	103		

Statistik für Test(a)

	Indikator Zweifel
Mann-Whitney-U	824,000
Wilcoxon-W	1352,000
Z	-2,340
Asymptotische Signifikanz (2-seitig)	,019

a Gruppenvariable: Medium

Mittelwerte Indikator Zweifel Regierung/ Opposition

Verarbeitete Fälle

	Fälle					
	Eingeschlossen		Ausgeschlossen		Insgesamt	
	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent

Indikator Zweifel * AussenderRegierungOpposition	112	100,0%	0	,0%	112	100,0%
Indikator Respekt * AussenderRegierungOpposition	112	100,0%	0	,0%	112	100,0%

Bericht

AussenderRegierungOpposition		Indikator Zweifel	Indikator Respekt
Regierung	Mittelwert	10,8333	48,2292
	N	48	48
	Standardabweichung	17,48353	9,07941
Opposition	Mittelwert	55,6250	30,7812
	N	64	64
	Standardabweichung	26,77804	18,39209
Insgesamt	Mittelwert	36,4286	38,2589
	N	112	112
	Standardabweichung	32,12748	17,38164

Explorative Datenanalyse Indikator Zweifel Regierung/ Opposition

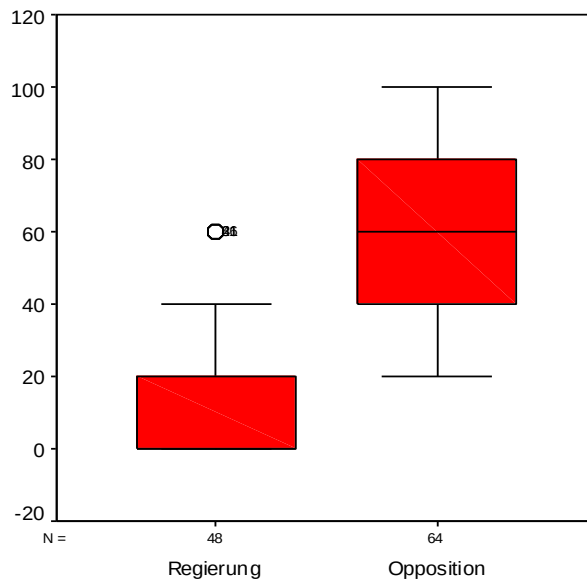
Verarbeitete Fälle

	AussenderRegierungOpposition	Fälle					
		Gültig		Fehlend		Gesamt	
		N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
Indikator Zweifel	Regierung	48	100,0%	0	,0%	48	100,0%
	Opposition	64	100,0%	0	,0%	64	100,0%

Tests auf Normalverteilung

	AussenderRegierungOpposition	Kolmogorov-Smirnov(a)			Shapiro-Wilk		
		Statistik	df	Signifikanz	Statistik	df	Signifikanz
Indikator Zweifel	Regierung	,378	48	,000	,659	48	,000
	Opposition	,189	64	,000	,896	64	,000

a. Signifikanzkorrektur nach Lilliefors



AussenderRegierungOpposition

Nichtparametrische Tests Indikator Zweifel Regierung/ Opposition

Mann-Whitney-Test

Ränge

	AussenderRegierungOpposition	N	Mittlerer Rang	Rangsumme
Indikator Zweifel	Regierung	48	29,65	1423,00
	Opposition	64	76,64	4905,00
	Gesamt	112		

Statistik für Test(a)

	Indikator Zweifel
Mann-Whitney-U	247,000
Wilcoxon-W	1423,000
Z	-7,742
Asymptotische Signifikanz (2-seitig)	,000

a. Gruppenvariable: AussenderRegierungOpposition

7. Respekt

Häufigkeiten Respekt

Statistiken

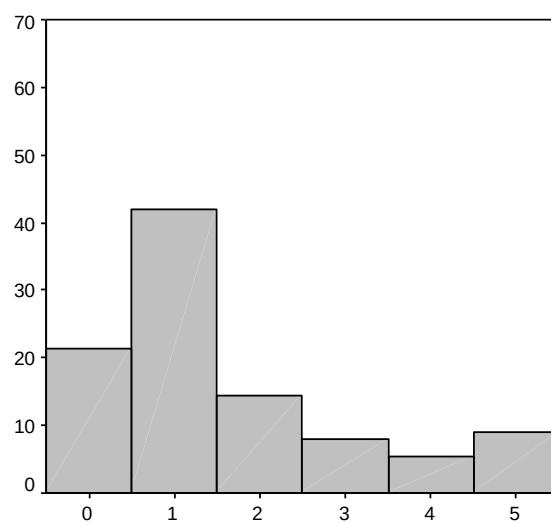
		Anzahl der Respektäußerungen	Anzahl der Lösungsvorschläge
N	Gültig	112	112
	Fehlend	0	0
Mittelwert		1,61	,75

Häufigkeitstabelle Anz. Respektäußerungen/PA

Anzahl der Respektäußerungen

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	0	24	21,4	21,4	21,4
	1	47	42,0	42,0	63,4
	2	16	14,3	14,3	77,7
	3	9	8,0	8,0	85,7
	4	6	5,4	5,4	91,1
	5	10	8,9	8,9	100,0
	Gesamt	112	100,0	100,0	

Anzahl der Respektäußerungen



Anzahl der Respektäußerungen

Mehrfachantworten PA Begründungsspezifik Regierung-Opposition

*** CROSSTABULATION ***

\$MRBEGR (group)
by AUSSREGO AussenderRegierungOpposition

AUSSREGO

Count	Regierung	Opposition	
Regierung	on	Row	
	Total		
	1	2	
\$MRBEGR			
1	34	73	107
pauschale Begründung			101,9
2	48	73	121
einfache Begründung			115,2
3	7	19	26
spezifische Begründung			24,8
Column	42	63	105
Total	40,0	60,0	100,0

Mehrfachantworten PA Begründungsspezifik Parteien

*** CROSSTABULATION ***

\$MRBEGR (group)
by V103_AUS

Count	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	BZÖ	
						Row
						Total
	1	2	3	4	5	
\$MRBEGR						
1	18	16	27	10	36	107
pauschale Begründung						101,9
2	29	19	38	8	27	121
einfache Begründung						115,2
3	4	3	13	0	6	26
spezifische Begründung						24,8
Column	25	17	29	7	27	105
Total	23,8	16,2	27,6	6,7	25,7	100,0

Kreuztabellen Anz. Respektäußerungen/Medium

Verarbeitete Fälle

	Fälle					
	Gültig		Fehlend		Gesamt	
	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
AnzahlRespektäußerungen * Medium	103	100,0%	0	,0%	103	100,0%

AnzahlRespektäußerungen * Medium Kreuztabelle

Anzahl

	Medium		Gesamt
	Standard	Krone	
AnzahlRespek täußerungen	6	3	9
1,00	45	24	69
2,00	5	3	8
3,00	8	1	9
4,00	1	1	2
5,00	6	0	6
Gesamt	71	32	103

Mittelwerte Anz.Respektäußerungen/Medium

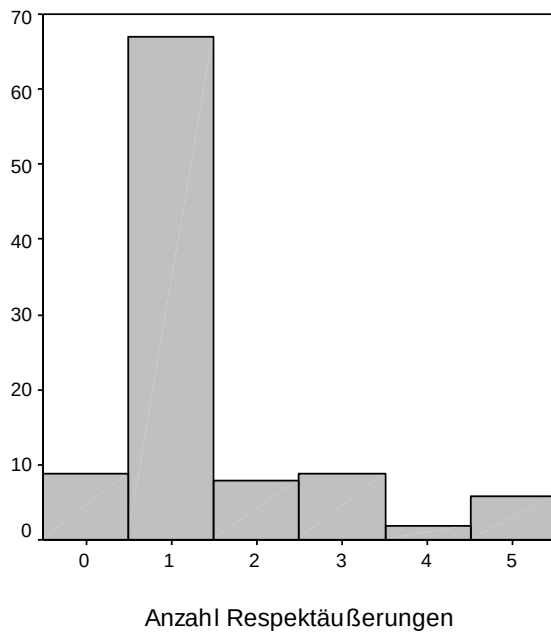
Verarbeitete Fälle

	Fälle					
	Eingeschlossen		Ausgeschlossen		Insgesamt	
	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
AnzahlRespektäußerun gen * Medium	103	100,0%	0	,0%	103	100,0%

Bericht

AnzahlRespektäußerungen

Medium	Mittelwert	N	Standardabwe ichung
Standard	1,5915	71	1,32641
Krone	1,1563	32	,76662
Insgesamt	1,4563	103	1,19457



Mehrfachantworten Ausprägungen d. Respektäußerungen/ Medium

*** CROSSTABULATION ***

\$MR (group) MultipleResponseRespekt
by V103_MED Medium

V103_MED

	Count		Standard Krone	
	1	2	1	2
Row Total				
Total				
\$MR	0	78	17	95
respektlos				92,2
	2	242	123	365
keine Respektäußerun				354,4
	3	32	19	51
implizit respektvoll				49,5
	4	3	1	4
explizit respektvoll				3,9
Column	71	32	103	
Total	68,9	31,1	100,0	

Mittelwerte Indikator Respekt/Medium

Verarbeitete Fälle

	Fälle					
	Eingeschlossen		Ausgeschlossen		Insgesamt	
	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
Indikator Respekt * Medium	103	100,0%	0	,0%	103	100,0%

Bericht

Indikator Respekt

Medium	Mittelwert	N	Standardabweichung
Standard	41,6901	71	17,02820
Krone	47,9688	32	12,10568
Insgesamt	43,6408	103	15,87627

Explorative Datenanalyse Indikator Respekt/Medium

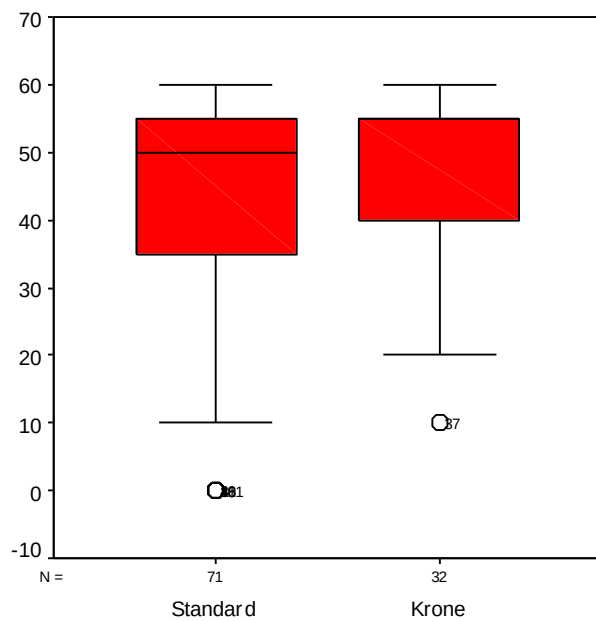
Verarbeitete Fälle

	Medium	Fälle					
		Gültig		Fehlend		Gesamt	
		N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
Indikator Respekt	Standard	71	100,0%	0	,0%	71	100,0%
	Krone	32	100,0%	0	,0%	32	100,0%

Tests auf Normalverteilung

	Medium	Kolmogorov-Smirnov(a)			Shapiro-Wilk		
		Statistik	df	Signifikanz	Statistik	df	Signifikanz
Indikator Respekt	Standard	,233	71	,000	,788	71	,000
	Krone	,344	32	,000	,705	32	,000

a. Signifikanzkorrektur nach Lilliefors



Medium

Nichtparametrische Tests Indikator Respekt/Medium

Mann-Whitney-Test

Ränge

	Medium	N	Mittlerer Rang	Rangsumme
Indikator Respekt	Standard	71	48,60	3450,50
	Krone	32	59,55	1905,50
	Gesamt	103		

Statistik für Test(a)

	Indikator Respekt
Mann-Whitney-U	894,500
Wilcoxon-W	3450,500
Z	-1,836
Asymptotische Signifikanz (2-seitig)	,066

a Gruppenvariable: Medium

Häufigkeiten Anz. Respektäußerungen/PA

Statistiken

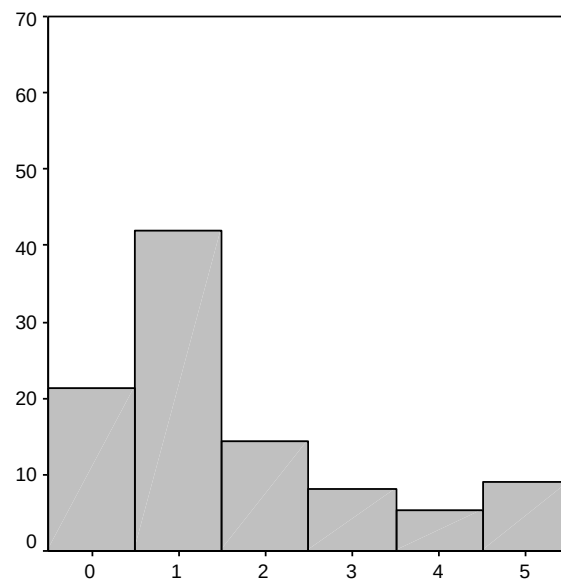
Anzahl der Respektäußerungen

N	Gültig	112
---	--------	-----

Fehlend	0
---------	---

Anzahl der Respektäußerungen

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	0	24	21,4	21,4	21,4
	1	47	42,0	42,0	63,4
	2	16	14,3	14,3	77,7
	3	9	8,0	8,0	85,7
	4	6	5,4	5,4	91,1
	5	10	8,9	8,9	100,0
	Gesamt	112	100,0	100,0	



Anzahl der Respektäußerungen

Mittelwerte Anz. Respektäußerungen PA Regierung-Opposition

Verarbeitete Fälle

	Fälle					
	Eingeschlossen		Ausgeschlossen		Insgesamt	
	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
Anzahl der Respektäußerungen * AussenderRegierungOpposition	112	100,0%	0	,0%	112	100,0%

Bericht

Anzahl der Respektäußerungen

AussenderRegierung Opposition	Mittelwert	N	Standardabwe- ichung
Regierung	,71	48	,824
Opposition	2,28	64	1,538
Insgesamt	1,61	112	1,497

Kreuztabellen Anz. Respektäußerungen/Regierung-Opposition

Verarbeitete Fälle

	Fälle					
	Gültig		Fehlend		Gesamt	
	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
Anzahl der Respektäußerungen * AussenderRegierungOpposition	112	100,0%	0	,0%	112	100,0%
Anzahl Zweifel * AussenderRegierungOpposition	112	100,0%	0	,0%	112	100,0%

Anzahl der Respektäußerungen * AussenderRegierungOpposition Kreuztabelle

Anzahl

		AussenderRegierungOpposition		Gesamt
		Regierung	Opposition	
Anzahl der Respektäußerungen	0	21	3	24
	1	23	24	47
	2	2	14	16
	3	1	8	9
	4	1	5	6
	5	0	10	10
Gesamt		48	64	112

Kreuztabellen Anz Respekt/Parteien

Verarbeitete Fälle

	Fälle					
	Gültig		Fehlend		Gesamt	
	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
Anzahl Respekt alle Werte * V103_AUS	112	100,0%	0	,0%	112	100,0%

Anzahl Respekt alle Werte * V103_AUS Kreuztabelle

Anzahl

	V103_AUS					Gesamt
	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	BZÖ	
Anzahl Respekt alle Werte	16	5	2	1	0	24
1,00	11	12	11	1	12	47
2,00	1	1	4	3	7	16
3,00	1	0	3	1	4	9
4,00	1	0	2	0	3	6
5,00	0	0	7	1	2	10
Gesamt	30	18	29	7	28	112

Kreuztabellen Anz. Respekt/Medium

Verarbeitete Fälle

	Fälle					
	Gültig		Fehlend		Gesamt	
	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
AnzahlRespekt äußerungen * Medium	103	100 ,0%	0	,0%	103	100 ,0%

AnzahlRespektäußerungen * Medium Kreuztabelle

	Anzahl	Medium		Gesamt
		Standard	Krone	
AnzahlRespek täußerungen	,00	6	3	9
	1,00	45	24	69
	2,00	5	3	8
	3,00	8	1	9
	4,00	1	1	2
	5,00	6	0	6
Gesamt		71	32	103

Häufigkeiten Anz. Respekt Journalisten Standard

Statistiken

AnzahlRespektäußerungenJournalistenStandard

N	Gültig	103
	Fehlen d	0

AnzahlRespektäußerungenJournalistenStandard

	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig ,00	86	83,5	83,5	83,5
1,00	9	8,7	8,7	92,2
2,00	3	2,9	2,9	95,1
4,00	2	1,9	1,9	97,1
5,00	3	2,9	2,9	100,0
Gesamt	103	100,0	100,0	

Häufigkeiten Anz. Respekt Journalisten Krone

Statistiken

AnzahlRespektäußerungenJournalistenKrone

N	Gültig	103
	Fehlend	0

AnzahlRespektäußerungenJournalistenKrone

	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig ,00	94	91,3	91,3	91,3
1,00	3	2,9	2,9	94,2
2,00	5	4,9	4,9	99,0
3,00	1	1,0	1,0	100,0
Gesamt	103	100,0	100,0	

Mehrfachantworten Bewertung Respektäußerungen/Parteien

*** CROSSTABULATION ***

\$MRRESP (group) MultipleResponse Respektäußerungen
by V103_AUS

V103_AUS

Count	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	BZÖ
	1	2	3	4	5
	11	6	66	14	51
	130	76	74	20	80
	9	8	5	1	8
	148	132,1	380	339,3	31

lxxx

```

implizit respektvoll  27,7
4 0 0 0 0 1 1
explizit respektvoll  ,9
Column  30  18  29  7  28  112
Total   26,8 16,1 25,9 6,3 25,0 100,0

```

Explorative Datenanalyse Indikator Respekt/ AussenderRegierungOpposition

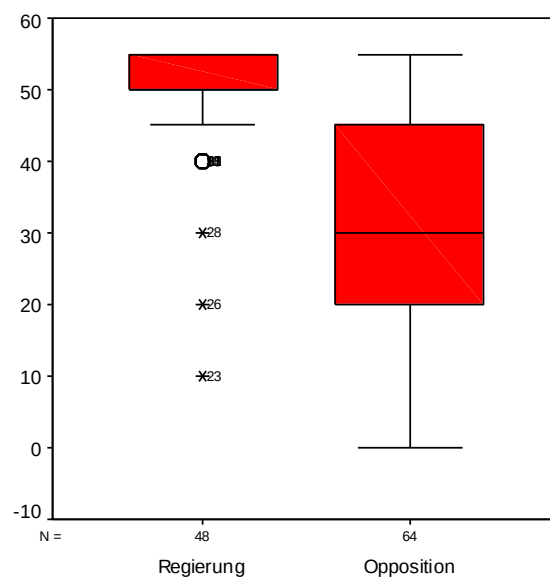
Verarbeitete Fälle

	Aussender RegierungOpposition	Fälle					
		Gültig		Fehlend		Gesamt	
		N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
Indikator Respekt	Regierung	48	100,0%	0	,0%	48	100,0%
	Opposition	64	100,0%	0	,0%	64	100,0%

Tests auf Normalverteilung

	Aussender Regierung Opposition	Kolmogorov-Smirnov(a)			Shapiro-Wilk		
		Statistik	df	Signifikanz	Statistik	df	Signifikanz
Indikator Respekt	Regierung	,348	48	,000	,682	48	,000
	Opposition	,139	64	,004	,907	64	,000

a. Signifikanzkorrektur nach Lilliefors



AussenderRegierungOpposition

Nichtparametrische Tests Indikator Respekt/ AussenderRegierungOpposition

Mann-Whitney-Test

Ränge

	AussenderRegierung Opposition	N	Mittlerer Rang	Rangsumme
Indikator Respekt	Regierung	48	73,74	3539,50
	Opposition	64	43,57	2788,50
	Gesamt	112		

Statistik für Test(a)

	Indikator Respekt
Mann-Whitney-U	708,500
Wilcoxon-W	2788,500
Z	-4,952
Asymptotische Signifikanz (2-seitig)	,000

a Gruppenvariable: AussenderRegierungOpposition

Explorative Datenanalyse Medium/Indikatoren Respekt, LV

Verarbeitete Fälle

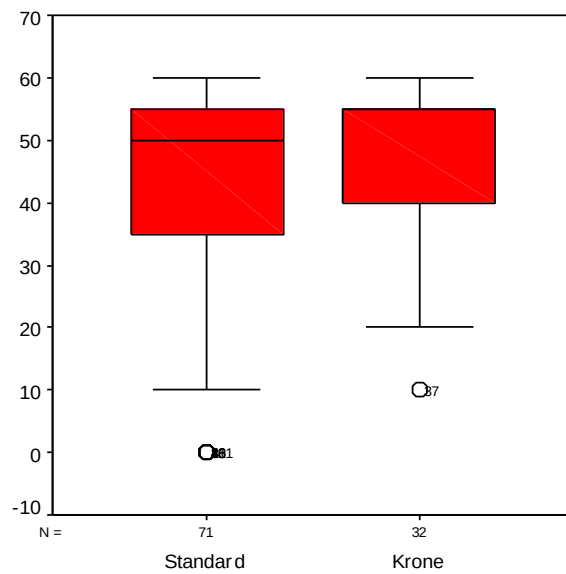
	Medium	Fälle					
		Gültig		Fehlend		Gesamt	
		N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
Indikator Respekt	Standard	71	100,0%	0	,0%	71	100,0%
	Krone	32	100,0%	0	,0%	32	100,0%
Indikator Lösungsvorschläge	Standard	71	100,0%	0	,0%	71	100,0%
	Krone	32	100,0%	0	,0%	32	100,0%

Tests auf Normalverteilung

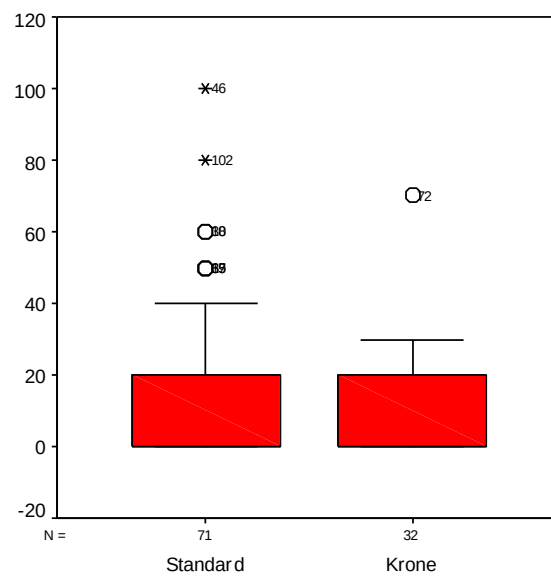
	Medium	Kolmogorov-Smirnov(a)			Shapiro-Wilk		
		Statistik	df	Signifikanz	Statistik	df	Signifikanz
Indikator Respekt	Standard	,233	71	,000	,788	71	,000
	Krone	,344	32	,000	,705	32	,000
Indikator Lösungsvorschläge	Standard	,272	71	,000	,746	71	,000

Krone	,322	32	,000	,652	32	,000
-------	------	----	------	------	----	------

a Signifikanzkorrektur nach Lilliefors



Medium



Medium

Nichtparametrische Tests Indikator Respekt/ Medium

Mann-Whitney-Test

Ränge

	Medium	N	Mittlerer Rang	Rangsumme
Indikator Respekt	Standard	71	48,60	3450,50
	Krone	32	59,55	1905,50
	Gesamt	103		

Statistik für Test(a)

	Indikator Respekt
Mann-Whitney-U	894,500
Wilcoxon-W	3450,500
Z	-1,836
Asymptotische Signifikanz (2-seitig)	,066

a Gruppvariable: Medium

Kreuztabellen Respekt AkteurRegierungOpposition/Kommunikator Partei PA

Verarbeitete Fälle

	Fälle					
	Gültig		Fehlend		Gesamt	
	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
V103_AUS * RespektAkteurReig ierungOpposition	149	26,6%	411	73,4%	560	100,0%

V103_AUS * RespektAkteurReigierungOpposition Kreuztabelle

Anzahl

		RespektAkteurReigierungOpposition			Gesamt
		1,00	2,00	990,00	
V103_AUS	SPÖ	0	2	8	10
	ÖVP	4	1	1	6
	FPÖ	59	2	5	66
	Grüne	14	0	0	14
	BZÖ	39	1	13	53
Gesamt		116	6	27	149

Kreuztabellen Respekt Akteur-Kommunikation ZA

Verarbeitete Fälle

	Fälle		
	Gültig	Fehlend	Gesamt

	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
V103_MED * RespektAkteurZusammengefasst	514	99,8%	1	,2%	515	100,0%

V103_MED * RespektAkteurZusammengefasst Kreuztabelle

Anzahl

	RespektAkteurZusammengefasst								Gesamt
	,00	3,00	4,00	5,00	7,00	9,00	990,00	991,00	
V103_MED Standard	273	10	26	2	1	33	5	4	354
Krone	142	3	2	0	0	7	5	1	160
Gesamt	415	13	28	2	1	40	10	5	514

Kreuztabellen Respektäußerungen ggü Regierung

Verarbeitete Fälle

	Fälle					
	Gültig		Fehlend		Gesamt	
	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
RespektKommunikatorUmcodiert * RespektAkteurZusammengefasst	514	99,8%	1	,2%	515	100,0%

RespektKommunikatorUmcodiert * RespektAkteurZusammengefasst Kreuztabelle

Anzahl

	RespektAkteurZusammengefasst								Gesamt
	,00	3,00	4,00	5,00	7,00	9,00	990,00	991,00	
RespektKommunikatorUmcodiert	415	0	0	0	0	0	0	0	415
1,00	0	8	9	0	0	16	4	0	37
2,00	0	2	3	0	0	5	5	1	16
3,00	0	0	3	0	0	1	0	3	7
4,00	0	1	2	1	0	2	0	0	6
5,00	0	2	3	0	0	3	0	1	9
6,00	0	0	3	1	1	6	0	0	11
7,00	0	0	3	0	0	2	0	0	5
27,00	0	0	0	0	0	1	0	0	1
34,00	0	0	1	0	0	0	0	0	1
35,00	0	0	0	0	0	1	0	0	1
990,00	0	0	1	0	0	3	1	0	5
Gesamt	415	13	28	2	1	40	10	5	514

8. Kultur des Zweifels

Nichtparametrische Korrelationen Zweifel Gesamt

Korrelationen

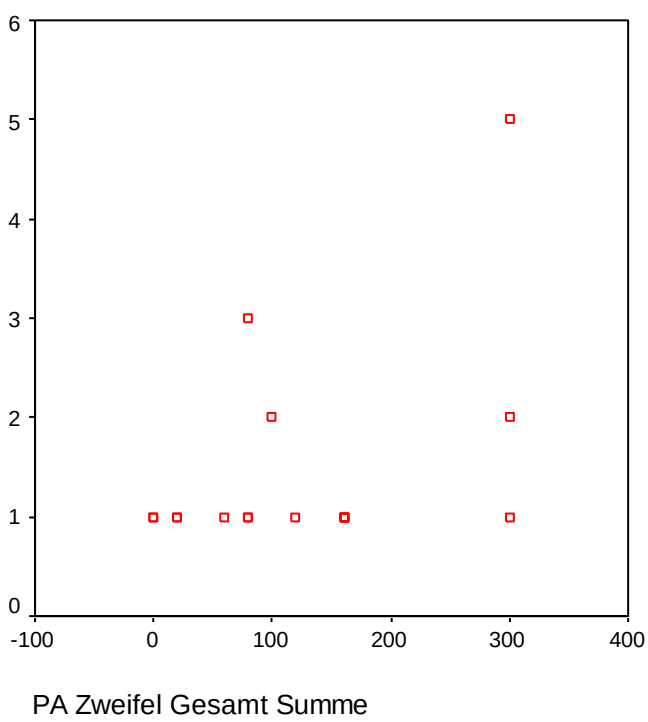
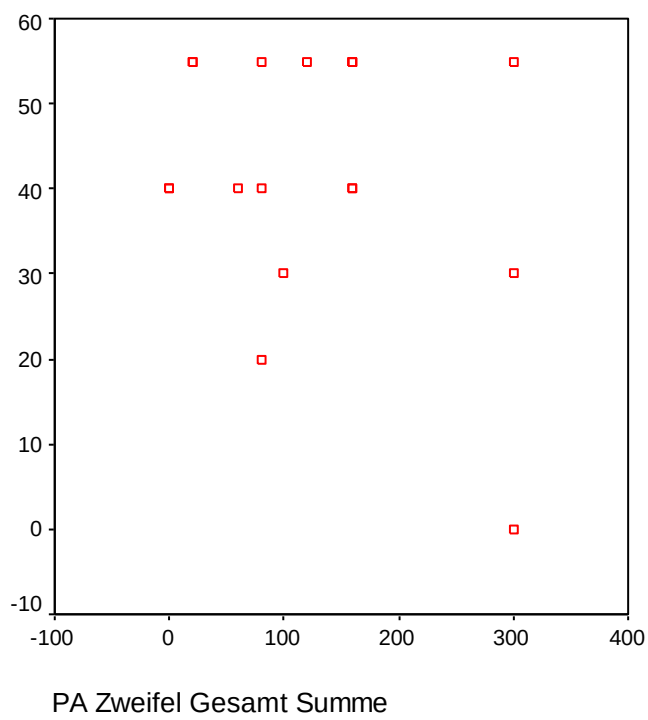
			PA Zweifel Gesamt Summe
Spearman-Rho	PA Zweifel Gesamt Summe	Korrelationskoeffizient	1,000
		Sig. (2-seitig)	.
		N	18
	ZA Respektindikator	Korrelationskoeffizient	-,078
		Sig. (2-seitig)	,757
		N	18
	ZA Anzahl Respektäußerungen	Korrelationskoeffizient	,320
		Sig. (2-seitig)	,196
		N	18
	ZA Begründungsindikator	Korrelationskoeffizient	-,261
		Sig. (2-seitig)	,296
		N	18
	ZA Anzahl Begründungen	Korrelationskoeffizient	-,030
		Sig. (2-seitig)	,906
		N	18
	ZA Indikator Lösungsvorschläge	Korrelationskoeffizient	-,044
		Sig. (2-seitig)	,861
		N	18
	ZA Anzahl Lösungsvorschläge	Korrelationskoeffizient	,096
		Sig. (2-seitig)	,704
		N	18

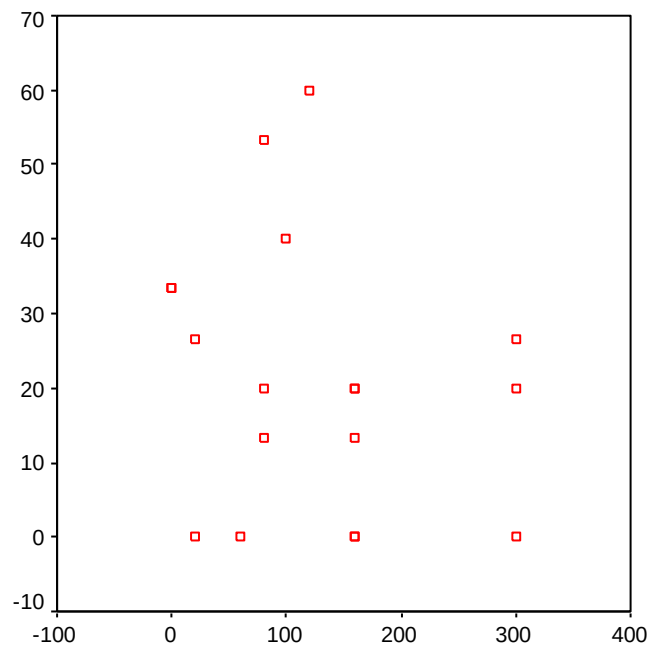
** Die Korrelation ist auf dem 0,01 Niveau signifikant (zweiseitig).

* Die Korrelation ist auf dem 0,05 Niveau signifikant (zweiseitig).

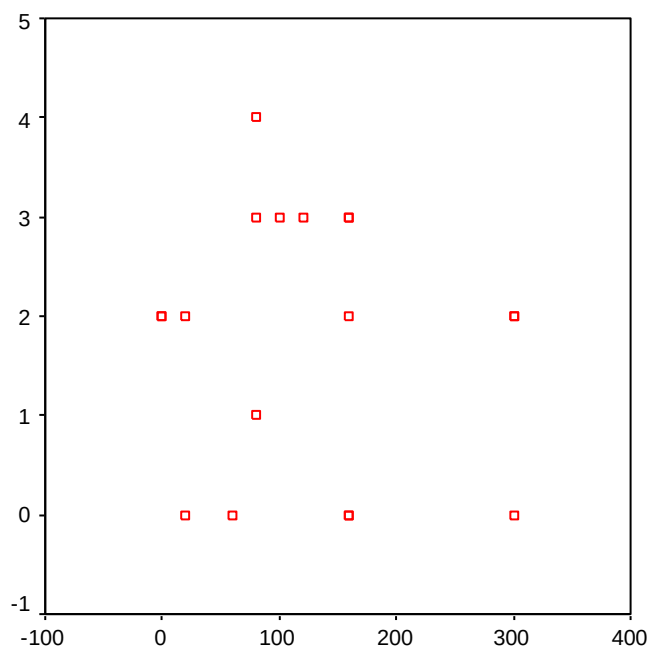
Korrelationen

			PA Zweifel Gesamt Durchschnitt	VOI3BRL
Spearman-Rho	PA Zweifel Gesamt Durchschnitt	Korrelationskoeffizient	1,000	-,243
		Sig. (2-seitig)	.	,332
		N	18	18
	VOI3BRL (Begründungen, Respekt, Lösungsvorschläge)	Korrelationskoeffizient	-,243	1,000
		Sig. (2-seitig)	,332	.
		N	18	18

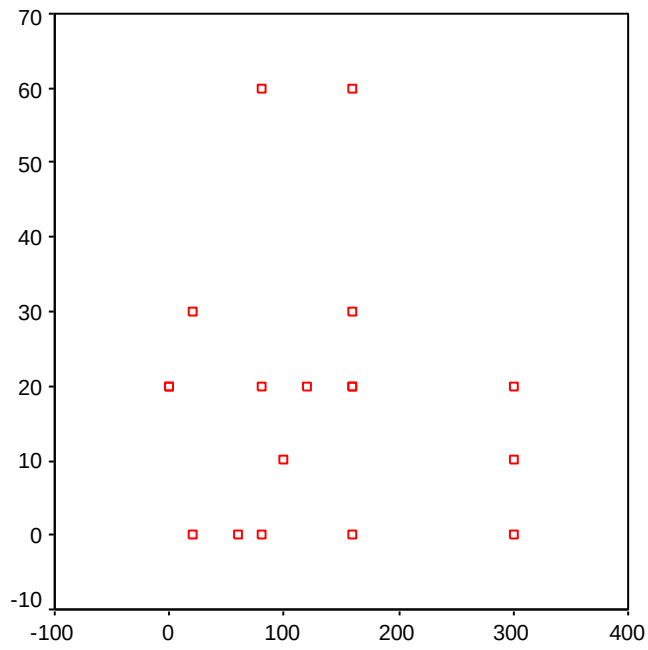




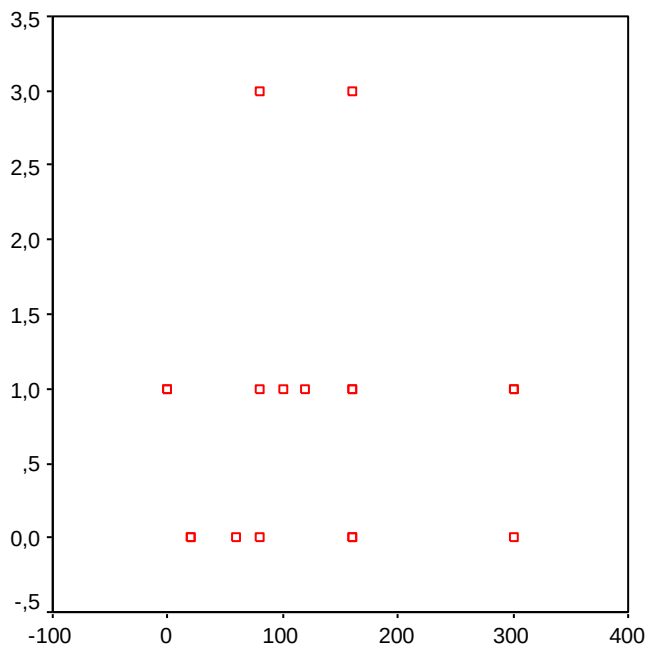
PA Zweifel Gesamt Summe



PA Zweifel Gesamt Summe



PA Zweifel Gesamt Summe



PA Zweifel Gesamt Summe

Zweifel an Legitimität

Korrelationen

			PA Zweifel Legitimität
Spearman-Rho	PA Zweifel Legitimität	Korrelationskoeffizient	1,000
		Sig. (2-seitig)	.
		N	18
	ZA Respektindikator	Korrelationskoeffizient	,043
		Sig. (2-seitig)	,864
		N	18
	ZA Anzahl Respektäußerungen	Korrelationskoeffizient	,150
		Sig. (2-seitig)	,553
		N	18
	ZA Begründungsindikator	Korrelationskoeffizient	-,336
		Sig. (2-seitig)	,172
		N	18
	ZA Anzahl Begründungen	Korrelationskoeffizient	-,015
		Sig. (2-seitig)	,954
		N	18
	ZA Indikator Lösungsvorschläge	Korrelationskoeffizient	,062
		Sig. (2-seitig)	,806
		N	18
	ZA Anzahl Lösungsvorschläge	Korrelationskoeffizient	,104
		Sig. (2-seitig)	,682
		N	18
	VOI3BRL	Korrelationskoeffizient	-,141
		Sig. (2-seitig)	,578
		N	18

** Die Korrelation ist auf dem 0,01 Niveau signifikant (zweiseitig).

* Die Korrelation ist auf dem 0,05 Niveau signifikant (zweiseitig).

Zweifel an Wahrheit und Wahrhaftigkeit

Korrelationen

		PA Zweifel Wahrheit	PA Zweifel Wahrhaftigkeit
PA Zweifel Wahrheit	Korrelation nach Pearson	1	,422
	Signifikanz (2-seitig)	.	,081
	N	18	18
PA Zweifel Wahrhaftigkeit	Korrelation nach Pearson	,422	1
	Signifikanz (2-seitig)	,081	.
	N	18	18

ZA Respektindikator	Korrelation nach Pearson	-,247	-,467
	Signifikanz (2-seitig)	,324	,050
	N	18	18
ZA Anzahl Respektäußerungen	Korrelation nach Pearson	,371	,484(*)
	Signifikanz (2-seitig)	,129	,042
	N	18	18
ZA Begründungsindikator	Korrelation nach Pearson	-,356	,068
	Signifikanz (2-seitig)	,147	,788
	N	18	18
ZA Anzahl Begründungen	Korrelation nach Pearson	-,206	,031
	Signifikanz (2-seitig)	,413	,904
	N	18	18
ZA Indikator Lösungsvorschläge	Korrelation nach Pearson	-,074	-,289
	Signifikanz (2-seitig)	,770	,245
	N	18	18
ZA Anzahl Lösungsvorschläge	Korrelation nach Pearson	-,014	-,050
	Signifikanz (2-seitig)	,957	,843
	N	18	18
VOI3BRL	Korrelation nach Pearson	-,340	-,326
	Signifikanz (2-seitig)	,167	,186
	N	18	18

* Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,05 (2-seitig) signifikant.

** Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,01 (2-seitig) signifikant.